Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

18. Dezember 1978
Jg. 6 Nr. 51

Bezirksausgabe für Kiel/Holstein. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

USA anerkennen die VR China

z.ges. In der Nacht von Freitag auf Samstag wurde in Washington und Peking gleichzeitig eine gemeinsame Erklärung verlesen, in der die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vom 1. Januar an bekanntgegeben wird. Die USA anerkennen die VR China als einzig legale Regierung Chinas, müssen die diplomatischen Beziehungen zu der auf Taiwan herrschenden Tschiang-Kai-tschek-Clique abbrechen, ihren militärischen Beistandspakt kündigen und Taiwan als Bestandteil Chinas anerkennen. Die Forderung der USA nach einer Verzichtserklärung der VR Chinas auf eine gewaltsame Befreiung Taiwans wurde von der VR China als flagranter Einmischungsversuch in die inneren Angelegenheiten der VR China abgelehnt. Mit der gemeinsamen Erklärung wird das Scheitern der jahrzehntelangen US-Aggression gegen das chinesische Volk und die VR China besiegelt.

Türkei und Libyen wollen Zusammenarbeit verstärken

z.hef. Die Türkei und Libyen wollen die Zusammenarbeit verstärken, vor allem beim Wohnungsbau, der Landwirtschaft und der Industrieentwicklung. Das sagte der libysche Politiker Brigadegeneral Abu-Bakr Younis Jaber während seines Türkeibesuchs Ende letzten Monats, wie die libysche Agentur JANA meldet. Premierminister Ecevit erklärte, die Türkei suche „gemeinsame Aktionen unserer beiden Länder in verschiedensten Bereichen“. Teile des heutigen Libyen waren von 1521 bis 1911 unter der Herrschaft des osmanisch-türkischen Feudalreiches. Heute haben beide Länder gleiche Interessen im Kampf gegen die Imperialisten, vor allem die Supermächte, die im Mittelmeerraum verstärkt ihre Rivalität austragen. Brigadegeneral Abu Bakr traf ebenfalls mit dem Stabschef der türkischen Streitkräfte, Kanaan Afram, und hohen Generalen zusammen.

UNO: Selbstbestimmungsrecht für das saharauische Volk

z.elb. Die UNO-Generalversammlung hat mit 90 Stimmen gegen 10 bei 39 Enthaltungen einer Resolution zugestimmt, die „das unveräußerliche Selbstbestimmungsrecht des Volkes der Westsahara und seine Unabhängigkeit“ fordert. Eine andere Resolution, der ebenfalls zugestimmt wurde,

chinesische Volk und die VR China besiegelt.

Türkei und Libyen wollen Zusammenarbeit verstärken

z.hef. Die Türkei und Libyen wollen die Zusammenarbeit verstärken, vor allem beim Wohnungsbau, der Landwirtschaft und der Industrieentwicklung. Das sagte der libysche Politiker Brigadegeneral Abu-Bakr Younis Jaber während seines Türkeibesuchs Ende letzten Monats, wie die libysche Agentur JANA meldet. Premierminister Ecevit erklärte, die Türkei suche „gemeinsame Aktionen unserer beiden Länder in verschiedensten Bereichen“. Teile des heutigen Libyen waren von 1521 bis 1911 unter der Herrschaft des osmanisch-türkischen Feudalreiches. Heute haben beide Länder gleiche Interessen im Kampf gegen die Imperialisten, vor allem die Supermächte, die im Mittelmeerraum verstärkt ihre Rivalität austragen. Brigadegeneral Abu Bakr traf ebenfalls mit dem Stabschef der türkischen Streitkräfte, Kanaan Afram, und hohen Generalen zusammen.

UNO: Selbstbestimmungsrecht für das saharauische Volk

z.elb. Die UNO-Generalversammlung hat mit 90 Stimmen gegen 10 bei 39 Enthaltungen einer Resolution zugestimmt, die „das unveräußerliche Selbstbestimmungsrecht des Volkes der Westsahara und seine Unabhängigkeit“ fordert. Eine andere Resolution, der ebenfalls zugestimmt wurde, spricht sich für die Lösung des Konflikts zwischen dem saharauischen Volk und Mauretanien und Marokko durch die OAU aus und fordert alle beteiligten Staaten auf, jegliche Aktion zu unterlassen, die die Arbeit der OAU in dieser Sache behindern könnte. Beide Resolutionen waren am 5. Dezember im Entkolonialisierungsausschuß der UNO eingebracht und abgestimmt worden, dabei die zweite u.a. von Mauretanien und Marokko. Die USA hatten dieser zweiten Resolution ebenfalls zugestimmt. Wie die EG-Staaten enthielten sie sich bei der ersten Resolution der Stimme.

Tadschiken und Afghanen im Kampf gegen die neuen Zaren

z.mih. Beiderseits der sowjetisch-afghanischen Grenze kämpfen die Völker gegen Ausplünderung und nationale Unterdrückung durch die Sozialimperialisten. In ihrer Hauptstadt Duschanbe demonstrierten im September 13000 Tadschiken gegen die Vergewaltigung Tadschikistans als Rohstoffkolonie und die Unterdrückung als nationale Minderheit durch die Kremlzaren. – In Afghanistan kämpfen die Volksmassen gegen die Sozialimperialisten und das Arbeitsbeschaffungsprogramm, mit dem sie den täglich mehr werdenden russischen Beratern Wohnungen bauen sollen. Trotz der „militärischen Zusammenarbeit“, eingebettet in den neuen „Freundschaftsvertrag“, Bombenangriffen russischer Piloten und nächtlicher Ausgangssperre verstärken die Bergstämme Belutschistans ihre militärischen Aktionen und weiten sie aufs ganze Land aus.

Die Rohstoffräuber USA und UdSSR in Bedrängnis

OPEC-Konferenz in Abu Dhabi / Mangan-Konferenz ohne Südafrika / Rhodesische Ölreserven brennen

z.anb. Als sich im September in Gabun die manganproduzierenden Länder versammelten, um über gemeinsame Preispolitik zu beraten, war das südafrikanische Rassistenregime ausgesperrt, über das sich die westlichen Imperialisten 25% der Weltmanganproduktion sichern. Gemeinheit, schrie Botha, der Henkersknecht, und drohte, Südafrika werde die Weltmarktpreise bei den wichtigsten Rohstoffen zum Platzen bringen, man werde es noch einmal bereuen, Südafrika vor die Tür gesetzt zu haben. Jetzt nachdem die illegalen Wahlen in Namibia „natürlich“ eine „überwältigende Mehrheit“ für die Marionettenturnhallenallianz erbracht haben, rät die Ratte gar dieser „demokratischen Vertretung“, sich bei der UNO um „internationale Anerkennung zu bemühen“. Von wem sie diese erhalten würde, ist kein Rätsel. Es sind genau dieselben, die vor den Vereinten Nationen „Reformen“ gegen die „Unmenschlichkeit“ ihrer Rassisten fordern und gleichzeitig mit aller Vehemenz Beschlüsse über Sanktionen zu verhindern trachten.

Der US-Konzern General Motors will für seine Niederlassung in Südafrika 4,5 Mio. Dollar springen lassen. „Erholungseinrichtungen“ für die Arbeiter soll es geben und „Ausbildungskurse für schwarze Vorarbeiter“. Der Automobilkonzern wird um diesen Betrag nicht einmal seinen aus den afrikanischen Arbeitern gepreßten Profit schmäcern müssen, denn für diese Art „Risikoabsicherung“ ist die US-Finanzbourgeoisie und ihre Bankergilde allemal zuständig. 206 Mio. Dollar an Bankkrediten sind an den ersten sechs Monaten dieses Jahres in die entsprechenden südafrikanischen „Kanäle“ geflossen, mehr als das Zehnfache des Jahres 1977. Während die Investitionen in der Industrie rückläufig sind, „florieren“ sie im Bergbau. Die „Nachfrage“ nach Gold, Platin, Diamanten, Chrom, Vanadium, Mangan, Kohle ... ist rasant gestiegen, bei Gold allein um 42%. Der Wert der Mineralienexporte betrug 1977 das Dreifache von 1972. Je rascher diese Reichtümer außer Landes gebracht werden, umso besser. Mit ca. 700 Mio. DM wird vom Kohlerevier „Broodsnyersplaas“ eine elektrifizierte Bahnlinie zum Exporthafen „Richard's Bay“ gebaut, über die ab April 1979 12 Mio. t Kohle jährlich – und die Rechnung geht bis 1986 – eine zusätzliche Milliarde Rand einbringen sollen. Die Plünderung der Rohstoffe Azanias und Namibias ist um 20% gesteigert worden.

In diesem statistischen Durchschnitt versteckt sich die Steigerung der Diamantenausbeute in Namibia um 35%, der Uranplünderung um 50%, alles innerhalb eines Jahres. Der US-Konzern TSUMEB Corporation besitzt die drei größten Minen in Namibia sowie die einzige Kupferschmelze. Er „vermittelt“ nach Großbritannien, Japan und der BRD. Weil „ein beträchtlicher Teil des Warenverkehrs nicht direkt, sondern über dritte Länder abgewickelt wird“ (Commerzbank, Außenhandelsblätter, 9/78), gebe es keine „genauen Statistiken“ – so die westdeutschen Imperialisten. In Südafrika gibt es derzeit 2000 solcher „Drittländer“, imperialistische Konzerne, die wie Aasgeier über das Land herfallen. Die 41 bei einem Grubenunglück in der Goldmine Vaal Reefs Anfang Dezember ermordeten schwarzen Bergbauarbeiter sind der Blutzoll dieser Profitschlachten fünf Minuten vor zwölf.

Fortsetzung Seite 2

gar dieser „demokratischen Vertretung“, sich bei der UNO um „internationale Anerkennung zu bemühen“. Von wem sie diese erhalten würde, ist kein Rätsel. Es sind genau dieselben, die vor den Vereinten Nationen „Reformen“ gegen die „Unmenschlichkeit“ ihrer Rassisten fordern und gleichzeitig mit aller Vehemenz Beschlüsse über Sanktionen zu verhindern trachten.

Der US-Konzern General Motors will für seine Niederlassung in Südafrika 4,5 Mio. Dollar springen lassen. „Erholungseinrichtungen“ für die Arbeiter soll es geben und „Ausbildungskurse für schwarze Vorarbeiter“. Der Automobilkonzern wird um diesen Betrag nicht einmal seinen aus den afrikanischen Arbeitern gepreßten Profit schmäcern müssen, denn für diese Art „Risikoabsicherung“ ist die US-Finanzbourgeoisie und ihre Bankergilde allemal zuständig. 206 Mio. Dollar an Bankkrediten sind an den ersten sechs Monaten dieses Jahres in die entsprechenden südafrikanischen „Kanäle“ geflossen, mehr als das Zehnfache des Jahres 1977. Während die Investitionen in der Industrie rückläufig sind, „florieren“ sie im Bergbau. Die „Nachfrage“ nach Gold, Platin, Diamanten, Chrom, Vanadium, Mangan, Kohle ... ist rasant gestiegen, bei Gold

Seit drei Monaten kämpfen die belgischen Studenten gegen die Verdoppelung der Einschreibgebühren



Über 2000 Studenten aus mehreren Universitäten demonstrierten am 12. Dezember in Brüssel: „10000 – niemals!“ Im August hatte die belgische Regierung das Einschreibgeld auf 10000 bfr, über 600 DM, verdoppelt. Ein Großteil der Studenten hat die zusätzlichen 5000 bfr nicht gezahlt. Regierung und Rektoren versuchen jetzt, die Gelder im März, wenn sich die Studenten zu ihren Prüfungen melden müssen, einzuziehen und drohen, keinen zur Prüfung zuzulassen, der nicht zahlt. „Eines ist sicher: Wenn sie damit kommen, wir zahlen die 5000 bfr nicht“, erklärte ein Vertreter des „Nationalen Komitees gegen die 10000“.

Verschlichtung im Gang!
Aber die Kraft der Stahlarbeiter ist groß und noch keineswegs ausgeschöpft! Unterstützt die streikenden Stahlarbeiter!

Verdoppelung der Einschreibgebühren



Über 2000 Studenten aus mehreren Universitäten demonstrierten am 12. Dezember in Brüssel: „10000 – niemals!“ Im August hatte die belgische Regierung das Einschreibgeld auf 10000 bfr, über 600 DM, verdoppelt. Ein Großteil der Studenten hat die zusätzlichen 5000 bfr nicht gezahlt. Regierung und Rektoren versuchen jetzt, die Gelder im März, wenn sich die Studenten zu ihren Prüfungen melden müssen, einzuziehen und drohen, keinen zur Prüfung zuzulassen, der nicht zahlt. „Eines ist sicher: Wenn sie damit kommen, wir zahlen die 5000 bfr nicht“, erklärte ein Vertreter des „Nationalen Komitees gegen die 10000“.

Verschlichtung im Gang! Aber die Kraft der Stahlarbeiter ist groß und noch keineswegs ausgeschöpft! Unterstützt die streikenden Stahlarbeiter!

z.ges. Seit fast drei Wochen streiken jetzt die 40000 Stahlarbeiter, die die IGM bisher zum Streik aufgerufen hat. 40000 sind von den Kapitalisten ausgesperrt. In Wirklichkeit sind sie direkt Teil der Streikfront und verstehen sich auch so. Wenn die IG Metall bloß aufruft zur Ausdehnung des Streiks, dann wird die Stahlindustrie stillstehen. Kein Gramm Stahl wird die Werke verlassen. Daß diese geschlossene Kampfaktion möglich ist, hat bereits das Ergebnis der Urabstimmung gezeigt und der ganze bisherige Verlauf des Streiks beweist es.

Woher kommt diese Stärke und der Zusammenschluß der Stahlarbeiter? Der Druck der Kapitalisten ist doch wirklich groß und kapitalistische Rationalisierung und Arbeitslosigkeit können einem wirklich an die Nieren gehen und einen einschüchtern. Aber nichts davon. Die Stahlarbeiter sind vom Druck der Kapitalisten nicht zu Boden gedrückt worden, sondern haben sich gegen diesen Druck zum Streik erhoben und sind entschlossen diesen Streik durchzustehen, obwohl die täglichen „Bild“berichte über die Entbehrungen, die dieser Streik auch bedeutet, keineswegs aus der Luft gegriffen, sondern eher untertrieben sind.

Die Kapitalisten spüren diese Kraft und die Spürnasen ihrer Journalisten versuchen, die Ursachen dieser Kraft herauszufinden, um endlich das wirksame Mittel der Spaltung finden zu können. „Um uns Malocher geht's, und ob wir in ein paar Jahren auf der Straße liegen“, zitiert die Zeitung „Die Welt“ einen Streikposten vor Hoesch auf der ersten Seite und in Schlagzeile. Tatsächlich liegt die Kraft des Streiks der Stahlarbeiter in ihrer Ablehnung, sich durch Nacht- und Contischicht und immer intensivere Arbeit kaputt zu machen und aus der Produktion hinauszuproduzieren. Der Teufelskreis von verschärfter Ausbeutung und wachsendem Druck der Arbeitslosigkeit, der es den Kapitalisten wieder ermöglicht, die Ausbeutung immer schrankenloser zu verschärfen, ist für die Stahlarbeiter tägliche Erfahrung. Der schrankenlosen Gier der Kapitalisten nach Mehrarbeit wollen sie Schranken ziehen, sind sie dieser Gier durch Nacht- und Contischicht doch besonders krass ausgeliefert. Diese Entschlossenheit macht die Kraft des Streiks der Stahlarbeiter aus.

Die Spürnasen der bürgerlichen Journalisten sind der Wahrheit nur auf der Spur, um sie aus dem Bewußtsein drücken zu können. So heißt es in dem zitierten Artikel auch gleich weiter: „Gegen die berüchtigte ‚Konti‘, die kontinuierliche Produktion mit Hochöfen, die niemals ausgehen, läßt sich nichts machen. Das haben schon die Lehrlinge begriffen.“ Das wagt der Schreiber nicht dem Streikposten in den Mund zu legen. Das sagt er selber und würd' es den Streikposten und allen Stahlarbeitern am liebsten einhämmern. Es ist nicht wahr. Die Contischicht ist viel jünger als die Hochöfen und sie ist erst recht nicht auf die Hochöfen beschränkt, mit denen die Kapitalisten ihre unumgängliche technische Notwendigkeit beweisen wollen. Als bewiesen nicht schon die Notdienste während des Streiks das Gegenteil. An der Gier nach Mehrarbeit liegt's und nicht an den Hochöfen, wenn sich die Stahlarbeiter vollkontinuierlich auspressen lassen müssen. Würden sie diese Gier der Kapitalisten mit technischen Notwendigkeiten verwechseln, dann wären sie in ihrem Streik gleich nur noch halb so stark.

Die Stärke des Streiks liegt im Bewußtsein der Stahlarbeiter, daß man der schrankenlosen Gier nach Mehrarbeit der Kapitalisten nur durch Streik, d.h. gewaltsam Schranken ziehen kann. Aber dieses Bewußtsein findet in den Forderungen des Streiks nicht ausreichend Ausdruck und das macht die Schwäche des Streiks aus. Bloße Verkürzung der Arbeitszeit, sei es auf die Woche, aufs Jahr oder aufs Leben bezogen, kann die Tatsache nicht ändern, daß die Arbeitsbedingungen alle normalen Lebensbedingungen sprengen. Und gerade diese Tatsache wird umgangen, wenn beim „Einstieg in die 35-Stundenwoche“ versäumt wird, die Durchsetzung des Normalarbeitstages zur Hauptsache zu machen. Dieses Versäumnis gibt es aber von seiten der Tarifkommission. Von seiten der Sozialdemokratie, die mit der Forderung nach der 35-Stundenwoche die Europawahlen gewinnen will, ist es ein bewußtes Versäumnis. Je moderner die Maschinerie, so sagen sich ihre führenden Leute, in desto weniger Zeit kann die Arbeitskraft vernutzt werden. Welcher Vorteil für die westdeutschen Kapitalisten mit ihrer modernen Maschinerie, wenn in Europa 35-Stundenwoche existiert, in Westdeutschland aber Contischicht herrscht! Die Beschränkung des Normalarbeitstages ist entscheidend, damit die 35-Stundenwoche etwas nutzt. Das gilt schon beim Einstieg. Sowieso werden noch große Kämpfe notwendig sein.

In der Metallindustrie sind von einigen Tarifkommissionen Mindestforderungen zwischen 86.- und 100.- DM aufgestellt worden. Damit sind wir bei einer weiteren Schwäche des Streiks. 5%, das sind 120 DM für jeden, aber so fordert die Tarifkommission nicht. Das macht die Lohnforderung schwach, sobald es im Kampf gegen die Kapitalisten Spitz auf Knopf steht. Das tut es jetzt. Der Streik der Stahlarbeiter, obwohl seine Kraft noch kaum entfaltet, zwingt die Kapitalisten bereits zu Manövern. In der Anzahl von Angeboten lassen sie sich wirklich nicht lumpen. Es gibt eine ganze Reihe. Auch die Kapitalisten kennen die Schwächen des Streiks, und das läßt sie auf den Erfolg ihrer Manöver hoffen. Die große Sympathie für den Streik der Stahlarbeiter wächst in dem Maße, wie die Stahlarbeiter diese Manöver zurückschlagen (siehe Seite 14 und 15).

Die Rohstoffräuber USA und UdSSR in Bedrängnis

Fortsetzung von Seite 1

Am 14. Dezember noch „frustriert wie selten in meinem Leben“, war der US-Imperialistenchef Carter einen Tag später schon zu neuen Großtaten bereit: die USA könnten sich schließlich nicht „nur“ um den Nahen Osten kümmern. Nun, einem Pfaffen mag der – und das noch so kurz vor Weihnachten – geplatzte „Frieden“ hart ankommen, international ist es eine Niederlage der US-Supermacht in einer empfindlichen Schlacht um die Weltherrschaft. Die Haut des Managers von CONOCO (Continental Oil Company) paßt Carter sicherlich wie angegossen, am 14.12. wurde sie ihm unerträglich, denn 53 Mio. Dollar sollten in die Erdölprospektierung im Sinai fließen, und hernach das Öl in die USA. Aber nicht ohne „Friedensvertrag“. Der Kreditarm der US-Imperialisten, der IWF, hatte Ägypten zwar „rechtzeitig“ *vor* den Verhandlungen die zweite Rate des Kredits über insgesamt 720 Mio. Dollar vorenthalten, und die US-Behörde „für internationale Entwicklung“ (USAID) hatte den Zionisten 785 Mio. Dollar für Rohstoffimporte und Auffüllung der zerrütteten Staatskasse zur Verfügung gestellt. Eingekauft hat Carter nun einen Friedensnobelpreis, der ihm aufs Gemüt drückt. In solchen Augenblicken wird er nicht gerne an den imperialistischen Rivalen erinnert, auch wenn dieser, die UdSSR, gleichwohl danebengegriffen hat. Während die vier Punkte zur Unterwerfung Ägyptens und Sicherung der zionistischen Expansion vor aller Welt auf den Tisch kamen, brüllten die Sozialimperialisten los: Seht, Ägypten kapituliert und verrät die arabische Sache! Die Zeiten, in denen 98% der ägyptischen Baumwolle in die „brüderlichen“ Hände der Sowjetunion flossen, gehören der Vergangenheit an. Die „sozialistische“ Kredithilfe von 1977 29,5 Mrd. Rubel (1 Rubel: 2,85 DM) aus der Ausbeutung der sowjetischen Arbeiterklasse, die „vorrangig in die Erkundung und Erschließung von Bodenschätzen“ in über 500 „weltweite“ Projekte, davon in 27 Ländern Afrikas, zum Einsatz kamen, hat 129 Mio. Rubel Reingewinn abgeworfen. Selbst wenn man die 600 Mio. Rubel an „traditionellen Exportwaren“ der dritten Welt hinzuzählt – Tributzahlungen in Gestalt von 95% der Bauxitproduktion Guineas z.B. – was ist das, gemessen an der Kontrolle über den Nahen Osten? Ausgesprochen ärgerlich ist, daß das irakische Erdöl wieder durch Syrien zum Mittelmeer fließt, nachdem die Pipeline 1976 aufgrund von durch die UdSSR sorgsam geschürten Widersprüchen stillgelegt worden war.

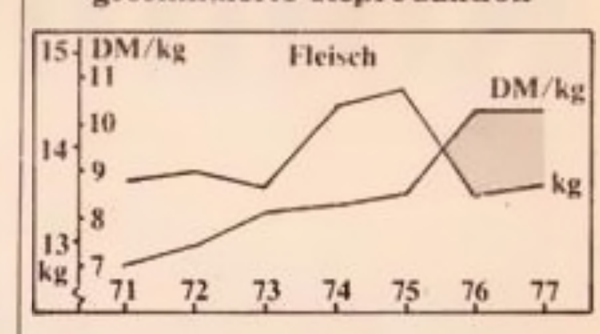
Während die USA den Dollar auf 1,90 DM rutschen ließen und die Sozialimperialisten ihre 12. oder 13. Rubelabwertung in diesem Jahr verfügten, stieg der Goldpreis um weitere 5 Dollar pro Feinunze auf 205,35 Dollar. Die erdölproduzierenden Länder haben ein Fünftel ihres Öls seit 1977 umsonst abgeben müssen, und der algerische Energieminister hat auf der OPEC-Konferenz in Abu Dhabi richtig festgestellt, da sei es mit einer „kleinen Preiskorrektur“ nicht getan. Hätte man anstelle der abgewrackten Lüge über die „westliche Orientierung“ Saudi-Arabiens die Konzerne Mobil Oil und Shell gefragt, es hätte sich anders angehört! Die mühen sich seit 5 Jahren um zwei Raffinerieprojekte in Saudi-Arabien, für die sie Rohölkontingente verlangen. Vorher wollten sie keinen müden Dollar in die Prospektierung stecken. Jetzt zahlen sie je 7 Mio. Dollar und beginnen die Bohrungen, aber die Kontingente haben sie *nicht*.

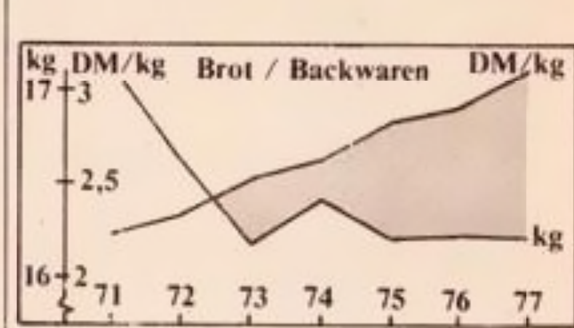
Die OPEC ist bereits viel zu sehr Teil der politischen Front der dritten Welt gegen die Supermächte und die imperialistische Ausbeutung, als daß die Mitgliedsstaaten „nur“ das Erdöl gemeinsam hätten. Im Januar halten die Handelsminister der Golfstaaten in Riyadh eine Konferenz ab, um die Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und den Austausch von Erfahrungen im wirtschaftlichen Aufbau zu organisieren. Aus dem OPEC-Sonderfonds wird jetzt der Beitrag der Länder der Sahel-Zone an den UNCTAD-Rohstoffonds bezahlt, weil diese Länder am schärfsten unter der imperialistischen Plünderung gelitten haben und große Anstrengungen im Aufbau der nationalen Wirtschaft unternehmen.

US-„Energieminister“ Schlesinger liegt ebenfalls das Erdöl am Herzen, genauer gesagt soll „die industrialisierte Welt der Verletzbarkeit der Erdölrouten mehr Beachtung schenken“. (West Africa, 4.12.78) Die Sowjetunion ist da schon egoistischer und macht sich Gedanken über ihren steigenden Bedarf an Öl, der die Gefahr in sich berge, daß sie zum „Nettoimporteur“ wird. Die eigenen Vorkommen sind nämlich zu „investitionsintensiv“, sie liegen in „schwer zugänglichen Gebieten mit schwierigen geographischen und klimatischen Bedingungen“. Offensichtlich sind die „klimatischen Bedingungen“ in Syrien oder Irak nicht die Bohne günstiger.

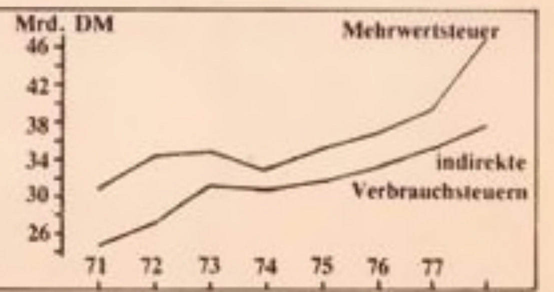
Die strategischen Öllager der rhodesischen Rassisten sind in der vorigen Woche von der Patriotischen Front vernichtet worden. Zum Lachen war den Imperialisten nicht zumute, als sie melden ließen, jetzt wisse man endlich, *wo* sich die Vorräte befunden hätten. Die Volksmassen wissen das gewöhnlich immer. Und sobald sich die Arbeiterklasse von den salbungsvoll vorgetragenen „Zukunftsperspektiven“ dieser parasitären Ausbeuter freimacht und ihre selbständige Politik verficht, weiß sie auch, wozu solche Kenntnisse nützlich sind.

Steigende Verbrauchssteuern, geschmälerte Reproduktion



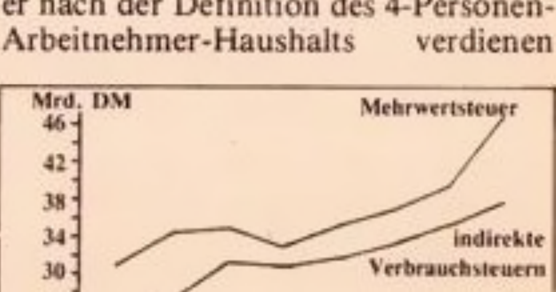


z.brp. Der statistische Haushaltstyp 2 (Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen) mußte sich in den letzten Jahren bei den notwendigen Reproduktionsmitteln ständig einschränken. Weniger Fleisch, weniger Butter, Milch, Zucker usw., obendrein schlechterer Qualität, ist Ausdruck des gesunkenen Lohnstandards. Beim Haushaltstyp 2 soll der alleinverdienende Arbeiter oder Angestellte über ein Monats-Bruttoeinkommen von 1900 bis 2850 DM verfügen. Die 1977 befragten 389 Haushalte des Typs 2 geben monatlich 2218,54 DM aus. Für diese 2218,54 DM muß der Arbeiter, Steuerklasse 3, verheiratet, 2 Kinder, 1977 2941,99 DM brutto verdienen, also bereits 91,99 DM *mehr* als er nach der Definition des 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalts verdienen



kann, d.h. er muß seinen Verbrauch an notwendigen Reproduktionsmitteln um eben diesen Betrag weiter einschränken. Der statistische Haushaltstyp 2 verfügt brutto über 3067,45 DM Einkommen aus „Erwerbstätigkeit, Vermögen, Einkommensübertragungen“, netto über 2331,02 DM plus 127,53 „sonstigen Einnahmen“. Die tatsächliche Einschränkung an notwendigen Lebensmitteln ist also noch größer, als sie sich aus der Statistik ermitteln läßt. – Die Ausgaben für die Lebenshaltung sind 1978 durch die um 0,5% bzw. 1% erhöhte Mehrwertsteuer und durch die Inflat2,7% in den ersten neun Monaten gestiegen. Will der Arbeiter 1978 nur die sowieso geschmälerte Reproduktionsbasis *erhalten*, dann muß er gegenüber 1977 pro Monat 59,80 DM mehr ausgeben. Die Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Juli 1979 werde für einen Arbeiterhaushalt mit 36000 DM Jahreseinkommen, was dem Haushaltstyp 2 entspricht, eine „Mehrbelastung von 72 DM bringen“. Finanzminister Matthöfer weiter: Dies sei notwendig, um „den Kapitalmarkt nicht zu überlasten.“ Nicht das Finanzkapital fürchtet um seine Zinsen, das Finanzkapital verlangt nach Steuererleichterungen, Subventionen, Risikoabsicherungen, Maßnahmen zur Senkung des konstanten wie des variablen Teils des Kapitals. 1960 betrugen die direkten staatlichen Subventionen an die Kapitalisten 0,82% des Bruttosozialprodukts und 9,5% der Ausrüstungsinvestitionen. 1977 machten sie einen Anteil von 1,6% des Bruttosozialprodukts und 20,18% der Ausrüstungsinvestitionen aus.

Imperialisten lassen Rohstoff-Fonds-Verhandlungen in Genf platzen
Versuch, Dritte Welt in GATT-Abkommen zu prügeln/ Heftige Konkurrenzschlachten der Imperialisten
z.mif. An Mauretanien, Swaziland, Tansania und Ostsamoa haben die EG-Imperialisten im Rahmen des Abkommens von Lomé 1975 jetzt 15,25 Mio. ERE, ca. 40 Mio. DM, zahlen müssen, als Ausgleich für Geldverluste dieser Länder auf dem Weltmarkt 1977. Der „Ausschuß für Entwicklung und Zusammenarbeit des Europäischen Parlaments“ fordert daher, daß das neu auszuhandelnde Abkommen zwischen EG und Dritter Welt eine längere Laufzeit bekommen und „während dieser Zeit auch revidierbar sein“ müsse (Nachrichten für Außenhandel, 30.11.).
Die wichtigsten Abkommen über den Welthandel sind derzeit offen: neben dem Lomé-Abkommen die Verhandlungen über den Rohstoff-Fonds und GATT (Allgemeines Abkommen über Zölle und Handel, seit 1948, 5. Verhandlungsrunde seit 1973).
Die Genfer Verhandlungen mit der Dritten Welt über deren Forderung
im Schnitt 4,5% niedriger als ein Jahr vorher, trotz Preissteigerung bei Industriewaren. Um mit der Preisdrückerei weiter voranzukommen und um die strategische Reserve zu erweitern, betreibt die Bundesregierung den Ausbau eigener Rohstofflager. Bis 1.4.79 sollen mehrere Staatssekretäre endlich einen Vorschlag fertig haben, denn bei „23 wichtigen Rohstoffen, die vor allem aus dem südlichen Afrika stammen, könne es ... zu ernsthaften Folgen für die Wirtschaft kommen, falls die Lieferungen infolge von politischen Unruhen unterbrochen würden“ (Nachrichten für Außenhandel, 1.12.).
Gegenüber den US-Imperialisten riskieren die EG-Imperialisten kesse Töne. Seit dem Beginn der GATT-Verhandlungen vor fünf Jahren hat sich die Position der US-Oberherren im Welthandel jährlich verschlechtert. Export: 12,7% – 13,5% – 12,7% – 11,7% –. Import: 13,8% – 12,7% – 14,1% – 14,9%. Dagegen die EG: Export: 35,8% – 37,4% – 36,2% –

Vom 14.-21.12. sucht Hamm-Brücher in Vertretung Genschers den Senegal und Elfenbeinküste heim, weil die BRD bloß den 6. Ausbeuterplatz einnimmt. Bild: Kakao-Lagerhalle in Elfenbeinküste
Gemüt drückt. In solchen Augenblicken wird er nicht gerne an den imperialistischen Rivalen erinnert, auch wenn dieser, die UdSSR, gleichwohl danebengegriffen hat. Während die
1,90 DM rutschen ließen und die Sozialimperialisten ihre 12. oder 13. Rubelabwertung in diesem Jahr verfügten, stieg der Goldpreis um weitere 5 Dollar pro Feinunze auf 205,35 Dollar.
Sonderfonds wird jetzt der Beitrag der Länder der Sahel-Zone an den UNCTAD-Rohstoffonds bezahlt, weil diese Länder am schärfsten unter der imperialistischen Plünderung gelitten
tragenen „Zukunftsperspektiven“ dieser parasitären Ausbeuter freimacht und ihre selbständige Politik verficht, weiß sie auch, wozu solche Kenntnisse nützlich sind.
dienen, also bereits 91,99 DM *mehr* als er nach der Definition des 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalts verdienen


Imperialisten lassen Rohstoff-Fonds-Verhandlungen in Genf platzen

Versuch, Dritte Welt in GATT-Abkommen zu prügeln/ Heftige Konkurrenzschlachten der Imperialisten

z.mif. An Mauretanien, Swaziland, Tansania und Ostsamoa haben die EG-Imperialisten im Rahmen des Abkommens von Lomé 1975 jetzt 15,25 Mio. ERE, ca. 40 Mio. DM, zahlen müssen, als Ausgleich für Geldverluste dieser Länder auf dem Weltmarkt 1977. Der „Ausschuß für Entwicklung und Zusammenarbeit des Europäischen Parlaments“ fordert daher, daß das neu auszuhandelnde Abkommen zwischen EG und Dritter Welt eine längere Laufzeit bekommen und „während dieser Zeit auch revidierbar sein“ müsse (Nachrichten für Außenhandel, 30.11.).

Die wichtigsten Abkommen über den Welthandel sind derzeit offen: neben dem Lomé-Abkommen die Verhandlungen über den Rohstoff-Fonds und GATT (Allgemeines Abkommen über Zölle und Handel, seit 1948, 5. Verhandlungsrunde seit 1973).

Die Genfer Verhandlungen mit der Dritten Welt über deren Forderung nach einem Rohstoff-Fonds zur Stabilisierung der Weltmarktpreise gegen die imperialistische Spekulation haben die Imperialisten jetzt platzen lassen. Der jamaikanische Präsident der Konferenz sah sich gezwungen, der Konferenz eine neue Verhandlungsrunde vor Mai zu empfehlen und die gegenwärtige Sitzung zu beenden.

Die Einfuhrpreise von Rohstoffen, Halbwaren und Lebensmitteln haben die Imperialisten gedrückt. Im Oktober lagen die Einfuhrpreise in der BRD im Schnitt 4,5% niedriger als ein Jahr vorher, trotz Preissteigerung bei Industriewaren. Um mit der Preisdrückerei weiter voranzukommen und um die strategische Reserve zu erweitern, betreibt die Bundesregierung den Ausbau eigener Rohstofflager. Bis 1.4.79 sollen mehrere Staatssekretäre endlich einen Vorschlag fertig haben, denn bei „23 wichtigen Rohstoffen, die vor allem aus dem südlichen Afrika stammen, könne es ... zu ernsthaften Folgen für die Wirtschaft kommen, falls die Lieferungen infolge von politischen Unruhen unterbrochen würden“ (Nachrichten für Außenhandel, 1.12.).

Gegenüber den US-Imperialisten riskieren die EG-Imperialisten kesse Töne. Seit dem Beginn der GATT-Verhandlungen vor fünf Jahren hat sich die Position der US-Oberherren im Welthandel jährlich verschlechtert. Export: 12,7% – 13,5% – 12,7% – 11,7% –. Import: 13,8% – 12,7% – 14,1% – 14,9%. Dagegen die EG: Export: 35,8% – 37,4% – 36,2% – 37%. Import: 37,8% – 36,6% – 36,4% – 36,8%. (berechnet nach IWF-Statistik, Nov. 78; EG-Angaben ohne Luxemburg; einschließlich Handel der EG-Länder untereinander).



Vom 14.-21.12. sucht Hamm-Brücher in Vertretung Genschers den Senegal und Elfenbeinküste heim, weil die BRD bloß den 6. Ausbeuterplatz einnimmt. Bild: Kakao-Lagerhalle in Elfenbeinküste

Darum haben die US-Imperialisten ihre westeuropäischen Freunde bei den GATT-Verhandlungen auflaufen lassen. Streitpunkte sind: „selektive Schutzmaßnahmen, industrielle Zölle ..., Agrarkonzessionen und Subventionskodex“, also Zugriffsrechte auf die Konkurrenzmärkte und Protektionismus der eigenen Märkte. Ab Januar erheben die US-Imperialisten wieder Strafzölle für subventionierte Exportwaren auf dem US-Markt. Die BRD-Imperialisten sind wütend. Schon zu Beginn der GATT-Verhandlungen 1973 schrieb die „Stuttgarter Zeitung“: „Die institutionelle Vorherrschaft der USA ... erweist sich ... als Störmoment“ (22.9.73). Das findet Carter nicht. Die US-Textilzölle liegen zwischen 9% und 46%. Daß natürlich Brasilien seinen Textilschutzzoll kappen muß, darüber sind sich die Imperialisten einig. Aber sonst? EG-Kommissar Haferkamp und Carter sind jetzt „übereingekommen, die Verhandlungen mit aller Kraft weiter voranzutreiben und Handelsstörungen oder -unterbrechungen um jeden Preis zu vermeiden“ (Blick durch die Wirtschaft, 4.12.).

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon: 0611/730231, Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730238 / Redakteur: Martin Fochler

Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 73 02 34

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr.51: 32 000

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77, Redakteur: Willi Geike

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348, Redakteur: Matthias Stab

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'informations et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n. – agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni, 49/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road · GB-London, WC1X 8OF

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Rienößlgasse 12 · A-1040 Wien ·

Verbreitungsgebiete und Liste der Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung · Bezugsadressen



Bezirksausgaben: Flensburg (01), Flensburg-Westküste · Kiel (02), Holstein · Hamburg (03), Hamburg-Unterelbe

Bezirksausgaben: Bremen (04), Bremen-Unterweser · Oldenburg (05), Weser-Ems · Münster (06), Münsterland-Emsland

Bezirksausgabe: Westberlin (07)

Bezirksausgaben: Hannover (08), Hannover · Braunschweig (09), Südostniedersachsen · Bielefeld (10), Ostwestfalen

Bezirksausgaben: Dortmund (11), Dortmund/Westliches Westfalen · Essen (12), Essen-Ruhr · Duisburg (13), Duisburg/Niederrhein · Düsseldorf (14), Düsseldorf/Rhein · Wuppertal (15), Wuppertal/Bergisches Land

Bezirksausgaben: Kassel (16), Kassel/Nordhessen · Gießen (17), Gießen/Sieg-Lahn · Frankfurt (18), Frankfurt/Südhessen · Mainz (19), Mainz/Rheinhessen-Taunus

Bezirksausgaben: Köln (20), Köln/Rhein-Sieg · Aachen (21), Aachen/Grenzland · Koblenz (22), Koblenz/Mittelrhein · Trier (23), Trier/Eifel-Hunsrück · Saarbrücken (24)

Bezirksausgaben: Mannheim (25), Rhein-Neckar-Pfalz · Heilbronn (26), Franken · Würzburg (27), Unterfranken · Nürnberg (28), Mittelfranken · Bayreuth (29), Oberfranken

Bezirksausgaben: Karlsruhe (30), Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald · Stuttgart (31), Mittlerer Neckar · Freiburg, Südbaden · Konstanz (32), Konstanz-Südschwarzwald · Ulm (33), Ulm-Bodensee

Bezirksausgaben: Regensburg (35), Mittlere Donau · Landshut (36), Niederbayern · München (37), München-Oberbayern · Augsburg (38), Schwaben

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 73, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Telefon 0201/252353

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730241

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstr. 147, Postf. 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611/730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten

Über zwei Millionen demonstrieren in Teheran: „Unabhängigkeit, Freiheit, islamische Republik!"

z.ulg. In der letzten Woche hat das US-Nachrichtenmagazin „Times" hinausposaunt, worüber sich die Iran-Spezialisten in Washington den Kopf zerbrechen. „Es gibt Eventualplaner..., die liebend gern eine amerikanische militärische Intervention projektiert hätten, um den Schah zu stützen oder sich der iranischen Ölfelder zu bemächtigen. Aber es fehlte ihnen der Vorwand, daß sie den Iran gegen Einmischung von außen schützen würden."

Ob man dann nicht wenigstens die Straße von Hormuz, den Ausgang des persischen Golfs in den indischen Ozean, besetzen könnte, hat die „Times" weitergeforscht. „Diese Truppen müßten auf iranischem Boden stationiert werden. Sie könnten sich leicht einem ‚Yankee go home' schreienden iranischen Volk gegenübersehen. Dann müßten sie entweder heimkehren, oder sie wären in einen Bürgerkrieg verwickelt, wahrscheinlich auf der Verliererseite." Für alle Fälle ist das mit 184 Mann schon bisher ansehnliche Personal der US-Botschaft in Teheran Ende der letzten Woche weiter verstärkt worden. Alles „alte Irankenner", berichtet die US-Presse: CIA-Agenten und Interventionsspezialisten.

Am letzten Sonntag haben in Teheran über 2 Millionen Menschen gegen das Schahregime und die imperialistische Plünderung des Landes demonstriert, tags darauf eher noch mehr. Das Organisationskomitee, dem außer den wichtigsten religiösen Führern auch Vertreter der bürgerlichen liberalen Opposition angehören, hat dazu eine 17-Punkte-Erklärung veröffentlicht, die die Massen während der Demonstration am Montag Punkt für Punkt gebilligt haben. Die Erklärung, die wir nebenstehend abdrucken, ist ein guter Gegenbeweis gegen die Verleumdungen der Imperialisten, „fanatische Mullahs" wollten den Iran „ins Mittelalter zurückstürzen".

Riesige Massendemonstrationen, die größten in der jüngeren iranischen Geschichte, haben am Sonntag und Montag auch in den anderen Städten des Landes stattgefunden. In der zweitgrößten Stadt Isfahan z.B. haben eine Million demonstriert, fast doppelt so viel wie die Stadt Einwohner hat. Als die Geheimpolizei dort einen Jugendlichen beim Kleben eines Plakats mit dem Bild Ayatollah Khomeinys erschoß, gingen die Massen zum Sturm auf das örtliche Savak-Hauptquartier über. Nur mit einer Granate, die sie mitten in die Menge feuerten, konnten sich die Geheimpolizisten noch einmal ihrer verdienten Bestrafung entziehen.

Ebenfalls in Isfahan hatte die Militärregierung für Mittwoch eine „Demonstration" zur Feier der Wiederaufrichtung des umgestürzten Schahdenkmals angeordnet. Zur Vorbereitung der „Demonstration" wurde ein wilder Terror entfesselt. Wer sich weigerte, in Hochrufe auf den Schah auszubrechen, wurde von Militäreinheiten verprügelt, oft kurzerhand niedergemacht. Trotzdem, und obwohl unter Militärbewachung Bauern aus der Umgebung zu diesem Anlaß in die Stadt geschleppt wurden, konnten zu der „Pro-Schah-Demonstration", Bewacher eingeschlossen, gerade 5000 Leute aufgeboten werden. Die Wiederaufrichtung des Denkmals fiel aus, weil sich die Kranführer dem Generalstreik angeschlossen hatten.

Die „Abstimmung mit den Füßen" hat stattgefunden, und ihr Ausgang ist eindeutig. Zum Sturz des Schah hat sie nicht gereicht, aber selbst die Berichte der bürgerlichen Korrespondenten zeigen, daß die Massen sich rasch darüber einig werden, welcher Schritt nach vorn jetzt notwendig ist. Viele haben auf der Demonstration am Montag in Teheran Bilder der Gründer der „Modjaheddin" mitgeführt, einer Guerrillaorganisation, die seit Jahren bewaffnete Aktionen gegen die US-Imperialisten und das Schah-Regime durchgeführt hat. Und immer bewußter drängt die Volksbewegung auf die Spaltung der Armee: An die Stelle der Appelle an die „islamischen Soldaten", nicht auf das Volk zu schießen, treten Sprechchöre: „Die islamischen Soldaten werden dem Schah den Gehorsam verweigern!"

Bereits an den Demonstrationen am Wochenanfang haben zahlreiche Soldaten und auch einige Offiziere teilgenommen. Im Laufe der Woche häuften sich die Meldungen über Massendesertionen. In Maschhad im äußersten Nordosten des Landes sind aus einer einzigen Kaserne 600 Soldaten desertiert. Häufig melden sich die desertierten Soldaten in den Moscheen zum Kampf für die islamische Republik: Die Waffen haben sie mitgebracht.

Am letzten Dienstag ist es sogar in der Kaserne der „Kaiserlichen Garde" in Teheran zu einer Meuterei gekommen. Einige Soldaten und Unteroffiziere haben mit Maschinenpistolen die im Speisesaal versammelten Offiziere der berüchtigten „Elitetruppe" angegriffen.

17-Punkte-Erklärung

des Organisationskomitees der Demonstration am 10.12. in Teheran

Im Namen Allahs, des Wohltäters, des Barmherzigen

1. Der Ayatollah Khomeiny ist unser Führer, und seine Forderungen sind die der iranischen Nation.
2. Sturz des Regimes und Beseitigung jeder Form ausländischer Ausbeutung.
3. Errichtung eines islamischen Staates auf der Grundlage demokratischer Wahlen; Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Gewährleistung der individuellen und sozialen Rechte.
4. Respektierung der demokratischen Rechte der Iraner, die unserem Kampf zugrunde liegen.
5. Nieder mit dem westlichen wie mit dem östlichen Imperialismus, Schluß mit der Ausbeutung durch das Ausland, gleichberechtigte Beziehungen zwischen den Nationen.
6. Gewährleistung der sozialen, politischen und Bürgerrechte des einzelnen, der Minderheiten und der Exilierten.
7. Vollständige Gleichberechtigung und Teilnahme der Frauen an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.
8. Soziale Gerechtigkeit, die den Werktätigen der Fabriken und der Felder die volle Frucht ihrer Arbeit sichert.
9. Beseitigung aller Formen der Diskriminierung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, der ungerechten Aneignung und der wirtschaftlichen Herrschaft.
10. Agrarreform; Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Landes gründen sich darauf, daß es sich auf seine eigenen Kräfte stützt; Wiedergeburt der Landwirtschaft und gesunde Industrialisierung.
11. Volle Unterstützung für alle Streiks in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst.
12. Gegenseitige finanzielle Unterstützung für die, die durch die Streikfolgen in Armut zu geraten drohen.
13. Einsatz der Armee gegen das Volk ist Verrat am Volk und an der Armee selbst.
14. Die Volksbewegung ist nicht das Werk des „internationalen Kommunismus".
15. Ruhm den Märtyrern.
16. Freilassung aller politischen Gefangenen und Rückkehr der Exilierten.
17. Fortführung des Kampfes bis zum Sieg, gegen jedes Komplott, jede Verschwörung, jeden vom Regime organisierten Angriff der Polizei und Armee.

Nach den italienischen Zeitungen „Corriere della Sera" und „Unità"

„Spiegel" hört Sterbeglocken – wütende Hetze gegen Befreiungskämpfe in Iran, Asien, Afrika

z.hev. Der „Spiegel" hat eine Entdeckung gemacht. In seiner 50. Ausgabe wurde „die islamische Rechtgläubigkeit, die wohl seltsamste revolutionäre Speerspitze der Geschichte" aus gemacht und begierig interpretiert. Nicht, daß die iranischen Volksmassen einen neuen Ansturm auf die imperialistischen Bastionen im Iran unternehmen, soll unsere Aufmerksamkeit erregen, sondern daß schiitische Priester sich an dieser Bewegung beteiligen und einzelne von ihnen wie Khomeiny auch eine führende Rolle spielen. Mit Blick auf die Bewegungen der Unterstützung der Kämpfe der Völker der Dritten Welt in den imperialistischen Metropolen und zu deren Spaltung und Entmutigung schlägt der „Spiegel" dann den Sack und meint den Esel.

Das geht so: „Das Programm Khomeinys weist zurück ins Mittelalter". Schon der Vater des heutigen Schah habe 1924 „in der heiligen Stadt Ghom" einen mächtigen schiitischen Priester mit dem Handstock verprügelt, weil er sich geweigert haben soll, in Persien eine Republik nach dem Vorbild Kemal Ata Türks aufzubauen. Und der heutige Schah habe den „verhängnisvollen Fehler" begangen, nicht zu erkennen, daß „das zurückgebliebene islamische Land" das große Tempo nicht verkraftet habe, mit dem er den Iran in „einen westlichen Staat ummodeln" wollte. Deshalb werde der rechte technokratische Diktator von noch rechteren Ultras erfolgreich angegriffen. Statt Jeans Pluderhosen, statt Miniröcke Schleier, statt Kino mit westlichen Filmen der Koran in der Moschee, statt staatlicher Steuern Kirchenabgaben – und wer um Gottes willen soll „nach dem Sturz des Schah die von Ausländern beherrschte Renommierindustrie Persiens bedienen?" Womit der Sack geschlagen wäre.



Eine Gruppe Freiwilliger der Demokratischen Partei, die während der „konstitutionellen Bewegung" 1905-1911 führende Kraft der nationaldemokratischen Revolution war. Das iranische Volk hat die Verbrechen der britischen und russischen Imperialisten nie vergessen.

Denn wer befürwortet schon einen Weg zurück ins Mittelalter? Ein Hinterwäldler, wer dem Schah nicht recht gibt, ein Reaktionär, wer die jetzigen Volkskämpfe im Iran unterstützt. Daß im Iran die Arbeiterklasse kämpft, vermeldet der „Spiegel" zögernd und versteckt, ablesbar am Produktionsrückgang des Erdöls; daß die Bauern gegen die sogenannten Segnungen der „weißen Revolution" des Schahs kämpfen, die ihnen die Vertreibung von ihrem Land und ein Elendsdasein als Landarbeiter oder Hilfsarbeiter in der Stadt bescherte, ist dem „Spiegel" keine Zeile wert. Aber die Wucht dieser Kämpfe ist es, die den ausländischen Ausbeutern und ihren Handlangern im Iran tief ins Mark gefahren ist, und verzweifelt registrieren sie, daß die überwiegende Mehrheit der schiitischen Priester sich diesem Kampf angeschlossen hat auf der Linie, die Khomeiny schon 1941 angegeben hat: „Junge Freiheitskämpfer, liebe Muslims, die ihr für die verlorene Ehre kämpfen wollt. Liebe Religiöse, die ihr für die Unabhängigkeit engagiert seid. Es ist Gottes Gebot und die religiöse Aufgabe jedes Muslims, seine Heimat von den fremden Ausbeutern und ihren inländischen Verbündeten zu reinigen und zu befreien."

Das Volk hat die Geistlichen immer dann akzeptiert und sich mit ihnen zusammengeschlossen, wenn sie so gehandelt haben, sie aber scharf bekämpft, wenn sie sich auf die Seite der imperialistischen Ausbeuter und deren iranischen Agenten gestellt haben. Als 1896 Mirza Reza Kermani, ein gutgläubiger Schiit, den Schah Nasser-el-Din erschoß, wurde diese Tat vom Volk bejubelt. Als 1898 der hohe geistliche Würdenträger Nizam el Ulama Lebensmittel in seinem Haus hortete und das Volk wegen der Brotverteuerung Hungers zu sterben drohte, stürmten die Massen in Täbriz sein Haus, plünderten es und hätten den Geistlichen erschlagen, wäre ihm nicht die Flucht nach Teheran gelungen. Das britische Tabakmonopol in Persien wurde 1892 zu Fall gebracht unter Mithilfe der schiitischen Priester, die zum „Heiligen Krieg" gegen die Ausländer und zum Rauchverzicht aufriefen. Die Spaltung unter den Geistlichen in solche, die sich auf die Seite der Ausbeuter stellten oder selbst Ausbeuter waren und solche, die die Kämpfe des Volkes unterstützten, hat es in diesem Jahrhundert im Iran immer gegeben. 1908 verbündeten sich einige reaktionäre Geistliche mit den russischen Offizieren von der Kosakenbrigade in Teheran, die als Besatzer im Land waren, und dem Schah gegen die sogenannte „konstitutionelle Bewegung", bombardierten das Parlamentsgebäude und ließen u.a. auch einen revolutionären Geistlichen, der die Bildung einer persischen bewaffneten Nationalgarde vorgeschlagen hatte, grausam umbringen.

Das Gefühl des Rückwärtsgangs ist umfassend. Wie ein von gezielten Hieben getroffener Boxer schlägt der „Spiegel" um sich und macht überall dort Wege zurück ins Mittelalter aus, wo die Schläge des antiimperialistischen Befreiungskampfes der Völker gesessen haben. Der Rückschritt bestehe in der „Besinnung auf nationale Werte": Premier Desai in Indien, dem „Meditation und Yoga mehr bedeuten als sein westliches Schulwissen"; „Die Regierung Madagaskars machte das traditionelle Selbstverwaltungssystem der ‚Fokonola', einer dörflichen Palaverdemokratie, zum Leitfaden der Entwicklung." Und die staatlichen Gesundheitsbehörden „nehmen mancherorts schon die einheimische Medizin ernst."

Gegen Ende plätschert der „Spiegel"-Artikel so dahin mit „Nachrichten" über die Vorbereitungen, die die Reichen treffen, um ihre Beute in Sicherheit zu bringen. Selbstverständlich, so soll man denken, handeln die Besitzenden eben so, und wenn es Deutsche sind, die da fliehen, auch selbstverständlich, daß die Lufthansa-Maschinen ausgebucht sind. Die Bedeutung des letzten Absatzes geht beim flüchtigen Lesen zunächst einfach unter. Er lautet: „Am Freitag stieg die Spannung auf den Siedepunkt: Die Nachricht, sowjetische Gas- und Öl-Frachter hätten an der Kaspischen Küste riesige Mengen Handfeuerwaffen angelandet." Hinterhältig und verschlagen wird so, in eine „Nachricht" verpackt, der Grund für die Intervention der westlichen Imperialisten fabriziert. Denn soll der Westen den Iran der sozialimperialistischen Supermacht überlassen? Die versuchte Unterdrückung der Bewegung zur Unterstützung der Kämpfe im Iran durch alle Ebenen des westdeutschen Staates sind die andere Seite der Medaille.

Die gerechten Ziele der iranischen Volksmassen
9. Beseitigung aller Formen der Diskriminierung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, der ungerechten Aneignung und der wirtschaftlichen Herrschaft.
10. Agrarreform; Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Landes gründen sich darauf, daß es sich auf seine eigenen Kräfte stützt; Wiedergeburt der Landwirtschaft und gesunde Industrialisierung.
11. Volle Unterstützung für alle Streiks in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst.
12. Gegenseitige finanzielle Unterstützung für die, die durch die Streikfolgen in Armut zu geraten drohen.
13. Einsatz der Armee gegen das Volk ist Verrat am Volk und an der Armee selbst.
14. Die Volksbewegung ist nicht das Werk des „internationalen Kommunismus".
15. Ruhm den Märtyrern.
16. Freilassung aller politischen Gefangenen und Rückkehr der Exilierten.
17. Fortführung des Kampfes bis zum Sieg, gegen jedes Komplott, jede Verschwörung, jeden vom Regime organisierten Angriff der Polizei und Armee.
Nach den italienischen Zeitungen „Corriere della Sera" und „Unità"
persischen Golfs in den indischen Ozean, besetzen könnte, hat die „Times" weitergeforscht. „Diese Truppen müßten auf iranischem Boden stationiert werden. Sie könnten sich leicht einem ‚Yankee go home' schreienden iranischen Volk gegenübersehen. Dann müßten sie entweder heimkehren, oder sie wären in einen Bürgerkrieg verwickelt, wahrscheinlich auf der Verliererseite." Für alle Fälle ist das mit 184 Mann schon bisher ansehnliche Personal der US-Botschaft in Teheran Ende der letzten Woche weiter verstärkt worden. Alles „alte Irankenner", be-
Punkt gebilligt haben. Die Erklärung, die wir nebenstehend abdrucken, ist ein guter Gegenbeweis gegen die Verleumdungen der Imperialisten, „fanatische Mullahs" wollten den Iran „ins Mittelalter zurückstürzen".
Riesige Massendemonstrationen, die größten in der jüngeren iranischen Geschichte, haben am Sonntag und Montag auch in den anderen Städten des Landes stattgefunden. In der zweitgrößten Stadt Isfahan z.B. haben eine Million demonstriert, fast doppelt so viel wie die Stadt Einwohner hat. Als die Geheimpolizei dort einen Jugendli-
auf der Demonstration am Montag in Teheran Bilder der Gründer der „Modjaheddin" mitgeführt, einer Guerrillaorganisation, die seit Jahren bewaffnete Aktionen gegen die US-Imperialisten und das Schah-Regime durchgeführt hat. Und immer bewußter drängt die Volksbewegung auf die Spaltung der Armee: An die Stelle der Appelle an die „islamischen Soldaten", nicht auf das Volk zu schießen, treten Sprechchöre: „Die islamischen Soldaten werden dem Schah den Gehorsam verweigern!"
Bereits an den Demonstrationen am Wochenanfang haben zahlreiche Soldaten und auch einige Offiziere teilgenommen. Im Laufe der Woche häuften sich die Meldungen über Massendesertionen. In Maschhad im äußersten Nordosten des Landes sind aus einer einzigen Kaserne 600 Soldaten desertiert. Häufig melden sich die desertierten Soldaten in den Moscheen zum Kampf für die islamische Republik: Die Waffen haben sie mitgebracht.
Am letzten Dienstag ist es sogar in der Kaserne der „Kaiserlichen Garde" in Teheran zu einer Meuterei gekommen. Einige Soldaten und Unteroffiziere haben mit Maschinenpistolen die im Speisesaal versammelten Offiziere der berüchtigten „Elitetruppe" angegriffen.



Eine Gruppe Freiwilliger der Demokratischen Partei, die während der „konstitutionellen Bewegung" 1905-1911 führende Kraft der nationaldemokratischen Revolution war. Das iranische Volk hat die Verbrechen der britischen und russischen Imperialisten nie vergessen.
hängnisvollen Fehler" begangen, nicht zu erkennen, daß „das zurückgebliebene islamische Land" das große Tempo nicht verkraftet habe, mit dem er den Iran in „einen westlichen Staat ummodeln" wollte. Deshalb werde der rechte technokratische Diktator von noch rechteren Ultras erfolgreich angegriffen. Statt Jeans Pluderhosen, statt Miniröcke Schleier, statt Kino mit westlichen Filmen der Koran in der Moschee, statt staatlicher Steuern Kirchenabgaben – und wer um Gottes willen soll „nach dem Sturz des Schah die von Ausländern beherrschte Re-
bardierten das Parlamentsgebäude und ließen u.a. auch einen revolutionären Geistlichen, der die Bildung einer persischen bewaffneten Nationalgarde vorgeschlagen hatte, grausam umbringen.
Das Gefühl des Rückwärtsgangs ist umfassend. Wie ein von gezielten Hieben getroffener Boxer schlägt der „Spiegel" um sich und macht überall dort Wege zurück ins Mittelalter aus, wo die Schläge des antiimperialistischen Befreiungskampfes der Völker gesessen haben. Der Rückschritt beste-

Die gerechten Ziele der iranischen Volksmassen werden unterstützt



Demonstration in Hannover



Propagandaaktionen in der Hamburger Innenstadt

Am Samstag den 16.12. fanden zahlreiche Aktionen zur Unterstützung der revolutionären Kämpfe der iranischen Volksmassen statt. In größeren Städten wurden Kundgebungen durchgeführt, in Hamburg, Bremen, Münster, Göttingen und Hannover (siehe Bild) wurden Demonstrationen organisiert. Der reaktionären Hetze der westdeutschen Bourgeoisie, die das Schah-Regime als Garanten ihrer imperialistischen Jagd nach Höchstprofiten unterstützt, wurde entgegengetreten. Die Aktionen wurden mit Geldsammlungen zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe verbunden. Teilweise wurden die Aktionen verboten, in Münster wurden 2000 Polizisten aufgeboten, in Hannover 500. Dennoch wurden die Aktionen durchgeführt, in der Bevölkerung fanden sie Zustimmung. Die Bourgeoisie findet für ihre reaktionäre Hetze keinen fruchtbaren Boden. In Hamburg hatten der KBW und die CISNU gegen das Verbot des Senats zu einer Demonstration aufgerufen. Der Marsch der Demonstration, zu der sich ca. 200 Teilnehmer formiert hatten, konnte dort zwar mit massiver Polizeigewalt verhindert werden, gleichwohl wurden den ganzen Nachmittag über in der Mönckebergstraße propagandistische Aktionen durchgeführt (siehe Bild). Für den jetzigen Samstag haben – diesmal 18 Organisationen und Vertretungsorgane – zu einer erneuten Demonstration aufgerufen.

Vergeblicher Versuch, Jugoslawien in den Schmutz zu ziehen

z.hev. ,,Welt am Sonntag", 10.12.78. Bericht über angebliche Folterungen von deutschen Nazioffizieren in jugoslawischen Gefängnissen und Erpressen von Geständnissen, ,,die sie nie begangen hatten". U.a. war Generaloberst Alexander Löhr, der letzte Oberbefehlshaber der deutschen Südostarmee, verurteilt und erschossen worden – für ,,Verbrechen, die er nie begangen hatte"? – Aus dem Befehl Löhrs vom 7. Dezember 1942: ,,Jede sich ankündigende neue Bandenbildung muß im Keim erstickt, jede auftretende Feindgruppe sofort zerschlagen und ausgerottet werden..., daß mit der Zuführung weiterer Verbände aus der Heimat nicht zu rechnen ist, zwingt uns zu verschärfter Kampfführung... Überraschung, Schnelligkeit, List und Hinterhalte, Überfälle, Ausspähung, wirksame Sühnemaßnahmen (Geisel), Jagdkommandos und Stoßtrupps unter verwegenen Führern..." Und aus dem Befehl des Generals Rudolf Lüthers vom 12.1.43.: ,,4. Behandlung der Bevölkerung: Jeder, der sich am Kampf gegen die Besatzungstruppen ... beteiligt hat, ist zu erhängen oder zu erschießen ... Führer sind als Austauschgefangene, die übrigen Verdächtigen zur Erschießung bei Sühnemaßnahmen (Sühnegefangene) bei den Divisionen zu behalten. Alle übrigen waffenfähigen Männer (ab 15 Jahren) sind aus partisanenverdächtigen Gebieten ... in besondere Sammellager abzuschieben... 5. Ortschaften, die schwer zugänglich sind, sowie andere als Partisanen-Stützpunkte festgestellte... Punkte sind zu zerstören. Ebenso ist mit den Orten zu verfahren, aus denen geschossen wurde." – Die deutsche Wehrmacht sollte Jugoslawien in den ,,großdeutschen Wirtschaftsraum" eingliedern, mußte aber die Erfahrung machen, daß sie gegen die Partisanenarmee Titos nicht bestehen konnte und versuchte sich mit brutalem Terror zu halten. Daß Jugoslawien auch heute sich seine Unabhängigkeit nicht nehmen läßt, nicht erpreßbar ist und führendes Mitglied der Blockfreien, und die RAF-Mitglieder trotz massiven Drucks nicht ausgeliefert hat, ist der Grund für die Sonntagshetze der Welt. Daß eine Besatzerarmee gegen den Volkskrieg unterliegen muß, ist eine bittere Erfahrung der deutschen Imperialisten.

Bäcker nur 3,4% – weniger Arbeitszeit ohne Lohnausgleich

z.kea. Zwischen der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesbezirk Niedersachsen/Bremen und dem Bäckerinnungsverband wurde vereinbart: Die Stundenlöhne in den Lohngruppen I bis IV werden um 5,9 % erhöht. Die Wochenarbeitszeit für diese Lohngruppen wird von 42 auf 41 Stunden verkürzt. Legt man eine

die schwer zugänglich sind, sowie andere als Partisanen-Stützpunkte festgestellte... Punkte sind zu zerstören. Ebenso ist mit den Orten zu verfahren, aus denen geschossen wurde." – Die deutsche Wehrmacht sollte Jugoslawien in den ,,großdeutschen Wirtschaftsraum" eingliedern, mußte aber die Erfahrung machen, daß sie gegen die Partisanenarmee Titos nicht bestehen konnte und versuchte sich mit brutalem Terror zu halten. Daß Jugoslawien auch heute sich seine Unabhängigkeit nicht nehmen läßt, nicht erpreßbar ist und führendes Mitglied der Blockfreien, und die RAF-Mitglieder trotz massiven Drucks nicht ausgeliefert hat, ist der Grund für die Sonntagshetze der Welt. Daß eine Besatzerarmee gegen den Volkskrieg unterliegen muß, ist eine bittere Erfahrung der deutschen Imperialisten.

Bäcker nur 3,4% – weniger Arbeitszeit ohne Lohnausgleich

z.kea. Zwischen der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesbezirk Niedersachsen/Bremen und dem Bäckerinnungsverband wurde vereinbart: Die Stundenlöhne in den Lohngruppen I bis IV werden um 5,9 % erhöht. Die Wochenarbeitszeit für diese Lohngruppen wird von 42 auf 41 Stunden verkürzt. Legt man eine

tatsächliche Arbeitszeit von 41 Wochenstunden gegenüber früher 42 Stunden zugrunde, errechnet sich für die Lohngruppe I (Arbeiter mit Gesellen- bzw. Meisterprüfung) eine monatliche Erhöhung von 43 bis 55 Mark brutto auf die bisherigen Bruttomonatslöhne von ca. 1250 bis 1650 DM. Entsprechend ergeben sich in den Lohngruppen II, III (Betriebshelfer, Hilfskräfte) und IV (Kraftfahrer) Lohnerhöhungen von 30 bis 50 DM auf die bisherigen Bruttomonatslöhne von ca. 950 bis 1450 DM. – Die Lohnerhöhung beträgt also 3,3 bis 3,4 %, wenn tatsächlich eine Stunde weniger in der Woche gearbeitet wird. Ähnliches gilt für die Lohngruppe V (Verkäuferinnen) : Die jüngeren Altersstufen werden etwas stärker angehoben. Die Mehrzahl der Verkäuferinnen erhält den neuen Monatstarif 1310 DM gegenüber vorher 1265 DM bei einer tariflichen Wochenarbeitszeit von 43 Stunden gegenüber 44 Stunden bisher. Für die Arbeiter im Backgewerbe bedeutet der Tarifvertrag eine zusätzliche Lohnsenkung, die nur durch Überschreiten der tariflichen Arbeitszeitverkürzung auszugleichen ist.

Streik der englischen Bäcker abgebrochen

z.mat.Liverpool. Der fünfwöchige Streik in der Bäckereiindustrie ist abgebrochen worden. Der Abschluß lautet 5%, dazu 9,5%, die mit der Bedingung verknüpft sind, daß die 40-Stunden-Woche auch in zehn- statt achtstündige Arbeitstage aufgeteilt werden darf und daß die Kapitalisten in Zukunft auch Arbeiter beschäftigen dürfen, die nicht Mitglieder der Gewerkschaft sind. Die Streikforderung hatte 10 Pfund oder 26 Prozent gelautet. Die Bäckereiarbeiter hatten den Streik unter schwierigen Bedingungen erfolgreich begonnen: Ein Überstundenstreik im Sommer hatte die Reserven angegriffen, Streikgelder zahlt die Gewerkschaft laut Statut nicht. Unter dem Druck des Streiks hatte die Firma Jackson 10 Pfund gezahlt und war aus dem Kapitalistenverband ausgetreten. Andere schlossen gleiche Betriebsvereinbarungen ab, insgesamt für 6000 Arbeiter. Der Streik bröckelte ab, als die Reformisten in der Führung des Gewerkschaftsbundes TUC die Bäckergewerkschaft allein kämpfen ließen. Mit 40 gegen 36 Bezirke wurde der Abschluß angenommen.

Neuer Manteltarifvertrag bei HBV

z.hoj.München. Zum 1. Januar 1979 tritt für die Beschäftigten im Buchhandel und in den Verlagen in Baden-Württemberg und in Bayern ein neuer Manteltarifvertrag in Kraft. Die Ergebnisse sind ein Hohn. Die Laufzeit ist um ein Jahr bis einschließlich 1981 verlängert worden, entgegen vielen Telegrammen aus den Betrieben. Das Weihnachtsgeld wurde für 1978 um 10% erhöht auf mindestens 850 DM. Die meisten HBV-Mitglieder erhalten bereits das 13. Monatsgehalt ausgezahlt. Zur Arbeit an Datensichtgeräten wurde beschlossen, daß sechs Stunden ununterbrochene Arbeit möglich sind. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde auf 40 Stunden an fünf Tagen festgelegt. Die Samstagsarbeit wurde nicht behandelt, geschweige denn die Forderung der Buchhändler nach zwei arbeitsfreien Samstagen im Monat. Ausdrücklich wurde gegenüber dem alten Manteltarifvertrag ein Zuschlag für Schichtarbeit von 15% eingeführt, womit die Schichtarbeit weiter zementiert wird. Ein ,,grandioser" Abschluß von einem Tag mehr Urlaub für 1979 wurde erreicht. Ab 1981 erhalten die bis 30jährigen 25 Tage, also einen Tag mehr, und die über 30jährigen 30 Tage. Statt der Freistellung von einer Woche zusätzlich bei Krankheit eines Kindes wird jetzt auch den Vätern eine Woche wie bisher gewährt. Dieser Abschluß ist in der Fachgruppe auf große Empörung gestoßen. In der Verhandlungskommission haben die Vertreter von Nürnberg, Regensburg und Augsburg abgelehnt. Der Vertreter von München und der Fachgruppenvorstand haben ihre Zustimmung so begründet, daß ihnen nichts anderes übrig bliebe, da es keine Kampfbereitschaft gebe. Nebenbei ist aufgedeckt worden, daß bereits ein Schlichtungsabkommen vorbereitet war.

Dem Herrn Bundeskanzler zum 23. Dezember 1978

ununterbrochene Arbeit möglich sind. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde auf 40 Stunden an fünf Tagen festgelegt. Die Samstagsarbeit wurde nicht behandelt, geschweige denn die Forderung der Buchhändler nach zwei arbeitsfreien Samstagen im Monat. Ausdrücklich wurde gegenüber dem alten Manteltarifvertrag ein Zuschlag für Schichtarbeit von 15% eingeführt, womit die Schichtarbeit weiter zementiert wird. Ein ,,grandioser" Abschluß von einem Tag mehr Urlaub für 1979 wurde erreicht. Ab 1981 erhalten die bis 30jährigen 25 Tage, also einen Tag mehr, und die über 30jährigen 30 Tage. Statt der Freistellung von einer Woche zusätzlich bei Krankheit eines Kindes wird jetzt auch den Vätern eine Woche wie bisher gewährt. Dieser Abschluß ist in der Fachgruppe auf große Empörung gestoßen. In der Verhandlungskommission haben die Vertreter von Nürnberg, Regensburg und Augsburg abgelehnt. Der Vertreter von München und der Fachgruppenvorstand haben ihre Zustimmung so begründet, daß ihnen nichts anderes übrig bliebe, da es keine Kampfbereitschaft gebe. Nebenbei ist aufgedeckt worden, daß bereits ein Schlichtungsabkommen vorbereitet war.

Dem Herrn Bundeskanzler zum 23. Dezember 1978

z.ere. ,,An die Pflicht orientiert" – es klingt sehr preußisch: ,,Ehrgeiz und Pflichtgefühl" treiben ihn, den Kanzler, dem ,,öffentlichen Wohl" zu dienen. Aber beileibe, das ist *keine* ,,Besonderheit", das gilt für *den* ,,Soldaten und für *den* Beamten auch". Der ,,Dienst am Gemeinwohl" habe ihn geprägt – das war schon so bei der Panzerdivision an der Ostfront und nicht anders als Beamter der hanseatischen Pfeffersäcke. – Nun, nach reichlich verdienstvollen Jahren – das Gemeinwohl ist zur Bestie geraten – war eigentlich daran gedacht, dem zweiten Kanzler solch Ehr' zuteil werden zu lassen, wie dem ersten. Was damals noch ,,Von-Gottes-Gnaden" mit dem Schwert geschlagen werden konnte, Johann Georg Reißmüllers ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung" hat es heute (im Einvernehmen mit Herbert Wehner, wie gesagt wird) in ,,bescheidener, aber angemessener Weise" besorgt: ,,Ein republikanischer Monarch". – Streng begrenzt, so ist der ,,Bild"-Zeitung zu entnehmen, in der Auflage und aus reinem Feingold (24 Karat) sind die 2000 Exemplare der Medaille zum Wiegenfest. ,,Das charakteristische Porträt des Herrn Bundeskanzlers" auf hochpoliertem Spiegel-Hintergrund ein (feinmattiertes Reliefporträt) puniert mit einem dreifachen Echtheitsstempel. – Bislang beeilte sich die Verlags GmbH ,,Neue Gesellschaft" ausschließlich mit der Herausgabe seiner Reden. Liebhaber warten aber schon auf solche Raritäten wie die ,,Lieder zum Wiegenfeste des Kanzlers". Kenner, so war zu erfahren, erinnern sich noch sehr gut an die ehernen Texte: ,,Dank dir, du Mann der That, Dank dir für deine Saat, die du gesät. Freude beglücke dich, Liebe erquicke dich bis einst erfüllte sich dein Segenslauf" (Gesungen nach der Melodie: Heil dir im Siegerkranz).

Die Front gegen die Gesamtschulreform der SPD wächst

r.res. 14 oder 15 neue Gesamtschulen will der SPD-Senat bis zum Schuljahrsbeginn 1979 in Hamburg einrichten, dazu 13 neue ,,integrierte Orientierungsstufen" (5. und 6. Klasse). Die Hälfte der siebenstufigen Gymnasien soll aufgelöst werden. Etwa 30 Schulen sollen also in die neuen Gesamtschulen ,,integriert" werden, d.h., daß die Klassenverbände weitgehend zerstört und durch ein ausgeklügeltes Kurssystem ersetzt werden sollen. Nach dem ,,Grundmodell für neue Gesamtschulen" des Senats sind die Schüler im Jahrgang 7 nur noch 12 von 28 Wochenstunden in einem Verband, in Jahrgang 9 und 10 nur noch 3 bzw. 5 Stunden. Die Schüler wechseln oft fünfmal am Tag die Klasse, den Lehrer und den Kurs. Das Auf- und Absteigen in den Leistungskursen entscheidet über den Abschluß und damit über die Freigabe der Arbeitskraft für die Kapitalisten. Wenn das ,,Grundmodell" die ,,Individualisierung des Lernens durch differenzierte, aufeinander abgestimmte Lehrangebote in den einzelnen Fächern" anpreist und ,,zunehmend abschlußorientierte Fachleistungsdifferenzierung" fordert, tritt die Absicht der Bourgeoisie nach rascher Auslese und früher Verfügbarkeit in der Profitproduktion deutlich zutage.

Die Eltern und Schüler haben gegen diese geplante ,,Individualisierung" und ,,Differenzierung" den Kampf begonnen. Bei einer Befragung von 462 Eltern in der Schule Thedestraße in Altona haben 79% gegen und 17,5% für die Umwandlung in eine Gesamtschule gestimmt. Der Elternrat hat angekündigt, daß ab 15. Januar gestreikt wird, ,,bis die Schulbehörde nachgibt". Die Vertreter der Schulbehörde wurden auf einer Versammlung heftig angegriffen. Die Schulkonferenz (Eltern-, Lehrer- und Schülervertretung) der Max-Brauer-Schule in Altona hat sich mit 10:2 gegen die Gesamtschule gewandt. Die Eltern der Schule Holstenhof in Wandsbek wollen die Umwandlung in eine Gesamtschule wenigstens um ein Jahr verschieben. Die Eltern aus dem benachbarten Gymnasium Marienthal sind mit 555:12 gegen die Gesamtschule.

Die Eltern wehren sich gegen die wachsende Schulunterdrückung. ,,Der Leistungszwang ist auf der Gesamtschule ja noch schlimmer als in der Schule, wo meine Tochter jetzt ist", sagt eine Mutter, die zusammen mit ihren Kindern an der Schule Haubachstraße den Kampf gegen die Fünfen und Sechsen und gegen Lehrer führt, die den Notenknüppel schwingen. ,,Uns haben sie erzählt, es würde in der Gesamtschule auch Klassen geben wie hier. Das stimmt aber nicht. Es gibt da so viele Kurse und Fächer und immer wieder andere Lehrer. Bei dem Druck lernen die Schüler doch gar nichts mehr. Ausgesiebt wird da doch noch mehr als an der Schule, wo meine Tochter jetzt ist. Und wieviele Schüler von überall her dort zusammenge pfercht sind! Ein bis zwei Stunden Fahrtweg kommen oft dabei heraus, denn wo liegen die Gesamtschulen denn. Ich habe meine Tochter nicht für die Gesamtschule angemeldet, auch wenn der Direktor mir in den Ohren liegt, daß es für sie am besten wäre."

Die Schulpolitik des Senats stößt an vielen Punkten auf Ablehnung und es hat verschiedene heftige Kämpfe gegeben, zuletzt die Streiks der Berufsschüler gegen das Kurssystem. Um die Bewegung gegen die Gesamtschule zu spalten, starten SPD und CDU Manöver. Die SPD will den berechtigten Haß auf das dreigliedrige Schulsystem auf ihre Gesamtschulreform lenken. Es treten schon SPD-Lehrer auf, die behaupten, die Gesamtschule sei ein Schritt in Richtung einheitlicher Ausbildung und Einheitsschule. Die CDU greift die Erfahrung der Massen auf, daß jede Schulreform noch verstärkte Unterdrückung und Aussiebung bedeutet hat. Mit Parolen wie ,,Rettet das Gymnasium" und ,,Der Klassenlehrer muß Bezugsperson bleiben" wollen sie der Bewegung nun unterstellen, sie sei für den Erhalt des bestehenden Schulsystems.

Die Bewegung kann die Gesamtschulreform der SPD zu Fall bringen, wenn sie sich von der bürgerlichen Führung befreit und sich bewußt gegen die Schulunterdrückung organisiert.

Manteltarifforderungen gegen die Pläne der Bayer-Kapitalisten bei Wolff Walsrode

r.mih. Die belebte 120-jährige Firmengeschichte war bis zum Ende des zweiten Weltkrieges unmittelbar die der Kriegsproduktion. Ab 1945 teilten sich abwechselnd der Stinnes-Konzern, die Bank für Gemeinwirtschaft und die Metzeler-Gruppe die Profite mit den Wolff-Kapitalisten. Ab 1965 kaufte sich Bayer bei Wolff ein.

Seit Bayer ab 1975 über das gesamte Aktienkapital verfügt, wird der Kurs dieses Konzerns gesteuert, bis 1978 wurde scheibchenweise der alte Familienvorstand in den Ruhestand versetzt und durch Bayer-Manager ersetzt. Ziel dieser Maßnahmen ist, Wolff den letzten Schleier des Familienbetriebes herunterzureißen, klare Strukturen einzuführen, um die Profite aus der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft zu steigern.

Es sind von den Bayer-Kapitalisten zahlreiche Maßnahmen durchgeführt worden, um dies zu erreichen. Sie ha-

bei der Produktionsauslastung der Maschinen die Urlaubsregelung in der Sommerzeit. In den letzten Jahren war es in den Sommerferien so, daß trotz Aushilfsarbeitern die Produktions-

nen, sondern auch wegen der festen 6-wöchigen Sommerferienzeit ergibt sich, daß die Urlaubslänge kaum zwei Wochen überschreiten darf. Schon allein dies widerspricht dem heutigen

Die Eltern und Schüler haben gegen diese geplante ,,Individualisierung" und ,,Differenzierung" den Kampf begonnen. Bei einer Befragung von 462

wieder andere Lehrer. Bei dem Druck lernen die Schüler doch gar nichts mehr. Ausgesiebt wird da doch noch mehr als an der Schule, wo meine Tochter jetzt ist. Und wieviele Schüler

Die Bewegung kann die Gesamtschulreform der SPD zu Fall bringen, wenn sie sich von der bürgerlichen Führung befreit und sich bewußt gegen die Schulunterdrückung organisiert.

Manteltarifforderungen gegen die Pläne der Bayer-Kapitalisten bei Wolff Walsrode

r.mih. Die belebte 120-jährige Firmengeschichte war bis zum Ende des zweiten Weltkrieges unmittelbar die der Kriegsproduktion. Ab 1945 teilten sich abwechselnd der Stinnes-Konzern, die Bank für Gemeinwirtschaft und die Metzeler-Gruppe die Profite mit den Wolff-Kapitalisten. Ab 1965 kaufte sich Bayer bei Wolff ein.

Seit Bayer ab 1975 über das gesamte Aktienkapital verfügt, wird der Kurs dieses Konzerns gesteuert, bis 1978 wurde scheibchenweise der alte Familienvorstand in den Ruhestand versetzt und durch Bayer-Manager ersetzt. Ziel dieser Maßnahmen ist, Wolff den letzten Schleier des Familienbetriebes herunterzureißen, klare Strukturen einzuführen, um die Profite aus der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft zu steigern.

Es sind von den Bayer-Kapitalisten zahlreiche Maßnahmen durchgeführt worden, um dies zu erreichen. Sie ha-

ben sich in wesentlichen Produktionszweigen eine moderne Maschinerie zugelegt, die sie in eine günstige Lage im Konkurrenzkampf bringt. Bei der alten Zellglasproduktion benötigten sie 80 Arbeiter; für die gleiche Menge Folien im Kunststoffolienbereich jetzt nur vier Arbeiter! In allen größeren Produktionszweigen ist mittlerweile die Konti-Schicht (4 Schichten) eingeführt worden.

Im Angestelltenbereich hat eine Neuorganisation des Folienverkaufs stattgefunden. Ein Erfolg, den sie für sich verbuchen konnten, war, daß sie den Umsatz pro Arbeiter von 1976 auf 1977 um 3000 DM steigern konnten. Ein Dorn im Auge ist den Kapitalisten

Konzentration Chem.Industrie (BRD)

Besch.

300000

200000

100000

0

1000

2000

Betr.

Anzahl der Beschäftigten in der jew. Größenklasse

Anzahl der Betriebe in der jew. Größenklasse

Größenklassen nach Anzahl Beschäftigte

1/19 20/49 50/99 100/199 200/499 500/999 1000 u.mehr

Bezahlte Wochenarbeitsstunden Chem. Industrie (Nds.)

	1975 (Okt.)	1977 (April)	1978 (April)
Stunden	40,7	42,6	43,2

40 41 42 43

bei der Produktionsauslastung der Maschinen die Urlaubsregelung in der Sommerzeit. In den letzten Jahren war es in den Sommerferien so, daß trotz Aushilfsarbeitern die Produktionsmengen in die Knie gingen und die Lieferzeiten zu lang wurden. Dies wollen sie jetzt umgehen mit einer neuen Betriebsvereinbarung zur Urlaubsregelung. Die Arbeiter in den Bereichen der technischen Werkstätten, der Zellglasherstellung und der Folienverarbeitung sollen jetzt ihre Urlaubsanträge bis zum 15. Januar bei der Personalabteilung abgeben; diese entscheidet dann über Genehmigung. Voraussetzung soll sein, daß die Abteilungen immer eine Sollstärke von 66% haben; mit diesen 2/3 der Arbeiter wollen sie dann mit verstärkter Antreiberei die Produktion vollständig aufrechterhalten. Nicht nur weil es fast vollständig unmöglich ist, den Uralub genau auf den Tag ein halbes Jahr im voraus zu planen, sondern auch wegen der festen 6-wöchigen Sommerferienzeit ergibt sich, daß die Urlaubslänge kaum zwei Wochen überschreiten darf. Schon allein dies widerspricht dem heutigen Manteltarifvertrag, in dem sich die Arbeiter erkämpft haben, daß sie ihren Urlaub zusammenhängend nehmen können und nicht die Kapitalisten erzwingen können, den Urlaub aufzusplittern.

Zu den Verhandlungen zum Manteltarif, der zum 31.12.78 gekündigt worden ist, sind folgende Forderungen aufgestellt worden: 6 Wochen Urlaub für alle, Verkürzung der Arbeitszeit für Schichtarbeiter von 42 auf 40 Stunden die Woche (zur Ausdehnung der Wochenarbeitszeit vergl. Schaubild); besserer Rationalisierungsschutz für ältere Arbeiter, Verdienstabsicherung bei Um- und Versetzungen; Schichtzulage in Zweischichtbetrieben (bei Frauen).

Nobelpreis für ,,Abweichlertum"

z.mia./ata. Dieses Jahr kürte der westliche Imperialismus den russischen Physiker Peter L. Kapitza mit dem Nobelpreis für Physik. Kapitza betrieb Forschung mit ,,superflüssigem" Helium und erbrachte die Erkenntnis der ungeheuren Wärmeleitfähigkeit dieses Heliums (10 Millionen mal höher als die des normalflüssigen Heliums), um extrem niedrige Temperaturen zu erzeugen. Dies nutzen die Imperialisten heute aus in der Supraleitung: bei Temperaturen niedriger als –260° C besitzen bestimmte Metalle die Eigenschaft, Strom fast verlustfrei und damit billig zu transportieren. Es winken Extraprofite. Die andere Seite dieses Nobelpreises ist Kapitza selbst. Diese Forschungsergebnisse veröffentlichte er schon vor 1942! Die aktuelle Bedeutung für die westlichen Imperialisten: Kapitza ist ,,Abweichler". ,,1970 war er unter 20 Unterzeichnern eines offenen Briefes gegen die Inhaftierung des Biologen Z. Medvedeo." (Science, US-Zeitschrift, 1.12.78) – Mit Nobelpreisen – verbunden mit 300000 DM Bestechungsgeldern – hoffen die westlichen Imperialisten die ,,Abweichler" hochzupäppeln, sie auf ihre Seite zu ziehen und sich somit Stützpunkte im Lager des Gegners aufzubauen.

BRD-Forschungsschiffe im Pazifik

z.mat. Eine Gruppe von Abgeordneten aller Parteien hat ein Meeresbergbaugesetz ausgearbeitet, das dem Bundestag vorgelegt werden soll. Es sieht die Erteilung von Lizenzen für die Tiefsee durch die Bundesregierung vor, die dafür den Schutz der Anlagen garantiert. Ein entsprechendes Gesetz hat dem US-Kongreß während der letzten UNO-Seerechtskonferenz vorgelegen, ist dort aber unter dem Druck der Länder der Dritten Welt zurückgestellt worden. Die BRD-Regierung legt deshalb Wert darauf, daß die neue Gesetzesinitiative nicht ,,offiziell" ist und daß ein solches Gesetz nicht vor den USA erlassen wird. Gleichzeitig laufen die Bergbauvorbereitungen auf Hochtouren. 706 Millionen DM hat das Forschungsministerium 1976 bis 1979 für Meeresforschung und Meerestechnik zur Verfügung gestellt. Die beiden Forschungsschiffe ,,Sonne" und ,,Valdivia" der Bremer ,,Reedereigemeinschaft Forschungsschiffahrt" sind bei den Fidschi-Inseln, Australien, Neuguinea und Peru auf der Suche nach Rohstoffen aus dem Meer. Vor der ostafrikanischen Küste hat das Förderschiff ,,Nedco 445" aus 4000 Metern Tiefe Manganknollen gefördert. Es

Urlaubsgeld oder Festgeld? Beides ist notwendig!

z.gug. Ob Prozent oder Festgeld, das sei keine Prinzipienfrage, hatte ÖTV-Chef Kluncker vor dem Forderungsvorschlag des ÖTV-Hauptvorstandes von 6,5% und einer Erhöhung des Urlaubsgeldes um 25o DM erklärt. Entscheidend ist diese Fragestellung mit Sicherheit dafür, ob die Spaltung der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten gedämpft oder verstärkt, ob die unteren Gehaltsklassen weiter nach unten und in der Umkehrung dazu die Dienstaufsicht gehörig geschmiert wird.

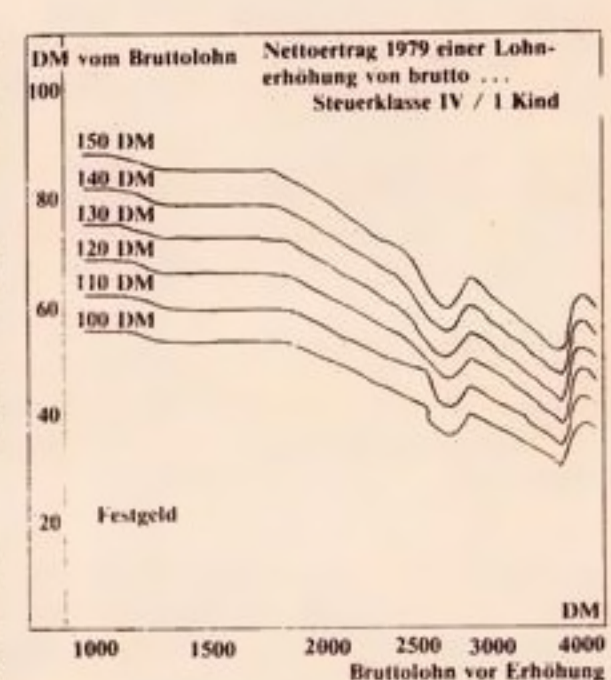
Die vom ÖTV-Hauptvorstand vorgeschlagene Forderung, die alle DGB-Gewerkschaften – die DAG nicht – ebenfalls aufstellen, was ein beachtenswerter Vorgang ist, ist einerseits ein Zugeständnis an den mehrjährigen Kampf der Beschäftigten der öffentlichen Dienste um die Anhebung des 150 DM Urlaubsgeldes, ein Zugeständnis an die Bewegung im öffentlichen Dienst für Festgeldabschlüsse, und ein Manöver der Sozialdemokraten, in Prozenten im öffentlichen Dienst abzuschließen.

In den Schaubildern sind die Nettoerträge bei Prozenterhöhungen von 2 Prozent der Marke, die Bundesbankpräsident Klasen für die beabsichtigten neuerlichen Lohnsenkungen der westdeutschen Bourgeoisie ausgegeben hat, bis zu der von der ÖTV vorgeschlagenen Forderung von 6,5% eingetragen, dazu eingetragen ist die jeweilige Prozenterhöhung einschließlich des Urlaubsgeldes von 250 DM.

Das Urlaubsgeld ist auf den Monat umgerechnet, es hat die Wirkung eines Festgeldbetrages für alle gleich, auch wenn sich Unterschiede dadurch ergeben, daß es nicht monatlich ausgezahlt wird und die Besteuerung damit eine andere ist.

Klar wird aus den Darstellungen, daß die Sozialdemokraten es schwer hätten, ohne die Forderung nach Urlaubsgeld von 250 DM überhaupt eine Prozentforderung aufzustellen und sie zu halten gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Ohne die Forderung nach Urlaubsgeld würden die Beschäftigten bis zu einem Gehalt von ca. 2100 DM allemal besser fahren bei einer Festgeldforderung von 110, 120, 130, 140 DM für alle gleich, wie sie in dieser Bandbreite in vielen Betrieben der öffentlichen Dienste jetzt aufgestellt sind, als bei einer Prozentforderung von 6,5%. Erst recht, wenn auf diese Festgeldbeträge das Urlaubsgeld von 20,84 DM draufgezahlt wird, was aus der Zeichnung zu lesen ist, wenn man ausgehend von einem Festgeldbetrag zwei weitere 10 DM-Schritte nach oben geht.



DM vom Bruttolohn — Nettoertrag 1979 einer Lohnerhöhung von brutto ... Steuerklasse IV / 1 Kind — ... % + 250 DM Urlaubsgeld — 6,5% 6% 5% 4% 3% 2% — 100 80 60 40 20 — DM — 1000 1500 2000 2500 3000 4000 — Bruttolohn vor Erhöhung

Mit der vom ÖTV-Hauptvorstand aufgestellten Forderung ist die Spaltung der Beschäftigten der öffentlichen Dienste beabsichtigt, die zwischen 1900 und 2500 DM jetzt verdienen. In der Bandbreite dieser Gehälter ist die Masse der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eingruppiert. In diesen Lohnklassen wirkt die Forderung nach 6,5% und 250 DM Urlaubsgeld im Nettoertrag ähnlich wie ein Festgeldbetrag von 140 DM oder 110-120 DM plus Urlaubsgeld, was den Kampf um einen Festgeldabschluß abschwächen soll, damit ein Prozentabschluß seine senkende Wirkung auf alle darunter liegenden Gehälter entfalten kann.

Ab einem Lohn von 2500 DM fahren alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes besser mit einer Prozentforderung plus Urlaubsgeld als mit einer Festgeldforderung, wie sie aufgestellt sind.

Die Erhöhung des Urlaubsgeldes im öffentlichen Dienst ist schon lange fällig. Die Sozialdemokraten versuchen, die Einlösung dieser Forderung der Beschäftigten der öffentlichen Dienste als Köder für weitere Spaltungen im öffentlichen Dienst einzusetzen.

Neuer Krankenhausstreik in Neapel

z.ulg.Rom. Während des Krankenhausstreiks im Oktober hatte der Regionalrat von Kampanien (der Gegend um Neapel) zugestanden, rückwirkend ab 1. Juli 1977 die Inflationszulagen nach der ,,gleitenden Lohnskala" in die Berechnung der Überstundenzuschläge einzubeziehen. Bisher wurden die Zuschläge nur auf den Grundlohn berechnet, kaum die Hälfte des Lohns. In den ,,Vereinigten Krankenhäusern" von Neapel würde die Nachzahlung durchschnittlich umgerechnet 2700 DM ausmachen. Oft wird der Normalarbeitstag um das Doppelte überschritten. Kaum war der Streik zu Ende, legte der Regierungskommissar gegen die Nachzahlung sein Veto ein. Auf Aufruf der Einheitsgewerkschaft FLO traten die Belegschaften dagegen am vorletzten Donnerstag in den Streik. Am Montag ließ der ärztliche Direktor der ,,Vereinigten" 561 Beschäftigte dienstverpflichten. Ohne Erfolg. Am Dienstag rückten ihm 400 Streikende auf sein Büro und erzwangen die Rücknahme der Maßnahme. Ursprünglich hatten die Gewerkschaften an diesem Tag den Streik beenden wollen, jetzt wurde er um zwei Tage verlängert. Am letzten Donnerstag haben die Gewerkschaften den Streik ausgesetzt, nachdem die Region eine ,,Anzahlung" in Höhe der ausstehenden Zuschläge für vier Monate zugesagt hat.

Streiks im öffentlichen Dienst in Frankreich

z.jon.Paris. Die Streikaktionen gegen kapitalistische Rationalisierung und für höheren Lohn in den öffentlichen Diensten in Frankreich reißen nicht ab. Am 24.11. wurde nach 18 Tagen der Streik der Müllfahrer und anderen städtischen Arbeiter in Lyon für eine Angleichung der Löhne an das Pariser Lohnniveau abgebrochen. Die Forderungen des Streiks wurden nicht erfüllt. Im KKW Fessenheim streikt die Belegschaft seit dem 5.12. gegen die Arbeitshetze und für Neueinstellungen. Die 130 Beschäftigten des KKW Aramon an der Rhone haben Ende November 19 Neueinstellungen erkämpft. Die Elektrizitätsversorgung in Frankreich wird seit Monaten immer wieder durch Streikaktionen für höheren Lohn unterbrochen. Die härtesten Kämpfe führen die Belegschaften mehrerer neuer vollmechanisierter Postverteilerzentren. Die Arbeiter des Verteilerzentrums Bordeaux halten den Betrieb seit dem 22.11. besetzt, um Neueinstellungen zu erzwingen. Die Kapitalisten haben dadurch im Weihnachtsgeschäft große Verluste. Mehrere Polizeieinsätze konnten den Streik nicht brechen. Im Raum Paris werden mehrere Zentren wegen der Entlassung von Praktikanten und Teilzeitarbeitern bestreikt und sind teilweise besetzt. Im Zentrum Bobigny wurde die Rücknahme dieser Entlassungen erkämpft.

Die niederländische Arbeiterklasse vor entscheidenden Kämpfen
Regierung beschließt Lohnkürzungen / Reformistischer ,,Kniefall"
z.scc. ,,Aktionen" hatten die beiden großen Gewerkschaften der öffentlichen Dienste der Niederlande für vergangenen Dienstag angekündigt. Sie fanden nicht statt. An den Beschäftigten der öffentlichen Dienste lag es nicht. Sie waren und sind weiterhin kampfbereit. In den ganzen Tagen zuvor hatten sie, trotz Streikverbots für den gesamten öffentlichen Dienst, zahlreiche Kampfaktionen durchgeführt (siehe KVZ 50).
Tags zuvor, am Montag, hatten sich jedoch die reformistischen Gewerkschaftsführer mit dem obersten Dienstherrn, Minister Wiegel, zu ,,Gesprächen in freundlicher und gelockerter Atmosphäre" getroffen, mit anschliessendem Umtrunk. Das Ergebnis der Verhandlungen? Ihr einziges Ergebnis war, daß die christlich-sozialistischen Vorsitzenden nichts Eiligeres zu tun hatten, als die vorbereiteten Aktionen der 1200000 Beschäftigten der öffentlichen Dienste abzublasen. Über die Lohnfrage, die im Zentrum der Auseinandersetzungen steht, war nicht ge-
präsident Klasen für die beabsichtigten neuerlichen Lohnsenkungen der westdeutschen Bourgeoisie ausgegeben hat,
stek '81" zum Angriff auf die Lage der Lohnabhängigen geblasen. Ihr erstes Angriffsziel: die Löhne der Arbeiter, Angestellten und Beamten der öffentlichen Dienste. 10 Mrd. hfl (ca. 9 Mrd. DM) will die niederländische Finanzbourgeoisie innerhalb der nächsten drei Jahre an ihren Löhnen, weiter an den Renten, am Arbeitslosengeld und der Gesundheitsversorgung der Volksmassen ,,einsparen". Im einzelnen: Erstens wollen sie das ,,Trendsystem", die ,,gleitende Lohnskala" für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, außer Kraft setzen und die Lohnerhöhungen aufgrund des ,,Trends" jährlich um zwei mal ½% kürzen. Wobei sie wie selbstverständlich davon ausgehen, daß die Gewerkschaften keine ,,zusätzlichen" Lohnforderungen aufstellen – haben sie nicht dem ,,Trendsystem" zugestimmt gerade, um den Lohnkampf zu fesseln? Zweitens weigert sich der Dienstherr inzwischen, die von der Bauarbeitergewerkschaft erkämpften Lohnerhöhungen, wie bisher üblich, auf die Löhne im öffentlichen Dienst umzurechnen: 1,6% Lohnraub allein im nächsten Halbjahr. Drittens
lesen ist, wenn man ausgehend von einem Festgeldbetrag zwei weitere 10 DM-Schritte nach oben geht.
tes. Die Kämpfe und Aktionen sind seither nicht abgerissen und haben die Führung des allgemeinen Gewerkschaftsverbandes gezwungen, die Verhandlungen zwischen der niederländischen Regierung, den Kapitalisten und den Gewerkschaften über zentrale Lohnleitlinien Ende November platzen zu lassen. ,,Weiter Unruhe unter den Beschäftigten der öffentlichen Dienste", sorgt sich die bürgerliche Presse auch nach dem ,,Kniefall", wie der christliche Gewerkschaftsvorsitzende seine Haltung vor dem Dienstherrn in treffender Freimütigkeit be-
zeichnet. Mit 152:2 Stimmen stimmte der Bundesrat einer der Gewerkschaften der öffentlichen Dienste dafür, die Aktionen nur zeitweilig auszusetzen.
Andere Gewerkschaften stellen ihre Lohnforderungen auf: Mindestens 1% zusätzlich zur Lohnindexierung fordert die Gewerkschaft der Bauarbeiter, 3% die Gewerkschaft der Arbeiter der Ernährungsindustrie. Die Gewerkschaft Banken, Versicherungen und Handel kündigt den Streik an für Lohnerhöhungen und gegen die Rationalisierung, für Verkürzung der Arbeitszeit.



plus Urlaubsgeld, was den Kampf um einen Festgeldabschluß abschwächen soll, damit ein Prozentabschluß seine
schäftigten der öffentlichen Dienste als Köder für weitere Spaltungen im öffentlichen Dienst einzusetzen.
Streiks im öffentlichen Dienst in Frankreich
z.jon.Paris. Die Streikaktionen gegen kapitalistische Rationalisierung und für höheren Lohn in den öffentlichen Diensten in Frankreich reißen nicht ab. Am 24.11. wurde nach 18 Tagen der Streik der Müllfahrer und anderen städtischen Arbeiter in Lyon für eine Angleichung der Löhne an das Pariser Lohnniveau abgebrochen. Die Forderungen des Streiks wurden nicht erfüllt. Im KKW Fessenheim streikt die Belegschaft seit dem 5.12. gegen die Arbeitshetze und für Neueinstellungen. Die 130 Beschäftigten des KKW Aramon an der Rhone haben Ende November 19 Neueinstellungen erkämpft. Die Elektrizitätsversorgung in Frankreich wird seit Monaten immer wieder durch Streikaktionen für höheren Lohn unterbrochen. Die härtesten Kämpfe führen die Belegschaften mehrerer neuer vollmechanisierter Postverteilerzentren. Die Arbeiter des Verteilerzentrums Bordeaux halten den Betrieb seit dem 22.11. besetzt, um Neueinstellungen zu erzwingen. Die Kapitalisten haben dadurch im Weihnachtsgeschäft große Verluste. Mehrere Polizeieinsätze konnten den Streik nicht brechen. Im Raum Paris werden mehrere Zentren wegen der Entlassung von Praktikanten und Teilzeitarbeitern bestreikt und sind teilweise besetzt. Im Zentrum Bobigny wurde die Rücknahme dieser Entlassungen erkämpft.

Die niederländische Arbeiterklasse vor entscheidenden Kämpfen

Regierung beschließt Lohnkürzungen / Reformistischer ,,Kniefall"

z.scc. ,,Aktionen" hatten die beiden großen Gewerkschaften der öffentlichen Dienste der Niederlande für vergangenen Dienstag angekündigt. Sie fanden nicht statt. An den Beschäftigten der öffentlichen Dienste lag es nicht. Sie waren und sind weiterhin kampfbereit. In den ganzen Tagen zuvor hatten sie, trotz Streikverbots für den gesamten öffentlichen Dienst, zahlreiche Kampfaktionen durchgeführt (siehe KVZ 50).

Tags zuvor, am Montag, hatten sich jedoch die reformistischen Gewerkschaftsführer mit dem obersten Dienstherrn, Minister Wiegel, zu ,,Gesprächen in freundlicher und gelockerter Atmosphäre" getroffen, mit anschliessendem Umtrunk. Das Ergebnis der Verhandlungen? Ihr *einziges* Ergebnis war, daß die christlich-sozialistischen Vorsitzenden nichts Eiligeres zu tun hatten, als die vorbereiteten Aktionen der 1200000 Beschäftigten der öffentlichen Dienste abzublasen. Über die Lohnfrage, die im Zentrum der Auseinandersetzungen steht, war nicht gesprochen, ja, sie war nicht einmal auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt worden.

So glaubte sich der oberste Dienstherr leisten zu können, kaum, daß die Gewerkschaftsführer die Tür hinter sich geschlossen hatten, der begierig lauschenden Pressemeute mitzuteilen: natürlich denke die Regierung nicht an ,,Zugeständnisse". Die Löhne im öffentlichen Dienst werden gekürzt. Basta.

Im Frühsommer des Jahres hatte die Regierung mit dem sogenannten ,,Bestek '81" zum Angriff auf die Lage der Lohnabhängigen geblasen. Ihr erstes Angriffsziel: die Löhne der Arbeiter, Angestellten und Beamten der öffentlichen Dienste. 10 Mrd. hfl (ca. 9 Mrd. DM) will die niederländische Finanzbourgeoisie innerhalb der nächsten drei Jahre an ihren Löhnen, weiter an den Renten, am Arbeitslosengeld und der Gesundheitsversorgung der Volksmassen ,,einsparen". Im einzelnen: Erstens wollen sie das ,,Trendsystem", die ,,gleitende Lohnskala" für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, außer Kraft setzen und die Lohnerhöhungen aufgrund des ,,Trends" jährlich um zwei mal ½% kürzen. Wobei sie wie selbstverständlich davon ausgehen, daß die Gewerkschaften keine ,,zusätzlichen" Lohnforderungen aufstellen – haben sie nicht dem ,,Trendsystem" zugestimmt gerade, um den Lohnkampf zu fesseln? Zweitens weigert sich der Dienstherr inzwischen, die von der Bauarbeitergewerkschaft erkämpften Lohnerhöhungen, wie bisher üblich, auf die Löhne im öffentlichen Dienst umzurechnen: 1,6% Lohnraub allein im nächsten Halbjahr. Drittens hat die Regierung jetzt, unmittelbar nach den Verhandlungen mit den Reformisten der öffentlichen Dienst-Gewerkschaften, beschlossen, nach der Linie des ,,Besteks '81" die ,,Sozialleistungen" um vorerst durchschnittlich 0,4% zu kürzen.

Die niederländische Arbeiterklasse, an ihrer Spitze die Beschäftigten der öffentlichen Dienste, hatte im Juni sofort auf das ,,Bestek '81" reagiert: Zehntausende demonstrierten gegen die Raubabsichten des Staatsapparates. Die Kämpfe und Aktionen sind seither nicht abgerissen und haben die Führung des allgemeinen Gewerkschaftsverbandes gezwungen, die Verhandlungen zwischen der niederländischen Regierung, den Kapitalisten und den Gewerkschaften über zentrale Lohnleitlinien Ende November platzen zu lassen. ,,Weiter Unruhe unter den Beschäftigten der öffentlichen Dienste", sorgt sich die bürgerliche Presse auch nach dem ,,Kniefall", wie der christliche Gewerkschaftsvorsitzende seine Haltung vor dem Dienstherrn in treffender Freimütigkeit bezeichnet. Mit 152:2 Stimmen stimmte der Bundesrat einer der Gewerkschaften der öffentlichen Dienste dafür, die Aktionen nur zeitweilig auszusetzen.

Andere Gewerkschaften stellen ihre Lohnforderungen auf: Mindestens 1% zusätzlich zur Lohnindexierung fordert die Gewerkschaft der Bauarbeiter, 3% die Gewerkschaft der Arbeiter der Ernährungsindustrie. Die Gewerkschaft Banken, Versicherungen und Handel kündigt den Streik an für Lohnerhöhungen und gegen die Rationalisierung, für Verkürzung der Arbeitszeit.



Juni 78: Die Beschäftigten der Gemeinde Rotterdam organisieren Versammlungen gegen das ,,Bestek '81". Mit der ,,Internationale" bekräftigen sie ihre Kampfbereitschaft.

Fortsetzung des 36-Stunden-Betrugs in Belgien

z.elb.Brüssel. Nachdem die belgischen Kapitalisten mit dem ,,Nationalen Plan für die Stahlindustrie" gegen eine angebliche 39-Stundenwoche ab sofort und 38-Stundenwoche ab 1979 (tatsächlich bloß für ein paar Freischichten mehr) sich die Mitwirkung der Gewerkschaften bei Produktivitätssteigerungen, Entlassungen und Lohnkürzungen einhandeln konnten, wollen sie jetzt nachziehen. Die seit einem Jahr steckengebliebenen zentralen Verhandlungen zwischen den Kapitalistenverbänden und dem sozialistischen und christlichen Gewerkschaftsbund über die gewerkschaftliche Forderung nach allgemeiner Einführung der 36-Stundenwoche sind jetzt wieder aufgenommen worden. Wie die westdeutschen Gewerkschaftssozialdemokraten haben die reformistischen belgischen Gewerkschaftsführer die Forderung der Arbeiter nach Verkürzung des Arbeitstages und der Arbeitswoche in ein Mittel zur ,,Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" durch ,,Verteilung der vorhandenen Arbeit" verdreht. Gegen ein solches ,,Zugeständnis" der Kapitalisten wären sie – so der christliche Gewerkschaftsvorsitzende Houthuys – bereit, ,,in das Rahmenabkommen auch Regelungen (aufzunehmen), die für eine Dynamisierung der Unternehmen und die industrielle Erneuerung sorgen". *Erhöhung* der Ausbeutung, nicht etwa ihre *Beschränkung*, ist also hier bereits das *offen* erklärte Ziel.

gibt für die Bundesregierung also viel zu beschützen mit den Fregatten.

60 Millionen aus deutschlandpolitischer Verantwortung

z.mif. 15 Tage nur vergingen von der Einbringung in den Bundestag zur Verabschiedung: Das ,,Gesetz zur Änderung des Investitionszulagengesetzes" ist beschlossen. Rückwirkend ab 1. Oktober erhalten die Kapitalisten für alle Investitionen in ,,Gebieten mit besonders hoher länger andauernder Arbeitslosigkeit" 10% Investitionszulage. 23 der 142 Arbeitsamtsbezirke kommen in Frage, hat Gesetzeseinbringer Johannes Rau festgestellt. Sein Saar-Kollege Wicklmayr sorgte für Ausdehnung der Förderung zusätzlich aufs ganze ,,Zonenrandgebiet": ,,aus deutschlandpolitischer Verantwortung".

Gesetzentwurf zum Branntweinmonopol: ,,ertragsgerecht"

z.ham. Am 27. November hat die Bundesregierung ein neues Branntweinmonopolgesetz vorgelegt, nach dem die Begrenzung der je Jahr zu erzeugenden Höchstmenge Branntwein je Brennereirechtinhaber aufgehoben und nach dem vorerst keine weitere Genehmigung für Alkoholbrennerei neu erteilt werden soll. Über die Änderung des staatlichen Monopolankaufspreises für Alkohol will der Staat jährlich 15 Mio. DM einstreichen. – Das Branntweinmonopolgesetz ist vom preußischen Feudaladel erlassen worden. Aber das Brennen ist ohne großes technisches Gerät und mit nur wenigen zusammenhängenden Arbeitsgängen, also durchaus in Kleinproduktion, zu betreiben.

Das Gesetz erklärt daher die Herstellung von Branntwein außerhalb der staatlichen Kontrolle zum Verbrechen und über den staatlichen Ankauf ist die Steuereintreibung gesichert. – Der neue Gesetzentwurf soll die Konzentration der Brennereien und zugleich die höhere Besteuerung des Konsums von Alkohol beschleunigen. Die getreide- und kartoffelverarbeitenden Brennereien in der BRD haben einen Ausstoß von 700 hl (England, Holland: 100000 hl), mehr als 10 Beschäftigte hatten Anfang 1978 nur 22 Betriebe.

,,Knigge" aus dem Hause des niedersächsischen Innenministers

z.chs. In mehr als 20000 Exemplaren klärt Möcklinghoff seine Bediensteten über den rechten Umgang mit dem Bürger auf. – Ein echt christlich-soziales Weihnachtsgeschenk, diese Hetze nach allen Seiten. ,,Vor allem bei ablehnenden Entscheidungen oder Eingriffen in die Rechte des Bürgers sollte deshalb Ihr Schreiben ... sachlich und verständnisvoll sein ... Oft hängt für den Bürger viel, vielleicht seine wirtschaftliche und berufliche Existenz von Ihrer Entscheidung ab. Das erklärt manche Aufregung. Außerdem sind Sie – nicht er (der schwierige Zeitgenosse) – der Fachmann", bürdet er den Beschäftigten auf, die Entscheidung zu treffen und von den Gesetzen, die dazu zwingen, abzulenken. ,,Bedenken Sie bitte, ob es nicht zeit- und kostensparender ist, Auskünfte telefonisch einzuholen. Selbstverständlich werden Sie den Bürger nur in geeigneten Fällen anrufen." Erleichtern will der Christlich-Soziale die Bespitzelung der Massen; es soll den Beschäftigten ,,erspart" werden, sich mit ihren Klassenbrüdern zu verbünden. Als Bonbon für ungetrübte Weihnachtsfreude: ,,Nach Möglichkeit sollen in den zwei Wochen vor Weihnachten keine belastenden Bescheide verschickt werden."

Pfaffensegen für die Bourgeoisrepublik

z.ulg.Rom. Im Frühjahr hatte das italienische Verfassungsgericht einen Volksentscheid gegen das Konkordat mit dem Vatikan – die nötige halbe Million Unterschriften war bereits gesammelt – für unzulässig erklärt. Denn die Anerkennung der 1929 zwischen dem faschistischen Regime und der katholischen Kirche geschlossenen Lateran-Verträge ist Bestandteil der italienischen Verfassung. Neben dem bis heute gültigen Konkordat gehört dazu u.a. der Vertrag über die Wiedererrichtung eines Kirchenstaates im Vatikan. Nach dem bisherigen Konkordat verpflichtete sich die Kirche u.a., allsonntäglich in allen Kapitelkirchen „für das Wohl des Königs von Italien und des italienischen Staates“ zu beten. Den Segen der Pfaffen zur Unterdrückung der Volksmassen mochte auch die bürgerliche Republik nicht missen. Sie mag auch jetzt nicht. Nach zehnjährigen Verhandlungen hat Andreotti in der vorletzten Woche dem Senat in einer Regierungserklärung den vorliegenden Entwurf für ein neues Konkordat erläutert. Die Senatoren waren's zufrieden, demnächst soll das Geschäft steigen. Zwar soll künftig der Katholizismus nicht mehr Staatsreligion sein. Doch die Herren haben Sorge getragen, daß auch künftig „Rechtsordnung“ und bürgerliche Schule von religiösem Nebel durchzogen werden. Der Religionsunterricht ist „Grundlage und Krönung des öffentlichen Unterrichts“, heißt es im alten Konkordat. Nach dem neuen soll er „in Anbetracht der Tatsache, daß die Prinzipien des Katholizismus zum historischen Erbe des italienischen Volkes gehören“, ordentliches Lehrfach in allen Schulen bleiben. Lehrer, Lehrpläne und Schulbücher für den Religionsunterricht müssen im „Einvernehmen“ mit der Kirche festgelegt werden. Den Pfaffen, die den Religionsunterricht meist erteilen, bleibt damit diese Aufbesserung ihrer Pfründe aus der Steuer erhalten. Die kirchliche Eheschließung behält Rechtskraft, Eheaufhebungen nach kanonischem, also Kirchenrecht, können wie die Urteile ausländischer Gerichte nur in Sonderfällen angefochten werden.

Manchmal zeigt der Weihnachtskleister unverhofft Wirkung...

z.diz. Alle haben sie Tips, was man schenken soll: das große Nachrichtenmagazin aus Hamburg empfiehlt einen Karikaturenband des ganz kleinen Nachrichtenmagazins aus Hamburg, letzteres empfiehlt Lyrik; die „UZ“ Kochbücher aus der DDR, das „Zeit-Magazin“ „mollige Mode, molliges Fest“. Der „Stern“ hat – alle Jahre wieder, damit die Anzeigenkunden das passende Umfeld haben – „ein Weihnachts-Journal“ herausgegeben, um

Teilzeitarbeitsprogramm Ehrenbergs für Arbeitslose und Rentner

Keine Sozialversicherungspflicht – unter 5 DM Stundenlohn

z.alb. Aus der planvollen Wirrnis der vom Ehrenberg-Ministerium verfaßten Bestimmungen zur Teilzeitarbeit haben wir in untenstehender Tabelle nur das Wichtigste dargestellt. Eines der Ehrenberg'schen Beispiele zu der Anwendung:

„Eine Raumpflegerin unterliegt in der Beschäftigung beim Arbeitgeber A (19 Wochenstunden / 400 DM) der Kranken- und Rentenversicherungspflicht, weil das Arbeitsentgelt ein Fünftel der Bezugsgröße (390 DM) übersteigt; in der Arbeitslosenversicherung besteht Versicherungsfreiheit, weil die wöchentliche Arbeitszeit weniger als 20 Stunden beträgt. Die beiden übrigen Beschäftigungen (10 Wochenstunden / 180 DM; 8 Wochenstunden / 150 DM) bleiben ... versicherungsfrei.“

37 Stunden in der Woche für 4,50 DM Stundenlohn. Lohnsteuer pauschaliert bei jedem Kapitalisten 10% = 73 DM Abzug. Hat sie die 37 Stunden als Arbeitslose in ‚zumutbarer kurzzeitiger Beschäftigung' gearbeitet, wird die Arbeitslosenunterstützung um ca. die Hälfte des Nettogesamtbetrages gekürzt, während die Fristen weiterlaufen. War sie nie vorher versichert, erhält sie bei Kündigung keinen Pfennig. In die Altersrente gehen nur 19 Wochenstunden ein – vorausgesetzt sie zahlt mindestens 3 Jahre lang ununterbrochen den Mindestbeitrag, bei versicherungsfreier Beschäftigung also selbst, sonst rechnet die ganze Zeit nicht als Versicherungsjahr, sondern bloß als Teil, der später die Rente etwas erhöht. Das zwingt zur Weiterarbeit über das Rentenalter hinaus, und es zwingt zur zusätzlichen Arbeit neben der Rente.

Begriff	Gesetz	Beschränkung nach Arbeitsdauer	Beschränkung nach Lohnhöhe	Steuern	Versicherungspflicht Kranken	Versicherungspflicht Renten	Versicherungspflicht Arbeitsl.	Bemerkungen
I Geringfügige Beschäftigung	Sozialgesetzb., geändert 21. Rentenanpassungsgesetz, Juni 1978	a) weniger als 15 Std. pro Woche regelmäßig b) gelegentlich bis 2 Monate oder 50 Arbeitstage	a) und b) durchschnittlicher Lohn bis 390 DM im Monat oder 1/5 des Gesamteinkommens	10% pauschal bis 120 DM pro Woche (siehe III)	nein	nein	nein	mehrere Beschäftigungen nach a) werden zusammengerechnet. Ab Überschreitung der Grenzen volle Versicherungspflicht. Alle b) ebenso. Mehrere Beschäftigungen nach a) und nach b), die zusammen jeweils unter der Grenze bleiben, sind versicherungsfrei. Die Rente rechnet voll zum Ges.-Einkommen
II Kurzzeitige Beschäftigung	Arbeitsförderungsgesetz § 102, Änderung: 1.7.1977	weniger als 20 Stunden pro Woche regelmäßig	keine	(siehe III)	ab 15 Stunden und/ oder über 390 DM bzw. ⅕Ges.-Einkommen (siehe Ia)		nein	Anspruch auf Arbeitslosengeld/-hilfe. Mehrere Beschäftig. möglich, Arbeitszeiten werden nicht zusammengerechnet. Arbeitslohn wird zusammengerechnet und zu ca. 50% auf Arbeitslosenunterstützung angerechnet. Kurzzeitige Beschäftig. sind „zumutbar“
III Kurzfristige Beschäftigung	Einkommenssteuergesetz, Änderung: 5.12.1977	gelegentl. (auch mehrm.) Beschäftig. bis zu 18 zusammenh. Arbeitstage	bis 42 DM durchschnittlich pro Arbeitstag / nicht über 12 DM pro Stunde	pauschale Lohnsteuer 10%	Gesamtzeit mehr als 2 Monate/50 Arbeitstage pro Jahr bzw. mehr als 30 DM oder 1/5 Ges.-Einkommen bzw.			Wird bei Lohnsteuer-Jahresausgleich und Einkommensteuerveranlagung nicht eingerechnet. Es braucht keine Lohnsteuerkarte vorgelegt zu werden.
Geringer Umfang		regelmäßige Beschäftigung bis zu 20 Stunde/Woche	bis zu 120 DM pro Woche / nicht über 12 DM/Std.		bei jeder regelmäßigen Beschäftigung ab 15 Stunden pro Woche versicherungspflichtig			
Geringer Arbeitslohn		keine	„					
IV Zuverdienst a) vorgezogene Altersrente	1972, geändert 21. Rent.V.Änd.G.	1) gelegentl. bis 2 Mon./50 Arbeitst. 2) regelm. (ohne zeitl. Begrenzung)	1) und 2) durchschnittlich monatl. bis 425 DM	(siehe III) (siehe III)	siehe Text unter III „	nein* „	ab 390 DM usw.	Frauen und Arbeitslose ab 60, Schwerbehinderte ab 61 Jahren, bei Überschreitung wird die Rente gestrichen
b) flexible Altersrente	siehe a)	siehe a)	durchschnittlich monatlich 1000 DM	ja	siehe a)	nein*	nein**	ab 63 Jahren, Schwerbehinderte ab 62 Jahren, bei Überschreitung wird die Rente gestrichen
c) Altersrente		keine Beschränkungen	keine Beschränkungen					

entsprechend Teilzeit- oder Vollbeschäftigung. Die Rente wird mit „Ertragsanteil“ versteuert Renten- und Arbeitslosenversicherungsbeitrag entfallen

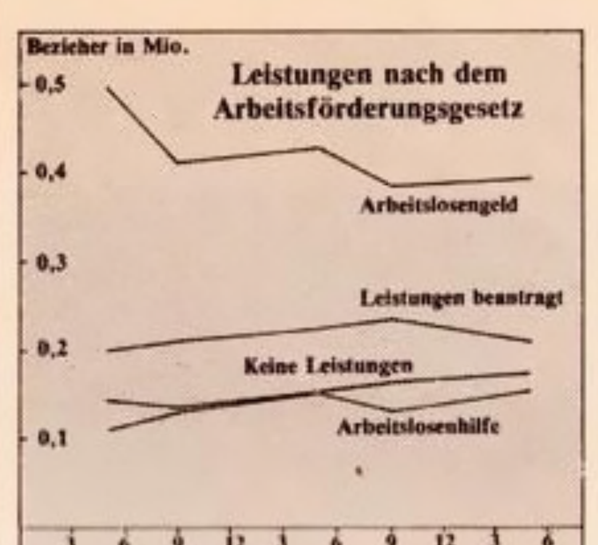
* Alle Bezieher von Altersruhegeld sind grundsätzlich von der Rentenversicherungspflicht befreit

** Kein Arbeitslosenversicherungsbeitrag mehr ab 63. Lebensjahr

y51C03,Kasten, Seite 9
zweispaltig, je 24 Zeilen

Arbeitsamt: Umwälzung des Arbeiterkörpers bei Lohnsenkung

Anschwellen der „stillen Reserve“ auf 625000 / 6 Millionen Arbeiter pro Jahr arbeitslos und erneut „vermittelt“

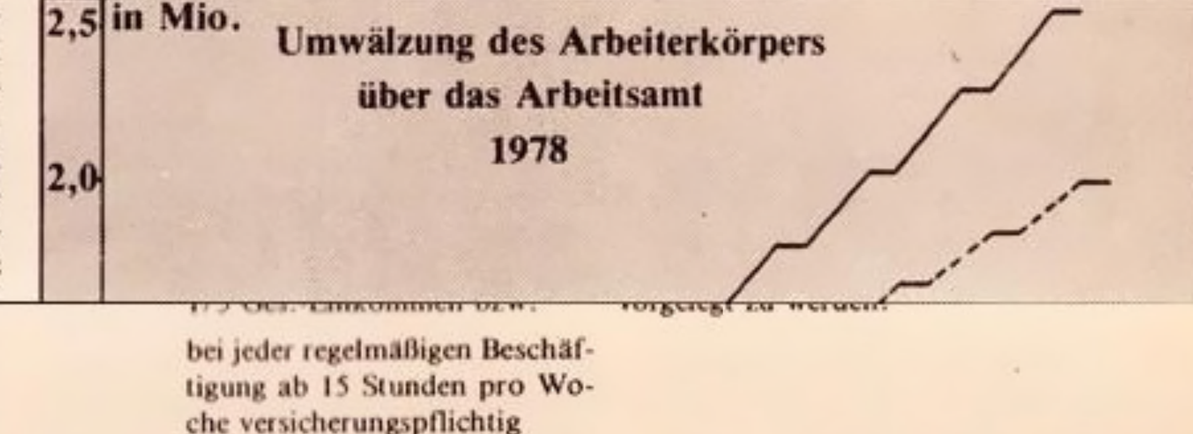


die die Kapitalisten allein aus dieser Tatsache der Arbeiterklasse vorenthalten und enorme Extraprofite, die sie gegenüber den Konkurrenten einstreichen.

Über diesen Teil des Arbeiterkörpers hinaus, der je nach dem, ob die Profitwirtschaft darniederliegt, floriert, in Trab oder Galopp angesichts der Profiterwartung verfällt, um alsdann wieder umso tiefer zu stürzen, abgestoßen und angesogen wird, bildet die Bourgeoisie ein „Erwerbspersonenpotential“ heraus, eine „stille Reserve“. Das

20000 mehr als im ganzen Jahr 1977. Der kürzlich von der Bundesregierung genehmigte Haushalt der Bundesanstalt, mit dem „die 1978 erreichte Arbeitsmarktentlastung 1979 noch übertroffen werden“ soll, sieht für ABM-

Maßnahmen 1,7 Mrd. DM, plus 64,9%, als Zuschlag für die Kapitalisten vor, 5,2 Mrd. DM als „Einarbeitungshilfe bei Beschäftigung von Arbeitslosen und zur Förderung der Arbeitsaufnahme“.



gen werden. Der Religionsunterricht ist „Grundlage und Krönung des öffentlichen Unterrichts“, heißt es im alten Konkordat. Nach dem neuen soll er „in Anbetracht der Tatsache, daß die Prinzipien des Katholizismus zum historischen Erbe des italienischen Volkes gehören“, ordentliches Lehrfach in allen Schulen bleiben. Lehrer, Lehrpläne und Schulbücher für den Religionsunterricht müssen im „Einvernehmen“ mit der Kirche festgelegt werden. Den Pfaffen, die den Religionsunterricht meist erteilen, bleibt damit diese Aufbesserung ihrer Pfründe aus der Steuer erhalten. Die kirchliche Eheschließung behält Rechtskraft, Eheaufhebungen nach kanonischem, also Kirchenrecht, können wie die Urteile ausländischer Gerichte nur in Sonderfällen angefochten werden.

Begriff	Gesetz	Arbeitsdauer	Lohnhöhe	Steuern	Kranken	Renten	Arbeitsl.	Bemerkungen
Geringer Umfang		regelmäßige Beschäftigung bis zu 20 Stunde/Woche	bis zu 120 DM pro Woche / nicht über 12 DM/Std.		bei jeder regelmäßigen Beschäftigung ab 15 Stunden pro Woche versicherungspflichtig			
Geringer Arbeitslohn		keine						
IV Zuverdienst a) vorgezogene Altersrente	1972, geändert 21. Rent.V.Änd.G.	1) gelegentl. bis 2 Mon./50 Arbeitst. 2) regelm. (ohne zeitl. Begrenzung)	1) und 2) durchschnittlich monatl. bis 425 DM	(siehe III) (siehe III)	siehe Text unter III „	nein* „	ab 390 DM usw.	Frauen und Arbeitslose ab 60, Schwerbehinderte ab 61 Jahren, bei Überschreitung wird die Rente gestrichen
b) flexible Altersrente	siehe a)	siehe a)	durchschnittlich monatlich 1000 DM	ja	siehe a)	nein*	nein**	ab 63 Jahren, Schwerbehinderte ab 62 Jahren, bei Überschreitung wird die Rente gestrichen
c) Altersrente		keine Beschränkungen	keine Beschränkungen					

entsprechend Teilzeit- oder Vollbeschäftigung. Die Rente wird mit „Ertragsanteil“ versteuert Renten- und Arbeitslosenversicherungsbeitrag entfallen

* Alle Bezieher von Altersruhegeld sind grundsätzlich von der Rentenversicherungspflicht befreit

** Kein Arbeitslosenversicherungsbeitrag mehr ab 63. Lebensjahr

y51C03,Kasten, Seite 9
zweispaltig, je 24 Zeilen

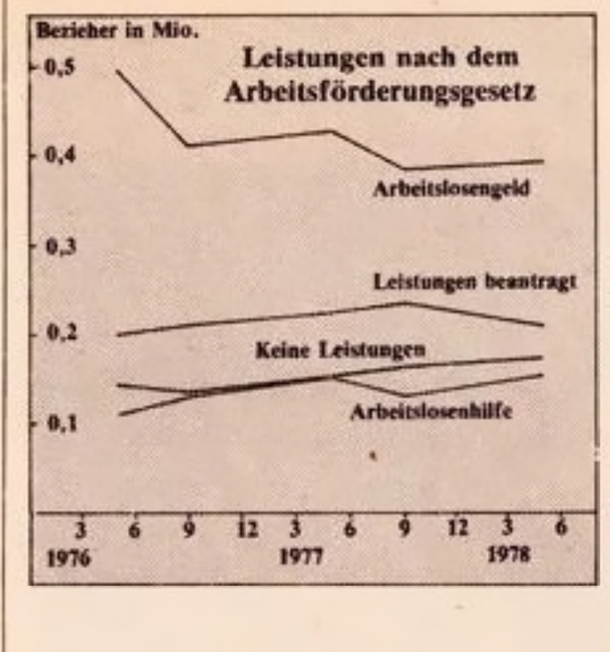
Arbeitsamt: Umwälzung des Arbeiterkörpers bei Lohnsenkung

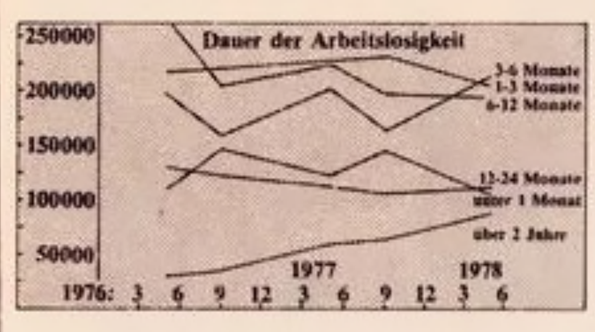
Anschwellen der „stillen Reserve“ auf 625000 / 6 Millionen Arbeiter pro Jahr arbeitslos und erneut „vermittelt“

Manchmal zeigt der Weihnachtskleister unverhofft Wirkung...

z.diz. Alle haben sie Tips, was man schenken soll: das große Nachrichtenmagazin aus Hamburg empfiehlt einen Karikaturenband des ganz kleinen Nachrichtenmagazins aus Hamburg, letzteres empfiehlt Lyrik; die „UZ“ Kochbücher aus der DDR, das „Zeit-Magazin“ „mollige Mode, molliges Fest“. Der „Stern“ hat – alle Jahre wieder, damit die Anzeigenkunden das passende Umfeld haben – „ein Weihnachts-Journal“ herausgegeben, um

der Arbeiterklasse zu empfehlen, sich goldene Fahrräder oder eine Reit- oder Golfausrüstung zu schenken: „Der Weihnachtsmann als Sportler, ... als Ferkel, ... als Superboß“. Hohe Konjunktur haben die bürgerlichen Feuilletonisten: „Gute Bücher für den Gabentisch“ müssen angepriesen werden. „Deutsche Heldensagen“ empfiehlt die „Bild“-Zeitung, die „Welt“ und „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ – seriöser – die Monografie über den „Wüstenfuchs“ der deutschen Imperialisten Rommel oder Hackets Buch über den Dritten Weltkrieg; Chauvinistisches allemal. – Es ist vor allem ein ideologischer Großangriff, den die Kapitalistenklasse jedes Jahr mit Weihnachten gegen die Arbeiterklasse führt. Sie führen ihn als Zangenbewegung: von der einen Seite die christlich-reaktionäre Variante, Fest der Liebe, offene Klassenversöhung. Seit einigen Jahren haben sie eine neue, „linke“ Variante eröffnet: gegen den „Konsumterror“ der Arbeiterklasse, womit sie die Lohnkämpfe meinen. – Worunter man es auch einordnen will, ein schönes Geschenk in diesem Sinn hat jetzt der KB Nord seinem Freund Klose gemacht, wohl als Anerkennung dafür, daß der ja jetzt auch so ein bißchen „links“ geworden ist: Auf eine Demonstration gegen die Unterdrückung des iranischen Volkes durch den Imperialismus, gegen ein Verbot der CISNU und für das Demonstrationsrecht in Westdeutschland am Samstag in der Hamburger Innenstadt mochte er sich letzte Woche nicht einlassen. Eingeleuchtet haben ihnen die Argumente der Polizei: Es seien am verkaufsoffenen Samstag dort zu viele Menschen...





z.brp. Über die Bundesanstalt für Arbeit haben die Bourgeois es zuwege gebracht, jedes Jahr rund 6 Millionen Arbeiter „umzuschlagen“. Im Januar 1978 registierten sie 1001000 Arbeitslose, dazu kommen bis Ende November 2546254 neue Arbeitslose und 1990290 „Vermittlungen“. Innerhalb von drei Jahren gelingt es der Bourgeoisie auf diese Weise, den gesamten Arbeiterkörper in seiner Zusammensetzung einmal umzuwälzen. Danach muß der Arbeiter damit rechnen, in seinem Arbeiterleben von Beginn der Fabrikarbeit mit 16 Jahren bis zum Eintritt ins Rentenalter mit 65 Jahren im Durchschnitt 14 Mal diesen „Umschlagplatz“ in Sachen Lohnsenkung und Spaltung der Arbeiterklasse zu passieren. Für den Lohndruck sorgen nicht nur die Bestimmungen des Arbeitsförderungsgesetzes, sondern auch die bisher zwischen den Gewerkschaften und den Verbänden der Kapitalisten vereinbarten Manteltarifverträge, die eine „Einarbeitungszeit“ von mindestens einem Vierteljahr für einen neueingestellten Arbeiter beinhalten, wo der Arbeiter einen niedrigeren Tariflohn erhält. Enorme Lohnsummen,

die die Kapitalisten allein aus dieser Tatsache der Arbeiterklasse vorenthalten und enorme Extraprofite, die sie gegenüber den Konkurrenten einstreichen.

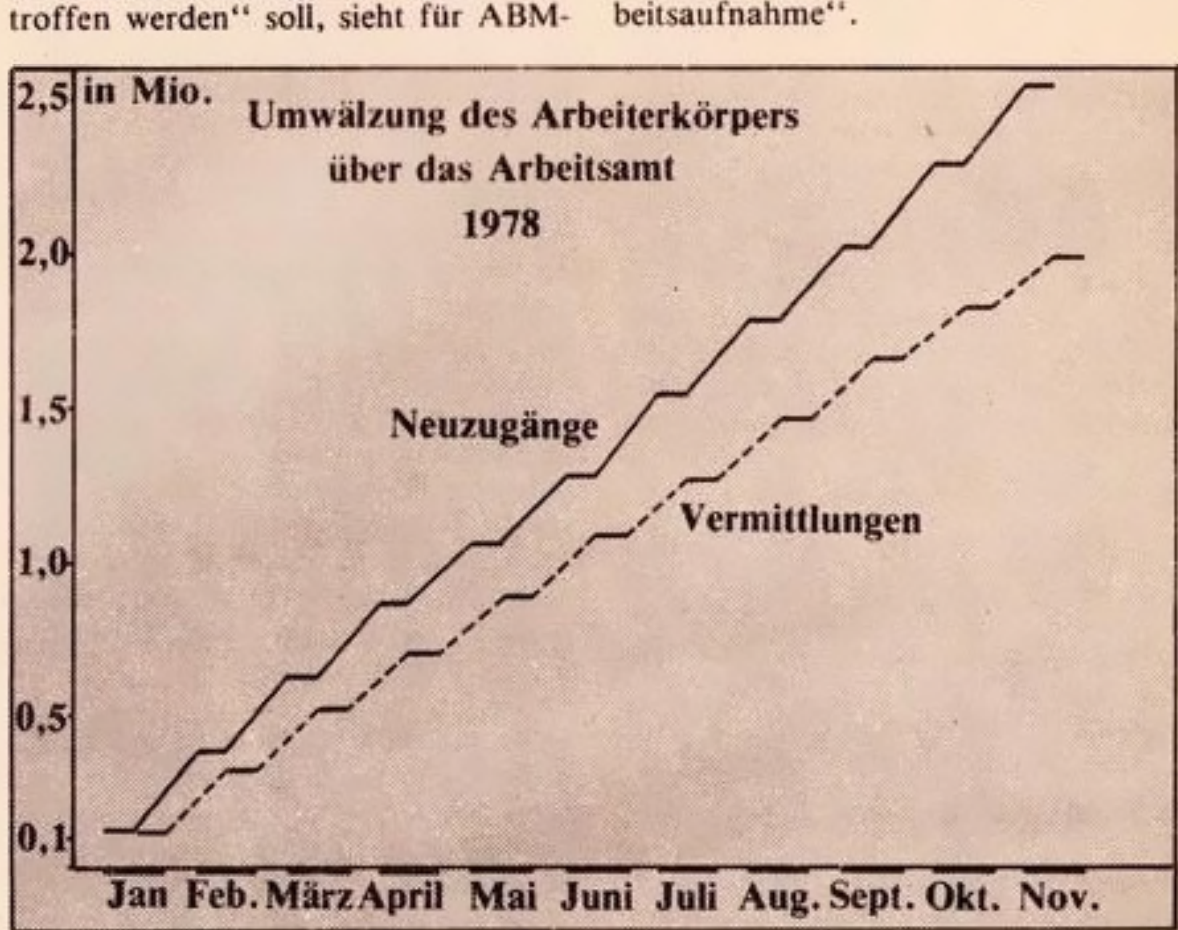
Über diesen Teil des Arbeiterkörpers hinaus, der je nach dem, ob die Profitwirtschaft darniederliegt, floriert, in Trab oder Galopp angesichts der Profiterwartung verfällt, um alsdann wieder umso tiefer zu stürzen, abgestoßen und angesogen wird, bildet die Bourgeoisie ein „Erwerbspersonenpotential“ heraus, eine „stille Reserve“. Das

sind die überzählig gemachten Arbeiter, die nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik aufgeführt werden, weil sie keine „Leistungen“ mehr bekommen, es sind die Frauen, die jetzt ohne Steuerkarte für wenige Mark stundenweise arbeiten müssen, es sind die Jugendlichen, die nicht beim Arbeitsamt registriert sind, die Rentner, die auf einen Zusatzverdienst zur niedrigen Rente angewiesen sind. In den Statistiken erscheint diese „stille Reserve“ erstmals 1960 mit 47000 Arbeitern. In den nächsten fünf Jahren wird auch diese Reserve in den Produktionsprozeß geschleudert und zu Elendslöhnen vernutzt. Ab 1966 entsteht sie für drei Jahre erneut, im „Galopp der Konjunktur“ bemächtigt sich die Bourgeoisie wiederum dieser Arbeitskräfte, um sie im konjunkturellen Niedergang 1971 auszuschwitzten. 1971 beträgt das „Erwerbspersonenpotential“ 92000 Arbeiter, 1976 sind es nach stetigem Steigen bereits 572000 und noch in diesem Jahr will die Bourgeoisie diesen ökonomisch am weitest gedrückten Teil der Arbeiterklasse auf 625000 hochtreiben.

Stingl stellt in den Erläuterungen zu den „Arbeitsmarktzahlen für November 1978“ fest: „Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen ist im November erneut zurückgegangen. ... Damit setzt sich eine seit der Jahresmitte zu beobachtende Tendenz fort.“ Die „Tendenz“ ist Schonung der Versicherungskassen vor den Versicherten: Im Sommer erließ die Bundesanstalt 80000 Sperrfristen wegen „Verweigerung des angebotenen Arbeitsplatzes“, bis zum Sommer sind 60000 Arbeiter in ABM-Maßnahmen gepreßt worden,

20000 mehr als im ganzen Jahr 1977. Der kürzlich von der Bundesregierung genehmigte Haushalt der Bundesanstalt, mit dem „die 1978 erreichte Arbeitsmarktentlastung 1979 noch übertroffen werden“ soll, sieht für ABM-

Maßnahmen 1,7 Mrd. DM, plus 64,9%, als Zuschlag für die Kapitalisten vor, 5,2 Mrd. DM als „Einarbeitungshilfe bei Beschäftigung von Arbeitslosen und zur Förderung der Arbeitsaufnahme“.



Vermittlungserfolge? Bilanz eines „Fördergebietes“

r.wip. Was hat der Arbeiter davon, in einem „Fördergebiet“ zu leben, durch „Strukturmaßnahmen“, wenn er arbeitslos ist, in die Ausbeutung vermittelt zu werden? In den ostfriesischen Arbeitsamtsbezirken Emden und Leer stieg die Arbeitslosenzahl im laufenden Halbjahr von 7,1% bzw. 7,2% auf 8,7% bzw. 7,6%. Die Vermittlungen sanken von 830 im Juli auf 314 im November bzw. von 298 auf 236. Ehrenbergs Staatssekretär Dr. Strehlke im Wahlkampf Aurich: „82% der Arbeitslosen sind nicht bereit, den derzeitigen Wohnort zu verlassen; dieser Immobilität muß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit begegnet werden. In anderen Teilen Deutschlands sind genügend Arbeits- und Ausbildungsplätze vorhanden.“

In diesem Sinne erfuhr dann VW Wolfsburg folgende Förderung: Unter dem Druck von Sperrfristen und Streichung des Arbeitslosengeldes stellten sich im Dezember 1977 300 Arbeiter in Wolfsburg vor, 30 wurden eingestellt, im Februar 1978 war das Verhältnis 400 zu 90. Dem Arbeitsamt Emden gelang es im Verlauf des Jahres 1978, 601 Arbeiter in ein entrechtetes Zwangsverhältnis von ABM-Maßnahmen zu bringen, gegenüber 484 im Jahre 1977. Leer konnte 1025 Arbeiter in ABM-Maßnahmen zwingen und hat weitere im Hochbau angekündigt. Durch frühzeitige Entqualifizierung der Arbeiterklasse lassen sich große Vermittlungserfolge bei den Jugendlichen erzielen, das ist die Erfahrung der Arbeitsamtleitung in Leer: „Wir sind gerne bereit, Grundausbildungslehrgänge in Betriebe zu verlegen.“ Obwohl ein Ausbildungsvertrag nicht Ziel solcher Maßnahmen sei, käme es in vielen Fällen dazu.

IG-Metall – „Daten, Fakten, Informationen"; der Dreck klebt fest am Stecken, da hilft kein Putzen, Frisieren und Schminken!

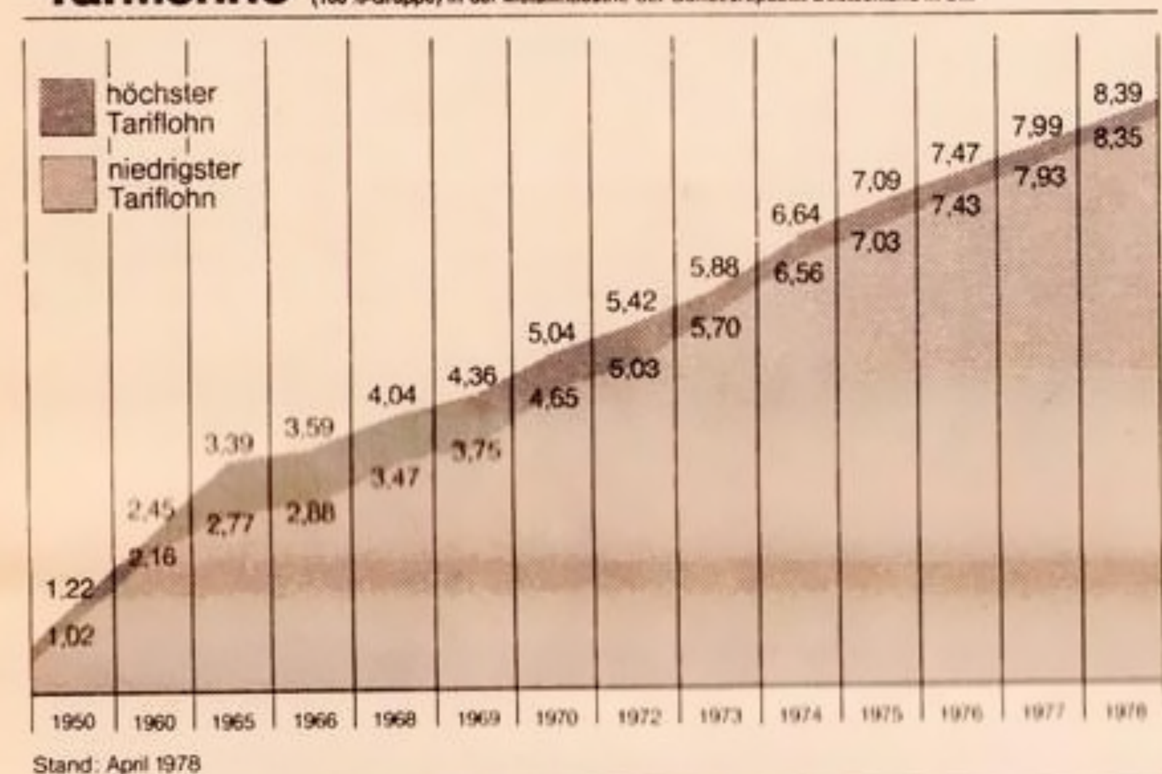
Tariflöhne in der Metallindustrie (100%-Gruppe)

Tarifgebiet	vom Vertrag erfaßte Personen	Tariflohn in Pf	Leistungszulage im Gruppendurchschnitt
Bayern	315000	839	[2]
Berlin	106000	839	13%[1]
Hamburg	48000	839	16%[1]
Hessen	250000	839	13%[1]
Niedersachsen	125000	835	13%
Nordrhein-Westfalen	800000	839	16%
Nordwestl. Nieders.	34000	839	16%
Nordw. Nordbaden	400000	839	16%
Pfalz/Rheinld./Rheinh.	98000	839	13%[1]
Saarland	45000	839	13%[1]
Schlesw.-Holstein	40000	839	16%[1]
Südbaden	80000	837	15%
Südwürtt.-Hohenzollern	100000	837	16%
Unterwesergebiet	35000	839	16%

1) = Betriebsdurchschnitt
2) = Leistungsbeurteilung bis 100 Punkte
In den Tarifgebieten Hessen, Pfalz/Rheinland/Rheinhessen und Saarland gibt es für Akkordarbeit einen Zuschlag in Höhe von 3,5%.
Stand: April 1978

Daß dieses ganze Chaos den Belegschaften nützt, wird durch Abdruck eines Schaubildes bewiesen, das „zeigt", wie nach diesem System eine allmähliche Angleichung der tariflichen Löhne erreicht worden sei, wie auch eine andauernde Bewegung der untersten Lohngruppen in Richtung Ecklohn. Dazu zwei Bemerkungen: 1.) Wenn man Lohnverhandlungen stets auf den Abschlußpunkt hinführt, der von den Belegschaften so eben gerade noch hingenommen wird, und wenn gleichzeitig die Preise für die Reproduktionsmittel sich im ganzen Lande angleichen, dann kann es nicht ausbleiben, daß sich die Lohnunterschiede ausgleichen. Allerdings: Auf einem *abfallenden* Niveau. 2.) Wenn in der ganzen langen Zeit stets höhere Lohngruppen hinzugefügt werden, und in Folge dessen der Abstand der „100%-Gruppe" zu der höchsten Lohngruppe zunimmt, so ist es keine feine Methode, diesen Sachverhalt zu verschweigen und vollkommen fälschlich den Eindruck zu erwecken, die Spaltung habe abgenommen.

Tariflöhne (100%-Gruppe) in der Metallindustrie der Bundesrepublik Deutschland in DM



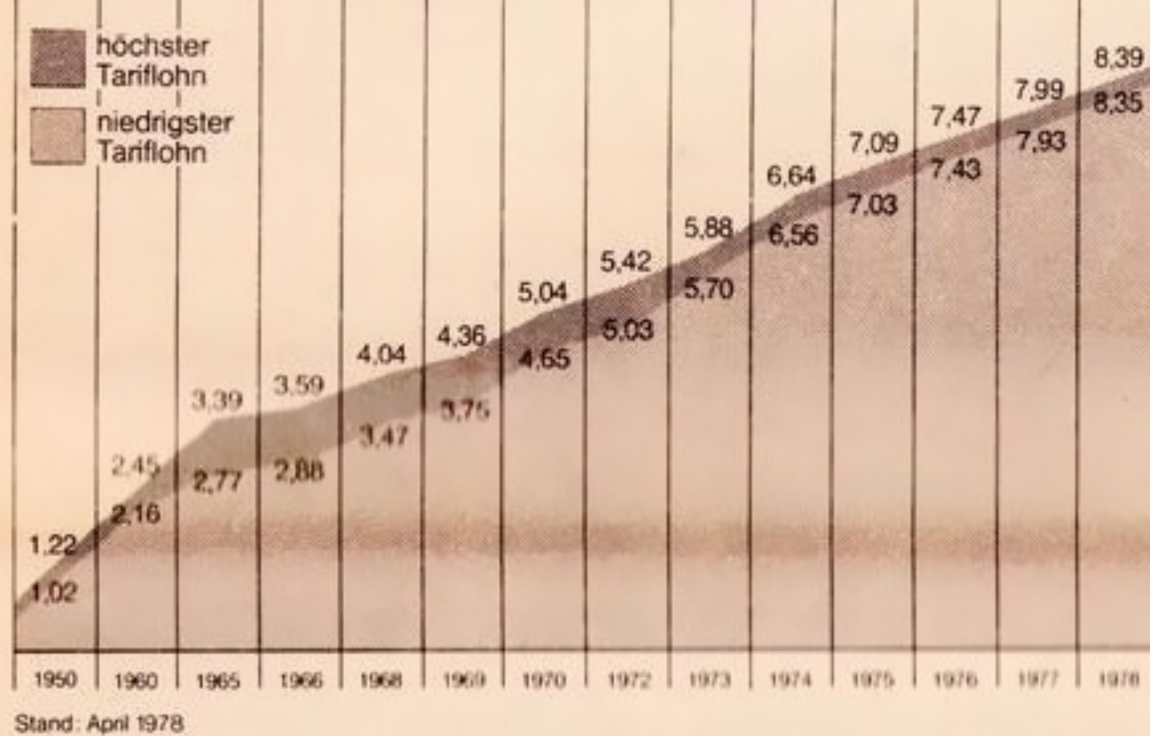
Stand: April 1978

Verbesserung des Verhältnisses der untersten Lohngruppe zur 100%-Gruppe von 1950 bis 1978 in der Metallindustrie*

Tarifgebiet	1950 %	1960 %	1970 %	1978 %
Bayern	62,5	67	75	76
Berlin	63	66	75	80
Hamburg	68,4	74	75	82
Hessen	70	75	75	81
Niedersachsen	64	72	75,5	80
Nordrhein-Westfalen	58,7	70	75	82
Nordwürttemberg-Nordbaden	72,5	75	75	81,6

fälschlich den Eindruck zu erwecken, die Spaltung habe abgenommen.

Tariflöhne (100%-Gruppe) in der Metallindustrie der Bundesrepublik Deutschland in DM



Stand: April 1978

Verbesserung des Verhältnisses der untersten Lohngruppe zur 100%-Gruppe von 1950 bis 1978 in der Metallindustrie*

Tarifgebiet	1950 %	1960 %	1970 %	1978 %
Bayern	62,5	67	75	76
Berlin	63	66	75	80
Hamburg	68,4	74	75	82
Hessen	70	75	75	81
Niedersachsen	64	72	75,5	80
Nordrhein-Westfalen	58,7	70	75	82
Nordwürttemberg-Nordbaden	72,5	75	75	81,6
Rheinland-Pfalz	56	72,5	75	81
Saarland	71,5	75	75	82
Schleswig-Holstein	63	72,5	72,5	80
Südwürttemberg-Hohenzollern	60	72,5	78	81,8
Südbaden	63	72,5	75	81,8
Unterwesergebiet	68	74	75	80[1]

* zum Teil errechnete Prozentsätze
1) ab 1.7.1978 81,5

Wenn dann endlich noch versucht wird, eine ‚Übersicht' vorzutäuschen, indem die verschiedenen Geldbeträge der verschiedenen Lohngruppen vorgestellt werden, und man sich denken soll, dies entspreche ungefähr der tatsächlichen Lohnlage, so ist das schon etwas unverfroren. Warum vermeidet die IG-Metall Angaben darüber, wieviele % der Arbeiter in den jeweiligen Tarifbezirken in welcher Lohngruppe befindlich sind? Anders ist doch gar kein wirklicher Vergleich möglich! Die IG-Metall, die diese Angaben hat oder sie jedenfalls sehr genau schätzen könnte, verschweigt sie, weil mit einem Schlage ersichtlich würde, daß gegenüber den jetzigen Manövern, die zu den dauernden Lohnsenkungen weiß Gott beigetragen haben, nur eine Alternative besteht: Festgeldforderung und zwar relativ hohe und zwar im ganzen Lande *gleich*.

Lohngruppen und deren Geldbeträge (in Pfennig) – Metallindustrie –

Tarifgebiet	Lohngruppen 0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Bayern		638	680	730	730	755	814	839	923	1007	1116		
Berlin		671[1]	705[1]	738	788	839	923	1007	1116				
Hamburg			688	713/722	755	797	839	906	990	1116			
Hessen			680	705	743	784	839	923	1007	1116			
Niedersachsen		676	688	712	740	756	789	835	919	1002	1111		
Nordrhein-Westfalen			688	705	738	772	805	839	906	990	1116		
Nordwestliches Niedersachsen			684	713	755	797	839	923	973	1116			
Nordwürttemberg/Nordbaden		685	685	715	737	762	797	839	898	957	1014	1074	1134
Pfalz/Rheinland/Rheinhessen				680	696	717	751	780	839	923	1007	1116	
Saarland	02/03 688	688	705	743	780	839	923	1007	1116				
Schleswig-Holstein			671	713	780	805	839	906	982	1116			
Südbaden		685	685	715	737	762	797	837	922	1004	1113		
Südwürttemberg-Hohenzollern		685	685	715	737	762	797	837	922	1004	1113		
Unterwesergebiet			671	688	713	730	772	797	839	906	1007	1116	

Stand: April 1978

Tarifgebiete der IG Metall



z.maf. Bevor nicht die Belegschaften der Stahlwerke ihren Kampf gegen die Stahlkapitalisten entschieden haben, mag es voreilig scheinen, sich über die Probleme der Lohnbewegung in der metallverarbeitenden Industrie den Kopf zu zerbrechen. Denn es kommt ja schon darauf an. Trotzdem muß man beachten: Die Tarife sind mit Ausnahme VW zum 31.12.78 gekündigt, alsbald werden Verhandlungen beginnen, und die Forderungen sind großenteils aufgestellt. Und gerade in bezug auf die gegenwärtige Streikaktion der Stahlarbeiter ist die von der Sozialdemokratie in der Metallverarbeitung geschaffene Forderungslage voller Peinlichkeiten.

Das begann mit der Vorabversicherung gleich mehrerer leitender Funktionäre der IG-Metall, man wolle in der metallverarbeitenden Industrie nicht, und dies Jahr auf keinen Fall, Forderungen zur Arbeitszeit aufstellen. Dies wurde in der bürgerlichen Presse lanciert, genau als sich abzeichnete, daß bei Eisen und Stahl der Krach unvermeidlich sein würde. Es wurde mithin sichergestellt, daß die Belegschaften der Stahlwerke mit der 5%-Lohnerhöhung und der „Einstiegsforderung" zu einem Sonderkampf verurteilt bleiben mußten, der ja gewiß die deutlich gezeigte Unterstützung der Arbeiter und Angestellten in der metallverarbeitenden Industrie hat, aber an dem sie sich auf Grund der Forderungslage nicht beteiligen können, sondern den sie bloß unterstützen können.

Statt die Gelegenheit der erforderlichen Beschlüsse über die Forderungen zu benutzen, um zu präzisieren, was das Gerede um den „Einstieg" in die

me VW zum 31.12.78 gekündigt, alsbald werden Verhandlungen beginnen, und die Forderungen sind großenteils aufgestellt. Und gerade in bezug auf die gegenwärtige Streikaktion der Stahlarbeiter ist die von der Sozialdemokratie in der Metallverarbeitung geschaffene Forderungslage voller Peinlichkeiten.

Das begann mit der Vorabversicherung gleich mehrerer leitender Funktionäre der IG-Metall, man wolle in der metallverarbeitenden Industrie nicht, und dies Jahr auf keinen Fall, Forderungen zur Arbeitszeit aufstellen. Dies wurde in der bürgerlichen Presse lanciert, genau als sich abzeichnete, daß bei Eisen und Stahl der Krach unvermeidlich sein würde. Es wurde mithin sichergestellt, daß die Belegschaften der Stahlwerke mit der 5%-Lohnerhöhung und der „Einstiegsforderung" zu einem Sonderkampf verurteilt bleiben mußten, der ja gewiß die deutlich gezeigte Unterstützung der Arbeiter und Angestellten in der metallverarbeitenden Industrie hat, aber an dem sie sich auf Grund der Forderungslage nicht beteiligen können, sondern den sie bloß unterstützen können.

Statt die Gelegenheit der erforderlichen Beschlüsse über die Forderungen zu benutzen, um zu präzisieren, was das Gerede um den „Einstieg" in die 35-Stundenwoche genau soll, und die Forderungsgrundlagen für eine *einheitliche* Bewegung zu schaffen, wurden in der metallverarbeitenden Industrie Forderungen zum Urlaub aufgestellt. Damit auch hier gesichert wäre, daß sich die Lohnbewegung nicht unter einer klaren, einheitlichen Forderung womöglich selbständig aus den Zügeln der SPD losreißen und was ausrichten könnte, wurden selbstverständlich *verschiedene* Urlaubsforderungen den Tarifkommissionen empfohlen. Makaber ist die Forderung im Nordverbund, die unterhalb des 30-Tage-Angebotes der Kapitalisten zu liegen kam. Während in einigen Tarifbezirken die Sozialdemokraten heftig agitieren, daß 30 Tage Urlaub für *jeden gleich*, komme, was da wolle, herauskommen müssen, wird im Nordverbund auf ein ungleiches Ziel *unterhalb* 30 Tage beschlossen. – Man kann Gift darauf nehmen, daß den Mitgliedern der Großen Tarifkommission nicht gesagt wurde, wie es in den anderen Tarifbezirken ausschaut.

Dabei kann es nicht bleiben. Die Belegschaften in der metallverarbeitenden Industrie haben die Wahl, entweder die Urlaubsforderung: 30 Tage für alle gleich, überall zu ihrer eigenen zu machen, oder sich vor den Kapitalisten lächerlich zu machen.

Bezüglich der Lohnforderungen sind bis jetzt die folgenden Varianten bekannt geworden: 6%, aber 100 DM mindestens. 6%, aber 93 DM mindestens. 6%, aber 86 DM mindestens. 6,3% und nichts weiter. 6,0 Prozent und Anhebung der „Leistungszulage" für Arbeiter von 13 auf 16% und für Angestellte von 10 auf 12%. 6,5 Prozent und Streichung der Lohngruppen 1 und 2 (die genauen Forderungen werden abgedruckt im KVZ-Nachrichtendienst Nr. 52).

Die niedrigste bestehende Forderung steht also mit 69,54 DM auf die Lohngruppe 1 in Bayern. Die höchste steht mit 127,52 DM auf die Lohngruppe 12 in Nordwürttemberg-Nordbaden. Das sind immerhin 183,4% Spreizung allein bei den Arbeiterlöhnen. Beachtet man, daß ja die Steuer reformiert wurde, so kann man schätzen, daß im tatsächlichen Nettoergebnis dieser Forderungen eine Spreizung bis zu 300% vorkommen kann.

Nimmt man hingegen die höchste stehende Mindestforderung von 100 DM, so stellt man fest, daß diese 100 DM auf die höchste Lohngruppe im Bundesgebiet und Westberlin immerhin noch 5,1% ausmachen würden. Mindestforderungen lassen sich sehr weitgehend durchsetzen, weil sie eine [illegible] erwirken. Es ist überhaupt nicht ausgeschlossen, daß die IG-Metall in Nordwürttemberg-Nordbaden mit einem niedrigeren Abschluß herauskommt als in Hessen, da hier zwar nur 6%, aber 100 DM mindestens gefordert werden und dort 6,5%.

Wenn sich die Metallkapitalisten quer stellen, und es spricht alles dafür, *daß* sie sich querstellen, ist ein einigermaßen passables Ergebnis nur zu erzielen, wenn man die ganze Lohnbewegung von vornherein als Kampf um 86 oder 100 DM führt.

Die IG-Metall tritt gegen die westdeutschen und Westberliner Kapitalisten als ein 17-stimmiger Chor auf. Es gibt 17 besondere Tarifbezirke, und

mit 127,52 DM auf die Lohngruppe 12 in Nordwürttemberg-Nordbaden. Das sind immerhin 183,4% Spreizung allein bei den Arbeiterlöhnen. Beachtet man, daß ja die Steuer reformiert wurde, so kann man schätzen, daß im tatsächlichen Nettoergebnis dieser Forderungen eine Spreizung bis zu 300% vorkommen kann.

Nimmt man hingegen die höchste stehende Mindestforderung von 100 DM, so stellt man fest, daß diese 100 DM auf die höchste Lohngruppe im Bundesgebiet und Westberlin immerhin noch 5,1% ausmachen würden. Mindestforderungen lassen sich sehr weitgehend durchsetzen, weil sie eine [illegible] erwirken. Es ist überhaupt nicht ausgeschlossen, daß die IG-Metall in Nordwürttemberg-Nordbaden mit einem niedrigeren Abschluß herauskommt als in Hessen, da hier zwar nur 6%, aber 100 DM mindestens gefordert werden und dort 6,5%.

Wenn sich die Metallkapitalisten quer stellen, und es spricht alles dafür, *daß* sie sich querstellen, ist ein einigermaßen passables Ergebnis nur zu erzielen, wenn man die ganze Lohnbewegung von vornherein als Kampf um 86 oder 100 DM führt.

Die IG-Metall tritt gegen die westdeutschen und Westberliner Kapitalisten als ein 17-stimmiger Chor auf. Es gibt 17 besondere Tarifbezirke, und
das ginge ja noch; aber die SPD behauptet, es sei Ausdruck „lohnpolitischer Vernunft" und äußerst listig, womöglich genau so viele verschiedene Forderungen aufzustellen. Dies mache „elastisch", um infolge der besonderen Schwächen der Kapitalisten das je meiste und beste herauszuholen. „Teile und herrsche" und so. – Derweil sind die großen Kapitale, die den Ton angeben, längst entweder durch Beteiligungen oder direkt durch Zweigwerke in fast allen Tarifbezirken vertreten, und wer wirklich teilt und herrscht, sind die Kapitalisten, und wer geteilt wird und beherrscht, das sind die Lohnbewegungen, die künstlich auseinandergehalten werden.

Verhältnis der verschiedenen Lohngruppen zur 100%-Gruppe in der Metallindustrie

Tarifgebiet	Prozentsatz in der Lohngruppe 0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Bayern		76	81	87	87	90	97	100	110	120	133		
Berlin		80	84	88	94	100	110	120	133				
Hamburg			82	85/86[1]	90	95	100	108	118	133			
Hessen			81	84	88.5	93.5	100	110	120	133			
Niedersachsen		81	82.4	85.3[1]	88.6	90.5	94.5	100	110[1]	120	133		
Nordrhein-Westfalen			82	84	88	92	96	100	108	118	133		
Nordwestl. Niedersachsen			81.5	85	90	95	100	110	116[2]	133			
Nordwürttemberg-Nordbaden		81.64	81.64	85.22	87.84	90.82	94.99	100.00	107.03	114.06	120.86	128.07	135.16
Pfalz/Rheinland/Rheinhessen				81	83	85.5	89.5	93	100	110	120	133	
Saarland	02/03 = 82	82	84	88.5	93	100	110	120	133				
Schleswig-Holstein			80[3]	85	93	96	100	108	117	133			
Südbaden[4]		81.8	81.8	85.4	88.1	91	95.2	100	110.2	119.9	133		
Südwürttemberg-Hohenzollern[4]		81.8	81.8	85.4	88.1	91	95.2	100	110.2	119.9	133		
Unterwesergebiet			80[5]	82[6]	85	87	92	95	100	108	120	133	

1) in a) und b) unterteilt
2) Oldenburg und Cuxhaven 120%
3) ab 1.1.1979 80,5%
4) errechnetes Verhältnis, nicht im Manteltarifvertrag festgelegt, ergibt sich aus Lohntarifvertrag
5) ab 1.7.1978 81,5%
6) ab 1.7.1978 87,5%
Stand: April 1978

Wohin mit den 6 Mrd. Profit von VW?

z.pee. Darüber macht sich die westdeutsche Bourgeoisie gegenwärtig Gedanken und unterbreitet Vorschläge für die VW-Kapitalisten wie sie diese Summe auch anlegen können. An die Arbeiter auszahlen? Das geht nicht, die Arbeiter würden zu schnöden Rentiers werden und auf Mallorca überwintern. VW sich selber aufkaufen? Das geht auch nicht nach dem Aktiengesetz. Also bleibt das Sich-Einkaufen in andere Industrien, und das schnell, die Tarifkämpfe stehen bevor. Die unrealistischste Möglichkeit wäre laut „Handelsblatt" die Erhöhung der Dividenden, was ca. 500% wären, das würde „vielen Sparkontoinhabern in den falschen Hals geraten". Schmücker ist im Zugzwang. Kapitalmassen in solcher Höhe nicht profitabel anzulegen, schmerzt ihn und die ganze Kapitalistenklasse. Jeder gedenkt davon einen Brocken, vielleicht auch ein großes Stück, abzukriegen. Und Schmücker weiß, daß die VW-Arbeiter den Lohnkampf vorbereiten und Forderungen stellen, wobei 6 Mrd. im Rücken nicht unbedingt gut sind, zumal die Arbeiter eine große Summe zur Auszahlung verlangen können. Genau das haben sie auch auf der Betriebsversammlung am 13.12. in Wolfsburg getan, indem sie Gelder für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen forderten.

Siemens-Konzern drängt ins Rüstungsgeschäft

z.dar.München. Der Unternehmerprofit der Siemens-Kapitalisten (ohne Zinsen und Steuern) hat sich wie folgt entwickelt: 1975 1,801 Mrd., 1976 1,294 Mrd., 1977 2,437 Mrd. DM. Der hohe Profit 1977 kommt dadurch zustande, daß erstmals die KWU mit einem Umsatz von 25 Mrd. DM (Gesamtumsatz ohne KWU: 25,2 Mrd. DM) in die Konzernbilanz eingeht, ohne KWU hat der Konzern knapp den Vorjahresprofit erzielt. Solche Massen an Kapital tun sich nach profitablen Möglichkeiten um. Ein sicheres Geschäft ist die [illegible] dem früheren MBB-Teilhaber Boeing 12 Prozent des Firmenkapitals abgekauft und ist jetzt größter Industriegesellschafter bei Messerschmidt-Bölkow-Blohm. Der, führender Hersteller von Raketenwaffen, hat einen Auftrag von 322 elektronisch gesteuerten Tornados der Regierung in petto. 70% der MBB-Produktion laufen als Staatsaufträge, ein Brocken, mit dem die Siemens-Kapitalisten ihre Profite erheblich steigern können. Dementsprechend heftig ging der Kampf um die Vorherrschaft bei MBB – das Ergebnis: „Weder Staatsvertreter noch Familienabgesandte können verhindern, daß künftig die MBB-Geschäfte wesentlich von der Siemens-Zentrale am Münchener Wittelsbacher Platz gesteuert werden." (Der Spiegel, 17.7.78)

Siemens-Konzern drängt ins Rüstungsgeschäft

z.dar.München. Der Unternehmerprofit der Siemens-Kapitalisten (ohne Zinsen und Steuern) hat sich wie folgt entwickelt: 1975 1,801 Mrd., 1976 1,294 Mrd., 1977 2,437 Mrd. DM. Der hohe Profit 1977 kommt dadurch zustande, daß erstmals die KWU mit einem Umsatz von 25 Mrd. DM (Gesamtumsatz ohne KWU: 25,2 Mrd. DM) in die Konzernbilanz eingeht, ohne KWU hat der Konzern knapp den Vorjahresprofit erzielt. Solche Massen an Kapital tun sich nach profitablen Möglichkeiten um. Ein sicheres Geschäft ist die dem früheren MBB-Teilhaber Boeing 12 Prozent des Firmenkapitals abgekauft und ist jetzt größter Industriegesellschafter bei Messerschmidt-Bölkow-Blohm. Der, führender Hersteller von Raketenwaffen, hat einen Auftrag von 322 elektronisch gesteuerten Tornados der Regierung in petto. 70% der MBB-Produktion laufen als Staatsaufträge, ein Brocken, mit dem die Siemens-Kapitalisten ihre Profite erheblich steigern können. Dementsprechend heftig ging der Kampf um die Vorherrschaft bei MBB – das Ergebnis: „Weder Staatsvertreter noch Familienabgesandte können verhindern, daß künftig die MBB-Geschäfte wesentlich von der Siemens-Zentrale am Münchener Wittelsbacher Platz gesteuert werden." (Der Spiegel, 17.7.78)

CDU: Maßnahmen gegen Argentiniens Ausbau des Seeverkehrs

z.ham. Argentinien hat die Verträge über die Frachtanteile mit den imperialistischen Ländern gekündigt und verlangt über 50% der Frachtmengen seines Handels für sich. – Die CDU/CSU fragte am 16.11. die Regierung, die bekanntlich unlängst 12 Fregatten für solche Fälle in Auftrag gegeben hat: „Kann die Bundesregierung ... annehmbare Anteile für deutsche Schiffahrtsunternehmen am Verkehr mit Argentinien und anderen südamerikanischen Ländern ... verlangen?" – Argentinien hat seine Handelsflotte ab Mitte der 70er Jahre ausbauen können:

1960	1042000 BRT
1968	1197000 BRT
1976	1470000 BRT

Die BRD-Imperialisten lassen 9,74 Mio. BRT unter ihrer Flagge laufen, damit liegen sie auf nur dem 11. Platz. Die Welthandelsflotte ist im letzten Jahr auch nur um 3% auf 406 Mio. BRT gewachsen, ein Schritt wie der von Argentinien ist ein Schlag gegen das Expansionsstreben der Imperialisten. Die EG-Konkurrenten England und Frankreich halten größere Flotten als die BRD in Betrieb. Seit 1975 hat sich der westdeutsche Handelsschiffbau halbiert. Darum verlangt das BRD-Finanzkapital für '79 250 Mio. DM Steuergelder, um die Subventionen von derzeit 17,5% auf 25% der Schiffsverkaufspreise hochzudrücken.

Schwind – ein Polizeipferd

r.pel. Ernst Albrecht hatte ihn im Juli in sein Kabinett geholt als Justizminister, nachdem Minister Puvogel über seine faschistische Vergangenheit gestolpert war: Hans-Dieter Schwind, Professor für Kriminologie und Strafvollzug, Universität Bochum. Das Programm war vorgegeben durch die Regierungserklärung. ,,Mit besonderer Aufmerksamkeit wird sich die Landesregierung um die Probleme des Strafvollzugs kümmern und hier wiederum um folgende Fragen: Sicherheit, Effektivität des Behandlungsvollzugs und Entlassungshilfe.'' (Nds. Ministerialblatt, 13. Juli)

Schwind gilt als liberal. Die Liberalität war von Ernst Albrecht definiert. ,,Dafür sorgen, daß Gefangene nicht ausbrechen können, gehört zu den selbstverständlichen Aufgaben... Es daran fehlen zu lassen, hat mit liberal nichts zu tun.'' (ebenda) Dem Schwind war das Befehl. Er hat die Strafanstalten bereist. In Göttingen wurden sofort rund um die Anstalt lückenlos Kameras angebracht, für Lingen sind 30% mehr Vollzugsbeamte geplant und 2,8 Mio. DM für einen ausbruchsicheren Neubau bewilligt. In der sozialtherapeutischen Modellanstalt Bad Gandersheim hat er die Jusos geschockt durch die Anbringung von NATO-Draht rund um das Haus und durchblicken lassen, was er von der Sozialtherapie hält. ,,Der Strafvollzug in der Praxis sieht anders aus, als ihn die Idealisten sich wünschen. Ein Straftäter... kann nicht in kurzer Zeit resozialisiert werden. Wieso sollte er plötzlich das gelernte Handwerk von heute auf morgen aufgeben,'' (Kriminalatlas, S.345)

Realitätssinn kann man dem Herrn nicht absprechen. Abgesehen von der idealistischen, absichtsvollen Theorie des ,,Kriminellseins als Beruf, in den Kinder geradezu hineingeboren werden'' (S.9), ist es richtig und leidvolle Erfahrung der bürgerlichen Klasse, daß wenige der zum Beispiel 1976 in Niedersachsen verurteilten 44890 Personen sich der Unterdrückung in den Knästen unterwerfen und in ein Leben ohne Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Eigentumsordnung zwingen lassen. 43,6% waren in diesem Jahr wegen Diebstahls verurteilt, und die Quote ist jährlich gestiegen, wie auch die Anzahl der Fälle von Widerstand gegen die Staatsgewalt allein von 1975 auf 76 um 25% gestiegen ist. Die Gefängnisse sind dabei nicht ausgenommen.

Frühzeitig hat der Professor seine Schlußfolgerungen gezogen und sein Konzept der Bourgeoisie angedient: Sicherungsverwahrung, Arbeitshäuser, polizeiliche Spitzelstellen im ganzen Land. ,,Strafvollzug in der Praxis'' – so der Titel eines seiner Bücher – heißt für den ,,nicht besserungsfähigen Verbrecher, zum Schutz der Gesellschaft mehr von der Sicherungsverwahrung Gebrauch'' zu machen, denn: ,,solche Leute in Zellengefängnissen

Asylrecht ,,weltoffen'' – Ein Viertel aller Anträge wird abgelehnt

Ministerpräsidenten wollen ,,alle Möglichkeiten ausschöpfen''

r.kug. ,,Der Mißbrauch des Ausländerrechts könne die Gefahr einer falschen Ausländerfeindlichkeit heraufbeschwören'', hat der nordrheinwestfälische Ministerpräsident Rau vor der Ministerpräsidentenkonferenz der Länder gesagt, und sie haben sogleich beraten, wie es *richtig* gemacht werden soll mit der Hetze gegen die Ausländer: ,,Die Zahl der Asylbewerber soll eingeschränkt werden, die Möglichkeiten der Zurückweisung und Abschiebung besser genutzt werden.'' (FAZ, 9.12.78)

Tabelle 1

	Asylanträge	Entscheidungen	davon pos.	davon neg.
1973	5595	3571	52,1%	47,9%
1974	9424	8644	45,8%	54,2%
1975	9627	7749	35,7%	64,3%
1976	11123	8702	22,3%	77,7%
1977	16480	–	–	–

1965 hieß es noch in der amtlichen Begründung der Bundesregierung für das damals neu zu schaffende Ausländerrecht: ,,Die Bundesregierung verfolgt eine liberale und weltoffene Fremdenpolitik, die die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern erleichtert.'' Herausgekommen ist das Ausländerrecht, dessen Teil das Asylrecht ist, als reaktionäres Machwerk und Instrument willkürlicher Schikane ausländischer Arbeiter und ihrer Familien.

Nach § 28/29 des Ausländergesetzes muß Asyl in einem besonderen Verfahren vor dem ,,Bundesamt für Anerkennung ausländischer Flüchtlinge'' gewährt werden. Zunächst muß der Ausländer aber eine Aufenthaltsgenehmigung durch die Ausländerbehörde erhalten, damit er sich in Westdeutschland überhaupt legal bewegen darf. Schon bei dieser Aufenthaltsgenehmigung können die Ausländerbehörden willkürlich vorgehen. ,,Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Behörde' '', heißt es im Kommentar von Kloesch-Christ zum Ausländergesetz. Dieser ,,Ermessensspielraum'' sei mehr als die ,,öffentliche Sicherheit und Ordnung im polizeirechtlichen Sinn'', schließe die ,,Berücksichtigung einwanderungspolitischer und wirtschaftspolitischer Belange'' mit ein. In welchem Land hat der westdeutsche Imperialismus nicht ,,wirtschaftspolitische Belange''?

In Westberlin sind seit Dezember 1977 4500 Pakistani eingereist, von diesen wurden im gleichen Zeitraum 1480 abgeschoben. Erst vor 2 Monaten sind in einer großangelegten Operation der Ausländerpolizei in dieser Stadt 329 Pakistani verhaftet und mit Polizeibegleitung nach Karatschi geflogen worden. Diejenigen Ausländer, die nicht abgeschoben werden, werden zunächst in Lager oder Heime eingewiesen, wo sie täglich 1,50 DM erhalten oder 450 DM, wenn sie privat unterkommen können.

Bei der weiteren Bearbeitung des Asylantrages muß der ,,Bewerber Bereitschaft bei der Klärung des Sachverhalts'' erkennen lassen, d.h. er muß sich z.B. zu Spitzeldiensten gegenüber Landsleuten hingeben, wenn der Antrag Erfolg haben soll. Aus der Tabelle 2 wird deutlich, daß Asylgesuchen aus Staaten im sozialimperialistischen Machtbereich relativ häufig entsprochen wird im Gegensatz zu Ländern der Dritten Welt. Das liegt daran, daß die Bourgeoisie über die Arbeiter und Bauern aus Polen oder der CSSR ihre chauvinistischen Absichten der Rückeroberung ,,verlorener Gebiete'' verbreiten will und auf willige Arbeitskraft hofft, während die Asylsuchenden aus den arabischen Ländern zum Beispiel oft an den Kämpfen ihrer Völker für Unabhängigkeit und für Befreiung vom Imperialismus teilgenommen haben und für die Revolution kämpfen. Deshalb sei bei ihnen ,,eine Gefährdung... zumindest dann nicht anzunehmen, wenn sie in der Heimat darauf verzichteten, sich politisch zu betätigen und dabei in Gegensatz zu der jetzigen Regierung zu geraten'' (aus einem Bescheid an einen Chilenen, 1975).

Alles, was die Ausländer machen, steht unter der Kontrolle der Ausländerbehörden. Wer ,,seinen Lebenunterhalt ohne Sozialhilfe nicht bestreiten kann'', wird ausgewiesen, ebenso genügt es z.B. für eine Ausweisung, ,,daß der Ausländer an einer aktiven Lungentuberkulose leidet, die jederzeit offen und ansteckend werden kann'', heißt es im oben erwähnten Kommentar zum § 10 des Ausländergesetzes.

Tabelle 2 — **Asylanträge nach Ländern (1975)**

	Asien	Afrika	arab.Welt	Lateinamerika	sozialimp.Ber.
anerkannt:	440 (40,6%)	81 (28,4%)	124 (3,6%)	297 (86,6%)	1845 (78,7%)
abgelehnt:	645 (59,4%)	204 (71,6%)	3319 (96,4%)	46 (13,4%)	515 (21,8%)

Zwei Tage nach dem Vorstoß der Ministerpräsidenten zur Verschärfung des Ausländerrechts hat Bundeskanzler Schmidt zum ,,Schutz öffentlicher Sicherheit'' erklärt, die ,,Freizügigkeit für ausländische Arbeitnehmer'' gelte es einzuschränken, ,,wenn sie bei anhaltender Arbeitslosigkeit zu einer Belastung für die wirtschaftliche und soziale Sicherheit würden'', besonders dann, wenn Spanien, Portugal und Griechenland in die EG einträten. (Welt, 11.12.78) Noch auf dem Europaparteitag hatten die Sozialdemokraten wie Koschnick großkotzig für ein Europa gesprochen, ,,in dem der Arbeitnehmer den Ton angibt''. (FAZ, 11.12.78) Die westdeutschen Kapitalisten, mit ihrem Kanzler an der Spitze, wollen sich die Möglichkeit schaffen, 10% der westdeutschen Arbeiterklasse völlig zu entrechten und durch ständige Drohung der Ausweisung zu bedingungsloser Hingabe ihrer Arbeitskraft zu veranlassen.

Studienkolleg-Klassifizierung: Aussortiert werden die Studenten aus den Ländern der 3. Welt

z.chk. Säuberlich sortiert die westdeutsche Bourgeoisie, welche Studenten aus welchen Staaten, unter welchen Bedingungen und ob überhaupt in Westdeutschland studieren können. Ein ganzes Gestrüpp von Richtlinaen und Erlassen hat die Kultusministerkonferenz der Länder dafür geschaffen. Ein wichtiges Instrument, den Strom der ausländischen Studenten zu kontrollieren und nach Bedarf zu regulieren, ist ihre Sortierung nach sogenannten Bewertungsgruppen.

In der ,,Rahmenverordnung für ausländische Studienbewerber'' der Kultusministerkonferenz vom 30.4.76 heißt es dazu: ,,Ausländische Studienbewerber, die auf Grund des Vorbildungsnachweises Vorkenntnisse erwarten lassen, die eine Aufnahme des Studiums sinnvoll erscheinen lassen (Bewertungsgruppe I) ... können zum Fachstudium zugelassen werden. Ausländische Studienbewerber, deren Vorbildungsnachweise im Heimatland ein Studium in der angestrebten Studienrichtung ermöglicht, aber nicht mit einem deutschen Abitur vergleichbar ist, müssen sich vor der Aufnahme eines Fachstudiums der Prüfung zur Feststellung der Eignung ausländischer Studienbewerber für die Aufnahme eines Studiums an Hochschujen der Bundesrepublik Deutschland unterziehen (Bewertungsgruppe II/III).''

Und ,,vergleichen'' lassen wollen sich die BRD-Imperialisten da allenfalls noch mit der imperialistischen Konkurrenz. *Freien* Zugang zu den westdeutschen Hochschulen im Fach der eigenen Wahl haben nur Studenten aus den uSA, den EG-Ländern und Israel, sofern sie Kadernachwuchs aus zionistischen Schulen sind. Sollte es sich um ,,Absolventen von Schulen, die in Israel nach ägyptischem oder jordanischem System geführt werden'', also um palästinensische Studenten handeln, werden sie in die Bewertungsgruppe II/III eingeordnet. ,,Im einzelnen Fall'' mögen die BRD-Imperialisten höchstens noch über eine Eingruppierung in Gruppe I entscheiden, wenn es sich um Sprößlinge von Statthalterregimes des Imperialismus handelt. Bewerbern aus Hongkong, Südkorea, Neuseeland und Taiwan empfiehlt der Deutsche Akademische Auslandsdienst ,,das persönliche Gespräch'' mit dem Akademischen Auslandsamt. Als Produkte ihrer ureigenen Bildungsbemühungen betrachten die BRD-Imperialisten Studenten aus Argentinien, Chile, Brasilien, Griechenland, Libanon, Mexiko, Peru und der Türkei, *sofern* diese eine deutsche oder im Ausnahmefall eine amerikanische Schule besucht haben. Sie werden ebenfalls in Gruppe I geführt.

In die Bewertungsgruppe II/III werden samt und sonders die Studenten aus den Ländern der 3. Welt eingeordnet. Ihre Zeugnisse werden von den Kultusministerien für null und nichtig erklärt und nicht anerkannt. Sie werden verpflichtet über ein Jahr lang ein ,,Studienkolleg'' in Westdeutschland zu besuchen.

Sortiert werden die Kurse nach Studienrichtungen: späterer Wechsel ist ausgeschlossen. Im wesentlichen sollen ihnen die ,,Güter deutscher Kultur'' nahegebracht werden. Es gibt 20 Stunden Deutsch und bis zu 18 Stunden Fachunterricht. Am Ende des Schuljahres – während dem es den Studenten im übrigen verboten ist, Vorlesungen des Fachstudiums zu hören, obwohl es als Fachsemester zählt – müssen jeweils 2-3stündige Prüfungen in 4 Fächern gemacht werden, um die Studienerlaubnis zu erhalten.

Ausländische Studenten in der BRD
Besondere Abrichtung für besondere Zwecke
z.nis. Im Wintersemester 76/77 hatte die westdeutsche Bourgeoisie bereits 49977 ausländische Studenten an ihre
nungslos. ,,Das Dilemma der Entwicklungspolitik beruht auf der Unvereinbarkeit von regelmäßiger Kommunika-
werbers zum Fachstudium sind Nachweis einer der deutschen Hochschulreife entsprechenden Hochschulzugangs-
halb'', weil er anders sein Studium nicht finanzieren kann, geht er ein großes Risiko ein, daß die Aufenthaltser-

ter... kann nicht in kurzer Zeit resozialisiert werden. Wieso sollte er plötzlich das gelernte Handwerk von heute auf morgen aufgeben,'' (Kriminalatlas, S.345)
Realitätssinn kann man dem Herrn nicht absprechen. Abgesehen von der idealistischen, absichtsvollen Theorie des ,,Kriminellseins als Beruf, in den Kinder geradezu hineingeboren werden'' (S.9), ist es richtig und leidvolle Erfahrung der bürgerlichen Klasse, daß wenige der zum Beispiel 1976 in Niedersachsen verurteilten 44890 Personen sich der Unterdrückung in den Knästen unterwerfen und in ein Leben ohne Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Eigentumsordnung zwingen lassen. 43,6% waren in diesem Jahr wegen Diebstahls verurteilt, und die Quote ist jährlich gestiegen, wie auch die Anzahl der Fälle von Widerstand gegen die Staatsgewalt allein von 1975 auf 76 um 25% gestiegen ist. Die Gefängnisse sind dabei nicht ausgenommen.
Frühzeitig hat der Professor seine Schlußfolgerungen gezogen und sein Konzept der Bourgeoisie angedient: Sicherungsverwahrung, Arbeitshäuser, polizeiliche Spitzelstellen im ganzen Land. ,,Strafvollzug in der Praxis'' – so der Titel eines seiner Bücher – heißt für den ,,nicht besserungsfähigen Verbrecher, zum Schutz der Gesellschaft mehr von der Sicherungsverwahrung Gebrauch'' zu machen, denn: ,,solche Leute in Zellengefängnissen

um teures Geld bessern zu wollen, ist einfach widersinnig; sie nach Ablauf von einigen Jahren gleich einem Raubtier auf das Publikum loszulassen, ist mehr als widersinnig.'' (S.435) Ein Herz und eine Seele mit seinem Chef, dem Propagandisten der Folter!

Den anderen, v.a. den ,,jugendlichen Tätern'', ist Resozialisierung über die zwangsweise Unterwerfung unter die Lohnarbeit zugedacht. Bei seinem Besuch in der Jugendvollzugsanstalt Hameln hat er diese geschwind zum ,,Modell für Deutschland'' erhoben und der Präsident der Handwerkskammer des Kreises sparte nicht an Lob: ,,Solche Werkstätten haben wir im ganzen Bezirk nicht.'' 9,5 Mio. DM hat die Bourgeoisie 1976 in Niedersachsen aus der Ausbeutung der Häftlinge gepreßt; zur Vermehrung dieses Kapitälchens will der saubere Herr die Werkstätten innerhalb der Gefängnisse schwungvoll ausbauen lassen.

Wie aber dieses Programm durchsetzen, wenn die ,,Anzeigenbereitschaft'' der Bevölkerung gering ist – v.a. bei ,,den Angehörigen der Unterschicht''? Diesem Problem hat der Professor den Großteil seiner Forschung gewidmet. Das Ergebnis: Direkter Einsatz von Sozialarbeitern auf den Polizeistationen, ,,Erkundung'' der Wohnverhältnisse der Volksmassen bis ins Kleinste. ,,In Chicago werden die Straftaten bereits auf der erwähnten kleineren Ebene der statistischen Wohnblöcke erfaßt und EDV gespeichert.'' (Kriminalatlas, S.371). Bei der Forschung war ihm ein Problem aufgestoßen: ,,die Sozialarbeiter stehen der Polizei häufig feindlich gegenüber.'' Das Problem bleibt bestehen.

lien.
Nach § 28/29 des Ausländergesetzes muß Asyl in einem besonderen Verfahren vor dem ,,Bundesamt für Anerkennung ausländischer Flüchtlinge'' gewährt werden. Zunächst muß der Ausländer aber eine Aufenthaltsgenehmigung durch die Ausländerbehörde erhalten, damit er sich in Westdeutschland überhaupt legal bewegen darf. Schon bei dieser Aufenthaltsgenehmigung können die Ausländerbehörden
kraft hofft, während die Asylsuchenden aus den arabischen Ländern zum Beispiel oft an den Kämpfen ihrer Völker für Unabhängigkeit und für Befreiung vom Imperialismus teilgenommen haben und für die Revolution kämpfen. Deshalb sei bei ihnen ,,eine Gefährdung... zumindest dann nicht anzunehmen, wenn sie in der Heimat darauf verzichteten, sich politisch zu betätigen und dabei in Gegensatz zu der jetzigen Regierung zu geraten'' (aus ei-
Tabelle 2 Asylanträge nach Ländern (1975)
Asien Afrika arab.Welt Lateinamerika sozialimp.Ber.
anerkannt: 440 (40,6%) 81 (28,4%) 124 (3,6%) 297 (86,6%) 1845 (78,7%)
abgelehnt: 645 (59,4%) 204 (71,6%) 3319 (96,4%) 46 (13,4%) 515 (21,8%)
willkürlich vorgehen. ,,Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Behörde' '', heißt es im Kommentar von Kloesch-Christ zum Ausländergesetz. Dieser ,,Ermessensspielraum'' sei mehr als die ,,öffentliche Sicherheit und Ordnung im polizeirechtlichen Sinn'', schließe die ,,Berücksichtigung einwanderungspolitischer und wirtschaftspolitischer Belange'' mit ein. In
nem Bescheid an einen Chilenen, 1975).
Alles, was die Ausländer machen, steht unter der Kontrolle der Ausländerbehörden. Wer ,,seinen Lebenunterhalt ohne Sozialhilfe nicht bestreiten kann'', wird ausgewiesen, ebenso genügt es z.B. für eine Ausweisung, ,,daß der Ausländer an einer aktiven Lungentuberkulose leidet, die jederzeit offen und ansteckend werden kann'',
gruppe II/III).''
Und ,,vergleichen'' lassen wollen sich die BRD-Imperialisten da allenfalls noch mit der imperialistischen Konkurrenz. Freien Zugang zu den westdeutschen Hochschulen im Fach der eigenen Wahl haben nur Studenten aus den uSA, den EG-Ländern und Israel, sofern sie Kadernachwuchs aus zionistischen Schulen sind. Sollte es sich um ,,Absolventen von Schulen, die in Israel nach ägyptischem oder jordanischem System geführt werden'', also um palästinensische Studenten handeln, werden sie in die Bewertungsgruppe II/III eingeordnet. ,,Im einzelnen Fall'' mögen die BRD-Imperialisten höchstens noch über eine Eingruppierung in Gruppe I entscheiden, wenn es sich um Sprößlinge von Statthalterregimes des Imperialismus handelt. Bewerbern aus Hongkong, Südkorea, Neuseeland und Taiwan empfiehlt der Deutsche Akademische Auslandsdienst ,,das persönliche Gespräch'' mit dem Akademischen Auslandsamt. Als Produkte ihrer ureigenen Bildungsbemühungen betrachten die BRD-Imperialisten Studenten aus Argentinien, Chile, Brasilien, Griechenland, Libanon, Mexiko, Peru und der Türkei, sofern diese eine deutsche oder im Ausnahmefall eine amerikanische Schule besucht haben. Sie werden ebenfalls in Gruppe I geführt.
In die Bewertungsgruppe II/III werden samt und sonders die Studenten aus den Ländern der 3. Welt eingeordnet. Ihre Zeugnisse werden von den Kultusministerien für null und nichtig erklärt und nicht anerkannt. Sie werden verpflichtet über ein Jahr lang ein ,,Studienkolleg'' in Westdeutschland zu besuchen.
Sortiert werden die Kurse nach Studienrichtungen: späterer Wechsel ist ausgeschlossen. Im wesentlichen sollen ihnen die ,,Güter deutscher Kultur'' nahegebracht werden. Es gibt 20 Stunden Deutsch und bis zu 18 Stunden Fachunterricht. Am Ende des Schuljahres – während dem es den Studenten im übrigen verboten ist, Vorlesungen des Fachstudiums zu hören, obwohl es als Fachsemester zählt – müssen jeweils 2-3stündige Prüfungen in 4 Fächern gemacht werden, um die Studienerlaubnis zu erhalten.

Ausländische Studenten in der BRD

Besondere Abrichtung für besondere Zwecke

z.nis. Im Wintersemester 76/77 hatte die westdeutsche Bourgeoisie bereits 49977 ausländische Studenten an ihre Hochschulen gelotst. In Westberlin stieg die Zahl von 3719 im Jahr 1971/72 (8,94%) auf 6847 im Wintersemester 76/77 (9,9%). Von den 6576 ausländischen Studenten, die im Sommersemester 1975 in Westberlin studiert haben, kamen 3512 aus Ländern der Dritten Welt. Die hohe Zahl von Studenten aus Ländern der Dritten Welt erklärt sich daraus, daß die westdeutsche Bourgeoisie damit versucht, einem ,,Dilemma'' beizukommen: die Imperialisten und ihre Agenten sind verhaßt. Die Aussicht von Akademikern aus der BRD, ,,Erfahrungen bei und mit den Armen zu machen, die direkt zu der besten möglichen Entwicklungsstrategie führen'', sind hoffnungslos. ,,Das Dilemma der Entwicklungspolitik beruht auf der Unvereinbarkeit von regelmäßiger Kommunikation mit den Armen und Aufrechterhaltung von genügend Prestige und Einfluß, um das durch solche Kommunikation gewonnene Wissen auch nutzen zu können.'' (Alle Zitate aus: ,,Information für ausländische Studenten'', Januar 1978, hrsg. vom Universitätspräsidenten der Technischen Universität Berlin, Abteilung Akademisches Auslandsamt.) Also einheimisch müssen sie sein und Akademiker.

Um die besitzlosen ausländischen Studenten auf diese besonderen Aufgaben abzurichten, hat die Bourgeoisie ein besonderes Programm vorgesehen: ,,Die Voraussetzungen für die Zulassung eines ausländischen Studienbewerbers zum Fachstudium sind Nachweis einer der deutschen Hochschulreife entsprechenden Hochschulzugangsberechtigung, sehr gute deutsche Sprachkenntnisse... Bewerber, die diese Voraussetzungen erfüllen, sind damit noch nicht zugelassen.'' Denn zählen Bewerber zu den Gruppen 2 oder 3, was die Klassifizierung für Studenten aus nichtimperialistischen und Nicht-EG-Ländern ist, müssen sie eine ,,Prüfung zur Feststellung der Hochschulreife'' absolvieren. Studenten aus den Ländern, die der Gruppe 3 zugeteilt sind, müssen dazu den einjährigen Beweis eines Studienkollegs nachweisen. Außerdem eine ,,Sprachprüfung''. Die Kurse müssen selbst bezahlt werden. In den Prüfungen wird u.a. bewertet, ob man weiß, ,,wieviel Hunde es in der BRD gibt''.



Demonstration gegen das Schah-Regime am 13.12.1978 in Westberlin.

Um überhaupt die Bewerbung für dieses Ausleseverfahren einreichen zu können, müssen die ausländischen Studenten eine Aufenthaltserlaubnis vorweisen. ,,Zur Erlangung der Aufenthaltserlaubnis muß nachgewiesen werden, daß die Finanzierung des Studiums voll gesichert ist.'' Die Masse der Studenten aus den Ländern der Dritten Welt ist besitzlos, sie erhalten noch nicht einmal BAFöG. Sie müssen ihren gesamten Lebensunterhalt aus zusätzlicher Lohnarbeit bestreiten. ,,Grundsätzlich sollen ausländische Studenten während der Vorlesungszeit nicht arbeiten. Nach der sogenannten ,Arbeitserlaubnisverordnung' benötigen Ausländer eine Arbeitserlaubnis des zuständigen Arbeitsamtes. Die Arbeitserlaubnisverordnung macht eine Ausnahme...: Für eine vorübergehende Tätigkeit bis zu zwei Monaten im Jahr (60 Tage) brauchen sie keine Arbeitserlaubnis.'' Stellt der Student ,,einen Antrag auf Arbeitserlaubnis deshalb'', weil er anders sein Studium nicht finanzieren kann, geht er ein großes Risiko ein, daß die Aufenthaltserlaubnis widerrufen wird.

,,Außerdem beansprucht das Studium den Studenten zeitlich so stark, daß eine Tätigkeit neben dem Studium zu einer unvertretbar langen Studienzeit führt...'' Im März 1978 hat das Oberverwaltungsgericht entschieden, daß Studenten ,,aus den Entwicklungsländern'', die zu lange studieren, die Aufenthaltserlaubnis entzogen werden kann. Damit sollen die Bedingungen geschaffen werden, die besondere Indoktrination für die besonderen Zwecke erfolgreich zu bewerkstelligen.

16 Stiftungen bieten den besitzlosen Studenten an, sich kaufen zu lassen und eine besondere Kaderausbildung zu genießen. Unter anderem die ,,Carl-Duisberg-Gesellschaft'', der ,,Deutsche Akademische Austauschdienst'', die ,,Friedrich-Ebert-Stiftung'', die ,,Fullbright-Kommission'', die ,,Konrad-Adenauer-Stiftung'', das ,,Diakonische Werk''. Sämtliche Stipendien unterliegen einer ,,Leistungskontrolle''. Und die Stiftungen erwarten, wie zum Beispiel die ,,Friedrich-Ebert-Stiftung'', daß die Studenten ,,für die Demokratie als ein alle gesellschaftlichen Bereiche gestaltendes Prinzip eintreten..., auf dem Boden des Grundgesetzes... gesellschaftliche Konflikte in friedlichen Formen austragen und jede Willkür und Gewaltherrschaft ablehnen''.

Die Rechnung der Imperialisten geht nicht auf. Der Organisationsgrad unter den Studenten aus den Ländern der Dritten Welt in antiimperialistischen Vereinigungen ist hoch. Sie unterstützen die Kämpfe der Völker zur Befreiung vom Imperialismus.

Landwirtschaftskammern – Staatliche Erfüllungsgehilfen

Jahresbericht 1978 der Landwirtschaftskammer Hannover

r.scd. Landwirtschaftskammern sind öffentlich-rechtliche Körperschaften mit Selbstverwaltung. Sie unterstehen dem jeweiligen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Es besteht Gebührenpflicht. „Der Beitrag ruht auf den Betrieben als öffentliche Last". (§ 24 des Niedersächsischen Gesetzes über Landwirtschaftskammern in der Fassung vom 5.Juli 1954).

Die Selbstverwaltung, diese vielgepriesene Eigenständigkeit der Kammern, besteht darin, daß sie organisatorisch eigenständig die staatlichen Interessen wahrnimmt, immer fest am Zügel des jeweiligen Landwirtschaftsministers.

„Kommt die Landwirtschaftskammer unter Aufforderung der Aufsichtsbehörde zur Erfüllung von Pflichtaufgaben oder von Auftragsangelegenheiten nicht ... nach ...,so kann das Landesministerium die Kammerversammlung auflösen... und trifft die Aufsichtsbehörde die erforderlichen Anordnungen für die Vertretung, die Vermögensverwaltung und die laufende Geschäftsführung. (§30 Absatz 1 und 2 des oben genannten Gesetzes) Soweit zur Selbstverwaltung.

Die konkrete Ausübung dieses staatlichen Erfüllungsgehilfen umfaßt nach jetzt 80-jährigem Bestehen alle Bereiche der Landwirtschaft. Es gibt kaum einen Fleck, wo die Landwirtschaftskammer nicht tätig ist, meistens sogar ausschließlich und mit hoheitlichen Rechten. Der Vorteil der Kammern gegenüber einer entsprechenden staatlichen Einrichtung liegt in ihrer scheinbaren staatlichen Unabhängigkeit und in ihrem Versuch, als Interessenvertretung aller Bauern aufzutreten, um letztendlich staatliche Verordnungen durchzusetzen, staatliche Gebühren einzutreiben und staatliche Kontrollen durchzuführen. Der Jahresbericht der Landwirtschaftskammer gibt darüber Auskunft.

1150 Betriebe wurden im Berichtszeitraum 1978 mit Hilfe der Landwirtschaftskammer von vorne bis hinten durchleuchtet und die Ergebnisse einerseits als Datenmaterial für den Agrarbericht der Bundesregierung zur Verfügung gestellt und andererseits mit einer Vorauswertung für die Betriebsstatistik der Kammer herangezogen. Um einen Überblick über die weiteren kontrollierten Betriebe zu bekommen, sei erwähnt, daß gegenüber 1976/77 die Beratung, anhand von Betriebsvergleichen von ehemals 5825 Betrieben, um das dreifache gestiegen ist.

An der Einführung der Buchführung ist die Kammer federführend beteiligt. Sie hält Kurse ab und versucht, die kleinen und mittleren Bauern in Einzel- und Gruppenberatungen dazu zu überreden. Erreicht werden soll eine bessere Einsicht in die tatsächlichen Vermögensverhältnisse und in die Arbeitsweise, um unter anderem die Steuerschraube besser ansetzen zu können.

Das gesamte Land ist mit den Beratern der Landwirtschaftskammern überzogen. In über 150 sogenannten Beraterringen wurden 18000 Landwirtschafts-, Obst- und Gartenanbaubetriebe mit einer Fläche von 700000 ha LF beraten. Dazu kommt die ländlich-hauswirtschaftliche Beratung, mit der über 30000 Bauern erfaßt wurden. Beraten wurde in Schwerpunkten die Ernährung, Rationalisierung im Haushalt und Haushaltsbuchführung; Mittel um Arbeitskraft freizusetzen und die Rationalisierung auch von dieser Seite her aufzurollen.

Entscheidend ist die Landwirtschaftskammer bei der Nichtvermarktungs- bzw. Umstellungsprämienaktion für Milchkühe mit Beratung, Überwachung und Durchführung beteiligt. Offen spricht sie aus, was sich bereits seit längerem abzeichnet, daß es sich nämlich um eine Abschlachtaktion der Bestände und Höfe der kleinen Milchkuhhalter handelt: „Die Verlängerung dieser Aktion bis in das Jahr 1979 hinein wird zwar eine weitere Verringerung der Zahl der Milchkuhhalter bringen, ob damit aber eine nachhaltige Reduzierung der Milchkühe erreicht wird, ist fraglich."

Neben direkten gutachtlichen Stellungnahmen (Amtshilfe für andere Behörden) werden für die Bundes- und Landesregierung Betriebs- und Strukturanalysen durchgeführt. So maschieren die Gutachter von Hof zu Hof und überprüfen die Lage an den Höfen von Antragstellern der einzelbetrieblichen Förderung. Die Entscheidung hängt von ihrem Gutachten ab. Ist der Hof rentabel und wird entsprechend Boden, Klima usw. „optimal" gearbeitet, wird gefördert.

Mit ihren landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsabteilungen, Lehr- und Versuchsveranstaltungen für tierische Produktion und Gartenbau und zahlreichen Tierzucht-, Pflanzenschutz- und Forstämtern sowie Saatbauinspektionen kontrollieren und bestimmen die Kammern die Produktion in allen wesentlichen Bereichen. An ihren Festlegungen – welche Sorten am ertragreichsten oder resistentesten, welche Kreuzung am günstigsten ist – sowie an ihren Sortenprüfungen und Feldbesichtigungen und Kontrolleinrichtungen kann kein Betrieb vorbei.

„Unsere Kammer hat sich bewährt..."

1764 Gründung der Königlich-Hannoverschen Landwirtschaftsgesellschaft. Mitglieder im wesentlichen aufstrebende Bourgeois mit dem Schlachtruf: „Unerläßlich für das allgemeine Beste ist die Bildung einer Vielzahl nach unternehmerischen Gesichtspunkten mit höchstem, reinen Gewinn wirtschaftender landwirtschaftlicher Einzelbetriebe

1849 Gründung der ersten Landwirtschaftskammer in Bremen.

1899 Gründung der Landwirtschaftskammer Hannover per Verordnung von Wilhelm von Preußen. Das gesamte Vermögen wird von der königlich Hannoverschen übertragen.

1933 Unterstellung unter den von den Faschisten eingesetzten Reichsnährstand als Hauptabteilung der Landesbauernschaft.

1954 Nach der Auflösung des Reichsnährstandes 1948 Niedersächsisches Gesetz zur Gründung von Landwirtschaftskammern.

1974 75-Jahr Feier. Der Präsident gibt zum Besten: „Darüber hinaus ist die Selbstverwaltung durch die Wahrnehmung der Interessen des landwirtschaftlichen Berufsstandes und gleichzeitiger Erledigung staatlicher Aufgaben Mittler zwischen Staat und Berufsstand.(...) die oft in aller Stille und nach außen sehr selten sichtbare hervorragende Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Kammer, staatlichen Beamten und Bediensteten der Kammer (ist) hervorzuheben. Durch diese Verbindungstätigkeit löst die Selbstverwaltung einerseits gesetzgeberische Impulse zum Wohle der in der Landwirtschaft tätigen Menschen aus und sorgt andererseits dafür, daß staatliche Maßnahmen praxisnah und damit wirksam zur Anwendung gelangen."

Koreas Landwirtschaftsplan vorfristig übererfüllt

z.dab. Auf der Kooperativen Farm in Taean stieg die Produktion von Fleisch um 18%, von Kartoffeln um 12% und von Obst um 37%. 8,8 Mio. t Getreide wurden in diesem Jahr insgesamt eingebracht. – Noch 1950 hatten die US-Imperialisten getönt, daß sie Korea ins Steinzeitalter zurückbomben würden und es sich nicht in 100 Jahren davon erholen könnte. Weit gefehlt! Schon vier bis fünf Jahre danach war die Kollektivierung der Landwirtschaft abgeschlossen. Weil „die ökonomische Unabhängigkeit die materielle Basis für die politische Unabhängigkeit ist" (Kim Il Sung zum 30. Jahrestag der KVDR), wurde unter der Führung der Kommunistischen Partei eine Masseninitiative zum Aufbau des Landes entfaltet. In der Landwirtschaft mußten zwei Hauptfragen gelöst werden: die der Bewässerung und der Düngung. War vor der Befreiung 70% des kultivierten Landes abhängig vom Wetter, so waren 1960 98% der Wasserreisfelder künstlich bewässert. 300000 ha. bewässerten die Koreaner pro Jahr, um es in wenigen Jahren auf eine Million zu erhöhen. Heute ist das Land durchzogen von mehr als 1500 Wasserreservoirs, die Flüsse eingeschlossen. Von dort erstrecken sich Bewässerungskanäle in einer Länge von 40000 km. Die Düngemittelproduktion betrug noch 1949 400000 t, sie wurde bis 1978 auf 3 Mio. t gesteigert und soll bis 1984 auf 5 Mio. t erhöht werden.

Ungarn verdoppelt Fleischexporte in die arabischen Staaten

z.krk. Manche LPGs und Betriebe seien auf die Menge der exportierten Waren stolz, statt die Gewinne zu überprüfen, beklagte unlängst Népszabadság, Zentralorgan der ungarischen Revisionisten. Und der Direktor des ungarischen Außenhandelsunternehmens für tierische und Agrarprodukte erklärte, die Märkte für ungarische Fleischlieferungen seien umgestaltet worden. Offensichtlich spricht die Orientierung am Gewinn nicht gerade für die Exporte in die RGW-Länder, bzw. in die UdSSR, denn 90% der [illegible] zwischen auf Dollar-Basis abgewickelt, d.h., sie gehen ausdrücklich nicht in den RGW. 55% dieser Exporte wiederum sind für die arabischen Länder und Nordafrika bestimmt. Die Fleischausfuhr in die Länder des Nahen Ostens stieg zwischen 1974 und 1977 um 10%, im Laufe dieses Jahres wurde sie verdoppelt. Diese Veränderungen in den Handelsbeziehungen sind keineswegs kurzfristig gedacht. Ungarn will die Produktionsstruktur entsprechend umgestalten: wurden bisher hauptsächlich schwere Rinder (über 600 kg) für die naheliegenden RGW-Länder gezüchtet, so soll nun auf leichtere Rassen umgestellt werden, die die lange Fahrt in die arabischen Länder vertragen. Eine ähnliche Veränderung der Exportziele ist auch bei den Saatgutausfuhren festzustellen.

Die kapitalistische Nahrungsmittelindustrie nimmt die Bauern in die Zange

z.gek. Reformistische und revisionistische Autoren haben sich seit einiger Zeit über die angeblich unbegrenzte Machtstellung des „multi-nationalen Agro-Business" erhitzt, und die US-Imperialisten, die von den hundert größten Nahrungsmittelkonzernen allein 48 stellen und nicht weniger als zwei Drittel des gesamten internationalen Handels mit Nahrungsmitteln kontrollieren, brüsten sich mit dieser Macht und träumen davon, gegen das Öl als Waffe die „Weizenwaffe" ins Feld zu führen.

Dieser internationale Handel, der hauptsächlich die Fortsetzung des alten „Kolonialhandels" ist und bis heute zu einem wesentlichen Teil auf der neokolonialen Plünderung der Dritten Welt und ihrer in tropischer Plantagenkultur gezogenen Produkte wie Zucker, Ölfrüchten, Kaffee, Kakao u.a. beruht, ist aber tatsächlich nur die Spitze eines viel weiter greifenden Prozesses.

Wie die Tabelle zeigt, haben die Nahrungsmittelkapitalisten der BRD sich bisher auf dem Weltmarkt keinen der vorderen Plätze erkämpfen können. Dennoch bildet die Nahrungs- und Genußmittelindustrie der BRD einen bedeutenden Industriezweig, der fast 12% der gesamten Industrieproduktion herstellt, dies mit nur 6% der industriellen Arbeitskräfte, also mit hohem Ausbeutungsgrad. Erst im Lauf der letzten 20, 30 Jahre hat sich die kapitalistische Großproduktion in einem umwälzenden (bzw. vernichtenden) Prozeß in die Nahrungsmittelerzeugung eingeschoben auf Grundlage des massenweisen Ruins der kleinen selbständigen Bauernwirtschaften sowie eines Großteils des Ernährungshandwerks, das bis dahin vielfach die letzte Verarbeitungsstufe der Lebensmittel, und der kleinen Händler, die die letzte Phase der Transport- und Verteilungsarbeit bewerkstelligt hatten. Eigentlich profitabel ist die Nahrungsmittelproduktion für die Kapitalisten erst geworden, seitdem auch ein Großteil der in den Arbeiterhaushalten von den Frauen geleisteten Arbeit der Zubereitung und Konservierung der Lebensmittel zu einem neuen Feld kapitalistischer Ausbeutung und Ausplünderung gemacht werden konnte. Mit wachsender „Mobilität" und weitgehender Auflösung der Arbeiterfamilien als Reproduktionsgemeinschaften hat sich für sie zunehmend die Notwendigkeit ergeben, immer weiter verarbeitete und besser konservierte und abgepackte Lebensmittel zu kaufen.

Die 20 größten Nahrungsmittelkonzerne der Welt (ohne UdSSR) nach Jahresumsatz – 1974 (Mio. US-$)

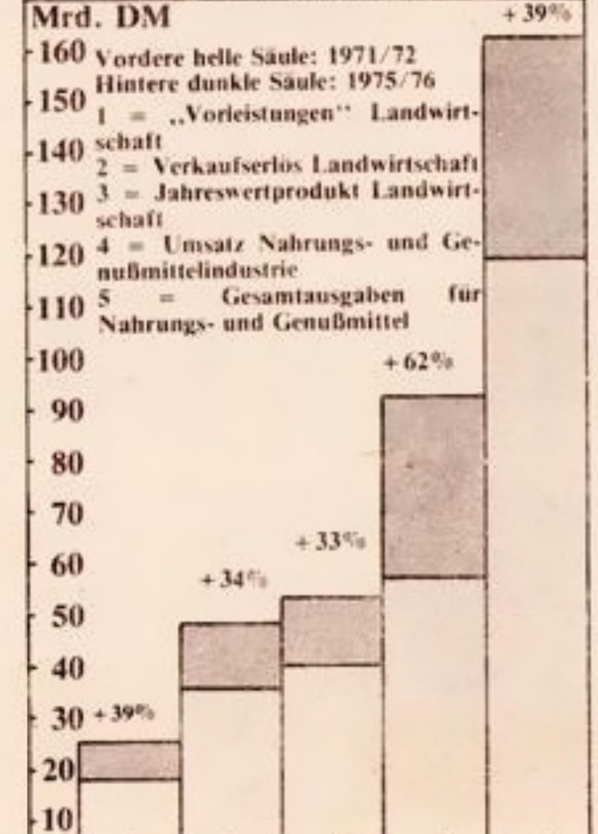
Konzern	Mio. US-$
1. Unilever (GB/NL)	13667
2. Nestlé Alimentana (CH)	5603
3. Swift – Esmark (USA)	4616
4. Kraftco (USA)	4471
5. Beatrice Foods (USA)	3541
6. Ralston Purina (USA)	3073
7. General Foods (USA)	2987
8. CPC International (USA)	2570
9. Ass. British Foods (GB)	2527
10. Coca Cola (USA)	2522
11. United Brands (USA)	2230
12. PepsiCo (USA)	2081
13. Gervais Danone (F)	2035
14. General Mills (USA)	2000
15. Carnation (USA)	1887
16. CSR-Colonial Sugar Refining (Austr.)	1680
17. Rank Hovis McDougall (GB)	1652
18. Standard Brands (USA)	1648
19. Norton Simon (USA)	1600
20. Tate & Lyle (GB)	1552

Das bedeutet aber, daß der Wertanteil der in diesen Waren steckenden eigentlich bäuerlichen Arbeit fortdauernd sinkt gegenüber dem Wert, der dem Produkt durch Weiterverarbeitung in Fabrikarbeit unter der Fuchtel des Kapitalisten zugesetzt wird. Ein Beispiel ist die zunehmende Ersetzung von Vollmilch im Konsum der Massen durch haltbarere und konzentriertere Joghurtprodukte, in die Milch als Grundsubstanz nur noch mit 12% des Werts eingeht, während allein die Verpackung 25% kostet.

Das Schaubild zeigt, wie – in dem sehr kurzen Zeitraum von 1971/72 bis 1975/76 – sich die Spanne zwischen dem landwirtschaftlichen Wertprodukt, das nach wie vor hauptsächlich bäuerliches Produkt ist, und der Nahrungsmittelindustrie und dem Handel mit Nahrungsmitteln rasch öffnet. Innerhalb des Sektors der Nahrungsmittelindustrie ist der Prozeß von einer sprunghaften Konzentrationsbewegung begleitet, die den bis dahin noch von kleineren und mittleren Betrieben gekennzeichneten Industriezweig unter der Regie der großen Handelsketten bzw. des Finanzkapitals selbst endgültig in große Industrie umwandelt.

Es ist unmittelbar klar, daß diese Entwicklung die Masse der selbstwirtschaftenden Bauern immer mehr zu bloßen Zulieferern von Rohstoff für die Nahrungsmittelindustrie macht, die die Bedingungen diktiert erhalten. Im Schaubild drückt sich dieses Ausbeutungsverhältnis darin aus, daß die Bauern nicht einmal das von der bürgerlichen Statistik ihnen zugeschriebene Wertprodukt erlösen, also nicht einmal den Marktpreis realisieren können, der selbst schon durch das Verhältnis von selbstarbeitenden Produzenten und kapitalistischen Abnehmern weit nach unten gedrückt ist und die bäuerliche Arbeit unter ihrem Wert bezahlt.

Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie in der BRD – Vergleich 1971/72 und 1975/76



Die selbstarbeitenden Bauern, die weiter aus ihrer Wirtschaft ihre Existenz bestreiten wollen, geraten in den Zwang, sich entweder auf einen mechanisierten Ackerbau mit vergrößerten Flächen oder auf die „Veredelung", hauptsächlich Tierzucht und Milchwirtschaft, zu verlegen, um sich gewissermaßen einen größeren Anteil am gesamten Wertprodukt zurückzuergattern. Aber sie sind eben keine kapitalistischen Privateigentümer, sondern beuten nur die eigene Arbeitskraft für den Profit anderer aus. Das Ergebnis ist, daß sie von der Kapitalistenklasse von der anderen Seite her in die Zange genommen werden. In immer größerem Umfang müssen sie Saat- und Düngemittel, Tierfutter und Maschinerie vorab von den Kapitalisten kaufen, und so das Bleigewicht der „Vorleistungen" erhöhen.

Für die Bourgeoisie stellt sich heute die in vollem Ernst erwogene Frage, ob es nicht profitabel ist, den Teil der verbliebenen bäuerlichen Arbeit durch fabrikmäßig organisierte Landarbeit, also kapitalistisch zu betreiben.

„Theoretisch" mögliche Anzahl von Tierhaltungen in der BRD bei gleichem Produktionsergebnis

	Zahl d. Tierhaltungen 1967	Theoret. mögliche Mindestzahl	Zahl der Tiere (theoret.)
Legehennen u.	1744576	5000	15000
Masthähnchen		290	20000
Schweine	1273243	15000	1200
Kälber		5100	300
Kühe	929435	84000	70

Quelle: „Grüner Bericht" der Bundesregierung, 1970

Außer verschiedenen Hindernissen in der Natur der landwirtschaftlichen Arbeit, die sich gegen ihre kapitalistischen Betrieb sperren, ist es in erster Linie die weit unterbezahlte und überausgebeutete bäuerliche Arbeit, die für die kapitalistische Agrarindustrie die indirekte Aussaugung der Bauernwirtschaft meist noch immer profitabler erscheinen läßt als ihren direkten kapitalistischen Betrieb.

Winzer fordern: Räumung des Bundeswehrübungsplatzes

z.ham. Bei Volkach in der Mainschleife (Unterfranken) will das Verteidigungsministerium seit 1967 einen Truppenübungsplatz errichten. Am 13.11.78 mußte das Verwaltungsgericht Würzburg die Räumung des Platzes verfügen, bis zum später folgenden sog. Hauptsacheverfahren; die bereits eingesetzten Planierraupen müssen abgezogen werden. Vorher hatten sich die Bauern, nachdem sie am 16.12.77 per Einschreiben von der Landesregierung aufgefordert wurden, die für dieses Gelände bestehenden Pachtverträge sofort zu kündigen und wenn nicht, würde das Land bis zum 9.1.1978 enteignet werden, gegen ihre Vertreibung zusammengeschlossen. Die Bauern brauchen das Land, ihre Höfe sind nur 2 bis 3 ha groß, außerdem befürchten sie durch den nachfolgenden Bau von Panzerstraßen quer durch die Gemüse- und Weinfelder Schwierigkeiten bei der Entnahme von Grundwasser zur Bewässerung und eine schlechtere Weinqualität. – Am 1.12. fragt der CDU-Bundestagsabgeordnete Glos, ob die Bundesregierung die zerstörten Ackerflächen nun wieder instand setzen lassen wolle. Die Antwort: Die Bundesregierung bleibe bei diesem Standort, deswegen sehe sie keine Veranlassung, die Schäden in Ordnung zu bringen. Auch die Landesregierung gibt sich noch nicht geschlagen, für sie ist „der Verteidigungsauftrag der Bundeswehr wichtiger als der Weinbau".

Die kapitalistische Nahrungsmittelindustrie nimmt die Bauern in die Zange
z.gek. Reformistische und revisionistische Autoren haben sich seit einiger Zeit über die angeblich unbegrenzte Machtstellung des „multi-nationalen Agro-Business" erhitzt, und die US-Imperialisten, die von den hundert größten Nahrungsmittelkonzernen allein 48 stellen und nicht weniger als zwei Drittel des gesamten internationalen Handels mit Nahrungsmitteln kontrollieren, brüsten sich mit dieser Macht und träumen davon, gegen das Öl als Waffe die „Weizenwaffe" ins Feld zu führen.
Dieser internationale Handel, der hauptsächlich die Fortsetzung des alten
che der Landwirtschaft. Es gibt kaum einen Fleck, wo die Landwirtschaftskammer nicht tätig ist, meistens sogar ausschließlich und mit hoheitlichen Rechten. Der Vorteil der Kammern gegenüber einer entsprechenden staatlichen Einrichtung liegt in ihrer scheinbaren staatlichen Unabhängigkeit und in ihrem Versuch, als Interessenvertretung aller Bauern aufzutreten, um letztendlich staatliche Verordnungen durchzusetzen, staatliche Gebühren einzutreiben und staatliche Kontrollen durchzuführen. Der Jahresbericht der Landwirtschaftskammer gibt darüber
hauswirtschaftliche Beratung, mit der über 30000 Bauern erfaßt wurden. Beraten wurde in Schwerpunkten die Ernährung, Rationalisierung im Haushalt und Haushaltsbuchführung; Mittel um Arbeitskraft freizusetzen und die Rationalisierung auch von dieser Seite her aufzurollen.
Entscheidend ist die Landwirtschaftskammer bei der Nichtvermarktungs- bzw. Umstellungsprämienaktion für Milchkühe mit Beratung, Überwachung und Durchführung beteiligt. Offen spricht sie aus, was sich
1954 Nach der Auflösung des Reichsnährstandes 1948 Niedersächsisches Gesetz zur Gründung von Landwirtschaftskammern.
1974 75-Jahr Feier. Der Präsident gibt zum Besten: „Darüber hinaus ist die Selbstverwaltung durch die Wahrnehmung der Interessen des landwirtschaftlichen Berufsstandes und gleichzeitiger Erledigung staatlicher Aufgaben Mittler zwischen Staat und Berufsstand.(...) die oft in aller Stille und nach außen sehr selten sichtbare hervorragende Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Kammer, staatlichen Beamten und Bediensteten der Kammer (ist) hervorzuheben. Durch diese Verbindungstätigkeit löst die Selbstverwaltung einerseits gesetzgeberische Impulse zum Wohle der in der Landwirtschaft tätigen Menschen aus und sorgt andererseits dafür, daß staatliche Maßnahmen praxisnah und damit wirksam zur Anwendung gelangen."
Ungarn verdoppelt Fleischexporte in die arabischen Staaten
z.krk. Manche LPGs und Betriebe seien auf die Menge der exportierten Waren stolz, statt die Gewinne zu überprüfen, beklagte unlängst Népszabadság, Zentralorgan der ungarischen Revisionisten. Und der Direktor des ungarischen Außenhandelsunternehmens für tierische und Agrarprodukte erklärte, die Märkte für ungarische Fleischlieferungen seien umgestaltet worden. Offensichtlich spricht die Orientierung am Gewinn nicht gerade für die Exporte in die RGW-Länder, bzw. in die UdSSR, denn 90% der zwischen auf Dollar-Basis abgewickelt, d.h., sie gehen ausdrücklich nicht in den RGW. 55% dieser Exporte wiederum sind für die arabischen Länder und Nordafrika bestimmt. Die Fleischausfuhr in die Länder des Nahen Ostens stieg zwischen 1974 und 1977 um 10%, im Laufe dieses Jahres wurde sie verdoppelt. Diese Veränderungen in den Handelsbeziehungen sind keineswegs kurzfristig gedacht. Ungarn will die Produktionsstruktur entsprechend umgestalten: wurden bisher hauptsächlich schwere Rinder (über 600 kg) für die naheliegenden RGW-Länder gezüchtet, so soll nun auf leichtere Rassen umgestellt werden, die die lange Fahrt in die arabischen Länder vertragen. Eine ähnliche Veränderung der Exportziele ist auch bei den Saatgutausfuhren festzustellen.

Jochimsen legt Entwurf für das neue Hochschulgesetz in NRW vor

z.svm. Anfang Dezember hat der Minister für Wissenschaft und Forschung in NRW, Jochimsen, den Regierungsentwurf des Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen in NRW vorgelegt. Der Entwurf ist die Ausführung der 22 Orientierungspunkte des Schmude-Ministeriums vom Juni 1978. Nach § 3, ,,Neuordnung des Hochschulwesens" soll ,,eine dem jeweiligen Studiengang entsprechende Verbindung von Wissenschaft und Praxis" gewährleistet werden: Einführung von mehr Praktika zur kostenlosen Vernutzung der studentischen Arbeitskraft als Mediziner, Jurist oder Lehrer nach dem ,,Modell des Praktischen Jahres" bei den Medizinern, Erhöhung der Mobilität und Flexibilität, um die studentische Arbeitskraft nach dem Studium überall einsetzen zu können. Die Instrumente sind Prüfungsdruck, Schürung der Konkurrenz unter den Studenten und die Studienordnung (§§ 114, 120). §113 schreibt vor, daß Regelstudienzeiten festzulegen sind; die Studienordnungen regeln Praktika und gewährleisten die Kontrolle während der ganzen Studiendauer. Studienordnung und Prüfungsordnung sollen in spätestens 2 Jahren vorliegen.

Für die Studenten der Philosophischen Fakultät der Universität Köln hat sich zum Beispiel in den Fächern Englisch und Französisch nach der neuen Lehrerprüfungsordnung die wöchentliche Arbeitszeit auf über 45 bzw. 48 Stunden erhöht.

Der Gesetzentwurf richtet sich auf die Kämpfe der Studenten bereits ein. § 7 verpflichtet alle Mitglieder der Universität auf die Ziele der Bourgeoisie: ,,Die Mitglieder und Angehörigen der Hochschule haben sich ... so zu verhalten, daß die Hochschule ihre Aufgaben erfüllen kann und niemand gehindert wird, seine Rechte und Pflichten an der Hochschule wahrzunehmen." Der neunte Abschnitt ,,Ordnung der Hochschule" regelt Strafen und das ,Gericht', das darüber entscheidet.

Es wird eingerichtet aus dem Vorsitzenden, den der Rektor unter den Juristen der Hochschulverwaltung auswählt, und den Beisitzern, einem Professor und einem Assistenten oder Verwaltungangestellten oder Studenten, den der Senat wählt. Das Gericht kann die Untersagung der Benutzung von Einrichtungen der Universität, den Ausschluß von Vorlesungen, Hausverbot und Ausschluß von der Universität für ein bzw. zwei Jahre aussprechen.

Baden-Württemberg: Erste Landesastenkonferenz seit 7 Monaten – Ergebnis der Fachschaftswahlen

z.rub. An 34 Fachbereichen in Baden-Württemberg wurden innerhalb der VDS-Aktionstage bis zum 9. Dezember Fachschaften gewählt. Weitere 10 Fachbereiche wollen nachziehen bis Weihnachten. 23 Fachbereiche folgten dem Aufruf des 1. Kongresses der Fachschaften und Fachbereichsgruppen, den Kampf zu führen für die gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit allen politischen Rechten, für die Bezahlung der Arbeitskraft und 40-Stunden-Woche. Sie wählten die Fachschaften auf Grundlage von gewerkschaftlichen Aktionsprogrammen gegen die Regierungsbeschlüsse zum BAFöG und die maßlose Verdichtung und Ausdehnung des Studiums. Der 2. Kongreß am 9. Dezember beschloß auf der Grundlage der Stärkung der gewerkschaftlichen Organisierung der Studentenbewegung durch diese Wahlen, an allen Fachbereichen und Instituten am 17.1.79 einen ,,Tag der Fachschaften gegen die dauernden BAFöG-Senkungen" in Warnstreiks oder warnstreikähnlichen Aktionen durchzuführen zur Durchsetzung der Forderung nach 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher, 1 500 DM Elternfreibetrag, rückwirkend ab 1.10.78, für das Koalitions- und Streikrecht. Der Kongreß fordert den VDS-Vorstand auf, Ende Januar eine Demonstration gegen die Regierungsbeschlüsse zum BAFöG in Bonn zu organisieren.

Nachdem 7 Monate lang keine Landesastenkonferenz durchgeführt wurde, hatten dae Fachschaften und Fachbereichsgruppen notwendigerweise diese Aufgabe der landeseinheitlichen Organisierung in die Hand genommen. Der MSB Spartakus, vor kurzem noch in einem Rundschreiben ihres Mitglieds Ostheimer im VDS-Vorstand gegen die Fachschaftswahlen in Baden-Württenberg, sah sich genötigt durch die breite Debatte um die gewerkschaftlichen Programme an den Fachbereichen, durch die Durchführung von Aktionen gegen die BAFöG-Beschlüsse der Bundesregierung und durch die Wahlen, eine Landes-ASten-Konferenz durch die von ihnen getragenen ASten einzuberufen, zwei Tage nach Abschluß der einheitlichen Aktion. 12 revisionistische ASten schlugen vor, ,,die Situation der Verfaßten Studentenschaft, Verhältnis zum Kastra, Finanzen" in ,,fachspezifischen Arbeitsgruppen (FHs, PHs, Unis)" zu diskutieren. Sie stellten die Mehrheit der 28 ASten auf der LAK und fanden Unterstützung der Basisgruppen unter Führung von Altstudent Tost. Die Fortsetzung der Kapitulationspolitik und Unterwerfung unter die Regierungsbeschlüsse, die sie im VDS-Vorstand gemeinsam betreiben, war geplant. In den Arbeitsgruppen und im Plenum konnten sie nicht die Debatte um den Kampf gegen das BAFöG und gegen die Studien- und Prüfungsverschärfungen verhindern, wohl aber die Beschlußfassung. Als der Antrag des Kongresses vorlag, die Debatte begann, ging es gleich in die Abstimmung. Basisgruppen und MSB ,,stritten" sich, ob LAK am 13. Januar oder erst ,,Seminare zur Situation". Verabschiedet wurde LAK am 13. Januar; die Basisgruppen zogen aus, sie wollten nicht mehr. Die Studentenbewegung wird die LAK am 13. Januar zu nutzen wissen für die Organisierung des ,,Tags der Fachschaften gegen die dauernden BAFöG-Senkungen" und zur Organisierung der Demonstration der VDS gegen die Regierungsbeschlüsse.

Dritter BAFöG-Bericht der Bundesregierung

z.anl. Die Regierung hat den BAFöG-Bericht herausgegeben, nachdem sie ihn bereits für das 6. BAFöG-Änderungsgesetz benutzt hat. Was sie solber daran für neu hält, ist ihre Überzeugung, daß sie ,,nach den Erfahrungen der letzten Jahre und der breiten kritischen Erörterung des Problems der Verstetigung durch die Betroffenen... ihrem Auftrag besser gerecht wird, wenn sie in ihre Überlegungen auch den Zeitraum bis zur voraussichtlich nächsten Überprüfung einbezieht". Mit Verstetigung ist die Methode gemeint, auf Jahre die Elendssätze des BAFöG festzuschreiben, sie bei Unterdrückung des Koalitions- und Streikrechts der besitzlosen Studenten und der Lehrlinge im Parlament zu beschließen wie die Renten.

Die Bourgeoisie operiert sonst gern mit dem sogenannten Warenkorb und verbreitet Lügen über die Lebenshaltungskosten, indem sie Durchschnittspreise bildet aus den fast stabilen Preisen für die Luxuswaren, die in den gefräßigen individuellen Konsum der Bourgeois eingehen und den viel stärker steigenden Preisen, die die Massen für ihre Ernährung zahlen müssen. Bezüglich des BAFöG scheitert dieser Betrug, denn es regelt nicht die Zahlung von Lohn zwecks Reproduktion der Arbeitskraft, sondern die immer größere Plünderung der lohnabhängigen Familien, nachdem sie Lohn erhalten haben.

Die Regierung sieht ,,methodische Schwierigkeiten" für den Warenkorb: ,,Er wird im allgemeinen an dem tatsächlichen Ausgabeverhalten der jeweiligen Personengruppe (Arbeitnehmer mit mittlerem Einkommen, Rentner, Sozialhilfeempfänger) orientiert, der ein bestimmtes Einkommen zur Verfügung steht. Er setzt zudem die Betrachtung einer geschlossenen Wirtschaftseinheit, z.B. eines bestimmten Haushaltstyps, voraus. Eine sich an der Ausgabenstruktur einer wirtschaftlichen Einheit orientierende erhebungsmethode ließe eine gesonderte Bestimmung der für den Auszubildenden erfolgten Ausgaben allenfalls in sehr beschränktem Umfang zu. Dies gilt auch für solche Auszubildende, die während ihrer Ausbildung nicht bei Tatsache nur selten zu einer vollständigen Lösung der Auszubildenden von dem gemeinsamen Familienbudget führt."

Die Regierung leidet nicht so sehr unter der kritischen Debatte als vielmehr unter dem Kampf der Jugend der besitzlosen Klassen. Die Schüler und Lehrlinge bilden sich als stärkste Kraft in diesem Kampf zur Beseitigung des BAFöG heraus. Die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst unterstützen bereits die Krankenpflegeschüler durch Vorschlag der Forderung nach ,,Rückführung der Bemessungsgrundlagen, die vor den Tarifverträgen vom 16.3.1977 für Entgelte und Ausbildungsgelder angewandt wurden."

z.anl. Die Regierung hat den BAFöG-Bericht herausgegeben, nachdem sie ihn bereits für das 6. BAFöG-Änderungsgesetz benutzt hat. Was sie solber daran für neu hält, ist ihre Überzeugung, daß sie ,,nach den Erfahrungen der letzten Jahre und der breiten kritischen Erörterung des Problems der Verstetigung durch die Betroffenen... ihrem Auftrag besser gerecht wird, wenn sie in ihre Überlegungen auch den Zeitraum bis zur voraussichtlich nächsten Überprüfung einbezieht". Mit Verstetigung ist die Methode gemeint, auf Jahre die Elendssätze des BAFöG festzuschreiben, sie bei Unterdrückung des Koalitions- und Streikrechts der besitzlosen Studenten und der Lehrlinge im Parlament zu beschließen wie die Renten.

Die Bourgeoisie operiert sonst gern mit dem sogenannten Warenkorb und verbreitet Lügen über die Lebenshaltungskosten, indem sie Durchschnittspreise bildet aus den fast stabilen Preisen für die Luxuswaren, die in den gefräßigen individuellen Konsum der Bourgeois eingehen und den viel stärker steigenden Preisen, die die Massen für ihre Ernährung zahlen müssen. Bezüglich des BAFöG scheitert dieser Betrug, denn es regelt nicht die Zahlung von Lohn zwecks Reproduktion der Arbeitskraft, sondern die immer größere Plünderung der lohnabhängigen Familien, nachdem sie Lohn erhalten haben.

Die Regierung sieht ,,methodische Schwierigkeiten" für den Warenkorb: ,,Er wird im allgemeinen an dem tatsächlichen Ausgabeverhalten der jeweiligen Personengruppe (Arbeitnehmer mit mittlerem Einkommen, Rentner, Sozialhilfeempfänger) orientiert, der ein bestimmtes Einkommen zur Verfügung steht. Er setzt zudem die Betrachtung einer geschlossenen Wirtschaftseinheit, z.B. eines bestimmten Haushaltstyps, voraus. Eine sich an der Ausgabenstruktur einer wirtschaftlichen Einheit orientierende erhebungsmethode ließe eine gesonderte Bestimmung der für den Auszubildenden erfolgten Ausgaben allenfalls in sehr beschränktem Umfang zu. Dies gilt auch für solche Auszubildende, die während ihrer Ausbildung nicht bei Tatsache nur selten zu einer vollständigen Lösung der Auszubildenden von dem gemeinsamen Familienbudget führt."

Die Regierung leidet nicht so sehr unter der kritischen Debatte als vielmehr unter dem Kampf der Jugend der besitzlosen Klassen. Die Schüler und Lehrlinge bilden sich als stärkste Kraft in diesem Kampf zur Beseitigung des BAFöG heraus. Die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst unterstützen bereits die Krankenpflegeschüler durch Vorschlag der Forderung nach ,,Rückführung der Bemessungsgrundlagen, die vor den Tarifverträgen vom 16.3.1977 für Entgelte und Ausbildungsgelder angewandt wurden."

,,Im Spätkapitalismus ist Technik in ihrer avanciertesten Form destruktiv: als Kriegstechnik"

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben von der Kommunistischen Hochschulgruppe Westberlins — 11. Dezember 1978, Jg. 1 Nr. 25

uls. Professor Wolfgang Kunde ist Fachbereichsvorsitzender im Wahlfach Bildende Kunst an der PH. Vor zwei Semestern führte er ein Seminar mit dem Titel ,,Probleme schülerorientierter Fachpraxis" durch. Dort sollten die Studenten eine lebensgroße Holzpuppe mit einer Gasmaske auf dem Kopf zeichnen. Mit dem Argument, die Gasmaske sei ein sehr nützlicher Gegenstand und durch die brisante Materialbeschaffenheit aus Glas, Metall und Gummi interessant, wollte Prof. Kunde die Studenten dazu nötigen, sich mit den Gasmasken zu beschäftigen. Theoretisch gerechtfertigt hat der Professor seine Ansichten in einem Buch: Sehen lernen – Kritik und Weiterarbeit am Konzept Visuelle Kommunikation, 1976. Dort schildert er zunächst die angebliche Brutalität der Massen. Nach seiner Ansicht ereignet sich beim Anblick eines ,,gut fotographierten Berichts von einem Kommandounternehmen an der libanesischen Grenze" folgendes beim Betrachter: ,,angenehmer Schauer – Ekel, Lust, Mitleid mischen sich mit der befriedigenden Einsicht: mir geht es gut". ,,*Die Ereignisse, die als in Bilder verwandelte beim Rezipienten ankommen, treffen auf eine Subjektivität, die – Bilder wiederum als Ereignisse erlebend – das Be-*

trachten von Autounfällen, zu denen Schaulustige kilometerweit anreisen, zu interpretieren... *Der Zuschauer reagiert ästhetisch und nicht solidarisch* oder politisch oder moralisch, wie es dem Gegenstand oder der Situation angemessen wäre." ,,Die Kolonialgreuel gewähren einen Extragenuß vor dem Kunstprodukt: das Wissen, daß diese radikalen Schlag- und Schießaktionen nicht gestellt sina. Eine geschickte Manipulation des Materials vermeidet es, uns als Zuschauer entweder in die Rolle des Opfers oder des Angreifers zu drängen." ,,Die tatsächliche Motivwahl in menschlicher Fotografie... warum also nicht Stahlhelme im Gegenlicht?"

Diese Lehrmeinung an der PH soll die Lehrerstudenten zu einer arroganten, die Massen verachtenden Haltung bewegen. Die Begeisterung großer Massen für den Befreiungskampf z.B. in Zimbabwe oder dem Iran soll als ,,Sensationslust" diffamiert werden. Die Studenten im Seminar haben statt ästhetischen Bildern mit Gasmasken, Bilder und Plakate gegen die imperialistische Kriegspropaganda und für den bewaffneten Kampf des Volkes von Zimbabwe gemacht. Und so hat Prof. Kunde letztes Semester erst einmal ein Forschungssemester eingelegt, um jetzt

fessoren: Prof. H. Mittig behandelte unter dem Seminarthema ,,Kunstwerk und Gebrauchsgegenstand" Denkmäler wie die Luftbrücke oder die Siegessäule. Um letztere hat bekanntermaßen der Senat neue stilechte Laternen aufstellen lassen, die Victoria vergolden. Die westdeutschen Imperialisten vergolden damit einen Sieg, nicht nur über ihre französischen Konkurrenten, sondern auch die Zerschlagung der Pariser Commune, der ersten Proletarischen Revolution.



Systematisch versuchen die Professoren, die Studenten von den Kämpfen der Arbeiterklasse abzuspalten, sie auf die kritische Theorie und den ,,Dialektik"-Begriff Adornos festzulegen. Dabei ist in letzter Zeit, auch im Wahlfach Kunst, bisher als ,,liberal" verkauft, der offene Prüfungsterror ausgebrochen. Einige Studenten, die sich auf die Interessen der Arbeiterklasse beriefen, erhielten schlechte Noten, vorbereitet durch Kunde, durchgeführt

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben von der Kommunistischen Hochschulgruppe Westberlins — 11. Dezember 1978, Jg. 1 Nr. 25

uls. Professor Wolfgang Kunde ist Fachbereichsvorsitzender im Wahlfach Bildende Kunst an der PH. Vor zwei Semestern führte er ein Seminar mit dem Titel ,,Probleme schülerorientierter Fachpraxis" durch. Dort sollten die Studenten eine lebensgroße Holzpuppe mit einer Gasmaske auf dem Kopf zeichnen. Mit dem Argument, die Gasmaske sei ein sehr nützlicher Gegenstand und durch die brisante Materialbeschaffenheit aus Glas, Metall und Gummi interessant, wollte Prof. Kunde die Studenten dazu nötigen, sich mit den Gasmasken zu beschäftigen. Theoretisch gerechtfertigt hat der Professor seine Ansichten in einem Buch: Sehen lernen – Kritik und Weiterarbeit am Konzept Visuelle Kommunikation, 1976. Dort schildert er zunächst die angebliche Brutalität der Massen. Nach seiner Ansicht ereignet sich beim Anblick eines ,,gut fotographierten Berichts von einem Kommandounternehmen an der libanesischen Grenze" folgendes beim Betrachter: ,,angenehmer Schauer – Ekel, Lust, Mitleid mischen sich mit der befriedigenden Einsicht: mir geht es gut". ,,*Die Ereignisse, die als in Bilder verwandelte beim Rezipienten ankommen, treffen auf eine Subjektivität, die – Bilder wiederum als Ereignisse erlebend – das Be-*
dürfnis nach Erfahrung und gesellschaftlicher Kommunikation auf eine Weise befriedigt, die asozial geworden ist. Nicht anders ist die Lust beim Be-

trachten von Autounfällen, zu denen Schaulustige kilometerweit anreisen, zu interpretieren... *Der Zuschauer reagiert ästhetisch und nicht solidarisch* oder politisch oder moralisch, wie es dem Gegenstand oder der Situation angemessen wäre." ,,Die Kolonialgreuel gewähren einen Extragenuß vor dem Kunstprodukt: das Wissen, daß diese radikalen Schlag- und Schießaktionen nicht gestellt sina. Eine geschickte Manipulation des Materials vermeidet es, uns als Zuschauer entweder in die Rolle des Opfers oder des Angreifers zu drängen." ,,Die tatsächliche Motivwahl in menschlicher Fotografie... warum also nicht Stahlhelme im Gegenlicht?"

Diese Lehrmeinung an der PH soll die Lehrerstudenten zu einer arroganten, die Massen verachtenden Haltung bewegen. Die Begeisterung großer Massen für den Befreiungskampf z.B. in Zimbabwe oder dem Iran soll als ,,Sensationslust" diffamiert werden. Die Studenten im Seminar haben statt ästhetischen Bildern mit Gasmasken, Bilder und Plakate gegen die imperialistische Kriegspropaganda und für den bewaffneten Kampf des Volkes von Zimbabwe gemacht. Und so hat Prof. Kunde letztes Semester erst einmal ein Forschungssemester eingelegt, um jetzt
dann auch offener davon herauszukommen mit einem Seminar über ,,Kriegs- und Katastrophendarstellungen." Ähnlich die anderen Kunstpro-

fessoren: Prof. H. Mittig behandelte unter dem Seminarthema ,,Kunstwerk und Gebrauchsgegenstand" Denkmäler wie die Luftbrücke oder die Siegessäule. Um letztere hat bekanntermaßen der Senat neue stilechte Laternen aufstellen lassen, die Victoria vergolden. Die westdeutschen Imperialisten vergolden damit einen Sieg, nicht nur über ihre französischen Konkurrenten, sondern auch die Zerschlagung der Pariser Commune, der ersten Proletarischen Revolution.



Systematisch versuchen die Professoren, die Studenten von den Kämpfen der Arbeiterklasse abzuspalten, sie auf die kritische Theorie und den ,,Dialektik"-Begriff Adornos festzulegen. Dabei ist in letzter Zeit, auch im Wahlfach Kunst, bisher als ,,liberal" verkauft, der offene Prüfungsterror ausgebrochen. Einige Studenten, die sich auf die Interessen der Arbeiterklasse beriefen, erhielten schlechte Noten, vorbereitet durch Kunde, durchgeführt
durch das WiLaPrü. Da der Kampf dagegen organisiert wird, versuchen die Professoren, die Studentenmassen zu spalten – ein vergeblicher Versuch.

Kieler Studenten gegen Landeshochschulgesetz

z.kas. 1800 Studenten beteiligten sich an der Demonstration gegen das Landeshochschulgesetz, zu der die Vollversammlungen der Universität, der Pädagogischen Hochschule und der Fachhochschule, der AStA der Fachhochschule, die Wahlfachgruppen der PH und die Fachschaftsgruppen der Universität aufgerufen hatten. Wenige Tage vor der Demonstration hatte die Landesregierung mit umfangreichen Änderungsanträgen der CDU-Fraktion versucht, den Kampf gegen das LHG,



gestützt auf den von den Reaktionären geführten AStA der Universität und die Jungsozialisten im AStA der PH, zu spalten. Beide hatten offen gegen die Demonstration aufgerufen.,,Einfluß auf die Gesetze kann man im demokratischen Dialog gewinnen und nicht in offener Straßenschlacht." (Uni-AStA-Extra). Dieser Plan ist nicht aufgegangen. Von den Demonstrationsteilnehmern wurden Parolen mit den Forderungen nach Abschaffung des HRG und des LHG, Beseitigung des Ordnungsrechts, nach Streikrecht, Lehrmittelfreiheit, Einspruchsrecht und ausreichendem Ausbildungsentgelt vom Staat gerufen. Eine Delegation überbrachte dem Landtag eine Resolution der Demonstrationsteilnehmer, in der versichert wurde, daß mit der Demonstration der Kampf gegen das LHG nicht beendet ist.

Die Landesregierung hatte in ihren Änderungsanträgen die Möglichkeit der Bildung von Vertretungsorganen entlang der Fächer eingeräumt, die sie 1974 per Zwangssatzung abgeschafft hatte, die aber von den Studenten weiter gewählt und genutzt worden waren. Beim Ordnungsrecht verzichtete sie auf die Einführung eines Paragraphen, mit dem schon der Aufruf zu Gewalt ordnungsrechtlich belangt werden kann. Gestützt wurden diese Manöver durch Anträge der SPD, die die Ordnungsmaßnahmen auf die Möglichkeit des Widerrufs der Einschreibung ,,reduzieren" wollte und der FDP, die dem Hochschulpräsidenten eine Schlichterrolle zuschreiben wollte. Die Fachschaftsgruppen bereiten die Weiterführung des Kampfes gegen das LHG und die Wahlen mit zwei Veranstaltungen gegen die Gesetzesmaßnahmen der Regierungen vor. Auf der Veranstaltung zur Geschichte der Hochschulgesetzgebung waren 70 Studenten erschienen.

Die Zahnleiter wird mit ihren Lügen noch auf den Bauch fallen!

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Kommunistischen Jugendbund Rhein-Neckar-Pfalz für die Schüler der Sonderschule Schönau — 12. Dezember 1978

Letzten Monat hat der KJB ein Flugblatt für die Schüler der Sonderschule Schönau veröffentlicht, worin die Schikanen der Lehrerin Zahnleiter angegriffen werden. Das Flugblatt hat die Zahnleiter schwer getroffen. Sie versucht jetzt, die Schüler aufzuhetzen und zu spalten. Sie will Illusionen schüren, daß alles sowieso ganz anders ist. Besonders, daß Sonderschüler Hilfsarbeiter würden, soll in dem Flugblatt erdichtet und erlogen sein. Wir werden sehen, wer lügt. Wir haben ein Interview mit einem Teilnehmer des Berufsförderlehrgangs gemacht.

Es ist sogar in bürgerlichen Statistiken bekannt, daß meistens die Sonderschüler keine Lehrstellen kriegen und arbeitslos werden. Das liegt überhaupt nicht daran, daß die Schüler, die auf die Sonderschule müssen, dümmer wären, sondern die Kapitalisten und der bürgerliche Staat betreiben die Auslese vom Kindesalter an, wen sie als Hilfsarbeiter billig vernutzen wollen und wen sie z.B. als Facharbeiter brauchen.

Interview

Du bist Teilnehmer am Berufsförderlehrgang bei Carl Freudenberg Weinheim. Was hast Du vorher gemacht?

Ich habe Hauptschulabschluß und danach wollte ich eine Lehre machen. Ich habe versucht, im Metallbereich was zu finden. Das war aber nichts. Dann bin ich zum Arbeitsamt gegangen. Dort haben sie aber auch nichts gefunden. Deshalb haben sie mir angeboten, am Grundlehrgang Metall mitzumachen. Weil aber der schon voll gewesen sein soll, bin ich in den Berufsförderlehrgang gekommen.

Was haben die Teilnehmer des Berufsförderlehrgangs für einen Schulabschluß?

Wir machen Ton-, Holz- und Metallbearbeitung. Die Ausbilder nennen das ,,spielen". Wir sollen einige Fingerfertigkeiten erlernen, um dann als Jungarbeiter schaffen zu können. Eine Ausbildung ist das nicht. In der Schule sind wir in eigenen Klassen von den anderen Lehrlingen getrennt. Wir lernen so ein bißchen Rechnen und Fachkunde usw.

Was bekommst Du monatlich?

Knapp 400 DM. Das liegt daran, daß meine Eltern nicht viel verdienen, denn die Ausbildungsbeihilfe richtet sich nach dem Einkommen der Eltern. Der Freudenberg zahlt ja gar nichts. Der kriegt alles vom Arbeitsamt, sogar die Ausbilder zahlt das Arbeitsamt.

Was willst Du nach dem Jahr machen, was haben die anderen vor?

Ich will den Realschulabschluß nachmachen, vielleicht höre ich schon früher hier auf. Jedenfalls will ich irgendwann eine Lehre. Die anderen werden zum größten Teil Jungarbeiter machen. Sie werden vom Freudenberg geködert, weil's halt schneller Geld gibt. Sie kriegen ca. 700 – 800 DM netto im Monat. (Der Facharbeiterlohn beträgt etwa 1400 DM). Ihr habt die Forderung, daß jugendliche Arbeitslose an Facharbeiterklassen ihrer Wahl teilnehmen dürfen. Das finde ich auch richtig!

Die Zahnleiter greift zu solchen Lügen, damit sie wieder Ruhe an der Schule kriegt. Sie soll lieber mal ihr Gehalt als stellvertretender Direktor sagen, damit klar wird, woher der Wind weht.

Stand der Polizeiausrichtung nach einheitlichem Mustergesetz in den einzelnen Bundesländern

z.bil. 1976 hat die Innenministerkonferenz den Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz beschlossen. ,,Die innere Sicherheit ist ein zentrales Thema der politischen Gegenwart. Es geht dabei vorrangig um den Schutz des einzelnen vor dem Verbrechen, zunehmend aber auch um den Schutz der Einrichtungen des Staates und seiner demokratischen Grundordnung ... Zu den Aufgaben der Polizeien der Länder gehören auch die Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit bei Großveranstaltungen, Katastrophen, Unruhen sowie die Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes'', heißt es in der Begründung zu diesem Entwurf. Der vormalige hessische Ministerpräsident Osswald: ,,Die Auswertung der polizeilichen Daten eines größeren und einheitlichen Zuständigkeitsbereiches lassen die jeweiligen Entwicklungstendenzen frühzeitiger und genauer erkennen und ermöglichen gezieltere polizeiliche Arbeit.''

Diese Sorte von Einheitlichkeit in der Ausrichtung des staatlichen Gewaltapparates haben bis jetzt *Bayern* und *Baden-Württemberg* durch neue Polizeigesetze in diesem Jahr übernommen. *Rheinland-Pfalz* hat einen Gesetzentwurf im Landtag zur Beschlußfassung. Worum geht es? ,,Die Polizei kann die *Identität* einer Person feststellen, 1. zur Abwehr einer Gefahr, 2. zur Aufklärung einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit, 3. wenn sie sich an einem Ort aufhält, von dem ... anzunehmen ist, daß dort Personen Straftaten verabreden, vorbereiten oder verüben, sich Personen ohne erforderliche Aufenthaltserlaubnis treffen.'' ,,... an einer Kontrollstelle, die von der Polizei eingerichtet worden ist, um nach Personen zu fahnden''. Der so ,,Angetroffene kann zur Dienststelle gebracht und dort festgehalten werden''.

Sodann kann zur ,,Identitätsfeststellung'' und ,,vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten'' die Anfertigung von erkennungsdienstlichen Unterlagen erfolgen, das ist Anfertigung von Fingerabdrücken, Aufnahme von Lichtbildern, Feststellung äußerer körperlicher Merkmale, Messungen. Die Ingewahrsamnahme, Durchsuchung der Person und Wohnung wird einheitlich festgelegt. Wohnungen dürfen *jederzeit* betreten werden, wenn wiederum ,,Personen dort Straftaten verabreden'' oder sich ohne Aufenthaltserlaubnis aufhalten. Es ist ein geschärftes Instrumentarium zur Erfassung und Unterdrückung der Massen, begleitet in allen Bundesländern durch besondere ,,Sicherheitsprogamme'', die in der Verstärkung der Polizeikräfte, ,,Kontaktbereichsbeamten'' und Personen- und Objektschutz bestehen.

Die Ausrichtung ist über die Bewaffnung der Polizeitruppen erfolgt. Zu den ,,Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt zählen insbesondere Fesseln, Wasserwerfer, technische Sperren, Diensthunde, Dienstpferde, Reiz- und Betäubungsstoffe, zu den Waffen solches Gerät wie Schlagstock, Pistole, Gewehr, Maschinenpistole und -gewehr und Handgranaten.'' Über die Notwendigkeit der Einführung des gezielten Todesschusses haben sie ein großes ideologisches Manöver durchgeführt. Es heißt jetzt ,,ein Schuß, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit tödlich wirken wird, ist nur zulässig, wenn er das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Lebensgefahr oder der gegenwärtigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung ist.'' Unter der Hand, über die Debatte über den Wert des Lebens und den Versuch, die Massen in die Abwägung zwischen gegenwärtiger Lebensgefahr oder nicht zu verstricken, haben *Baden-Württemberg* und *Bayern* den ,,Schußwaffengebrauch gegen Personen in einer Menschenmenge'' gegenüber dem Musterentwurf noch verschärft. ,,Schußwaffen dürfen gegen Personen in einer Menschenmenge nur gebraucht werden, wenn von ihr oder aus ihr heraus schwerwiegende Gewalttaten begangen werden''. Es ist die Formulierung des Strafparagraphen des Landfriedensbruch, die das Niederschießen von Arbeitermassen, die sich versammeln, ,,legal'' in das Gesetz aufnimmt.

Niedersachsen, das ebenfalls ein neues Polizeigesetz im April 1978 durchgesetzt hat, ,,regelt'': ,,Waffen dürfen angewendet werden, wenn sich andere Mittel zur Erfüllung der polizeilichen Aufgabe als unzulänglich erwiesen haben'', und das *nordrhein-westfälische* Polizeigesetz sieht den Schußwaffengebrauch vor, wenn eine Person sich der Festnahme oder der Feststellung der Personalien entzieht.

In *Hessen* gibt die Landesregierung über die Einführung des neuen Gerätes Auskunft: ,,Frage: Wie heißt die neue Waffe''. Die Landesregierung antwortet: ,,Es handelt sich um eine Pistole, die der Beurteilung von Faustfeuerwaffen entspricht. Die Polizeivollzugsbeamten sollen mit der neuen Waffe in der Reihenfolge ausgerüstet werden, Beamte, die überwiegend mit Personenschutzaufgaben betraut sind, Beamte in Spezialeinheiten, wie Mobile Einsatzkommandos, Spezialeinsatzkommandos und Präzisionsschützen ...''

Musiktage der Soldaten- und Reservistenkomitees in Westberlin, Mainz und München

Unterstützung des gerechten Krieges gegen das rhodesische Siedlerregime bis zum vollständigen Sieg



Hannover, 8.00 Uhr Sammeln
Abfahrtzeiten der Bezirke in der Region Nord über Hannover (8.00 Uhr) nach Westberlin (16.00 Uhr):
01 Flensburg 2.30 Uhr, 02 Kiel 3.30 Uhr, 03 Hamburg 5.00 Uhr, 04 Bremen 5.30 Uhr, 05 Oldenburg 5.30 Uhr, 06 Münster 5.00 Uhr, Osnabrück 6.00 Uhr, 08 Hannover 8.00 Uhr, 09 Braunschweig 6.00 Uhr, Göttingen 5.00 Uhr, 10 Bielefeld 5.30 Uhr

26. Dezember:
8 Uhr Sammelpunkt der Region Nord zur Fahrt nach Westberlin, Hannover, Hindenburgstraße
16 Uhr Kundgebung und Demonstration, Westberlin, Kurfürstendamm
19.30 Uhr Veranstaltung, Westberlin, Festzelt, Oranienstr. 159
Die Bundesregierung hat von Anfang an die ungerechten Kriege unterstützt und die gerechten bekämpft

27. Dezember:
19.30 Uhr Veranstaltung, Westberlin, Festzelt, Oranienstr. 159
Revolutionen sind der Motor der Geschichte.
Aus der Geschichte der Arbeiterklasse und der Volksmassen lernen.
Musikaufführungen aus den verschiedenen Revolutionen seit 1789.

28. Dezember:
19.30 Uhr Veranstaltung Westberlin, Festzelt, Oranienstr. 159
Unterstützung des gerechten Krieges gegen das rhodesische Kolonialregime bis zum vollständigen Sieg

29. Dezember:
14 Uhr Demonstration und Abschlußkundgebung Westberlin, Kurfürstendamm

30. Dezember:
10 Uhr Kundgebungen in Flensburg, Kiel, Hamburg, Bremen, Oldenburg, Münster, Osnabrück, Braunschweig, Göttingen, Wolfsburg, Goslar, Bielefeld, Hannover, Hildesheim, Celle, Westberlin

31. Dezember:
20.00 Uhr Theateraufführung: ,,Panzerzug 14-69''
in Flensburg, Kiel, Hamburg, Bremen, Oldenburg, Münster, Osnabrück, Braunschweig, Göttingen, Bielefeld, Hannover, Westberlin

24.00 Uhr Demonstrationen
in Flensburg, Kiel, Hamburg, Bremen, Oldenburg, Münster, Osnabrück, Braunschweig, Göttingen, Bielefeld, Hannover, Westberlin

Ausweitung des Truppenübungsplatzes Garlstedt

Bürgerliche Parteien, Stadt- und Landräte gezwungen, diese Pläne abzulehnen

z.jös. Schmerzlich muß die Bourgeoisie feststellen, daß sie mit der geplanten Verbrüderung mit den US-Besatzern sowie der Durchsetzung des Baus der Panzertrasse absolut nicht vorankommt.

Die praktische Verhinderung wurde letzte Woche geübt: Gegen die Baumfällaktion beim Ausbau der Teufelsmoorstraße wurde von Unbekannten Sand in die Tanks der Baumaschinen gekippt.

Vor einigen Wochen ist der Nutzungsplan der Wehrbereichsverwaltung II über die militärische Nutzung des Truppenübungsplatzes Garlstedt öffentlich geworden.

,,*1. Grundlage.* Auf einem Gelände, das ehemals zum Truppenübungsplatz Garlstedt gehörte, wird ab Oktober 1978 eine amerikanische Panzergrenadierbrigade stationiert. Diese Brigade muß den Truppenübungsplatz Garlstedt für die Ausbildung ihrer Soldaten mitbenutzen...
2. Organisation und allgemeine Nutzung. ...Daneben übt dort weiterhin die niederländische 41. Panzerbrigade... an mindestens 6 zusammenhängenden Werktagen im Monat...
II. Geplante Übungsanlagen. 1. Allgemeines. Die nachstehend beschriebenen Übungsanlagen... sind zwingend erforderlich, um auf dem Truppenübungsplatz Garlstedt Gefechtsübungen von Truppenteilen bis jeweils zur Grösse eines Bataillons durchzuführen...
2. Übungsräume. ...Die vorhandenen 5 Panzertrassen werden jetzt auf etwa je 9 m Breite begrenzt und geschottert... auf diesen Trassen kann dann jeweils ein Zug mit je 5 Panzern gefechtsmäßig vorgehen...
Platzrandstraßen. ...Die Platzrandstraße entlang der östlichen bzw. südlichen Grenze soll gleichzeitig den Verkehr zu der geplanten Panzerverladestelle am Ende des Eisenbahn-Anschlußgleises aufnehmen...
Panzerverladeanlage. Über die Gestaltung der Panzerverladestelle kann zur Zeit noch nichts gesagt werden, da zunächst der Ausgang des Anhörungsverfahrens über ein Eisenbahn-Verbindungsgleis zum Truppenübungsplatz Garlstedt abgewartet werden muß...
Schießtunnel. Es handelt sich um eine Versuchsschießanlage für Maschinengewehre, die aus einem schalldichten Gebäude besteht, das groß genug ist, um ein Kettenfahrzeug aufzunehmen...
IV. Vollständigkeit des Nutzungsplanes. ...Weitere militärische Ausbauforderungen sind denkbar, wenn sich diese durch den Stand der Waffentechnik sowie durch die Nutzung des Platzes ergeben sollten. In diesem Zusammenhang ist die Erweiterung der Standortanlage Schwanewede im südwestlichen Platzgebiet zu erwähnen...''

Sämtlichen Parteien, Stadt- und Landräten blieb nichts anderes übrig, als sich schnell ebenfalls gegen diese Pläne zu erklären. Was sie vorhaben, ist absehbar, denn einig sind sie sich allemal in der ,,Bejahung des Prinzips der Verteidigungsbereitschaft''. Rauskommen soll erstmal die Panzertrasse, mit der dann die Panzer in andere Übungsräume verlegt werden können. Um die örtlichen Politiker aus der Schußlinie zu ziehen, hat der Stadtrat jetzt ,,einmütig'' beschlossen, Minister Apel und einige niedersächsische Landesminister einzuladen, damit die ,,vor Ort'' die Sache vertreten. Sollen sie kommen – die Arbeiter und Bauern im Landkreis werden sie gebührend empfangen, das ist sicher.

,,Normalisierung'' in Nordirland: Armee und mehr Polizei

amten'' und Personen- und Objektschutz bestehen.

Die Ausrichtung ist über die Bewaffnung der Polizeitruppen erfolgt. Zu den ,,Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt zählen insbesondere Fesseln, Wasserwerfer, technische Sperren, Diensthunde, Dienstpferde, Reiz- und Betäubungsstoffe, zu den Waffen solches Gerät wie Schlagstock, Pistole, Gewehr, Maschinenpistole und -gewehr und Handgranaten.'' Über die Notwendigkeit der Einführung des gezielten Todesschusses haben sie ein großes ideologisches Manöver durchgeführt. Es heißt jetzt ,,ein Schuß, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit tödlich wirken wird, ist nur zulässig, wenn er das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Lebensgefahr oder der gegenwärtigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung ist.'' Unter der Hand, über die Debatte über den Wert des Lebens und den Versuch, die Massen in die Abwägung zwischen gegenwärtiger Lebensgefahr oder nicht zu verstricken, haben *Baden-Württemberg* und *Bayern* den ,,Schußwaffengebrauch gegen Personen in einer Menschenmenge'' gegenüber dem Musterentwurf noch verschärft. ,,Schußwaffen dürfen gegen Personen in einer Menschenmenge nur gebraucht werden, wenn von ihr oder aus ihr heraus schwerwiegende Gewalttaten begangen werden''. Es ist die Formulierung des Strafparagraphen des Landfriedensbruch, die das Niederschießen von Arbeitermassen, die sich versammeln, ,,legal'' in das Gesetz aufnimmt.

Niedersachsen, das ebenfalls ein neues Polizeigesetz im April 1978 durchgesetzt hat, ,,regelt'': ,,Waffen dürfen angewendet werden, wenn sich andere Mittel zur Erfüllung der polizeilichen Aufgabe als unzulänglich erwiesen haben'', und das *nordrhein-westfälische* Polizeigesetz sieht den Schußwaffengebrauch vor, wenn eine Person sich der Festnahme oder der Feststellung der Personalien entzieht.

In *Hessen* gibt die Landesregierung über die Einführung des neuen Gerätes Auskunft: ,,Frage: Wie heißt die neue Waffe''. Die Landesregierung antwortet: ,,Es handelt sich um eine Pistole, die der Beurteilung von Faustfeuerwaffen entspricht. Die Polizeivollzugsbeamten sollen mit der neuen Waffe in der Reihenfolge ausgerüstet werden, Beamte, die überwiegend mit Personenschutzaufgaben betraut sind, Beamte in Spezialeinheiten, wie Mobile Einsatzkommandos, Spezialeinsatzkommandos und Präzisionsschützen ...''

Ausweitung des Truppenübungsplatzes Garlstedt

Bürgerliche Parteien, Stadt- und Landräte gezwungen, diese Pläne abzulehnen

z.jös. Schmerzlich muß die Bourgeoisie feststellen, daß sie mit der geplanten Verbrüderung mit den US-Besatzern sowie der Durchsetzung des Baus der Panzertrasse absolut nicht vorankommt.

Die praktische Verhinderung wurde letzte Woche geübt: Gegen die Baumfällaktion beim Ausbau der Teufelsmoorstraße wurde von Unbekannten Sand in die Tanks der Baumaschinen gekippt.

Vor einigen Wochen ist der Nutzungsplan der Wehrbereichsverwaltung II über die militärische Nutzung des Truppenübungsplatzes Garlstedt öffentlich geworden.

,,*1. Grundlage.* Auf einem Gelände, das ehemals zum Truppenübungsplatz Garlstedt gehörte, wird ab Oktober 1978 eine amerikanische Panzergrenadierbrigade stationiert. Diese Brigade muß den Truppenübungsplatz Garlstedt für die Ausbildung ihrer Soldaten mitbenutzen...
2. Organisation und allgemeine Nutzung. ...Daneben übt dort weiterhin die niederländische 41. Panzerbrigade... an mindestens 6 zusammenhängenden Werktagen im Monat...
II. Geplante Übungsanlagen. 1. Allgemeines. Die nachstehend beschriebenen Übungsanlagen... sind zwingend erforderlich, um auf dem Truppenübungsplatz Garlstedt Gefechtsübungen von Truppenteilen bis jeweils zur Grösse eines Bataillons durchzuführen...
2. Übungsräume. ...Die vorhandenen 5 Panzertrassen werden jetzt auf etwa je 9 m Breite begrenzt und geschottert... auf diesen Trassen kann dann jeweils ein Zug mit je 5 Panzern gefechtsmäßig vorgehen...
Platzrandstraßen. ...Die Platzrandstraße entlang der östlichen bzw. südlichen Grenze soll gleichzeitig den Verkehr zu der geplanten Panzerverladestelle am Ende des Eisenbahn-Anschlußgleises aufnehmen...
Panzerverladeanlage. Über die Gestaltung der Panzerverladestelle kann zur Zeit noch nichts gesagt werden, da zunächst der Ausgang des Anhörungsverfahrens über ein Eisenbahn-Verbindungsgleis zum Truppenübungsplatz Garlstedt abgewartet werden muß...
Schießtunnel. Es handelt sich um eine Versuchsschießanlage für Maschinengewehre, die aus einem schalldichten Gebäude besteht, das groß genug ist, um ein Kettenfahrzeug aufzunehmen...
IV. Vollständigkeit des Nutzungsplanes. ...Weitere militärische Ausbauforderungen sind denkbar, wenn sich diese durch den Stand der Waffentechnik sowie durch die Nutzung des Platzes ergeben sollten. In diesem Zusammenhang ist die Erweiterung der Standortanlage Schwanewede im südwestlichen Platzgebiet zu erwähnen...''

Sämtlichen Parteien, Stadt- und Landräten blieb nichts anderes übrig, als sich schnell ebenfalls gegen diese Pläne zu erklären. Was sie vorhaben, ist absehbar, denn einig sind sie sich allemal in der ,,Bejahung des Prinzips der Verteidigungsbereitschaft''. Rauskommen soll erstmal die Panzertrasse, mit der dann die Panzer in andere Übungsräume verlegt werden können. Um die örtlichen Politiker aus der Schußlinie zu ziehen, hat der Stadtrat jetzt ,,einmütig'' beschlossen, Minister Apel und einige niedersächsische Landesminister einzuladen, damit die ,,vor Ort'' die Sache vertreten. Sollen sie kommen – die Arbeiter und Bauern im Landkreis werden sie gebührend empfangen, das ist sicher.

,,Normalisierung'' in Nordirland: Armee und mehr Polizei

IRA verstärkt Aktionen / Englische Arbeiterklasse unterstützt Forderung nach Abzug der Armee

z.hef.London. Die britischen Imperialisten wollen ihre Polizei in Nordirland auch wieder allein bei der Unterdrückung der irischen Massen einsetzen. ,,Die Sicherheitspolitik der Regierung beruht auf der Entwicklung der Royal Ulster Constabulary (RUC, Königliche Ulster-Polizei) als dem Instrument für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung'', heißt es im Verteidigungsweißbuch 1978 der britischen Regierung. Die Streitkräfte, einschließlich des Ulster-Verteidigungsregiments verbleiben so lange wie nötig als entscheidende Stützen dieser Pollitik''. Seit mehreren Monaten wird die RUC allein bei manchen Straßensperren, Demonstrationen und Streifen eingesetzt. Seit Jahren waren diese Einsätze nur unter Beteiligung von Armee-Einheiten erfolgt.

Gleich im Oktober wurden 15 RUC-Polizisten verletzt, als sie einen Demonstrationszug zum Gefängnis Long Kesh aufhalten sollten. Und die RUC erhielt einen weiteren Schlag, als sie das Verbot der Demonstration der Provisional Sinn Fein gegen die Haftbedingungen für die politischen Gefangenen nicht durchsetzen konnte, sondern über 5000 Iren am 24.11. in Armagh demonstrierten. Schon in der Feststellung, daß die Polizei wieder zum Hauptunterdrückungsinstrument ,,entwickelt'' werden soll, steckt das Eingeständnis der Niederlagen, die die irischen Massen den britischen Imperialisten seit 1969 beigebracht haben. Polizei und Polizeireserve rekrutieren die Imperialisten fast ausschließlich aus der protestantischen Bevölkerung. Sie sind Nachkommen der englischen und schottischen Siedler, die von der englischen Bourgeoisie seit dem 16. Jahrhundert auf dem von Iren geraubten Land angesiedelt worden waren. Mit Bestechung und Zugeständnissen haben die Imperialisten sich hier bis heute ein Reservoir für ihre politischen und polizeilichen Truppen zur Verteidigung ihrer Kolonialherrschaft erhalten.

1968 und 1969 nahm die republikanische Bewegung in Nordirland einen starken Aufschwung. Die Polizei griff laufend Versammlungen und Demonstrationen an, überfiel ganze Wohnviertel und durchsuchte sie und nahm willkürliche Verhaftungen vor. Viele der 3000 Polizisten und der 8900 Mitglieder der Polizeireserve waren Mitglieder der reaktionären Terrorbanden, die politisch und religiös aufgehetzt die irischen Massen ,,nach Feierabend'' noch zusätzlich peinigten.

Als die Iren heftiger zurückschlugen, kam es im August 1969 zum vorläufigen Höhepunkt des Kampfes. In den Straßenschlachten wurden innerhalb weniger Tage 250 RUC-Leute verletzt, die meisten durch Steine und Brandbomben. Die RUC war geschlagen. Sie konnte die katholischen Teile Belfasts, deren Patrouille sie schon im Januar aufgegeben hatte, nicht mehr besetzen. Die Polizeireserve wurde eingesetzt und nach wenigen Stunden abgezogen – wenig später lösten die Imperialisten diese Truppe ganz auf. Premierminister Wilson schickte Armeeeinheiten nach Nordirland, um die revolutionäre Entwicklung gegen die britische Herrschaft zu ersticken.

Jetzt, nach zehn Jahren blutiger Unterdrückung auf neuer Stufe, nach Erschießungen, Folter und Mordkommandos der Armee und Polizei konnte die britische Regierung weder die Massenbewegung in Nordirland zerstören noch ihre Unterstützung in ganz Irland. Die IRA dehnt ihre bewaffneten Aktionen aus, obwohl Irland-Minister Mason regelmäßig die angebliche Niederlage der IRA bekanntgibt. Über 30 Bombenanschläge und Gewehrangriffe auf Armee, Polizei und hohe Gefängnisbeamte wurden in den letzten drei Wochen durchgeführt. Die Moral der Besatzungstruppen verschlechtert sich zusehends. ,,Vor Jahren, als der Trubel zuerst losging, da sahen Soldaten den Konflikt in Nordirland als eine Gelegenheit, an irgendeinen aktiven Dienst zu kommen'', schrieb der ehemalige Marineinfantrist Ian Phillips. ,,Nach zehn Jahren war das Neue weg. Schon 1975, als ich entlassen wurde, war eine Tour nach Nordirland das schlimmste, was passieren konnte. Die Zahl der Soldaten, die desertierten oder ,abwesend ohne Urlaub' waren, nahm zu, Alkoholismus und Schlägereien waren gängig...''. Die Söldner können den Krieg nicht gewinnen, das nutzt sie ab.

Die britischen Imperialisten brauchen Nordirland jetzt, nach dem EWS-Beitritt der Republik Irland, um so mehr. Sie brauchen die billigen landwirtschaftlichen Produkte, die billige und gut ausgebildete Arbeitskraft, und sie brauchen Nordirland als Basis der Einmischung und Unterdrückung des unabhängigen Teil Irlands. Die offensichtliche Präsenz der Armee ist dauernde Erinnerung, daß Nordirland kolonial besetzt ist. Wenn sie zurückgehalten wird, soll das ,,normale Zustände'' vortäuschen. Gleichzeitig wird die Unterdrückung *ausgeweitet* mit ,,nachbarschaftlichen'' Polizisten usw. Die Forderung nach Abzug der Armee findet wachsende Unterstützung der englischen Arbeiterklasse. Zu einer Demonstration am 26.11. in London, an der 6000 teilnahmen, riefen 10 Gewerkschaftsorgane auf, darunter der TUC-Rat Edinburgh. Die neuen Maßnahmen in Irland sind gerade *kein* Schritt in Richtung Abzug der Truppen, sondern zur Normalisierung ihrer Anwesenheit.



Demonstrationen am 24.11. in Armagh für die Behandlung der Gefangenen wie bis 1975 mit politischem Status.

Massenstreiks und Kämpfe der Bauern in Indien

z.hef. Nach dem erfolgreichen Streik der Hafenarbeiter streiken seit dem 7.12. 100000 Elektrizitätsarbeiter im Bundestaat Uttar Pradesh für höheren Lohn. Die indischen Volksmassen sehen sich Preiserhöhungen von 40% gegenüber, gleichzeitig sind viele im letzten Jahr erkämpfte Lohnerhöhungen bis jetzt nicht ausgezahlt. 50000 Bankangestellte verweigern deshalb seit dem 15.12. die Überstunden und bereiten den Streik vor. 2000 Arbeiter der staatlichen „Food Corporation" belagern seit dem 28.11. das Haus des Landwirtschaftsministers. Die Beschäftigten der Universität Dehli streiken für die Wiedereinstellung derjenigen, die während des Notstands entlassen worden waren. Neben der Arbeiterbewegung bereiten die Bauern den Imperialisten große



Sorgen. „Besonders für März und April und die ganze Zeit seitdem gibt es starke Anzeichen für politische und wirtschaftliche Erbitterung auf Dorfebene", teilt der britische Wirtschaftsdienst EIU warnend mit. „Dies hat sich an unzähligen Beispielen von Gewalt auf kleiner Stufenleiter gezeigt..., oft um Landbesitz oder einfach aus Armut". Täglich gibt es bewaffnete Zusammenstöße zwischen Polizei und Bauern. Die imperialistische Unterdrückung und feudale Verhältnisse machen die Lage unerträglich. Die Imperialisten haben z.B. den Zuckerpreis auf niedrigstes Niveau gedrückt, die Zuckervorräte stapeln sich. Die landlosen und armen Bauern haben kein Geld, um Zucker zu kaufen. Das imperialistische Kapital drängt danach, die dünnen Schranken zu zerbrechen, die die indische Regierung gegen die Ausplünderung aufgerichtet hat.

Obwohl kein imperialistisches Monopol über 49% Anteil an einer Firma haben soll, kauft sich z.B. Siemens mit 60% in ein weiteres Elektrounternehmen ein. Die Regel wird praktisch aufgegeben. Die Sozialimperialisten wollen jetzt Vorbereitungsseminare für „gemeinsames Management" in Indien durchführen. Anfang 1979 will Breschnew persönlich kommen. Die Kämpfe der indischen Massen richten sich gegen den Ausverkauf des Landes.

Fortschritte der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft

z.jon. In ihrem Kommentar zum jüngst erschienenen Geschäftsbericht 1977 der Westafrikanischen Zentralbank, der Währungsbank für Benin, Elfenbeinküste, Niger, Obervolta, Senegal und Togo, schreibt das französische Blatt Marchés Tropicaux am 1.12.78 säuerlich: „Die Wirtschaftsentwicklung der sechs Staaten hat auf dem Gebiet des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte nicht von so günstigen klimatischen Bedingungen profitiert wie 1976... Im Gegensatz aber zu den schlechten Leistungen der Landwirtschaft nehmen die Tätigkeiten der verarbeitenden Industrie zu..." Die Imperialisten konnten die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte der westafrikanischen Staaten auf dem Weltmarkt niedrig halten und ihnen Absatzbedingungen diktieren. Fortschritte im Aufbau der eigenen Industrie dieser Staaten und in ihrem gegenseitigen Handel konnten sie nicht verhindern. So nahmen Produktion und Absatz fast aller wichtigen landwirtschaftlichen Exportprodukte von Togo, Kaffee, Kakao, Baumwolle, Palmöl, 1977 ab. Gleichzeitig konnte Togo aber seine Textilproduktion um 14% steigern, mit libyscher Hilfe eine eigene Fischereigesellschaft gründen, eine Raffinerie aufbauen, die mit nigerianischem Öl arbeitet, die Produktion der Zementindustrie auf 300000 t verdoppeln und den Zementexport nach Niger, Obervolta, Mali und Nigeria steigern. Die Währungen der meisten westafrikanischen Staaten sind noch mit den Währungen der alten Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien verbunden. Die Zusammenarbeit zwischen diesen Staaten hilft, die Abhängigkeit von der ehemaligen Kolonialmacht zu bekämpfen. Ende Juni wurde zwischen der ehemaligen französischen Kolonie Senegal und der ehemaligen britischen Kolonie Gambia die Organisation zur Nutzung des Gambiaflusses gegründet, die den Bau von zwei großen Stauwerken und eine gemeinsame Wirtschaftsentwicklung des Flußbeckens zum Ziel hat. Der Ministerrat der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten, der alle Staaten der Region angehören, hat auf seiner 4. Sitzung vom 20. bis 22.11. Maßnahmen zur Steigerung des Warenaustauschs in den nächsten 12 Monaten und eine Senkung der Zollschranken in der Gemeinschaft ab 29.5.79 als Vorstufe zu einer vollständigen Zollgemeinschaft in ganz Westafrika beschlossen.

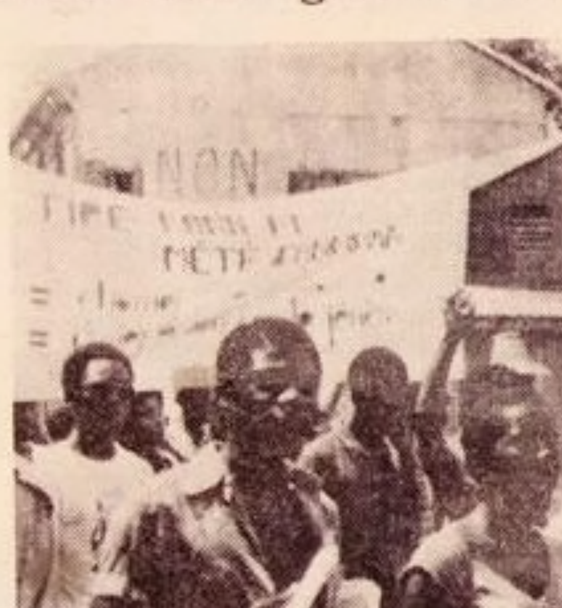
Guadeloupe: Konferenz zur Festigung

Fortschritte der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft

z.jon. In ihrem Kommentar zum jüngst erschienenen Geschäftsbericht 1977 der Westafrikanischen Zentralbank, der Währungsbank für Benin, Elfenbeinküste, Niger, Obervolta, Senegal und Togo, schreibt das französische Blatt Marchés Tropicaux am 1.12.78 säuerlich: „Die Wirtschaftsentwicklung der sechs Staaten hat auf dem Gebiet des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte nicht von so günstigen klimatischen Bedingungen profitiert wie 1976... Im Gegensatz aber zu den schlechten Leistungen der Landwirtschaft nehmen die Tätigkeiten der verarbeitenden Industrie zu..." Die Imperialisten konnten die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte der westafrikanischen Staaten auf dem Weltmarkt niedrig halten und ihnen Absatzbedingungen diktieren. Fortschritte im Aufbau der eigenen Industrie dieser Staaten und in ihrem gegenseitigen Handel konnten sie nicht verhindern. So nahmen Produktion und Absatz fast aller wichtigen landwirtschaftlichen Exportprodukte von Togo, Kaffee, Kakao, Baumwolle, Palmöl, 1977 ab. Gleichzeitig konnte Togo aber seine Textilproduktion um 14% steigern, mit libyscher Hilfe eine eigene Fischereigesellschaft gründen, eine Raffinerie aufbauen, die mit nigerianischem Öl arbeitet, die Produktion der Zementindustrie auf 300000 t verdoppeln und den Zementexport nach Niger, Obervolta, Mali und Nigeria steigern. Die Währungen der meisten westafrikanischen Staaten sind noch mit den Währungen der alten Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien verbunden. Die Zusammenarbeit zwischen diesen Staaten hilft, die Abhängigkeit von der ehemaligen Kolonialmacht zu bekämpfen. Ende Juni wurde zwischen der ehemaligen französischen Kolonie Senegal und der ehemaligen britischen Kolonie Gambia die Organisation zur Nutzung des Gambiaflusses gegründet, die den Bau von zwei großen Stauwerken und eine gemeinsame Wirtschaftsentwicklung des Flußbeckens zum Ziel hat. Der Ministerrat der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten, der alle Staaten der Region angehören, hat auf seiner 4. Sitzung vom 20. bis 22.11. Maßnahmen zur Steigerung des Warenaustauschs in den nächsten 12 Monaten und eine Senkung der Zollschranken in der Gemeinschaft ab 29.5.79 als Vorstufe zu einer vollständigen Zollgemeinschaft in ganz Westafrika beschlossen.

Guadeloupe: Konferenz zur Festigung der französischen Kolonialherrschaft gescheitert

z.jon. Die Unabhängigkeitsbewegung auf Guadeloupe hat am 4.12. mit einem 24-stündigen Generalstreik und der größten Demonstration ihrer Geschichte (7000 Teilnehmer bei einer Bevölkerung von 300000) auf eine mehrtägigen Propagandakonferenz des französischen Kolonialministers Dijoud geantwortet, mit der der Kampf für nationale Unabhängigkeit auf Guadeloupe isoliert und die französischen Siedler und eine Handvoll guadeloupischer Bourgeois gestärkt werden sollten.



Das Schlagwort der Kolonialpolitik der Regierung Giscard d'Estaing ist „wirtschaftliche Departementalisierung", soll heißen: wirtschaftliche Angleichung der „Überseedepartements" wie Guadeloupe oder Martinique an die Departements in Frankreich. Der Inhalt dieser Politik ist die Zerstörung jeder Produktion, die die Grundlage wirtschaftlicher Unabhängigkeit sein könnte. Auf Guadeloupe soll die arbeitsintensive Zuckerproduktion, die in Konkurrenz zur Zuckerproduktion in Frankreich selbst steht, durch Bananen und Ananasplantagen nach dem „Bananenplan" der französischen Monopole Compagnie Fruitière ersetzt, die letzten kleinen Bauern enteignet und das Land in ein Touristenzentrum verwandelt werden. Um diese Politik durchzusetzen, kündigte Dijoud vor dem französischen Parlament die Verstärkung von Polizei und Militär in den Kolonien an.

Der Versuch, auf der Konferenz Siedler und eine schmale Schicht guadeloupischer Bourgeois auf diesem Programm zu vereinigen, ist gescheitert. Die alteingesessenen Kolonialisten lehnen den „Bananenplan" ab, weil die Konkurrenz der Compagnie Fruitière sie selbst zu verdrängen droht. Die guadeloupischen Revisionisten und die von ihnen beherrschte Gewerkschaft CGTG, die ein Programm der „Autonomie in Union mit Frankreich" vertreten, wagten nicht, an der Konferenz teilzunehmen. Sie versuchten aber, die Massenaktionen zu behindern und zu spalten. Dem patriotischen Gewerkschaftsverband UGTG gelang es dagegen, eine breite Aktionseinheit gegen das „Departementalisierungs"-Programm herzustellen. Wenige Tage vor der Demonstration wurde die Gründung der „Volksunion für die Befreiung Guadeloupes" bekanntgegeben, die die Volksmassen im Kampf für die nationale Befreiung zusammenschliessen will.

Ausbeutung in Detroit soll Weltstandard setzen

Automobilarbeiter der USA kämpfen gegen die kapitalistische Rationalisierung

z.gek. Chrysler, unter den „Großen Drei" der US-Automobilindustrie hinter General Motors und Ford Motor Co. mit großem Abstand der dritte, hat vor einigen Monaten seine gesamten europäischen Niederlassungen an die Peugeot-Citroen abgestoßen. Was wie ein Rückzug aussieht, ist nur das Ausholen zu einem Schlag. Die Automobilmonopole der USA konzentrieren gegenwärtig ihre Bemühungen darauf, durch die weitere Intensivierung der Ausbeutung in ihren Fabriken in den USA selbst die Produktion wesentlich zu steigern und, erst recht bei der erwarteten Absatzstockung auf dem inneren Markt in den kommenden Jahren, in großem Stil eine Exportoffensive gegen die Konkurrenten zu eröffnen. Dabei können Ford und General Motors, die mit Abstand größten Weltmonopole im Automobilbau überhaupt, die Sache noch souveräner als der kleinere Konkurrent Chrysler angehen: mit einem Investitionsprogramm von 50 Mrd. Dollar bis 1985 be-



VW-Arbeiter in New Stanton, Pennsylvania, feiern den Sieg über die VW-Kapitalisten im Juni, als diese die UAW im Betrieb zulassen mußten. Durch den erfolgreichen Streik im Oktober haben die Arbeiter sich auch die Angleichung ihrer Löhne an den gewerkschaftlichen Tariflohn gesichert.

absichtigen sie in ihren Fabriken in Detroit und anderswo in den USA, neue Maßstäbe in der Auspressung von Mehrarbeit zu setzen, die sie später auf ihre Auslandsfilialen übertragen können.

Gegen die enorme Steigerung der Ausbeutung, die in den letzten Jahren bereits stattgefunden hat, führen die Automobilarbeiter der USA einen Kampf, den sie in Flugblättern und Korrespondenzen oft dramatisch als „Kampf auf Leben und Tod" bezeichnen, und das ist nicht allzusehr übertrieben. Schon 1973 hatte eine medizinische Untersuchung unter Automobilarbeitern zu dem Resultat geführt, daß ca. 65 Arbeiter täglich an den Auswirkungen der Profitschinderei, als Unfallopfer, durch schleichende Vergiftung infolge giftiger Substanzen (vor allem bei Lackdämpfen, Blei u.a.), durch Herz- und Gehirnschlag oder auf sonst eine Weise einen vorzeitigen Tod sterben. Dabei sind die Fabriken nicht nur Arbeits-, sondern auch wirkliche Zuchthäuser. Als im Juli des letzten Jahres in zahlreichen Fabriken in Detroit während einer wochenlangen Hitzeperiode, worin die Temperaturen in den Werkhallen auf über 40° stiegen, die Arbeiter von ihrem tariflichen Recht Gebrauch machten, die Arbeit einzustellen, feuerten die Bosse sofort fristlos die Streikführer und drohten Hunderten von Arbeitern die Kündigung an. Man muß wissen: niemals ist der Profit für die US-Automobilkapitalisten so geflossen wie 1977. General Motors verzeichnete mit 3,3 Milliarden Dollar den größten Nettoprofit, den überhaupt je in der Geschichte aller Ausbeuterklassen ein einzelnes Unternehmen binnen einem Jahr hat erzielen können. Also wurde die Peitsche geschwungen. Als mehrere Belegschaften auf die Entlassungen hin in den Streik traten, ließen die Kapitalisten Anti-Aufruhr-Polizei mit schwerem Gerät auffahren, und – so vor dem Chrysler-Werk Lynch Road, wo die Arbeiter sich verbarrikadiert hatten – von einem Hubschrauber aus dirigiert, der die Szene taghell erleuchtete, den Streik buchstäblich niederschlagen.

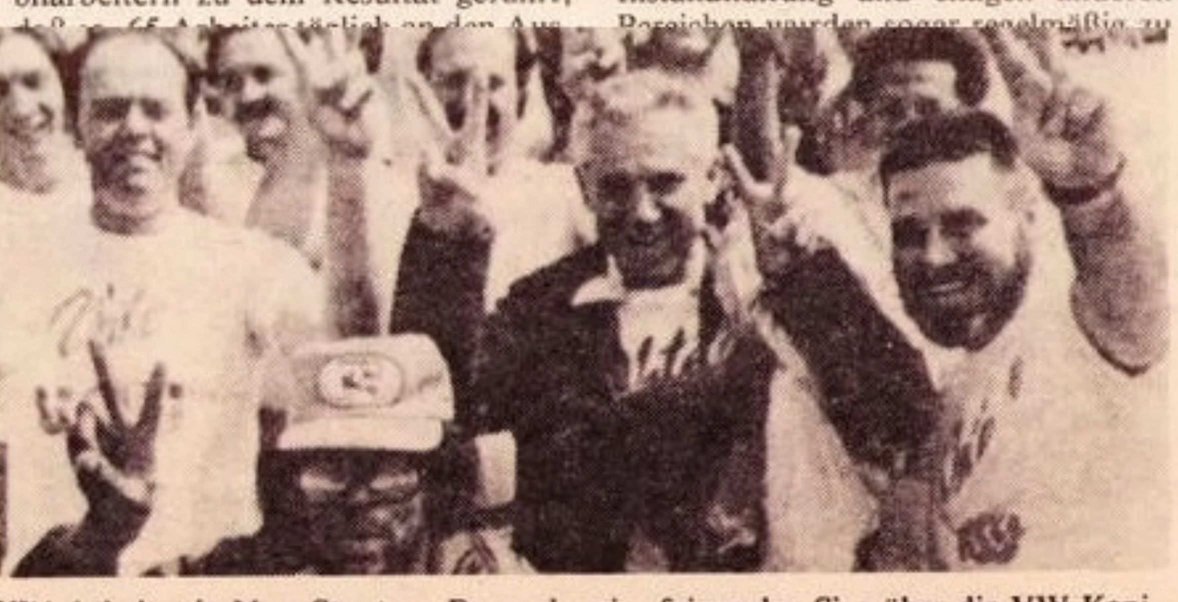
Das Lynch-Road-Werk von Chrysler wurde danach drei Monate lang geschlossen und die Arbeiter auf staatliche Sozialhilfe gesetzt, während die Maschinerie im Werk für die kommenden Profitschlachten vollständig umgerüstet wurde. Dann wurde wiedereingestellt, von vorneherein einige hundert Arbeiter weniger. Die Arbeitszeit wurde zuerst auf neun Stunden, dann kurz darauf durch Dekret der Betriebsleitung auf 10 Std. täglich festgesetzt. Die Arbeiter in der Lackiererei, in der Instandhaltung und einigen anderen Bereichen wurden sogar regelmäßig zu Arbeitstagen von 12 und 14 Stunden gezwungen, und das oft über einen längeren Zeitraum hinweg an sieben Tagen in der Woche. Vor kurzem ist ein Arbeiter Mitte der 20er an Herzschlag gestorben, nachdem er zwei Monate lang sieben Tage in der Woche gearbeitet hatte. So schildert ein Arbeiterkorrespondent aus diesem Werk die Lage.

(The Call, 20.11.78) Erlaubt ist den Chrysler-Kapitalisten dies Vorgehen durch den Tarifvertrag von 1976, der die festgelegten Arbeitszeitbeschränkungen ohne jede Obergrenze für die Dauer eines Jahres aufhebt, wenn die Kapitalisten neue Produktionsanlagen installieren. In den kommenden Jahren werden in den meisten Automobilfabriken der USA neue Maschinen installiert werden.

Reformistische Fallen in den bestehenden Tarifverträgen haben den Kapitalisten allenthalben das Geschäft erleichtert. So steht in dem Tarifvertrag mit General Motors eine Bestimmung über den „persönlichen Plan für bezahlten Urlaub", der als Arbeitszeitverkürzung ausgegeben wird und wonach die Arbeiter alle vier oder sechs Wochen einen zusätzlichen freien Tag erhalten. Tatsächlich hat gerade dies offenbar den Weg für die Vernichtung aller Festlegungen über den Normalarbeitstag freigemacht. Ein schwarzer Arbeiter hat auf die Frage, welches für ihn die wichtigste Forderung zu den kommenden Tarifverhandlungen sei, geantwortet: „Eine kürzere Arbeitswoche! Fraser (der Vorsitzende der Automobilarbeitergewerkschaft, d. Übersetzer) muß uns für blöd halten. Oder wie kommt er darauf, daß ein freier Tag alle sechs Wochen oder auch einmal im Monat eine kürzere Arbeitswoche sei? Wir arbeiten bei uns neun Stunden am Tag, sechs Tage in der Woche, und auch in der Woche mit dem freien Tag sind das noch 45 Stunden, in den übrigen Wochen sind es 54 Stunden". (The Call, 20.11.)

Mit dieser Kombination von intensiven *und* extensiven Ausbeutungsmethoden haben die Automobilmonopole der USA binnen drei Jahren, von 1974 bis 1977, einen Produktivitätsvorsprung von 25% zuwege gebracht. Der Fall des Dollar gegenüber der DM und dem Yen hat die Preise selbst der am billigsten verkauften japanischen Wagen um mehrere hundert Dollar über die ihrer US-Konkurrenzmodelle gehoben. Allein in diesem Jahr haben die US-Monopole den Anteil der europäischen und japanischen Konkurrenten am nordamerikanischen Markt selbst von 18,3 auf 15% zurückgestutzt.

Das hängt auch mit ihrer veränderten Modellstrategie zusammen. Durch Bundesgesetz ist für 1985 die Höchstgrenze für den zulässigen Benzinverbrauch eines PKW auf weniger als neun Liter pro 100 km festgelegt worden. Dieses Limit wird ab 1981 schrittweise eingeführt. Dazu kommen noch Abgasbestimmungen, die nicht nur allen auswärtigen Konkurrenten auf dem US-Markt einen Umrüstungstribut auflegen oder sie draußen halten, sondern die „Großen Drei" selbst dazu zwingen, im selbstverordneten Gleichschritt von den bisherigen Blechkreuzern auf kompaktere, auf dem Weltmarkt gängige Modelle umzusteigen. Eine fieberhafte Suche nach dem „Weltauto" ist ausgebrochen, das auf allen Märkten verkäuflich sein und in den Fabriken der USA selbst und in Übersee parallel oder arbeitsteilig produziert werden kann – aber eben nach Maßstäben der Mehrwertschinderei, die in Detroit gesetzt worden sind.



VW-Arbeiter in New Stanton, Pennsylvania, feiern den Sieg über die VW-Kapitalisten im Juni, als diese die UAW im Betrieb zulassen mußten. Durch den erfolgreichen Streik im Oktober haben die Arbeiter sich auch die Angleichung ihrer Löhne an den gewerkschaftlichen Tariflohn gesichert.

absichtigen sie in ihren Fabriken in Detroit und anderswo in den USA, neue Maßstäbe in der Auspressung von Mehrarbeit zu setzen, die sie später auf ihre Auslandsfilialen übertragen können.

Gegen die enorme Steigerung der Ausbeutung, die in den letzten Jahren bereits stattgefunden hat, führen die Automobilarbeiter der USA einen Kampf, den sie in Flugblättern und Korrespondenzen oft dramatisch als „Kampf auf Leben und Tod" bezeichnen, und das ist nicht allzusehr übertrieben. Schon 1973 hatte eine medizinische Untersuchung unter Automobilarbeitern zu dem Resultat geführt,

giert, der die Szene taghell erleuchtete, den Streik buchstäblich niederschlagen.

Das Lynch-Road-Werk von Chrysler wurde danach drei Monate lang geschlossen und die Arbeiter auf staatliche Sozialhilfe gesetzt, während die Maschinerie im Werk für die kommenden Profitschlachten vollständig umgerüstet wurde. Dann wurde wiedereingestellt, von vorneherein einige hundert Arbeiter weniger. Die Arbeitszeit wurde zuerst auf neun Stunden, dann kurz darauf durch Dekret der Betriebsleitung auf 10 Std. täglich festgesetzt. Die Arbeiter in der Lackiererei, in der Instandhaltung und einigen anderen

woche sei? Wir arbeiten bei uns neun Stunden am Tag, sechs Tage in der Woche, und auch in der Woche mit dem freien Tag sind das noch 45 Stunden, in den übrigen Wochen sind es 54 Stunden". (The Call, 20.11.)

Mit dieser Kombination von intensiven und extensiven Ausbeutungsmethoden haben die Automobilmonopole der USA binnen drei Jahren, von 1974 bis 1977, einen Produktivitätsvorsprung von 25% zuwege gebracht. Der Fall des Dollar gegenüber der DM und dem Yen hat die Preise selbst der am billigsten verkauften japanischen Wagen um mehrere hundert Dollar über die ihrer US-Konkurrenzmodelle gehoben. Allein in diesem Jahr haben die US-Monopole den Anteil der europäischen und japanischen Konkurrenten am nordamerikanischen Markt selbst von 18,3 auf 15% zurückgestutzt.

Das hängt auch mit ihrer veränderten Modellstrategie zusammen. Durch Bundesgesetz ist für 1985 die Höchstgrenze für den zulässigen Benzinverbrauch eines PKW auf weniger als neun Liter pro 100 km festgelegt worden. Dieses Limit wird ab 1981 schrittweise eingeführt. Dazu kommen noch Abgasbestimmungen, die nicht nur allen auswärtigen Konkurrenten auf dem US-Markt einen Umrüstungstribut auflegen oder sie draußen halten, sondern die „Großen Drei" selbst dazu zwingen, im selbstverordneten Gleichschritt von den bisherigen Blechkreu-

Fiat-Arbeiter untersuchen Arbeitsbedingungen

z.ulg.Rom. „Mit jedem Sockel, der aus der Gießerei hinausgeht, geht auch ein Stück Leben und Gehör hinaus", sagt ein Funktionär der „Liga", der einheitlichen Gewerkschaftsorganisation der Fiat-Hauptwerke in Turin, zu den Ergebnissen einer Untersuchung über die Arbeitsbedingungen in der Fabrik. Mithilfe eines Fragebogens der Gewerkschaft haben die Arbeiter die Bedingungen in den einzelnen Abteilungen untersucht. Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen: Hauptursache für den vorzeitigen Verschleiß von Arbeits- und Lebenskraft ist die wilde Rationalisierung, die die Fiat-Kapitalisten in den letzten Jahren gegen die Arbeiter durchgesetzt haben. In der Giesserei z.B. haben es die Kapitalisten durch Nicht-Ersatz verbrauchter Arbeitskraft in wenigen Jahren geschafft, die Zahl der Arbeiter dort um 400 auf jetzt 809 zu drücken. Fast die Hälfte der verbliebenen Arbeiter haben Berufskrankheiten: Silikose, Schwerhörigkeit usw. Im letzten Juni hat Fiat in einem Firmentarifvertrag zusagen müssen, kranken Arbeitern neue, weniger gesundheitsschädliche Arbeitsplätze zuzuteilen. 167 Anträge sind bereits als begründet anerkannt, weitere 200 Arbeiter haben den Antrag gestellt. Aber noch keinem ist ein neuer Arbeitsplatz zugewiesen worden. Jetzt weigern sich die Arbeiter, weiter in der Gießerei zu arbeiten, und führen Umzüge auf dem Betriebsgelände durch, u.a. zur Sanitätsstation.

Demonstration gegen sozialimperialistische Aggression in Eritrea

z.lup. Ebenso wie in zahlreichen anderen Hauptstädten Europas und Afrikas, fand am 16.12. in Bonn eine Demonstration gegen die sozialimperialistische Aggression in Eritrea mit 440 Teilnehmern statt. Auf der abschließenden Kundgebung sprach Genosse Ermias Debesai, Mitglied des ZK der Eritreischen Volksbefreiungsfront EPLF. In einer Grußadresse des Zentralen Komitee des KBW an die Demonstration heißt es: „Mit aller Macht versucht der sowjetische Sozialimperialismus, Eritrea fest in die Hand zu bekommen, um sich dadurch einen weiteren Brückenkopf für die Beherrschung Afrikas und des Nahen Ostens, für den Kampf um die Weltherrschaft zu sichern. Aber obwohl die eritreischen Befreiungskämpfer angesichts der gewaltigen Militärübermacht der Aggressoren zeitweilig feste Stützpunkte aufgeben mußten, zeigen bereits die Schläge, die sie dabei den Aggressoren versetzt haben, daß die sozialimperialistische Offensive zum Scheitern verurteilt ist. Der bewaffnete Befreiungskampf des Volkes von Eritrea ist eine große Unterstützung für alle Völker, die sich im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und das Hegemoniestreben der beiden Supermächte zusammenschließen."

Österreich: Kroatische Nationalität kämpft um ihre Rechte

z.pek. 500 Delegierte aus 40 kroatischen Dörfern des Burgenlandes haben Anfang Dezember auf der Versammlung des Kroatischen Kulturvereins

Sozialimperialistische Sibirien-Erschließung: Raubbau an der Natur und dem Arbeiter

z.rua. Am 13.12. vermeldete die „Aktuelle Kamera", Nachrichtensendung der DDR-Revisionisten: „Einer der kompliziertesten Streckenabschnitte wurde heute an der Baikal-Amur-Magistrale übergeben. Der erste Zug rollte zwischen Urgal und Allonka im östlichen Abschnitt der BAM. Auf einer Entfernung von nur 52 km mußten die Bauleute hier 7,5 Mio. m³ Boden bewegen. Damit der Untergrund am Ufer des Flusses Sementscha die nötige Festigkeit bekommt, wurden 28000 m³ Beton gegossen. Nächste Etappe der BAM-Erbauer ist der Abschnitt Allonka – Wasparucha, von dort aus sind es noch etwa 700 km bis zum östlichen Endpunkt der Eisenbahnlinie in Sowjetski Gawan am Japanischen Meer."

Die Sozialimperialisten fiebern dem Durchbruch ihrer zweiten Eisenbahnverbindung von Europa zum Pazifik entgegen. Er bedeutet einen gewaltigen Schritt vorwärts in ihrer Offensive auf dem Weltmarkt. Schon 1973 haben sie einen Containerverkehr auf der Transsibirischen Eisenbahn eingerichtet, der die Umschlagszeiten für Waren von Europa zum Pazifik gegenüber der Route um Afrika um 14 Tage verkürzt.

Aber die Bauarbeiten gehen zähflüssig voran. Schon mehrmals mußten die Planvorhaben für die vollständige Inbetriebnahme der BAM verschoben werden, der Plan für 1977 wurde nur zu 60% verwirklicht. Von den im Bereich des Baikalsees geplanten Tunnels über 27 km wurde erst 1 km gegraben. Es liegt nicht daran, daß die sowjetischen Arbeiter faul sind. Die von den Sozialimperialisten nach Sibirien deportierten Arbeiter sind gezwungen, um den Preis des Überlebens ihre Arbeitskraft in Akkord und Schicht unter mörderischen Arbeitsbedingungen verschleißen zu lassen. Als „Liebe zum sozialistischen Vaterland" deklarieren die russischen Bourgeois diesen Zwang.

Es ist die *Planlosigkeit* der kapitalistischen Produktionsweise, die das Sibirien-Programm der Sozialimperialisten bestimmt. Was für sie zählt, ist, möglichst schnell und umfassend alle Reserven aus der Erde und den Arbeitern herauszuholen, um zur führenden Industriemacht der Welt zu werden und kriegsfähig gegen die US-Imperialisten im Kampf um die Weltherrschaft zu sein.

Aber der Hauptteil der Industrieansiedlung der UdSSR liegt heute noch im europäischen Teil. 70% der sibirischen Energieförderung werden hier verbraucht. Der Transport ist teuer. Die Transportkosten für Kohle aus Sibirien in die Industriezentren betragen zwischen 4,60 und 8,20 Rubel pro Tonne. Der Erdgastransport ist billiger. Die Sozialimperialisten sind jedoch nicht in der Lage, die geeigneten Röhren selbst zu produzieren. Sie sind auf Importe auf Kompensationsbasis aus den imperialistischen Ländern, vor allem Japan und der BRD, angewiesen. Das macht sie unbeweglicher und schmälert ihren Profit.

Während sie einerseits Programme entwickeln, wie die sibirischen Energieressourcen weiterhin und billiger nach Europa befördert werden können, betreiben sie als Hauptschwerpunkt des laufenden Fünfjahrplans die Ansiedlung der Industrie in Sibirien. In unmittelbarer Nähe der Energiestofflager werden territoriale Produktionskomplexe errichtet, in denen die geförderten Rohstoffe verarbeitet werden. Vorrang hat der Aufbau der petrochemischen und Schwerindustrie.

Der überwiegende Teil Sibiriens besteht aus Dauerfrostboden, der bis in mehrere hundert Meter Tiefe reicht. Durchschnittlich 270 Tage im Jahr liegt die Temperatur unter 0°. Sie erreicht im Winter bis zu – 50°, im Sommer steigt sie bis zu 30°, die obersten Schichten des Bodens tauen zu einem sumpfigen Morast auf, und Schwärme von Moskitos breiten sich aus. Landwirtschaftliche Bebauung ist kaum möglich, auf dem Frostboden wachsen in erster Linie Kiefern. In den Wäldern lebten vor allem Pelztiere – Bären, Nerze und Zobel. Die sibirischen Völker – die Jakuten, Burjäten und Tuwiner – ernährten sich von der Rentierhaltung, der Pelztierjagd und dem Fischfang.

Seit Beginn der 60er Jahre „erschließen" die Sozialimperialisten Sibirien. In den westsibirischen Erdöllagerstätten Tjumen wurde ohne genaue Prospektierung und ohne Untersuchung der Auswirkungen mit der Förderung begonnen. Bis zu 3000 m Tiefe wurden Bohrlöcher in den Dauerfrostboden gerammt. Die Erdölförderung wurde innerhalb weniger Jahre rasch gesteigert, heute macht sie 25% der gesamten Fördermenge aus und soll bis 1980 weiter gesteigert werden. Gleichzeitig wurden durch ganz Sibirien Rohrleitungen für den Transport von Erdöl und -gas verlegt. Der unplanmäßige Eingriff in die Vegetation und die Zerstörung des Dauerfrostbodens bewirkten, daß die Erdbebenhäufigkeit in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen ist.

Die Sozialimperialisten haben weite Teile der Kiefernwälder abholzen lassen. Die Stämme werden auf dem Flußweg zum Baikalsee, der der tiefste und klarste See der Welt war, transportiert. Im Industriekomplex Ust-Ilimsk werden sie zu Zellulose und Papier verarbeitet. Die Abwässer werden in den See geleitet. Die natürliche Regeneration der Gewässer wird so verhindert. Durch das Abholzen ist die Luftfilterung durch die Kiefern nicht mehr gewährleistet. In der wüsten Landschaft breiten sich Ungeziefer und Unkraut aus. Die Wild- und Fischbestände sterben aus. Wann der Baikalsee kippt, ist eine Frage der Zeit.

Die sibirischen Volksstämme wurden ihrer selbständigen Reproduktionsbasis beraubt. In den Minen, Industrieanlagen und Pelztierzuchtfarmen der neuen Bourgeois wurden sie zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungen. Die Fortführung der eigenständigen Jagd wurde unter Strafe gestellt. Mit der „Erschließung Sibiriens" betrieben die großrussischen Chauvinisten die zwangsweise Russifizierung und unterdrückten den Gebrauch der nationalen Sprache und Kultur. Diejenigen, die sich nicht dieser Despotie unterwerfen wollten, wanderten aus. In Westsibirien verließen von 1960 bis 1968 mehr als eine Million Menschen ihre Heimat.

Vor wenigen Wochen feierten die Sozialimperialisten die zehnjährige Anwendung der „Stschokino-Methode", mittels derer Millionenmassen sowjetischer Arbeiter im europäischen Landesteil freigesetzt wurden. Wollten sie nicht arbeitslos verhungern, waren sie gezwungen, ihrem „Recht auf Arbeit" in Sibirien nachzukommen. Die „materiellen Vergünstigungen" bestehen in *einmaligen* Umzugskosten, 20%igen Lohnzuschlägen und nach mehrjähriger Anwesenheit in „Treueprämien".

Diese „Vergünstigungen" nimmt kaum ein Arbeiter in Anspruch. Schon nach kurzer Zeit stellt sich der Zuchthauscharakter der sozialimperialistischen Sibirienerschließung heraus. Die Lohnzuschläge werden voll von den höheren Preisen für eingeflogene Nahrungsmittel aufgefressen, wenn es überhaupt Nahrungsmittel gibt. Trotz der eisigen Kälte herrscht absolutes Alkoholverbot. Beheizten Wohnraum gibt es so gut wie nicht, weil Brenn- und Baustoffe für den Bau der Industrieanlagen vernutzt werden. In ihrer wenigen Freizeit sollen sich die Arbeiter durch den Bau von Bretterbuden „Wohnraum" schaffen. Trotz immer gewalttätigerer Deportationen sowjetischer Arbeiter ist die Bevölkerungsentwicklung Sibiriens rückläufig. Von den seit 1959 übersiedelten Arbeitern ist nur jeder 20. seßhaft geworden.

Komplott der britischen und US-Imperialisten um Belize

z.gek. „Kriegsstimmung um Belize", Pulverdampf also, wittert die Allgemeine der Frankfurter Finanzwelt. „Der Kampf um das Erdöl in Belize, auf das die Vereinigten Staaten und Guatemala Anspruch erheben, droht neue kriegerische Verwicklungen in Zentralamerika heraufzubeschwören". (FAZ, 9.12.)

Belize ist als Brückenkopf der britischen Imperialisten gegen den antikolonialen Befreiungskampf der Völker Zentralamerikas im vorigen Jahrhundert vom gerade unabhängig gewordenen Mexiko losgerissen worden. Die UN-Generalversammlung hat 1975 mit großer Mehrheit ihre Unterstützung erklärt für den Wunsch des Volkes von Belize – das hauptsächlich aus Nachfahren früherer Negersklaven gebildet wird –, sich unabhängig zu machen. Das Eintreten des benachbarten Guatemala für einen Anschluß Belizes war für Großbritannien 1977 willkommener Vorwand, um weitere Truppen nach Belize zu verlegen. Aber die revolutionäre Erhebung in Nicaragua, die Kämpfe der Arbeiter und Bauern in den anderen zentralamerikanischen Staaten, vor allem auch in Guatemala, wo Streiks, Landbesetzungen und bewaffnete Aktionen gegen die Herrschaft der großen Grundbesitzer und Bourgeois in diesem Jahr nicht abgerissen sind, schließlich die Unabhängigkeitspolitik Mexikos, das seinerseits den Kampf der Volksmassen Belizes für die vollständige Unabhängigkeit unterstützt – all dies hat den britischen Kolonialisten den Boden unter den Füßen heiß werden lassen. In einem noch geheimgehaltenen Deal, wie die Frankfurter Allgemeine herausgeschnüffelt hat, will Großbritannien jetzt seinen Stützpunkt an die US-Imperialisten verkaufen. Danach soll Belize „in die Unabhängigkeit entlassen" werden, *wenn* die vorläufige Regierung unter Ministerpräsident Price bereit ist, die Ausbeutung der neu entdeckten Ölvorkommen im Golf von Belize an US-amerikanische Ölgesellschaften zu übertragen – und den militärischen „Schutz" der USA, eventuell sogar die Stationierung von US-Truppen, in Kauf zu nehmen. Als Druckmittel und Vorwand dienen eben die erwähnten „Kriegsdrohungen" Guatemalas, die, soweit vorhanden, von den US-Imperialisten selbst geschürt werden, die als Lieferanten und Berater der Regierung Guatemals ihre israelischen Kettenhunde ins Spiel gebracht haben.

Das eigentliche Ziel der US-Imperialisten ist, Guatemala *und* Belize in eine Art Föderation unter ihrer Fuchtel hin-



Kämpfe der sandinistischen Befreiungsfront Nicaraguas

einzuprügeln, um die Pläne in Angriff nehmen zu könne, mindestens eine Ölpipeline, möglicherweise sogar einen neuen Kanal an dieser Stelle durch Zentralamerika zu legen, der ihnen nach dem Verlust des Panama-Kanals spätestens im Jahr 2000 als neues strategisches Verbindungsstück zwischen Atlantik und Pazifik dienen kann. Dieser Schuß kann ihnen nach hinten losgehen. In Mexiko spricht man immer häufiger von „unserer zweiten Front mit den Vereinigten Staaten".

sig voran. Schon mehrmals mußten die Planvorhaben für die vollständige Inbetriebnahme der BAM verschoben werden, der Plan für 1977 wurde nur zu 60% verwirklicht. Von den im Bereich des Baikalsees geplanten Tunnels über 27 km wurde erst 1 km gegraben. Es liegt nicht daran, daß die sowjetischen Arbeiter faul sind. Die von den Sozialimperialisten nach Sibirien deportierten Arbeiter sind gezwungen, um den Preis des Überlebens ihre Arbeitskraft in Akkord und Schicht unter mörderischen Arbeitsbedingungen verschleißen zu lassen. Als „Liebe zum sozialistischen Vaterland" deklarieren die russischen Bourgeois diesen Zwang.

Es ist die *Planlosigkeit* der kapitalistischen Produktionsweise, die das Si-

mittelbarer Nähe der Energiestofflager werden territoriale Produktionskomplexe errichtet, in denen die geförderten Rohstoffe verarbeitet werden. Vorrang hat der Aufbau der petrochemischen und Schwerindustrie.

Der überwiegende Teil Sibiriens besteht aus Dauerfrostboden, der bis in mehrere hundert Meter Tiefe reicht. Durchschnittlich 270 Tage im Jahr liegt die Temperatur unter 0°. Sie erreicht im Winter bis zu – 50°, im Sommer steigt sie bis zu 30°, die obersten Schichten des Bodens tauen zu einem sumpfigen Morast auf, und Schwärme von Moskitos breiten sich aus. Landwirtschaftliche Bebauung ist kaum möglich, auf dem Frostboden wachsen in erster Linie Kiefern. In den Wäldern lebten vor allem Pelztiere – Bären,

arbeitet. Die Abwässer werden in den See geleitet. Die natürliche Regeneration der Gewässer wird so verhindert. Durch das Abholzen ist die Luftfilterung durch die Kiefern nicht mehr gewährleistet. In der wüsten Landschaft breiten sich Ungeziefer und Unkraut aus. Die Wild- und Fischbestände sterben aus. Wann der Baikalsee kippt, ist eine Frage der Zeit.

Die sibirischen Volksstämme wurden ihrer selbständigen Reproduktionsbasis beraubt. In den Minen, Industrieanlagen und Pelztierzuchtfarmen der neuen Bourgeois wurden sie zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungen. Die Fortführung der eigenständigen Jagd wurde unter Strafe gestellt. Mit der „Erschließung Sibiriens" betrieben die großrussischen

auf das die Vereinigten Staaten und Guatemala Anspruch erheben, droht neue kriegerische Verwicklungen in Zentralamerika heraufzubeschwören". (FAZ, 9.12.)

Belize ist als Brückenkopf der britischen Imperialisten gegen den antikolonialen Befreiungskampf der Völker Zentralamerikas im vorigen Jahrhundert vom gerade unabhängig gewordenen Mexiko losgerissen worden. Die UN-Generalversammlung hat 1975 mit großer Mehrheit ihre Unterstützung erklärt für den Wunsch des Volkes von Belize – das hauptsächlich aus Nachfahren früherer Negersklaven gebildet wird –, sich unabhängig zu machen. Das Eintreten des benachbarten Guatemala für einen Anschluß Belizes war für Großbritannien 1977 willkommener Vorwand, um weitere Truppen nach Belize zu verlegen. Aber die revolutionäre Erhebung in Nicaragua, die Kämpfe der Arbeiter und Bauern in den anderen zentralamerikanischen Staaten, vor allem auch in Guatemala, wo Streiks, Landbesetzungen und bewaffnete Aktionen gegen die Herrschaft der großen Grundbesitzer und Bourgeois in diesem Jahr nicht abgerissen sind, schließlich die Unabhängigkeitspolitik Mexikos, das seinerseits den Kampf der Volksmassen Belizes für die vollständige Unabhängigkeit unterstützt – all dies hat den britischen Kolonialisten den Boden unter den Füßen heiß werden lassen. In einem noch geheimgehaltenen Deal, wie die Frankfurter Allgemeine herausgeschnüffelt hat, will Großbritannien jetzt seinen Stützpunkt an die US-Im-

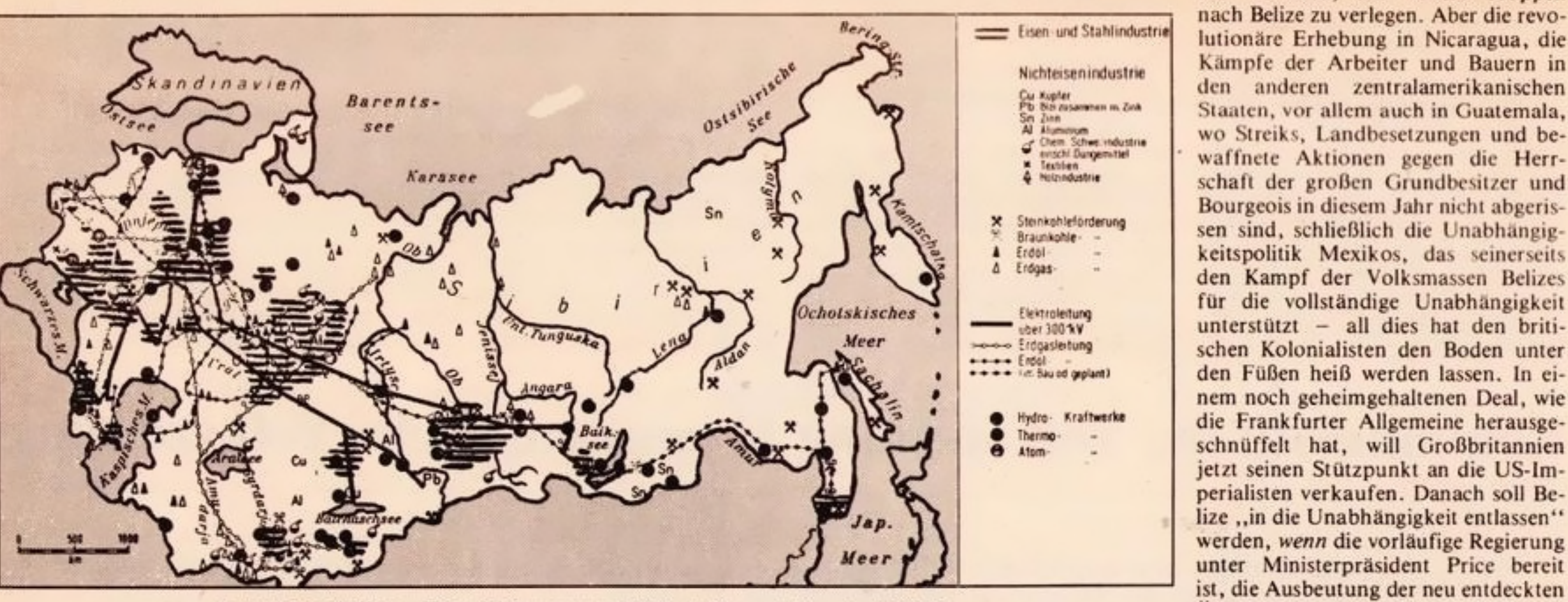
Kauf zu nehmen. Als Druckmittel und Vorwand dienen eben die erwähnten „Kriegsdrohungen" Guatemalas, die, soweit vorhanden, von den US-Imperialisten selbst geschürt werden, die als Lieferanten und Berater der Regierung Guatemals ihre israelischen Kettenhunde ins Spiel gebracht haben.

Das eigentliche Ziel der US-Imperialisten ist, Guatemala *und* Belize in eine Art Föderation unter ihrer Fuchtel hin-



Kämpfe der sandinistischen Befreiungsfront Nicaraguas

einzuprügeln, um die Pläne in Angriff nehmen zu könne, mindestens eine Ölpipeline, möglicherweise sogar einen neuen Kanal an dieser Stelle durch Zentralamerika zu legen, der ihnen nach dem Verlust des Panama-Kanals spätestens im Jahr 2000 als neues stra-



Industrieansiedlung, Energieleitungen und Rohstofflagerstätten der UdSSR

von der österreichischen Regierung die Bereitstellung von Sendezeiten für eigene Rundfunkprogramme und die volle Durchführung des Unterrichts in ihrer Muttersprache gefordert. Die nationale Kultur und Sprache der burgenländischen Kroaten wird von der österreichischen Bourgeoisie unterdrückt. Die eigenständige Produktion der kroatischen Bauern wurde weitgehend zerstört. Heute müssen die meisten von ihnen ihre Arbeitskraft als Pendler an die Industriekapitalisten in Wien oder Graz verkaufen. Der Unterricht in den Schulen des zweisprachigen Gebietes, der noch bis Mitte der sechziger Jahre zweisprachig abgehalten wurde, darf heute mit Ausnahme von drei Wochenstunden nur noch auf Deutsch gehalten werden. In Stinjaki hat der sozialdemokratische Bürgermeister der Kindergärtnerin verboten, mit den Kindern kroatisch zu sprechen. So wie sich die burgenländischen Kroaten vier Jahrhunderte lang gegen die Unterdrückung durch die österreichische Monarchie zur Wehr gesetzt haben, verteidigen sie ihre nationalen Rechte heute gegen die österreichischen Imperialisten. Trotz Verbot durch die Staatsmacht halten die kroatischen Lehrer in mehreren Dörfern den Unterricht in der Muttersprache.

„Blue jeans" in der DDR – das große Geschäft

z.mih. Am 1.Dezember hat die DDR 800000 „blue jeans" von Levi Strauss & Co. (USA) für 9 Mio. $ (pro Paar – 11,25 $) gekauft. Sie verkauft das Paar für 149 Mark (74 $) im eigenen Land. 557% vom Einkaufspreis, 50,2 Mio. $ beträgt der Reibach aus der Kulturdurchdringung der DDR durch die US-Imperialisten, die sie sonst so verdammt. Kein Zugeständnis an „Jeans-Liebhaber", zahlen soll die Jugend. Mit „Jeans" aus eigener Produktion machen sie keinen guten Schnitt. Günter Mittag, ZK-Sekretär für Wirtschaft der DDR, hat die Textilindustrie angehalten, „geschmackvollere" Bekleidung „in weitaus größerem Maße" herzustellen. Doch die Waren mit dem Gütezeichen „Q" (Qualität) sind nicht für die Massen, sondern fast ausschließlich für den Export. Die BRD ist Großabnehmer. Meist ohne Etikett landen die Qualitätswaren, wie z.B. Pelze, zum größten Teil in westdeutschen Versandhäusern. 11000 Pelzmäntel und -jacken gehen jährlich für 14 Mio. DM in die BRD. Mehr als das Doppelte (5200 Mark) als „im Westen" kostet in der DDR ein Persianermantel mittlerer Qualität. Für die Volksmassen in der DDR bleibt nur der Ausschuß oder z.B. „blue jeans" für fast ein Viertel des Arbeitermonatslohns.

Änderung der französischen Arbeitszeitordnung

z.jon.Paris. Mit einer scheinbar unbedeutenden Gesetzesänderung hat die französische Nationalversammlung am 8.12. die Arbeitszeitordnung von 1936 liquidiert. Dieses Gesetz sah vor: 40 Stunden Arbeitszeit an mindestens 5 Wochentagen, also den 8-Stundentag. Mit 60 Stunden Höchstarbeitszeit war der 8-Stundennormalarbeitstag kräftig durchlöchert. Später dann wurde die Höchstarbeitszeit zunächst auf 52 Stunden und jetzt auf 50 Stunden gesenkt. In „Ausnahmefällen" können die Kapitalisten immer noch 60 Stunden lang legal für sich arbeiten lassen. Die entscheidende Neuerung aber ist: Die 40 Stunden Normalarbeitszeit können auf vier Wochentage bei „maximal" 10 Stunden täglich verteilt werden. Das bedeutet die Wiedereinführung des 10-Stunden-Normalarbeitstages. Der Kapitalist kann jetzt, wo Markt- und Produktionsbedingungen dafür günstig, die Arbeitskraft an weniger Tagen länger „normal" auspressen. Zum Schutz gegen die Folgen des überlangen Arbeitstages hat die Arbeiterklasse den gesetzlichen Achtstundentag erkämpft. Der Unternehmerverband CNPF verlangt die Einführung der „Jahresarbeitszeit", die es ermöglichen soll, die einzelnen Arbeitsperioden uneingeschränkt nach den Bedürfnissen des Marktes zu raffen und zu dehnen. Mit der Liquidierung des 8-Stundentages sind die Kapitalisten dem ein gutes Stück näher gekommen.

Jugoslawien baut eigene Energieversorgung aus

z.pek. Die „Freilassung von vier deutschen Staatsbürgern", die auf den Fahndungslisten des westdeutschen Staatsschutzes ganz obenan stehen, durch die jugoslawischen Behörden vor einigen Wochen war für die BRD-Imperialisten Anlaß genug, ihre Erpressungsdrohungen gegen Jugoslawien lauthals hinauszuposaunen. So machten sie darauf aufmerksam, daß Jugoslawien auf die Einfuhr von täglich 5,5 Mio. kWh Strom angewiesen sei. Den größten Teil dieser Stromlieferungen bezieht Jugoslawien durch eine Ringverbundleitung aus Italien und Österreich. Am 6. Dezember mußte die Stromversorgung in der Hauptstadt Belgrad und in verschiedenen anderen Städten Serbiens eingeschränkt werden. Gegen solche und ähnliche Sabotageakte hat Jugoslawien in den letzten Jahren große Anstrengungen zur Entwicklung der eigenständigen Energieversorgung unternommen. Die gesamte nationale Stromerzeugung wurde von 26000 GWh im Jahr 1970 auf 43000 GWh im Jahr 1976 gesteigert. Eine weitere beträchtliche Erhöhung der Stromproduktion wurde durch das mit Rumänien errichtete Donaukraftwerk „Eisernes Tor I", das seit Ende 1977 in Betrieb ist, erreicht. Als zweites Gemeinschaftsprojekt mit Rumänien befindet sich das „Eiserne Tor II" im Bau. Zur Sicherung der unabhängigen Versorgung mit Benzin und anderen Erdölprodukten wurde jetzt in der Nähe von Skopje der Bau einer Großraffinerie mit einer Jahresleistung von 2,5 Mio. t begonnen.

Streik in der Stahlindustrie: Ungeschlichtete Wahrheit 5% = 120 DM



Versammlung Klöckner Bremen. Streik im ganzen Tarifgebiet wird gefordert.



Forderungen gegen Akkordschinderei werden aufgestellt. Demonstration Bochum.



Die Einheit zwischen ausländischen und deutschen Arbeitern festigt sich im Kampf gegen die Kapitalisten.





Kundgebung der IGM und des DGB in Bochum 12.12.1978

Bochum. An der Kundgebung in Bochum beteiligten sich ca. 12000. Es waren Delegationen der ÖTV (500), IG BE, Druck und Papier, NGG und Jugendliche von KHD (Wedag). Von den Betrieben Opel wurde von beiden Werken zum Kundgebungsplatz demonstriert. Ca. 6000 Opel-Arbeiter beteiligten sich daran, die meisten aus der Frühschicht. Der Zug hatte zwei rote Transparente mit den Forderungen „35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich" und „Akkord ist Mord – deshalb Arbeitszeitverkürzung jetzt". Während der Demonstration der Opel-Arbeiter quer durch die Stadt wurde gerufen: „Macht den Bossen Dampf – Euer Kampf ist unser Kampf". Der Zug von Krupp, der ebenfalls vom Werk zum Kundgebungsplatz demonstrierte, war etwa 1000 Mann stark. Der von Stahlwerke Bochum 2000. Am Morgen hatten 600 Arbeiter der Krupp Gesenkschmiede, die geschlossen werden soll, eine Demonstration durch die Bochumer Innenstadt durchgeführt. Gesprochen auf der Kundgebung haben H. Mayr, Kurt Schwab und Kluncker. Die Reden gingen gegen die Aussperrung und die Verletzung des Sozialstaatsprinzips. Kluncker sagte, daß außer der 35-Stunden-Woche auch eine angemessene Lohnerhöhung durchgesetzt werden müsse. Gegen Ende der Kundgebung fuhren ca. 20 Müllwagen auf den Platz und die Unterstützung des Kampfes durch die Müllwerker fand begeisterte Zustimmung. Auf der Kundgebung wurden 2000 Eilnachrichten der KVZ vom 12.12. verteilt. Viele Arbeiter hatten sie bereits morgens vor dem Betrieb erhalten. Die Forderung „Solidarität mit dem Kampf des iranischen Volkes", die auf einem Transparent erhoben und gerufen wurde, wurde von den Arbeitern unterstützt. Ebenso, daß Mitglieder der CISNU (Conföderation Iranischer Studenten) ein Flugblatt verteilten, in dem sie über den Streik und die Demonstrationen der iranischen Volksmassen am Wochenende unterrichteten.

HBV-Aktionen zur Unterstützung der Stahlarbeiter

Hamm. Obwohl aufgrund von Druck und Drohungen durch die Betriebsleitungen der Aufruf der HBV zu einem 10-minütigen Solidaritätsstreik während der IG-Metall-Kundgebungen nicht überall durchgeführt wurde, wurde die Aktion in der Hammer Kaufhalle und bei „allkauf" durchgeführt, die die Arbeit für 10 Minuten niedergelegt haben und während der Zeit Debatten mit den Kunden über den Stahlarbeiterstreik geführt haben. In der Kaufhalle trugen die Angestellten den ganzen Tag Plaketten, mit denen sie ihre Unterstützung für die Streikenden bekundeten.

Vertrauensleutekörper der Thyssen-AG Hamborn für Ausdehnung des Streiks

Der Vertrauensleutekörper der Thyssen AG Hamborn hat folgende Resolution verabschiedet: "Die IG Metall Vertrauensleute der Thyssen AG, Werke Hamborn, Beekerwerth, fordern den Vorstand und die Tarifkommissionsmitglieder auf, an unseren Forderungen voll inhaltlich festzuhalten. Die Kolleginnen und Kollegen stehen fest hinter Euch. Ein Arbeitgeberangebot in anderer Richtung, als es unserer Forderung entspricht, wird unbedingt abgelehnt. Diese Haltung erwarten wir von Euch. Die starre Haltung des Arbeitgebers macht es unbedingt erforderlich, weitere Stahlbetriebe des Tarifgebietes in unseren Arbeitskampf miteinzubeziehen."

Vertrauenskörper Mannesmann ruft zur Beteiligung an ÖTV-Kundgebung auf

Duisburg. In einem Flugblatt ruft der Vertrauenskörper zur Protestkundgebung der ÖTV am 18.12. gegen den Personalabbau-Plan der Duisburger Stadtverwaltung auf. In dem Flugblatt heißt es: „Welche Schwierigkeiten die Kollegen ÖTVler bei dieser Aktion haben und was sie in der Durchführung dieser Aktion von uns Stahlarbeitern erwarten, das sagt uns ein Flugblatt der ÖTV". In dem zitierten Flugblatt greift die ÖTV die „unterschwellige Gegenkampagne" und die „Verwaltungsspitze" an, die „inzwischen offen zu einer massiven Verunsicherungs- und Einschüchterungskampagne übergegangen ist".

Der Vertrauensleutekörper ruft zum Treffen vor Tor 1 vor Mannesmann am Montag auf, um von dort mit einer „eindrucksvollen Delegation zur Kundgebung der ÖTV zu fahren und dort die Gemeinsamkeit aller Arbeiter und Angestellten im Kampf gegen Arbeitslosigkeit zu demonstrieren".

Kurzarbeit bei 24 Dortmunder Firmen angemeldet

Dortmund. Mit dem Hinweis auf Streik- und Aussperrungsfolgen haben 24 Dortmunder Firmen Kurzarbeit beim Arbeitsamt angemeldet. Seit Anfang des Streiks bei der Westfalenhütte arbeiten bereits 150 Putzfrauen einer Reinigungsfirma kurz. Bei der Dortmunder Eisenbahn GmbH, die den Werksverkehr zwischen den Hoesch-Werken abwickelt, ist der Betrieb fast zum Erliegen gekommen. Von 70 Zügen, die sonst zwischen den Werken Westfalenhütte und Phoenix verkehren, sind noch ein knappes Dutzend unterwegs. Zwölf von 17 schweren Loks stehen auf dem Abstellgleis. Die Geschäftsführung der Eisenbahn GmbH hat bereits Kurzarbeit angekündigt.

Mannesmann Werksvorstand bedroht und beleidigt Streikposten

Duisburg. Nach wie vor kontrollieren die Streikposten vor Mannesmann scharf. Nachdem der Werksvorstand, wie berichtet, auch mit einer einstweiligen Verfügung daran nichts hat ändern können, hat Liestmann, Vorsitzender des Werksvorstandes, jetzt die Streikposten bedroht und beleidigt. „Was bei anderen Werken reibungslos funktioniert, hat die IG Metall in Huckingen wohl nicht im Griff. Bei uns spielt der Kleine Mann mit Schikanen groß auf. Daran, daß die Hütte hoffentlich bald wieder normal arbeiten wird, scheint hier kaum jemand zu denken", hat er in der Duisburger Ortspresse abgesetzen lassen.

Liestmann eingesperrt

Duisburg. Wie ein Vertrauensmann der Mannesmann AG Hüttenwerke berichtete, ist der Vorsitzende des Werksvorstandes Liestmann am 13.12. für kurze Zeit in seinem Büro eingesperrt worden, weil er Streikposten bedroht und in der örtlichen Presse als „Kleiner Mann, der an den Werkstoren schikaniert", beleidigt hatte.

Die bürgerliche Presse hetzt, um zu spalten

„Streikweihnachten?
Der Streik in der Stahlindustrie gehört nunmehr endgültig in die Kategorie unheimlich irrationaler Ereignisse. Es gibt keine vernünftige Erklärung für den Starrsinn der Gewerkschaft mehr... Es wird also immer klarer: im Grunde geht es hier nicht um eine greifbare Verbesserung für die Arbeiter vor Ort, sondern um den spektakulären Durchbruch, um den Ruhm der Funktionäre. So bekommt dieser Arbeitskampf makabre Züge. Niemand weiß im Augenblick wie er beigelegt werden kann." Frankfurter Allgemeine Zeitung 15.12.1978

„Mit einem Achselzucken legt sie (Hannelore Sch.) das Fleisch zurück, läßt sich am Wurststand ein Pfund Fleischwurst für 3,90 DM wiegen. 100 Gramm zu 78 Pfennig. ‚Es muß ja nicht immer Schnitzel sein'... ‚Und zum Fest bekommt jeder nur einen Teller mit Süßigkeiten', sagt der Hausherr. Gestrichen wurde auch der Winterurlaub für 1500 Mark im Bayrischen Wald – der erste seit sechs Jahren." Bild 14.12.1978

„‚Mein Mann war so froh, daß wir gerade wieder ein paar Überschichten hatten.' Und dann fügt sie hinzu ‚aber bitte sagen sie meinen Namen nicht'. Die Kollegen des bestreikten Mannesmann-Großröhrenwerks in Mühlheim fürchten um einen ihrer ‚fettesten' Aufträge." Welt, 14.12.1978

„Eugen Loderer, der Erste Vorsitzende der IG Metall, erweist sich auch hier einmal mehr als echter Führer seiner Organisation. Er scheint vor gar nichts mehr zurückzuschrecken. Recht und Gesetze kümmern ihn offensichtlich nicht mehr... Aber das scheint Loderer nicht mehr zu stören." Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.12.1978

„Streik ist ein Stück Freiheit, aber nach mehr als 14 Tagen wird es Zeit für ein Ende. Kommt herunter von den Schlachtrössern, beide. Es weihnachtet. Im Kompromiß liegt der Vorzug der Tarifautonomie. Ein bunter Strauß von arbeitszeitverkürzenden Maßnahmen ist wahrscheinlich besser als alle Hauruck-Maßnahmen. Dazu gehört nicht nur die Wochenarbeitszeit, sondern auch die Jahres- und Lebensarbeitszeit. Warum muß der alte Stahlarbeiter warten, bis ihm das Gesetz den verdienten Ruhestand erlaubt? Gebt ihm doch die Chance, aus der Maloche auszusteigen, wann er will." Kommentar Norbert Blüm, Bild, 15.12.1978

„Den Gewerkschaften warf Lambsdorff in einer Rede vor der Industrie- und Handelskammer Hagen vor, durch den Streik ‚eine akute und nachhaltige Gefährdung von Arbeitsplätzen' zu riskieren. Sollte sich der Arbeitskampf weiter ausdehnen, so erhöhe sich das Risiko, daß die konjunkturelle Erholung abgewürgt werde." Welt, 14.12.1978

„Über derartige Bedenken (daß ‚wilde Streiks' von Gerichten als rechtswidrig eingestuft werden) hat sich der Vorstand der IG Metall hinweggesetzt, als er jetzt seinerseits zu gesamtgewerkschaftlichen Protestaktionen aufrief. Die Müllwerker von Bochum und Münster zum Beispiel haben gegen die Friedenspflicht verstoßen, als sie ihre Arbeit unterbrachen." Süddeutsche Zeitung, 14.12.1978

werden aufgestellt. Demonstration Bochum.

auch eine angemessene Lohnerhöhung durchgesetzt werden müsse. Gegen Ende der Kundgebung fuhren ca. 20 Müllwagen auf den Platz und die Unterstützung des Kampfes durch die Müllwerker fand begeisterte Zustimmung. Auf der Kundgebung wurden 2000 Eilnachrichten der KVZ vom 12.12. verteilt. Viele Arbeiter hatten sie bereits morgens vor dem Betrieb erhalten. Die Forderung „Solidarität mit dem Kampf des iranischen Volkes", die auf einem Transparent erhoben und gerufen wurde, wurde von den Arbeitern unterstützt. Ebenso, daß Mitglieder der CISNU (Conföderation Iranischer Studenten) ein Flugblatt verteilten, in dem sie über den Streik und die Demonstrationen der iranischen Volksmassen am Wochenende unterrichteten.

HBV-Aktionen zur Unterstützung der Stahlarbeiter

Hamm. Obwohl aufgrund von Druck und Drohungen durch die Betriebsleitungen der Aufruf der HBV zu einem 10-minütigen Solidaritätsstreik während der IG-Metall-Kundgebungen nicht überall durchgeführt wurde, wurde die Aktion in der Hammer Kaufhalle und bei „allkauf" durchgeführt, die die Arbeit für 10 Minuten niedergelegt haben und während der Zeit Debatten mit den Kunden über den Stahlarbeiterstreik geführt haben. In der Kauf-

Personalabbau-Plan der Duisburger Stadtverwaltung auf. In dem Flugblatt heißt es: „Welche Schwierigkeiten die Kollegen ÖTVler bei dieser Aktion haben und was sie in der Durchführung dieser Aktion von uns Stahlarbeitern erwarten, das sagt uns ein Flugblatt der ÖTV". In dem zitierten Flugblatt greift die ÖTV die „unterschwellige Gegenkampagne" und die „Verwaltungsspitze" an, die „inzwischen offen zu einer massiven Verunsicherungs- und Einschüchterungskampagne übergegangen ist".

Der Vertrauensleutekörper ruft zum Treffen vor Tor 1 vor Mannesmann am Montag auf, um von dort mit einer „eindrucksvollen Delegation zur Kundgebung der ÖTV zu fahren und dort die Gemeinsamkeit aller Arbeiter und Angestellten im Kampf gegen Arbeitslosigkeit zu demonstrieren".

Kurzarbeit bei 24 Dortmunder Firmen angemeldet

Dortmund. Mit dem Hinweis auf Streik- und Aussperrungsfolgen haben 24 Dortmunder Firmen Kurzarbeit beim Arbeitsamt angemeldet. Seit Anfang des Streiks bei der Westfalenhütte arbeiten bereits 150 Putzfrauen einer Reinigungsfirma kurz. Bei der Dortmunder Eisenbahn GmbH, die den Werksverkehr zwischen den Hoesch-Werken abwickelt, ist der Betrieb fast

ihm das Gesetz den verdienten Ruhestand erlaubt? Gebt ihm doch die Chance, aus der Maloche auszusteigen, wann er will." Kommentar Norbert Blüm, Bild, 15.12.1978

„Den Gewerkschaften warf Lambsdorff in einer Rede vor der Industrie- und Handelskammer Hagen vor, durch den Streik ‚eine akute und nachhaltige Gefährdung von Arbeitsplätzen' zu riskieren. Sollte sich der Arbeitskampf weiter ausdehnen, so erhöhe sich das Risiko, daß die konjunkturelle Erholung abgewürgt werde." Welt, 14.12.1978

„Über derartige Bedenken (daß ‚wilde Streiks' von Gerichten als rechtswidrig eingestuft werden) hat sich der Vorstand der IG Metall hinweggesetzt, als er jetzt seinerseits zu gesamtgewerkschaftlichen Protestaktionen aufrief. Die Müllwerker von Bochum und Münster zum Beispiel haben gegen die Friedenspflicht verstoßen, als sie ihre Arbeit unterbrachen." Süddeutsche Zeitung, 14.12.1978

zum Erliegen gekommen. Von 70 Zügen, die sonst zwischen den Werken Westfalenhütte und Phoenix verkehren, sind noch ein knappes Dutzend unterwegs. Zwölf von 17 schweren Loks stehen auf dem Abstellgleis. Die Geschäftsführung der Eisenbahn GmbH hat bereits Kurzarbeit angekündigt.

Mannesmann Werksvorstand bedroht und beleidigt Streikposten

Duisburg. Nach wie vor kontrollieren die Streikposten vor Mannesmann scharf. Nachdem der Werksvorstand, wie berichtet, auch mit einer einstweiligen Verfügung daran nichts hat ändern können, hat Liestmann, Vorsitzender des Werksvorstandes, jetzt die Streikposten bedroht und beleidigt. „Was bei anderen Werken reibungslos funktioniert, hat die IG Metall in Huckingen wohl nicht im Griff. Bei uns spielt der Kleine Mann mit Schikanen groß auf. Daran, daß die Hütte hoffentlich bald wieder normal arbeiten wird, scheint hier kaum jemand zu denken", hat er in der Duisburger Ortspresse abgesetzen lassen.

Liestmann eingesperrt

Duisburg. Wie ein Vertrauensmann der Mannesmann AG Hüttenwerke berichtete, ist der Vorsitzende des Werksvorstandes Liestmann am 13.12. für kurze Zeit in seinem Büro eingesperrt worden, weil er Streikposten bedroht und in der örtlichen Presse als „Kleiner Mann, der an den Werkstoren schikaniert", beleidigt hatte.



Die Einheit zwischen ausländischen und deutschen Arbeitern festigt sich im Kampf gegen die Kapitalisten.



Kundgebung in Dillenburg. 3000 Teilnehmer, darunter von Opel Rüsselsheim.



Solidaritätsaktionen der Gewerkschaft ÖTV in Oberhausen

Kundgebung am 12.12. in Bochum. 12000 Teilnehmer. An verschiedenen Orten in NRW legen Bus- und Bahnfahrer kurzzeitig mit dem Nahverkehr aus Solidarität mit dem Kampf der Stahlarbeiter still und verteilen Flugblätter.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Eilnachricht 15.12.1978

Presse, Parteien, Gerichte und Kapitalistenverbände suchen die schwache Stelle des Stahlarbeiterstreiks

Erster Vorstoß der Stahlkapitalisten

Etwas deutschnationale Panik verbreiten und ansonsten den starken Mann spielen, das ist gegenwärtig die Taktik der Stahlkapitalisten. Durch den Streik könnten der westdeutschen Stahlindustrie leicht dauerhaft Aufträge verlorengehen. Die roten Zahlen würden dann noch röter geschrieben, einige Firmen gingen dann bankrott, meint Otto Wolff von Amerongen, Stahlgroßhändler und Sprecher des Deutschen Industrie- und Handelstages. Das ist die eine Melodie. Es gibt auch die andere: Der Streik der Stahlarbeiter könnte noch lange ausgehalten werden. Vor allem die Automobilindustrie sei gut versorgt, bis Weihnachten sowieso und auch im neuen Jahr. Und man könne immer noch das Ersatzteillager wegschaffen lassen, behauptet BMW.

Wahr ist keins von beidem: Mit einem Sieg über die streikenden Stahlarbeiter erhoffen die westdeutschen Stahlkapitalisten dauerhafte Vorteile über ihre Konkurrenten. Daher ihre Unverfrorenheit gegenüber den Forderungen der Stahlarbeiter. Würde aber die IG Metall endlich die ganze Stahlindustrie zum Streik aufrufen: schon vor Weihnachten würden die Kapitalisten anders reden.

Die Wahrheit ist: Den Kapitalisten und ihrem Troß wird die Sache äußerst ungemütlich. An den Demonstrationen und Kundgebungen am Dienstag haben 145000 teilgenommen. Über mangelnde Unterstützung brauchen sich die Stahlarbeiter auch keine Sorgen zu machen. Die Arbeiter aus anderen Branchen, die an den Kundgebungen und Demonstrationen während der Arbeitszeit teilnahmen, waren eine Vorausabteilung. Sobald die Gewerkschaften Solidaritätsstreiks und -demonstrationen wirklich fördern und organisieren, wird es so leicht kein Halten geben. Sowieso drängen die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu einem Kampf auf breiter Front gegen die dauernden Lohnsenkungen und den immer zügelloseren Verschleiß ihrer Arbeitskraft.

Die Wahrheit ist: Die Kapitalisten müssen spalten, um einen Abschluß diktieren zu können. Dem Neutrum Farthmann haben sie jetzt einen Vorschlag eingereicht, und er hat ihn gleich der Gewerkschaftsführung wie der Presse zugespielt. Er soll heißen: 4% auf eine Laufzeit von 15 Monaten, 2 Tage Urlaub und vier Freischichten im Jahr für Arbeiter in Drei- und Vierschichtbetrieben. Der Vorschlag ist geschickt plaziert und voller Tücke. Als nicht uninteressant soll Kurt Herb, Streikleiter und Verhandlungsführer der IG Metall, den Vorschlag bezeichnet haben. Er zielt auf alle Spaltungslinien, die durch die schwachen Forderungen der IG Metall da sind. Nur krampfhaft läßt sich der geforderte Einstieg in die 35-Stunden-Woche von einer Urlaubsverlängerung unterscheiden und gegenüber einer Freischicht mag einem Schichtarbeiter ein Tag Urlaub gut und gern eher besser erscheinen. Laufzeitverlängerung hat die IG Metall selber angeboten. Die Kapitalisten klopfen jetzt diese Forderungen auf Schwächen ab. Es ist Zeit, sie zu beseitigen. 35-Stunden-Woche = 7 Stunden an 5 Werktagen in Normalzeit, 5% = 120 DM. Letzteres ist grundlegend für alles weitere.

Streik in der ganzen Stahlindustrie



wird der IG Metall den Erfolg bringen

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Eilnachricht 13.12.1978

Beginnt den Streik der ganzen Stahlbranche! Streikt!

Schlichter wieselt / Kapitalisten pampig / Alle Gewerkschaften: solidarisch!

Bremen. Klöcknerhütte: 1700 nahmen an der Kundgebung teil. Beifall kam immer dann auf, wenn gegen die Kapitalisten Front gemacht wurde. Kritik wurde geübt, weil nichts zur Ausdehnung der Streikfront gesagt wurde. „Die Kollegen von Klöckner werden keine Streikbrecherarbeiten machen."

Osnabrück. 3800 beteiligten sich an der Demonstration. IG-Bau-, NGG- und ÖTV-Delegationen nahmen teil. Zum Schluß wurden Solidaritätsadressen verlesen. Eine von Bauern, die sich mit den Forderungen der Stahlarbeiter solidarisierten und die Forderung nach 35-Stundenwoche auch für sich als „Existenzfrage" sehen. Sie haben sechs Zentner Kartoffeln ins Streiklokal gebracht.

Bochum: 12000 beteiligten sich an der Kundgebung. 6000 Opelarbeiter haben zuvor einen Demonstrationszug durch die Stadt gemacht. 1000 Mann von Krupp und 2000 von den Stahlwerken Bochum waren anwesend. Weiterhin eine 500 Mann starke Delegation der ÖTV sowie Arbeiter von der IGBE, Druck und Papier und NGG. 20 Müllwagen fuhren unter Beifall auf den Platz.

Mühlheim/Ruhr: 10000 Mann auf der Kundgebung. GEW, NGG und IG Bau erklärten sich solidarisch. Straßenbahner und Busfahrer der ÖTV bauten sich im Laufe der Kundgebung an zwei Seiten des Kundgebungsplatzes mit ihren Fahrzeugen auf. Redner E. Loderer, K. Herb und der Generalsekretär der französischen CFGT, der am meisten Beifall bekam, als er die Unterstützung der französischen Stahlarbeiter überbrachte.

Dortmund. 10000 sind in Demonstrationen oder Autokorso zur Kundgebung gekommen. Die Hoeschhüttenwerke, die noch voll arbeiten, waren mit ihren Belegschaften vertreten. Starke Blöcke der HBV, ÖTV und Textilgewerkschaft. Brausenden Beifall für 60 Vertrauensleute von Hoogovens/Holland, die versicherten, daß 100% der holländischen Stahlarbeiter hinter dem Streik stehen sowie die ganze europäische Arbeiterklasse.

An die 145000 Arbeiter und Angestellte demonstrierten gestern: Die Belegschaften der Stahlwerke haben bei ihrer Kampfaktion *ausreichend* Unterstützung. Die geschlossen demonstrierte Kampfkraft *reicht aus*, um die Kapitalisten, die eine Niederlage der Arbeiterbewegung wollen, *zu schlagen*, und zwar *so*, daß sich diese Profitmacher das *merken*. Esser und andere krakeln bereits im Fernsehen: Daß ihre Gerichte ran müssen! Daß sie kündigen wollen! Im Hintergrund winken sie nach Polizei. Sie sind angeschlagen und gerade deswegen gefährlich und gemein. Allerdings: Kein Richter. Kein Polizist. Und auch kein „gekündigter" Stahlarbeiter produzieren Stahl. Das wird jetzt bereits wirksam: In der Frankfurter Allgemeinen von heute liest man, daß die Stahlindustrie auf gewisse Sorten nicht mehr lieferfähig ist. S e h r gut. – Von den Gewerkschaften anderer Länder hört man: Sie wollen Streikbruchlieferungen unterbinden, die IG-Metall soll ihnen nur Bescheid sagen. Da die Arbeiter gestern machtvoll demonstrierten, ist der Schlichter vorsichtig. Da der Stahl anfängt auszugehen, sind die Kapitalisten tückisch. Da in so vielen Stahlwerken noch weitergearbeitet wird, hoffen die Kapitalisten auf Zersetzung der Streikfront und wollen den einzelnen Arbeiter die Macht ihres Kapitals spüren lassen. Wenn heute in den Stahlwerken, die noch arbeiten, mit dem Aufbau einer Streikfront, die kein Gramm Stahl durchläßt, begonnen wird, so werden die Kapitalisten nachgeben. Freilich wird das ganze Land von ihrem Zähneknirschen widerhallen. Das wird für die ganze Arbeiterbewegung ein vergleichsweise angenehmes Geräusch sein.

Die Unterstützung wird immer stärker



Die Beschäftigten der öffentlichen Dienste unterstützen die Kampfaktionen der Stahlbelegschaften. – Der Vorsitzende der ÖTV, Heinz Kluncker, erklärte in Bochum, daß man sich das Recht zur solidarischen Unterstützung auch durch Berichte nicht nehmen lassen würde. Eugen Loderer sprach sich in Mühlheim gegen die Versuche der Kapitalisten aus, einzelne Arbeiter wegen Teilnahme an diesen Solidaritätsaktionen unter Druck zu setzen.

60 Überstunden im Monat – der „Konkurrenzvorteil" der österreichischen Stahlindustrie

60 Überstunden im Monat – der „Konkurrenzvorteil" der österreichischen Stahlindustrie

Am 13.12. hat sich der Vorsitzende des österreichischen Kapitalistenverbandes Igler zur Forderung der streikenden westdeutschen Stahlarbeiter nach Lohnerhöhung und 35-Stunden-Woche geäußert: Man müsse alles tun, damit die Exportoffensive der österreichischen Industrie vorankomme. Eine Arbeitszeitverkürzung sei da völlig untragbar, da dies „mit höheren Kosten verbunden ist". Nach Kostensenkung im Namen der Exportoffensive schreien auch die Kapitalisten der Vereinigten Edelstahlwerke (VEW), einer Tochtergesellschaft des staatlichen Stahlkonzerns VOEST. Dazu haben sie ein „Sparprogramm" vorgelegt, demzufolge die nicht tariflich abgesicherten Lohnbestandteile (Miet- und Heizzuschüsse, Fahrtgeld, Familien- und Kinderzulagen) gestrichen und damit den Arbeitern 170 Mio. Schilling Lohngelder geraubt werden sollen. Darüberhinaus fordern die VEW-Kapitalisten, daß sich die Stahlarbeiter künftig einen Tag im Monat ohne Lohn ausbeuten lassen sollen. Bundeskanzler Kreisky faßt diesen Angriff auf den Lohn der Stahlarbeiter so zusammen: „Unter anderem werden wir prüfen, ob Rechte und Ansprüche, die in Hochkonjunkturzeiten erworben worden sind, auch in den Zeiten einer Depression aufrechterhalten werden können." Die 190 Betriebsräte der Vereinigten Edelstahlwerke haben auf der Betriebsräteversammlung am 11.12. in Kapfenberg (Steiermark) den VEW-Vorstand ausgepfiffen und seine Forderungen zurückgewiesen.

Wir haben mit einem Arbeiter des staatlichen Stahlkonzerns VOEST aus dem Zweigwerk Traisen in Niederösterreich über die Lage der österreichischen Stahlarbeiter und ihre Auffassungen zum Streik der westdeutschen Stahlarbeiter gesprochen.

VOEST-Direktor Apfalter hat sich vor kurzem damit gebrüstet, daß die österreichischen Stahlkapitalisten gegenüber den westeuropäischen einen Konkurrenzvorteil hätten, da in den letzten Jahren 20% der Rohstahlkapazität stillgelegt und die Zahl der Beschäftigten seit 1975 um 5600 gesenkt wurde. Wie sieht dieser „Konkurrenzvorteil" der Stahlkapitalisten für die österreichischen Stahlarbeiter aus?

Der Durchschnittsstundenlohn in der VOEST-Alpine von einem Akkordarbeiter beträgt jetzt 62,80 Schilling (8,70 DM), im Monat macht das etwas über 11000 Schilling brutto (1530 DM). Netto bleiben dabei 7900 bis 8100 Schilling (1097 bis 1125 DM). Der letzte Tarifabschluß brachte eine Lohnerhöhung von 4,7% mit einer Laufzeit von fünfzehneinhalb Monaten. Für einen Akkordarbeiter hat das netto ungefähr 200 bis 300 Schilling pro Monat gebracht. Die gestiegenen Kosten für Nahrung, Kleidung und Wohnung sind damit nicht gedeckt. Wenn man die verlängerte Laufzeit von diesem Kollektivvertrag noch mit berücksichtigt, ist das von vornherein schon ein Lohnraub. Für die Facharbeiter ist das auch nicht anders. Die meisten Facharbeiter arbeiten nach Zeitlohn und bekommen 60 bis 62 Schilling pro Stunde. Diejenigen, die dem Akkord angegliedert sind, z.B. die Reparaturschlosser, kommen bis auf 75 Schilling (10,50 DM). In meiner Abteilung, wo nur Facharbeiter sind, haben verschiedene Kollegen festgestellt, daß durch die Lohnsteuerprogression, in die sie immer weiter hineingeraten, überhaupt keine Lohnerhöhung herausgekommen ist.

Macht sich diese Lohnsenkung für euch so bemerkbar, daß verstärkt Schichtarbeit und Überstunden gemacht werden müssen, um auf einen ausreichenden Lohn zu kommen?

Die Lohnsenkung macht sich in zweierlei Hinsicht bemerkbar. Erstens ist es so, daß die meisten Kollegen allein aus finanziellen Gründen gezwungen sind, Überstunden zu machen. In meiner Abteilung ist das so, daß die meisten Kollegen auf 60 Überstunden im Monat kommen. Als Folge der Rationalisierungen und der dabei vorgenommenen Entlassungen werden von den Kapitalisten bei dringenden Aufträgen Überstunden angeordnet. Auf die persönlichen Bedürfnisse der Arbeiter wird dabei überhaupt keine Rücksicht genommen. Bei uns kommt es vor, daß 16 Stunden pro Tag gearbeitet wird und man am nächsten Tag wieder die normale Frühschicht beginnen muß. Die zweite Folge der Lohnsenkung ist die Ausdehnung der Schichtarbeit. Grundsätzlich wird bei uns dreischichtig gearbeitet. Schichtbeginn ist 5 Uhr morgens, 13 Uhr und 21 Uhr. Die Besetzung der einzelnen Schichten sieht so aus, daß Frauen an zwei Tagschichten eingesetzt werden. Dann gibt es Männer, die seit Jahren nur Nachtschichten machen. Die Kapitalisten nutzen damit das niedrige Lohnniveau der Frauen, um für die Tagschichten wenig zu bezahlen und nutzen das zur Erpressung gegenüber den männlichen Kollegen. So gibt es bei uns Arbeiter, die seit Jahren nur Nachtschichten machen und davon nicht herunterkommen. Die Kapitalisten nutzen dabei auch die Lage der Nebenerwerbsbauern aus, deren Anteil unter den VOEST-Arbeitern ziemlich hoch ist. Sie müssen tagsüber auch noch die Arbeit auf ihrem Hof machen und sind damit häufig gezwungen, Nachtschichten zu machen.

Die westdeutschen Stahlarbeiter stehen im Streik für eine Lohnerhöhung von 5% (wir meinen, es müssen 120 DM für alle sein) und für die 35-Stunden-Woche. Wie wird dieser Streik bei euch eingeschätzt?

Unter den Kollegen gibt es große Sympathie mit den westdeutschen Stahlarbeitern. Die Sozialdemokratie versucht aber immer wieder, den Arbeitern einzureden, daß der Konkurrenzvorteil der österreichischen Stahlindustrie den Arbeitern hier nützt. Wie die Stimmung unter den Arbeitern tatsächlich ist, zeigt sich beim Maschinenbaubetrieb Wertheim in Wien, wo die Arbeiter in einer Betriebsversammlung die Forderung nach Lohnerhöhung von 4 Schilling pro Stunde für alle Akkordarbeiter und 3,50 Schilling für alle Zeitlöhner erhoben und gleichzeitig eine Solidaritätsresolution zur Unterstützung des Streiks der westdeutschen Stahlarbeiter verabschiedet haben.

VOEST-Direktor Apfalter rechnet mit „zusätzlichen Aufträgen der westdeutschen Stahlverarbeiter, vor allem aus der Automobilindustrie". Die Delegation der österreichischen Stahlkapitalisten ist letzte Woche bei den EG-Stahlverhandlungen gegen eine länderweise Kontingentierung ihrer Stahlexporte in die EG aufgetreten, da damit „beim jetzigen Stahlstreik in Deutschland die österreichischen Werke nicht verstärkt liefern könnten". Sie hoffen, Extraprofite machen zu können, indem sie sich an der Niederringung des Streiks der westdeutschen Stahlarbeiter beteiligen. Wie wollt ihr euch da verhalten?

Es ist damit zu rechnen, daß kurzfristige Aufträge, vor allem bei den Halbzeugprodukten eintreffen werden. Uns wird schnell klar sein, daß diese Aufträge auf Kosten unserer deutschen Kollegen durchgezogen werden sollen.

Wenn also ganz plötzlich Überstunden für 'besonders dringliche Aufträge' fällig werden sollten, dann werden wir das sicher richtig einzuordnen wissen und uns entsprechend verhalten. Daß wir uns schinden sollten, damit die VOEST-Kapitalisten den Streik der westdeutschen Stahlarbeiter niederringen, – da machen wir nicht mit.



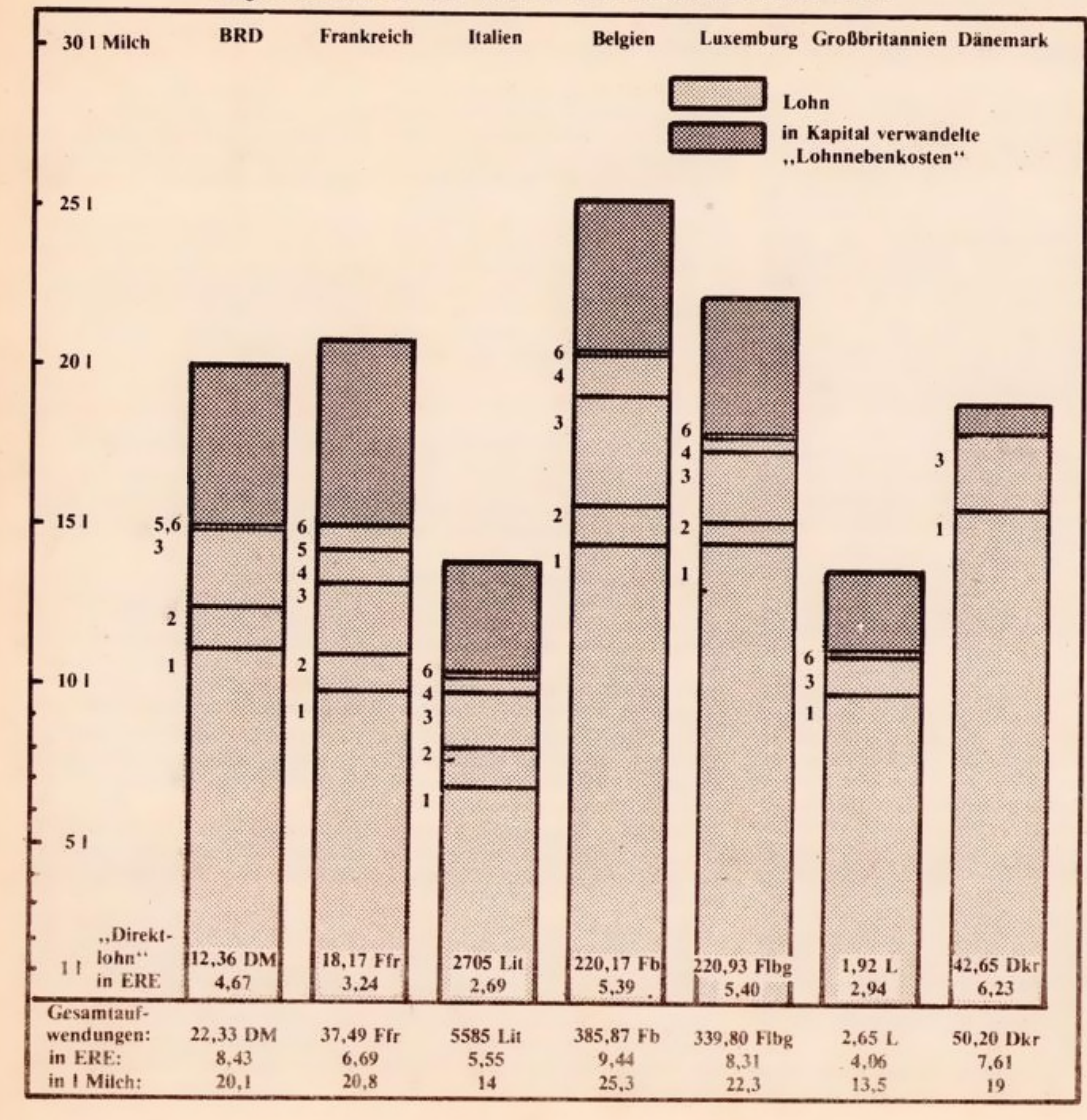
Österreich/Wien. Auf der Betriebsversammlung des Maschinenbaubetriebes Wertheim in Wien wurde eine Solidaritätserklärung mit den westdeutschen Stahlarbeitern und ihrer Forderung nach der 35-Stunden-Woche vom Betriebsrat eingebracht und von der Versammlung beschlossen. Auf der Betriebsversammlung haben die Arbeiter sich über ihren Lohnkampf gegen die Geschäftsleitung beraten, die gegenwärtig mit drastischen Umbesetzungen und einer sogenannten „Abschaffung des Akkords" Abgruppierungen für die Masse der Arbeiter versucht durchzusetzen.
Italien/Rom. In Italien haben am letzten Freitag die Arbeiter der Stahl- und Kunstfaserindustrie gestreikt. Etwa 20000 beteiligten sich an einer gemeinsamen nationalen Demonstration in Rom gegen Werksstillegungen und zur Einleitung ihres Tarifkampfes mit Forderungen nach Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung. Großer Beifall auf der Kundgebung, als die Redner die Solidarität der italienischen Arbeiter mit den westdeutschen Stahlarbeitern ausdrückten.

Kapital ist nicht Lohn und Milch ist teuer
„Arbeitgeberaufwendungen an Löhnen und Lohnnebenkosten für die Arbeiter je Stunde in der Eisen- und Stahlindustrie 1977"
30 l Milch BRD Frankreich Italien Belgien Luxemburg Großbritannien Dänemark
Lohn
in Kapital verwandelte „Lohnnebenkosten"
Die Tabelle, die dem nebenstehenden Schaubild zugrundeliegt, ist uns aus Gewerkschaftskreisen zugegangen, stammt aber aus den EG-Behörden. Wir haben alle Zahlen umgerechnet in Liter Milch (Preisangaben nach Statistischen Jahrbüchern; bei Luxemburg, das keine Lebensmittelpreise veröffentlicht, haben wir den belgischen Milchpreis zugrundegelegt.)
Auffällig ist, daß der Anteil der „Sonstigen Prämien und Gratifikationen" in Westdeutschland am höchsten ist: er liegt bei 1,3 l Milch oder 6,43% der Gesamtaufwendungen. In England und Dänemark gibt es solche Prämien nicht, entsprechend macht der „Direktlohn" 72,63% (GB) bzw 81,79% (DK) der Gesamtaufwendungen aus; in der BRD nur 55,38%.
nen." Die 190 Betriebsräte der Vereinigten Edelstahlwerke haben auf der Betriebsräteversammlung am 11.12. in Kapfenberg (Steiermark) den VEW-Vorstand ausgepfiffen und seine Forderungen zurückgewiesen.
Wir haben mit einem Arbeiter des staatlichen Stahlkonzerns VOEST aus dem Zweigwerk Traisen in Niederösterreich über die Lage der österreichischen Stahlarbeiter und ihre Auffassungen zum Streik der westdeutschen Stahlarbeiter gesprochen.
VOEST-Direktor Apfalter hat sich vor kurzem damit gebrüstet, daß die österreichischen Stahlkapitalisten gegenüber den westeuropäischen einen Konkurrenzvorteil hätten, da in den
höhung herausgekommen ist.
Macht sich diese Lohnsenkung für euch so bemerkbar, daß verstärkt Schichtarbeit und Überstunden gemacht werden müssen, um auf einen ausreichenden Lohn zu kommen?
Die Lohnsenkung macht sich in zweierlei Hinsicht bemerkbar. Erstens ist es so, daß die meisten Kollegen allein aus finanziellen Gründen gezwungen sind, Überstunden zu machen. In meiner Abteilung ist das so, daß die meisten Kollegen auf 60 Überstunden im Monat kommen. Als Folge der Rationalisierungen und der dabei vorgenommenen Entlassungen werden von den Kapitalisten bei dringenden Aufträgen Überstunden angeordnet. Auf
euch eingeschätzt?
Unter den Kollegen gibt es große Sympathie mit den westdeutschen Stahlarbeitern. Die Sozialdemokratie versucht aber immer wieder, den Arbeitern einzureden, daß der Konkurrenzvorteil der österreichischen Stahlindustrie den Arbeitern hier nützt. Wie die Stimmung unter den Arbeitern tatsächlich ist, zeigt sich beim Maschinenbaubetrieb Wertheim in Wien, wo die Arbeiter in einer Betriebsversammlung die Forderung nach Lohnerhöhung von 4 Schilling pro Stunde für alle Akkordarbeiter und 3,50 Schilling für alle Zeitlöhner erhoben und gleichzeitig eine Solidaritätsresolution zur Unterstützung des Streiks der westdeutschen Stahlarbeiter verabschiedet haben.

Österreich/Wien. Auf der Betriebsversammlung des Maschinenbaubetriebes Wertheim in Wien wurde eine Solidaritätserklärung mit den westdeutschen Stahlarbeitern und ihrer Forderung nach der 35-Stunden-Woche vom Betriebsrat eingebracht und von der Versammlung beschlossen. Auf der Betriebsversammlung haben die Arbeiter sich über ihren Lohnkampf gegen die Geschäftsleitung beraten, die gegenwärtig mit drastischen Umbesetzungen und einer sogenannten „Abschaffung des Akkords" Abgruppierungen für die Masse der Arbeiter versucht durchzusetzen.
Italien/Rom. In Italien haben am letzten Freitag die Arbeiter der Stahl- und Kunstfaserindustrie gestreikt. Etwa 20000 beteiligten sich an einer gemeinsamen nationalen Demonstration in Rom gegen Werksstillegungen und zur Einleitung ihres Tarifkampfes mit Forderungen nach Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung. Großer Beifall auf der Kundgebung, als die Redner die Solidarität der italienischen Arbeiter mit den westdeutschen Stahlarbeitern ausdrückten.

Kapital ist nicht Lohn und Milch ist teuer

„Arbeitgeberaufwendungen an Löhnen und Lohnnebenkosten für die Arbeiter je Stunde in der Eisen- und Stahlindustrie 1977"



	BRD	Frankreich	Italien	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Dänemark
„Direktlohn"	12,36 DM	18,17 Ffr	2705 Lit	220,17 Fb	220,93 Flbg	1,92 L	42,65 Dkr
in ERE	4,67	3,24	2,69	5,39	5,40	2,94	6,23
Gesamtaufwendungen:	22,33 DM	37,49 Ffr	5585 Lit	385,87 Fb	339,80 Flbg	2,65 L	50,20 Dkr
in ERE:	8,43	6,69	5,55	9,44	8,31	4,06	7,61
in l Milch:	20,1	20,8	14	25,3	22,3	13,5	19

Die Tabelle, die dem nebenstehenden Schaubild zugrundeliegt, ist uns aus Gewerkschaftskreisen zugegangen, stammt aber aus den EG-Behörden. Wir haben alle Zahlen umgerechnet in Liter Milch (Preisangaben nach Statistischen Jahrbüchern; bei Luxemburg, das keine Lebensmittelpreise veröffentlicht, haben wir den belgischen Milchpreis zugrundegelegt.)

Besser als Milch wären Auflistungen der Waren, die in die Reproduktion der Arbeiterklasse eingehen; aber die Milch ist ein wesentliches Nahrungsmittel wegen des tierischen Eiweiß.

Für die Kapitalisten hat die Tabelle zwei Aufgaben: erstens verschafft sie ihnen Vergleichsgrundlagen für den Kapitalexport. Zweitens gibt sie ihnen nach Absicht der Verfasser Material zur Agitation gegen den Lohnkampf in die Hand. In Wirklichkeit bestehen die „Lohnnebenkosten", die die Kapitalisten aufführen, großenteils aus Versicherungsausgaben verschiedener Art, die der Bourgeoisie sofort wieder als Kapital zur Verfügung stehen.

Unter „Lohn" haben wir folgende Angaben aufaddiert:

1. „Direktlohn und regelmäßige Prämien,
2. Sonstige Prämien und Gratifikationen,
3. Entlohnung für nicht gearbeitete Tage,
4. Familienbeihilfen,
5. Garantieverträge oder freiwillig gezahlte Löhne und Gehälter,
6. Naturalleistungen."

Diese Punkte sind im einzelnen nicht ganz zu klären; wir sind z.B. nicht sicher, ob die Kapitalisten unter „Entlohnung für nicht gearbeitete Tage" die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder den Urlaub oder beides verstehen.

Auffällig ist, daß der Anteil der „Sonstigen Prämien und Gratifikationen" in Westdeutschland am höchsten ist: er liegt bei 1,3 l Milch oder 6,43% der Gesamtaufwendungen. In England und Dänemark gibt es solche Prämien nicht, entsprechend macht der „Direktlohn" 72,63% (GB) bzw 81,79% (DK) der Gesamtaufwendungen aus; in der BRD nur 55,38%.

Als „Lohnnebenkosten" führen die Kapitalisten:
„Arbeitgeberbeitrag zur sozialen Sicherheit für: Krankheit, Mutterschaft, Invalidität, Arbeitslosigkeit; Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten; Sonstige gesetzliche Beiträge, Versicherung des Unternehmens oder der Branche; Zusätzliches System der Altersversicherung; Zusätzliche Arbeitslosenversicherung; Sonstige Ausgaben sozialen Charakters; Kosten der Berufsausbildung; Steuern sozialer Art."

Für Westdeutschland beziffern die Eisen- und Stahlbarone die „Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit insgesamt" auf 4,73 DM je Stunde, davon gesetzliche Beiträge 4,04 DM. Allein die „sonstigen Ausgaben sozialen Charakters" sollen in Westdeutschland 72 Pfennig auf die Stunde betragen – wir vermuten, daß sich dahinter die bekannt luxuriösen Fabrikklos und ähnliches verbirgt.

Was die berüchtigten westdeutschen Rekordlöhne betrifft: sowohl nach „Europäischen Rechnungseinheiten" als auch nach Litern Milch ausgedrückt haben die Arbeiter in Belgien, Luxemburg und Dänemark deutlich höhere „Direktlöhne". Bei den Gesamtaufwendungen liegt – nach ERE – Belgien höher und Luxemburg gleichauf, während in Litern Milch Frankreich, Belgien und Luxemburg höher liegen, Belgien um volle fünf Liter.

5 Millionen von Breuel für 4% Lohnverzichterpressung

r.rüb. Eine Landesbürgschaft von 5. Mio. DM als „Betriebsmittelkredit" an die Luther-Kapitalisten in Braunschweig hat es sich B. Breuel kosten lassen, daß die Luther-Kapitalisten von 87% der Belegschaft (600) die Unterschrift erpreßt haben, „bis zu 4% der für 1979 noch anstehenden Lohn- und Gehaltstariferhöhungen zu verzichten". „Nicht unerheblich für die Entscheidung des Kredits" hat Breuel diesen Lohnraub im NDR am 7.12. begrüsst. Die „Braunschweiger Zeitung" besitzt die Frechheit, in einem Kommentar den Stahlarbeitern zu empfehlen, sich daran ein Beispiel zu nehmen. – Bereits Anfang des Jahres war der Versuch der Lutherkapitalisten fehlgeschlagen, die Belegschaft auf einer Betriebsversammlung für den Verzicht auf die fünfprozentige Tariflohnerhöhung zu gewinnen. Auf der Betriebsversammlung am 4.12. hatten sie dann offen mit der Schließung des Werkes gedroht. Vage wurde zugesichert, daß die eine Millionen, die sich die Lutherkapitalisten mit diesem Gaunerstück in die Tasche stecken wollen, bei Besserung der Lage in Raten oder im Ganzen zurückgezahlt werden soll. – Als „böswilligen Angriff auf die Rechte der Mitglieder" und „Skandal" hat die Niedersächsische Tarifkommission der IG Metall in einem Flugblatt den Lohnraub bezeichnet. Ebenfalls haben sich die Landtagsfraktionen der SPD und die IG Metall Ortsverwaltung dagegen ausgesprochen.

Warnstreik gegen neue Prüfungsordnung

r.jow. „Vier Jahre OS - die Geschichte einer gigantischen Verarschung" schreiben die Schüler des Oberstufenkollegs der Universität Bielefeld. Gelockt wurden sie an das Kolleg damit, nach vier Jahren Schulzeit direkt ins Hauptstudium an den Fachbereichen der Universitäten übernommen zu werden. Drei Jahre werden sie nach dem BAFöG-Satz für Schüler gefördert, ein Jahr beziehen sie Studenten-BAFöG. Viele erhalten überhaupt nichts, da sie wegen des Kollegstudiums eine „förderungswürdige Ausbildung" z.B. als MTA haben. Statt ins Hauptstudium werden sie an einigen Fachbereichen ins erste Semester eingestuft. Die Höchstförderungsdauer nach BAFöG verringert sich für sie damit um ein Jahr. – Jetzt versucht der Kultusminister die Abschlußprüfung zu verschärfen, indem er zu den vier Prüfungsfächern noch drei hinzufügt und Vorprüfungen einführt. Zwecks Durchsetzung dieser Verschärfung hat der Minister extra einen Schulleiter für das Kolleg eingesetzt, den es bisher nicht gab. Von den Kolleg-Lehrern ist keiner in der Lage, die Prüfung gegen die starke Schülerbewegung durchzusetzen. Gegen den Erlaß haben die Schüler in der letzten Woche einen dreitägigen Warnstreik durchgefürt und durch Infostände, Demonstration in Düsseldorf und

Metall Ortsverwaltung dagegen ausgesprochen.

Warnstreik gegen neue Prüfungsordnung

r.jow. „Vier Jahre OS - die Geschichte einer gigantischen Verarschung" schreiben die Schüler des Oberstufenkollegs der Universität Bielefeld. Gelockt wurden sie an das Kolleg damit, nach vier Jahren Schulzeit direkt ins Hauptstudium an den Fachbereichen der Universitäten übernommen zu werden. Drei Jahre werden sie nach dem BAFöG-Satz für Schüler gefördert, ein Jahr beziehen sie Studenten-BAFöG. Viele erhalten überhaupt nichts, da sie wegen des Kollegstudiums eine „förderungswürdige Ausbildung" z.B. als MTA haben. Statt ins Hauptstudium werden sie an einigen Fachbereichen ins erste Semester eingestuft. Die Höchstförderungsdauer nach BAFöG verringert sich für sie damit um ein Jahr. – Jetzt versucht der Kultusminister die Abschlußprüfung zu verschärfen, indem er zu den vier Prüfungsfächern noch drei hinzufügt und Vorprüfungen einführt. Zwecks Durchsetzung dieser Verschärfung hat der Minister extra einen Schulleiter für das Kolleg eingesetzt, den es bisher nicht gab. Von den Kolleg-Lehrern ist keiner in der Lage, die Prüfung gegen die starke Schülerbewegung durchzusetzen. Gegen den Erlaß haben die Schüler in der letzten Woche einen dreitägigen Warnstreik durchgefürt und durch Infostände, Demonstration in Düsseldorf und einen Brief an die streikenden Stahlarbeiter die Front für ihre Forderungen verbreitert.

SRK-Prozeß eingestellt

r.wom. Schon am ersten von drei geplanten Prozeßtagen gegen zwei Mitglieder des Soldaten- und Reservistenkomitees Südostniedersachsen vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Lüneburg, mußte das Verfahren gegen Zahlung von 300 DM eingestellt werden. Mit einer Anklage u.a. wegen „verfassungsfeindlicher Einwirkung auf Bundeswehr und öffentliche Sicherheitsorgane" (§ 90b StGB) – Mindeststrafe 3 Monate – wollte die Bourgeoisie daran gehen, das Verbot der Verbreitung und Herausgabe der „Göttinger Militärzeitung des SRK Göttingen" gerichtlich durchzusetzen. In der Zeitung war u.a. das Soldatenlied „Gegen die Geldsackrepublik" abgedruckt worden. Minister Leber stellte Strafantrag wegen Beleidigung der Bundeswehr und erteilte die Ermächtigung zur Strafverfolgung, „weil in Bezug auf die Bundeswehr u.a. behauptet wird, ...‚sie dient wie die Polizei der Agression und Tyrannei". – Doch den Richtern der Staatsschutzkammer steckte die Angst, in diesem Prozeß könnte die Wahrheit über die Zwecke der Bundeswehr enthüllt und die Forderungen der Soldatenbewegung propagiert werden, unter den Talaren. In der Hauptverhandlung war gerade die Anwesenheit der angeklagten SRK-Mitglieder und der Verteidiger festgestellt worden, da „regte das Gericht" unter Vorsitz von Richter Mann schon Einstellung an.

Flutschutz: Die Anlagen der Kapitalisten sind sicher – Wilhelmsburg soll absaufen

r.wit.Hamburg. Klose anläßlich der Eröffnung des Polders Steinwerder West am 25.5.78: „Hier entsteht, ganz ohne künstlerischen Anspruch, ein Bauwerk, das eben doch auch eine Art Monument ist: Ein Monument unseres Willens, an dieser Stelle zu stehen und nicht zu weichen."

Der Hamburger Senat hat in den letzten zweieinhalb Jahren rund 1 Milliarde Mark für die Flutsicherung der hochkapitalintensiven Anlagen der Hamburger Bourgeoisie aus Steuergeldern gezahlt. Für den zivilen Katastrophenschutz sind Helfer ausgebildet worden. Die kapitalistischen Anlagen werden so geschützt, daß keine Flutwelle über sie hinweggeht.

Inzwischen ist bekannt, daß jede Flut höher als 7 m auflaufen kann und damit die 7,20 m hohen Deiche von der Flutwelle überspült würden. Deshalb hat sich schon im Januar 1976 der damalige Bausenator Bialas beeilt, vorzubauen: „Eine absolute Sicherheit für die Sturmfluten gibt es jedenfalls nicht... wir haben versucht, zu vermeiden, daß die Deiche durch überspülendes Wasser von hinten ausgewaschen werden".

Solche Sicherheit reicht den Kapitalisten bei weitem nicht. Sie verlangen Schutzvorrichtungen, die ihre Anlagen auch bei Flut *trocken* halten. Im Juni 76 hat der Senat deshalb ein „Rahmenkonzept für die Verbesserung des Sturmflutschutzes" vorgelegt. Die Linie darin heißt: Weg vom Einzelobjektschutz, Durchführung eines großflächig angelegten Schutzes durch den Bau von Poldern (= Eindeichung oder Ummauerung ganzer Flächen mit allen darin befindlichen Anlagen. Dabei werden so viele Betriebe in einem Polder zusammengefaßt wie auf dem jeweiligen Gelände angesiedelt sind). Seit 1976 sind über zweidrittel aller Anlagen im Hafen durch Polder gesichert, sollen bis Ende 79 alle 60 Polder gebaut sein, die möglich sind. Die Kapitalisten wurden dadurch gelockt, daß der Senat 75% aller Kosten übernommen hat. Überall, wo die Stadt im Hafen eigene Grundstücke und Anlagen hat, beteiligt sie sich natürlich auch an den restlichen 25%.

Senator Steinert am 3.11.78 anläßlich der Eröffnung eines der größten Polder im Hafengebiet: „Der große Vorteil liegt in einem umfassenden Schutz der eingeschlossenen Produktionsanlagen, Waren, Fahrzeuge und lagernden Rohstoffe. Keine Produktivität geht verloren und veredelte Produkte werden vor Schaden bewahrt. Der Polder garantiert damit einen kontinuierlichen Produktionsablauf und trägt so zur Arbeitsplatzsicherung der Firmen bei, die im Poldergebiet ansässig sind."

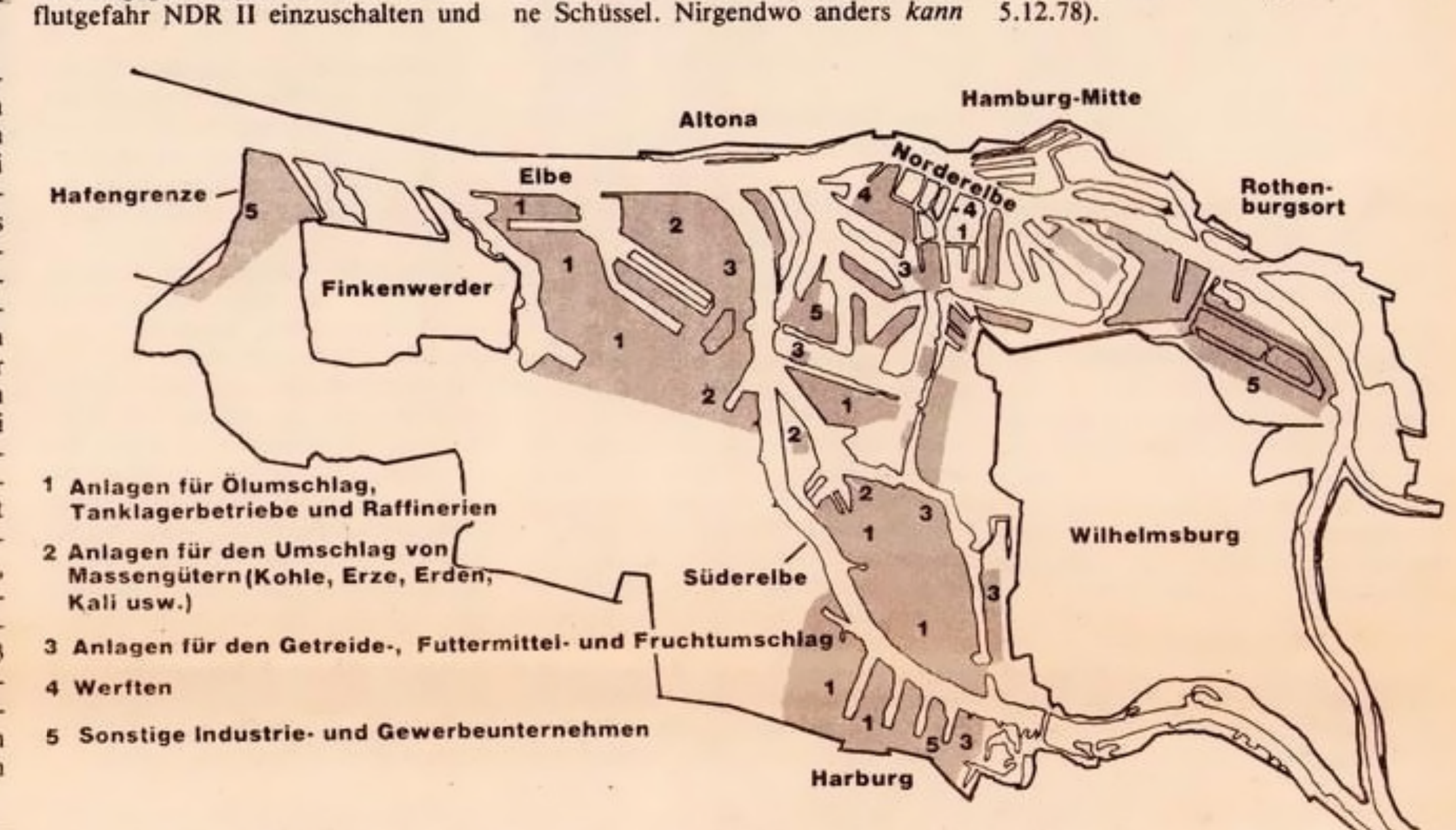
Die Kapitalisten brauchen ihre neuen Anlagen auch nicht selbst zu warten: Zur technischen Sicherung der Polder wurde eine Schutztruppe ausgebildet, die 230 Mann stark ist und mit dem zentralen Katastrophenschutz koordiniert ist. Die Kosten dafür trägt der Senat.

Eine weitere Schutzmaßnahme für die Kapitalisten ist ein neues Frühwarnsystem, das mit den Betrieben über ein neues technisches System von Geräten verbunden ist. Die Anschaffung dieser Geräte gilt als große Investition und wird „unbürokratisch" vom Senat gefördert. Die Bevölkerung wird dagegen aufgefordert, bei Sturmflutgefahr NDR II einzuschalten und abzuwarten.

Mit dem Bau der Polder ist so gut wie ausgeschlossen, daß die Flutwelle über die Geländeteile im Hafengebiet hinwegrollen wird. Auf kleine Stauräume zwischen den Poldern zusammengedrückt, vom Westwind in Richtung Oberelbe gedrückt, muß sie aber durch den Hafen vorwärts. Auf die Frage: wohin?, taten die befragten Ingenieure arglos: „Nach unseren Überlegungen kann es nicht mehr besonders schlimm kommen." Ein Blick auf die Karte indes zeigt: Die Hafenanlagen sind bis zu 9 m Höhe eingepoldert, die Flut muß sich daran sozusagen vorbeischlängeln, steht dann zwangsläufig vor den nur 7,20 m hohen Deichen von Wilhelmsburg. Hinter Wilhelmsburg wird das Überflutungsgebiet der Oberelbe (ab Overhaken) wieder durch höhere Deiche bis 8,50 m geschützt. Südlich der Elbe kann das Gebiet Neuland als Überflutungsgebiet infrage kommen, ohne großen Schaden anzurichten. Es gibt dort keine Industrie. Dazwischen liegt die Elbinsel Wilhelmsburg mit einer Höhe von 0 bis 3 m über Normalnull und mit 50000 Einwohnern wie eine Schüssel. Nirgendwo anders *kann* das Wasser hin.

Die Sogwirkung, die von einem so tiefgelegenen Gelände ausgeht, war 1962 während der großen Sturmflut entdeckt worden. Prof. Partenscky vom Hydrographischen Institut Hannover schlägt vor, diesen Effekt bei der nächsten Flut gezielt einzusetzen durch Sprengung der Wilhelmsburger Deiche. Selbst wenn der Senat etwa aus Popularitätsgründen darauf verzichten sollte, wird dieser Effekt durch die Höhenunterschiede zwischen fest verpoldertem Hafen und dem niedrigeren Ringdeich von Wilhelmbsburg ganz von selbst eintreten.

Für die Kapitalisten stimmt die Flutsicherung jetzt. Innensenator Staak nennt ein „ungelöstes Problem" dabei: „Die Bürger der Hansestadt denken oft erst dann an die Gefahr, wenn sie die eigene Haustür erreicht hat. Sie abzuwenden, überläßt man vertrauensvoll dem Staat, der jedoch durch das neue Gesetz (Hamburgisches Katastrophen-Gesetz vom 16.1.78) nun auch die Möglichkeit hat, Bürger zur Hilfe zu verpflichten" („Welt" vom 5.12.78).



Die Karte zeigt das Gebiet des Hamburger Hafens. Die dunklen Flächen kennzeichnen die Gebiete, die durch Aufschüttungen und Einpolderungen auf eine Höhe von 7,50 bis 9 m gebracht sind. Wilhelmsburg hat eine Höhe von 0 bis 3 m.

Burgdorf: Ausschluß aus dem Personalrat wird bekämpft

Kundgebungen für gewerkschaftliche und politische Freiheiten im öffentlichen Dienst

r.gec. Fast 2000 Arbeiter und Angestellte aus allen Branchen haben sich letzten Montag an der Kundgebung vor dem Burgdorfer Rathaus gegen

Namen des Personalrats im Weihnachts- und Neujahrsgruß 1976 den Beschäftigten empfahl, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

lichen Diensten jegliche gewerkschaftliche und politische Betätigung verboten und ihnen die erkämpften Rechte genommen werden. Richtig ist die

im öffentlichen Dienst, gegen Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbote und gegen jegliche Behinderung gewählter Belegschaftsvertretungen ent-

Schutzvorrichtungen, die ihre Anlagen auch bei Flut trocken halten. Im Juni 76 hat der Senat deshalb ein „Rahmenkonzept für die Verbesserung des Sturmflutschutzes" vorgelegt. Die Linie darin heißt: Weg vom Einzelobjektschutz, Durchführung eines großflächig angelegten Schutzes durch den Bau von Poldern (= Eindeichung oder Ummauerung ganzer Flächen mit allen darin befindlichen Anlagen. Dabei werden so viele Betriebe in einem Polder zusammengefaßt wie auf dem jeweiligen Gelände angesiedelt sind). Seit 1976 sind über zweidrittel aller Anlagen im Hafen durch Polder gesichert, sollen bis Ende 79 alle 60 Polder gebaut sein, die möglich sind. Die Kapitalisten wurden dadurch gelockt, daß der Senat 75% aller Kosten übernommen hat. Überall, wo die Stadt im Hafen eigene Grundstücke und Anlagen hat, beteiligt sie sich natürlich auch an den restlichen 25%.

Senator Steinert am 3.11.78 anläßlich der Eröffnung eines der größten Polder im Hafengebiet: „Der große



Die Karte zeigt das Gebiet des Hamburger Hafens. Die dunklen Flächen kennzeichnen die Gebiete, die durch Aufschüttungen und Einpolderungen auf eine Höhe von 7,50 bis 9 m gebracht sind. Wilhelmsburg hat eine Höhe von 0 bis 3 m.

Burgdorf: Ausschluß aus dem Personalrat wird bekämpft

Kundgebungen für gewerkschaftliche und politische Freiheiten im öffentlichen Dienst

r.gec. Fast 2000 Arbeiter und Angestellte aus allen Branchen haben sich letzten Montag an der Kundgebung vor dem Burgdorfer Rathaus gegen den Ausschluß des Personalratsvorsitzenden und Mitglied der ÖTV Hans-Peter Mieslinger aus dem Personalrat der Stadt Burgdorf beteiligt. Aufgerufen zur Kundgebung hatten der DGB und die ÖTV, Kreis Hannover.

Bereits die Kreisdelegiertenkonferenz ÖTV (Hannover) hatte sich am 5.12. gegen jegliche Disziplinierung des Personalratsvorsitzenden ausgesprochen und die Durchführung der Kundgebung beschlossen, um diesen Angriff auf die Personalratsarbeit zurückzuweisen. Mehrere örtliche Personalräte der Stadt Hannover und der Gesamtpersonalrat des Landkreises Hannover, sowie etliche Betriebsgruppen und Fachgruppen der ÖTV erhoben die Forderung nach freier gewerkschaftlicher Betätigung in Betrieben und Verwaltung.

Betrieben worden ist der Ausschluß aus dem Personalrat vom Burgdorfer Stadtdirektor Bindseil. Grund ist die gewerkschaftliche Tätigkeit von Mieslinger und die Arbeit des Personalrats der Stadt Burgdorf. In den Letzten zwei Jahren mußte der Personalrat, um seine Rechte zu erlangen, sechs Verwaltungsgerichtsprozesse gegen die Stadt Burgdorf führen, die er alle gewann. Der Stadtdirektor hatte sich darauf an das Verwaltungsgericht gehalten und den Ausschluß erwirkt, da der Personalratsvorsitzende sich für die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisierung ausgesprochen hatte und die Beschäftigten für die Mitgliedschaft in der ÖTV warb. Im Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg vom 24.10.1978 wurde Hans-Peter Mieslinger weiter angelastet, daß er im Namen des Personalrats im Weihnachts- und Neujahrsgruß 1976 den Beschäftigten empfahl, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Seine rechtliche Grundlage hat das Urteil des Oberverwaltungsgerichts im Personalvertretungsgesetz des Landes Niedersachsen (Nds.Pers.VG). Bis ins kleinste ist dort die gewerkschaftliche und politische Abstinenz von Personalratsmitgliedern manifestiert. Seit Inkrafttreten des Gesetzes im Jahre 1961 hat es schon mehrere Gesetze zur Änderung und einige Urteile des Bundesverfassungsgerichts zur Auslegung des Gesetzestextes gegeben. Allesamt haben sie zur weiteren gewerkschaftlichen und politischen Entrechtung der gewählten Vertretungsorgane der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten geführt.

Die §§ 34 und 65 des Gesetzes waren dann auch die gesetzliche Grundlage für den Ausschluß von Mieslinger. Im § 34, wo der Ausschluß eines Mitglieds und die Auflösung des Personalrats durch gerichtliche Entscheidung geregelt ist, heißt es: „Personalratsmitglieder müssen ihre politische und gewerkschaftliche Betätigung innerhalb der Dienststelle auf das durch ihre Mitgliedschaft im Personalrat gebotene Maß beschränken. Dies gilt ganz besonders in Bezug auf die nachhaltige Werbung für die Gewerkschaften" (Kommentar Engelhard/Ballerstedt). „Verteilen von Flugblättern und Auffordern zum Ungehorsam stellen stets eine grobe Amtspflichtverletzung dar." Grundlage und „Pflicht" der Arbeit von Personalräten ist: „ihr Amt im Interesse der Dienststelle und der Gesamtheit der Bediensteten zu führen".

Damit sollen den gewählten Vertretungen der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten jegliche gewerkschaftliche und politische Betätigung verboten und ihnen die erkämpften Rechte genommen werden. Richtig ist die Feststellung der Gewerkschaft, daß in dieser Frage kein Raum für Kompromisse ist. Im Aufruf des DGB zur Kundgebung wird festgehalten, daß dieses Urteil nicht hingenommen wird. Die Transparente, die von den 2000 Kundgebungsteilnehmern mitgetragen wurden und die die Forderungen nach freier gewerkschaftlicher Betätigung im öffentlichen Dienst, gegen Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbote und gegen jegliche Behinderung gewählter Belegschaftsvertretungen enthielten, sind richtig.

Die Forderungen nach freier gewerkschaftlicher und politischer Betätigung im öffentlichen Dienst und nach Abschaffung des besonderen Dienstrechts müssen gegenüber dem Dienstherrn durchgesetzt werden, Gerichte eignen sich dazu nicht.

Personalvertretungsgesetz für Niedersachsen

§1a. Vertrauensvolle Zusammenarbeit. Dienststelle und Personalrat (PR) arbeiten zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben und zum Wohl der Bediensteten vertrauensvoll zusammen.

Kommentar (Engelhard/Ballerstedt): „Zur Vertrauensvollen Zusammenarbeit sind Dienststelle und PR aufgerufen. Die Dienststelle und der PR sollen gemeinschaftlich zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben ... beitragen. Die Vorschriften des § 1a haben den Charakter einer Generalklausel für die Zusammenarbeit von Dienststelle und PR. (...) Die Betonung der Zusammenarbeit ist an die Stelle der früheren grundsätzlichen Gegnerschaft von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getreten. Das Gebot der Zusammenarbeit ist unmittelbar geltendes Recht..."

§ 34 Ausschluß eines Mitgliedes und Auflösung des Personalrates durch gerichtliche Entscheidung. Ein Mitglied kann aus dem PR wegen grober Vernachlässigung seiner gesetzlichen Befugnisse oder wegen grober Verletzung seiner gesetzlichen Pflichten ausgeschlossen werden...

Kommentar (Engelhard/Ballerstadt): „Der Ausschuß ... ist nur möglich, wenn es sich um eine Amtspflichtverletzung handelt. Verteilen von Flugblättern und Aufforderung zum Ungehorsam stellen eine grobe Amtspflichtverletzung dar."

§ 65. Zusammenarbeit von Dienststelle und Personalrat. Die Mitglieder des PR ... haben ihr Amt gegenüber allen Bediensteten ... unparteiisch auszuüben. Im übrigen wird das Recht eines Bediensteten, im Sinne einer Gewerkschaft tätig zu werden, nicht dadurch berührt, daß er Mitglied des PR ... ist.

Kommentar (Engelhard/Ballerstadt) „Dienststelle und PR dürfen keine Maßnahmen des Arbeitskampfes gegeneinander durchführen. Dies gilt insbesondere für Streiks in jeder Form. (...) Bei einem Streik muß... der PR als solcher völlig neutral bleiben..."

86,50 DM sind zu wenig – aber die Einheit ist möglich

b.stk. 6%, mindestens 86,50 DM hat die IG Metall für den Nordverbund als Forderung aufgestellt. Wir haben für drei Lohngruppen bei VAW Neumünster untersucht, wie sich eine Lohnerhöhung um 6%, wie um 86,50 DM und wie eine Lohnerhöhung um 4,3% auf den Nettolohn zusammen mit der ,,kleinen Steuerreform'' auswirken. 4,3% sind nach sozialdemokratischer Logik, nämlich bei ⅔ der Forderung abzuschließen, eine Abschlußmöglichkeit.

1. Lohngruppe 3 ist mit 7,88 DM Stundenlohn die niedrigste Lohngruppe bei VAW. Dazu kommen dann noch Prämie und Schichtzuschläge. Die Prämie liegt zwischen 0 DM und 2 DM die Stunde; zur Berechnung haben wir den Durchschnitt von 1,20 DM genommen. In dieser Lohngruppe sind die Maschinenarbeiterinnen und Packerinnen eingestuft, die rund 30% der Belegschaft ausmachen. Der Nettolohn beträgt in Steuerklasse I 1071,74 DM.

2. Die Maschinenarbeiter sind in Lohngruppe 4 eingestuft mit 9,46 DM Grundlohn. Mit denselben Zuschlägen wie die Frauen kommen sie auf 1213,80 DM netto im Monat (Stkl. I).

3. Kontrolleure und Einrichter sind in Lohngruppe 6, Grundlohn 10,50 DM plus 1,20 DM Prämie (,,leistungsabhängig'') plus Schichtzulage. Das macht netto 1298,02 DM (Stkl. I).

Damit sind z.B. in der Profilweiterbearbeitung bis auf den Abteilungsleiter, Meister und die Vorarbeiter alle erfaßt. Bei einem Abschluß von 6% ergibt sich folgendes: Die Frauen würden netto 42,79 DM mehr bekommen plus 7 DM Steuerreformertrag. Die 6% sind dabei auf den Grundlohn und den Nachtzuschlag (15% für die Stunden von 20 Uhr bis 23 Uhr) berechnet. Die Maschinenarbeiter würden 46,31 DM mehr bekommen plus 22 DM Steuerreformertrag und die Einrichter und Kontrolleure 49,78 DM plus 30 DM Steuerreformertrag. Man erkennt sofort, wie hinterlistig die Spaltung durch die ,,Steuerreform'' plaziert ist. Dem ist auch mit einer Festgeldforderung kaum beizukommen. Bei einer Lohnerhöhung um 6% würde die Differenz der Nettolöhne zwischen Lohngruppe 3 und Lohngruppe 6 um 30 DM anwachsen. Bei einer Lohnerhöhung von 4,3%, dem Zielpunkt sozialdemokratischer Verhandlungstaktik, erhalten die Frauen 32,16 DM plus 7 DM Reformertrag, die Maschinenarbeiter 32,79 DM plus 22 DM Reformertrag und die Einrichter und Kontrolleure 35,01 DM plus 30 DM Reformertrag. Die Differenz zwischen den Nettolöhnen wächst etwas weniger, nämlich um 26 DM, dafür ist allerdings eine ,,Lohnerhöhung'' um 39,16 DM in Lohngruppe 3 blanker Hohn.

Welche Wirkung hat nun der Mindestbetrag von 86,50 DM? Bei 4,3% ist der Mindestbetrag für alle drei Lohngruppen höher. Lohngruppe 3: 43,80 DM plus 7 DM, Lohngruppe 4: 38,22 DM plus 22 DM, Lohngruppe 6: 36,51 DM plus 30 DM. Die Differenz zwischen Lohngruppe 3 und Lohngruppe 6 beträgt noch 15,70 DM. Gegenüber einer reinen Prozentforderung wirkt der Mindestbetrag also eher glättend, wenn er auch zu niedrig ist, was man der sozialdemokratischen Politik der Klassenversöhnung zu verdanken hat. Außerdem wird das Antreiberpack noch gewaltig geschmiert. Nimmt man an, daß ein Abteilungsleiter 4000 DM brutto verdient, was eher zu wenig ist, erhält er bei einem Abschluß von 4,3% 160,64 DM mehr. Allein 73 DM sind der ,,Steuerreform'' geschuldet. Ohne die Forderung nach 1500 DM Steuerfreibetrag und die sofortige Anhebung des Grundfreibetrages um 2000 DM wird man nicht viel erreichen. Was aber auf keinen Fall geht, ist, daß man die Sozialdemokraten von dem Mindestbetrag runter läßt, weil dann die spaltende Wirkung der Prozentforderung voll durchschlägt. Die Kapitalisten würden das sofort zu weiteren Angriffen auf den Normalarbeitstag und auf den Lohn nutzen.

Die VAW-Kapitalisten haben bereits angekündigt, daß sie vorhaben, die Prämie für die Profilweiterbearbeitung um durchschnittlich 0,42 DM zu senken, ,,wenn sich die Leistung nicht verbessert''. Darum hat es in der Abteilung großen Krach gegeben, teilweise ist die Forderung nach Aufhebung des Prämiensystems und Erhöhung des Grundlohns um 1,20 DM erhoben worden. Die Kapitalisten konnten diese Front zwar mit Hilfe des Betriebsrates spalten, aber die Kollegen wissen genau, was die Kapitalisten im neuen Jahr vorhaben: Mehr Arbeit, weniger Lohn. Einen Kollegen, der für die Aufhebung des Prämiensystems eingetreten war, wollte die Werksleitung mit Hilfe einer gefälschten Unterschriftensammlung rausschmeißen, um die Frage des Prämiensystems ein für allemal geklärt zu haben, was ihnen aber nicht gelungen ist. Ebensowenig wird es ihnen gelingen, zu verhindern, daß diese Forderung erneut aufgestellt wird.



Unterstützung des gerechten Krieges gegen das rhodesische Siedlerregime bis zum vollständigen Sieg! 220000 DM für eine Druckausrüstung der ZANU!
Nieder mit dem faschistischen Schah-Regime, Handlanger des US-Imperialismus!
Es lebe der bewaffnete Kampf des Volkes im Iran!
Unter diesen Hauptparolen wurde am Samstag in Kiel eine Demonstration mit 70 Teilnehmern durchgeführt. 7 Hundertschaften hatte die Bourgeoisie auffahren lassen, um das Verbot dieser Demonstration durchzusetzen, zum offenen Angriff kamen sie nicht, die Aktion fand breite Unterstützung bei den Massen. Vorher wurde in Kiel-Gaarden und in der Holstenstraße eine Revue zur Politik der Bundesregierung aufgeführt. Für Mittwoch, den 20.12. hat die CISNU zu Aktionseinheitsverhandlungen eingeladen. Richtig ist, am nächsten Samstag erneut eine Demonstration durchzuführen.

Fortschritte im Kampf um die Durchsetzung der Stoffeingrenzung

b.rik. Sowohl in Volkswirtschaftslehre als auch in der Chemievorlesung führen die Erstsemester Agrar einen hartnäckigen Kampf um die Durchsetzung der Lehrmittelfreiheit und Stoffeingrenzung.

In Chemie hatte der Dozent Hadenfeldt den über 500 Studenten als Lehrbuch den ,,Hollemann-Wiberg'', einen Wälzer von 1300 Seiten und für 80 DM aufdrücken wollen. Alt sind die Erfahrungen der Studentenmassen mit diesem Buch; es läuft darauf hinaus, daß der Willkür der Professoren in den

1213,80 DM netto im Monat (Stkl. I).

3. Kontrolleure und Einrichter sind in Lohngruppe 6, Grundlohn 10,50 DM plus 1,20 DM Prämie (,,leistungsabhängig'') plus Schichtzulage. Das macht netto 1298,02 DM (Stkl. I).

Damit sind z.B. in der Profilweiterbearbeitung bis auf den Abteilungsleiter, Meister und die Vorarbeiter alle erfaßt. Bei einem Abschluß von 6% ergibt sich folgendes: Die Frauen würden netto 42,79 DM mehr bekommen plus 7 DM Steuerreformertrag. Die 6% sind dabei auf den Grundlohn und den Nachtzuschlag (15% für die Stunden von 20 Uhr bis 23 Uhr) berechnet. Die Maschinenarbeiter würden 46,31 DM mehr bekommen plus 22 DM Steuerreformertrag und die Einrichter und Kontrolleure 49,78 DM plus 30 DM

der Mindestbetrag also eher glättend, wenn er auch zu niedrig ist, was man der sozialdemokratischen Politik der Klassenversöhnung zu verdanken hat. Außerdem wird das Antreiberpack noch gewaltig geschmiert. Nimmt man an, daß ein Abteilungsleiter 4000 DM brutto verdient, was eher zu wenig ist, erhält er bei einem Abschluß von 4,3% 160,64 DM mehr. Allein 73 DM sind der ,,Steuerreform'' geschuldet. Ohne die Forderung nach 1500 DM Steuerfreibetrag und die sofortige Anhebung des Grundfreibetrages um 2000 DM wird man nicht viel erreichen. Was aber auf keinen Fall geht, ist, daß man die Sozialdemokraten von dem Mindestbetrag runter läßt, weil dann die spaltende Wirkung der Prozentforderung voll durchschlägt. Die Kapitali-



Unterstützung des gerechten Krieges gegen das rhodesische Siedlerregime bis zum vollständigen Sieg! 220000 DM für eine Druckausrüstung der ZANU!
Nieder mit dem faschistischen Schah-Regime, Handlanger des US-Imperialismus!
Es lebe der bewaffnete Kampf des Volkes im Iran!
Unter diesen Hauptparolen wurde am Samstag in Kiel eine Demonstration mit 70 Teilnehmern durchgeführt. 7 Hundertschaften hatte die Bourgeoisie auffahren lassen, um das Verbot dieser Demonstration durchzusetzen, zum offenen Angriff kamen sie nicht, die Aktion fand breite Unterstützung bei den Massen. Vorher wurde in Kiel-Gaarden und in der Holstenstraße eine Revue zur Politik der Bundesregierung aufgeführt. Für Mittwoch, den 20.12. hat die CISNU zu Aktionseinheitsverhandlungen eingeladen. Richtig ist, am nächsten Samstag erneut eine Demonstration durchzuführen.

Fortschritte im Kampf um die Durchsetzung der Stoffeingrenzung

b.rik. Sowohl in Volkswirtschaftslehre als auch in der Chemievorlesung führen die Erstsemester Agrar einen hartnäckigen Kampf um die Durchsetzung der Lehrmittelfreiheit und Stoffeingrenzung.

In Chemie hatte der Dozent Hadenfeldt den über 500 Studenten als Lehrbuch den ,,Hollemann-Wiberg'', einen Wälzer von 1300 Seiten und für 80 DM aufdrücken wollen. Alt sind die Erfahrungen der Studentenmassen mit diesem Buch; es läuft darauf hinaus, daß der Willkür der Professoren in den

mündlichen Prüfungen Tür und Tor offenstehen. Entsprechend stiegen die Durchfallquoten in den letzten Semestern bei Prof. Preetz z.B. von 5% auf 43% im Sommer 1978.

,,Kostenloses prüfungsrelevantes Skript'' ist die Forderung, unter der die Studenten den Kampf für die Durchsetzung der Lehrmittelfreiheit mit Unterstützung der Fachschaft aufnahmen. Schon in früheren Semestern war diese Forderung erhoben worden in Verbund mit den Erstsemestern Pharmazie, Medizin. Damals war es nicht gelungen, die Professoren festzulegen, so daß die damalige Initiativgruppe ein eigenes Skript erarbeitete. Gleich in der ersten Vorlesungsstunde in diesem Semester mußte der angehende Professor Hadenfeldt erfahren, daß das Geschäft der Studentenunterdrückung mühselig ist: Als er auf die Forderungen der Studenten nicht einging und zu dem gelesenen Stoff keine Verständnisfragen zuließ, verließen die Agrar- und Medizinerstsemester geschlossen den Hörsaal. Ein anschließender Besuch bei ihm von etwa 20 Studenten ließ ihn die Stunde nicht so leicht vergessen. Mit Hinhaltemanövern versuchte er, die Studenten zu unterdrücken, schließlich rückte er mit einem Vorschlag zur ,,Stoffeingrenzung'' rüber: Der ,,Mortimer'' sollte es

hende Professor Hadenfeldt erfahren, daß das Geschäft der Studentenunterdrückung mühselig ist: Als er auf die Forderungen der Studenten nicht einging und zu dem gelesenen Stoff keine Verständnisfragen zuließ, verließen die Agrar- und Medizinerstsemester geschlossen den Hörsaal. Ein anschließender Besuch bei ihm von etwa 20 Studenten ließ ihn die Stunde nicht so leicht vergessen. Mit Hinhaltemanövern versuchte er, die Studenten zu unterdrücken, schließlich rückte er mit einem Vorschlag zur ,,Stoffeingrenzung'' rüber: Der ,,Mortimer'' sollte es

diesmal sein, 800 Seiten für 52 DM. Inzwischen mußte er auch diesen Vorschlag wieder zurückziehen. Ihm blieb nichts, als ein Taschenbuch mit 350 Seiten für 20 DM als prüfungsrelevante Literatur anzugeben. Diese Zusage stellt unzweifelhaft einen Erfolg dar und verbessert die Bedingungen der Studenten, sich gegen die maßlose Sieberei in den Prüfungen durchzusetzen.

Die Studenten werden sich jetzt auf ein Vorgehen einigen müssen, mit dem sie die Institutsleitung zwingen, diese Stoffeingrenzung anzuerkennen, denn Hadenfeldt wird bislang noch nicht als Prüfer eingesetzt. Wird er wohl auch nie, die Studenten werden seinen Ambitionen einen Strich durch die Rechnung machen.

Mathematikstudenten führen Vorlesungsboykott durch

b.mas. Von 150 Mathematik-Studenten, die 1974 begannen, haben 53 bis 1978 das Studium abgebrochen, 27 davon bereits im ersten Semester.

Mindestens 18 Stunden die Woche Vorlesungen und Übungsgruppen, im Minimum 8, leicht aber auch 16 Stunden für Hausaufgaben, 18 Stunden Nachbereiten der Vorlesungen, das ist für Erstsemester in Mathematik vorgesehen. Professor Amann, der die Vorlesung ,,Analysis I'' hält, hat den Studenten unumwunden erklärt, wer Mathematik lernen wolle, müsse mehr als 4o Stunden die Woche studieren, sonst könnte das Ziel, ,,mathematisches Denken'' auszubilden, nicht erreicht werden. In der Vorlesung kommen die meisten nicht mit. Beim Zuhören soll man mitschreiben. Jeder Satz Amanns baut auf dem vorigen auf, keine Wiederholungen. Dreist übergeht Amann alle Verständnisfragen. Er komme sonst mit dem Stoff nicht durch. Nicht einmal der Bitte, größer zu schreiben, kommt er nach. Die Tafel müsse er sonst zu oft abwischen, und die Zeit dafür gehe auf den Stoff.

Für die Übungen zur Vorlesung gibt es Bescheinigungen, die man bei der Zwischenprüfung vorlegen muß. Die Kriterien für den Erwerb dieses ,,Scheines'' gibt Amann nicht bekannt. Man weiß nur, daß Aufgabenrechnen und Vorrechnen an der Tafel Punkte bringt. Die Jagd um Punkte schürt die Konkurrenz unter den Studenten, denn kriegt man den Schein nicht, so bedeutet das Verlust des halben Semesters und damit bei Regelstudienzeit meist Studienabbruch.

Allein ein kleiner Teil Bourgeoisstudenten kann sich Bücher leisten, in denen die Lösungen zu den Aufgaben zu finden sind, und sich ein faules Leben

Mathematikstudenten führen Vorlesungsboykott durch

b.mas. Von 150 Mathematik-Studenten, die 1974 begannen, haben 53 bis 1978 das Studium abgebrochen, 27 davon bereits im ersten Semester.

Mindestens 18 Stunden die Woche Vorlesungen und Übungsgruppen, im Minimum 8, leicht aber auch 16 Stunden für Hausaufgaben, 18 Stunden Nachbereiten der Vorlesungen, das ist für Erstsemester in Mathematik vorgesehen. Professor Amann, der die Vorlesung ,,Analysis I'' hält, hat den Stu-

Kriterien für den Erwerb dieses ,,Scheines'' gibt Amann nicht bekannt. Man weiß nur, daß Aufgabenrechnen und Vorrechnen an der Tafel Punkte bringt. Die Jagd um Punkte schürt die Konkurrenz unter den Studenten, denn kriegt man den Schein nicht, so bedeutet das Verlust des halben Semesters und damit bei Regelstudienzeit meist Studienabbruch.

Allein ein kleiner Teil Bourgeoisstudenten kann sich Bücher leisten, in denen die Lösungen zu den Aufgaben zu finden sind, und sich ein faules Leben

machen.

Die große Mehrheit der Erstsemester dagegen führt seit Beginn den Kampf gegen diese Studienbedingungen. Mit überwältigender Mehrheit beschlossen sie die Forderung nach einem Skript. Letzte Woche haben sie wegen der Scheinvergabe-Kriterien die Vorlesung boykottiert. Sie haben eine Delegation gebildet, die mit Amann über die Scheinvergabe-Kriterien verhandeln soll. Weiter wird gefordert, daß Amann die Vorlesung verständlich halten und vom Stoff Abstriche machen soll.

Dienstag soll die Vorlesung nicht beginnen, bevor Amann den Forderungen nachgibt.

Erfahrener Unterdrücker: Bismark Landrat in Plön

b.mav. Am 7.Dezember wurde Wolf-Rüdiger von Bismarck im Rittersaal des Plöner Schlosses zum neuen Landrat von der einheimischen Bourgeoisie gewählt. Kadettenanstalt für den kaiserlichen Nachwuchs, nationalsozialistische Erziehungsanstalt im Faschismus, jetzt dem finanziellen Ruin entgegengehendes Internat für Bourgeois-Knaben ist das Plöner Schloß Sinnbild der Unterdrückung und Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat. Ein würdiger Rahmen also für die Wahl des neuen Landrats, Abkömmling des alten pommerschen Landadels, Sohn eines Hauptmannes; die Kriegsjahre verbrachte er geborgen auf dem Landgut der Großeltern, ,,einem landwirtschaftlichen Betrieb'', wie er gegenüber dem ,,Ostholsteinischen Tageblatt'' bescheiden angab. Der Kampf des polnischen Volkes gegen seine Ausbeuter befreite ihn von diesem Erbe und führte zur Ausweisung der Familie. Es verschlug ihn zum schleswig-holsteinischen Landadel, deren Stammgebiet er jetzt vorsteht. – Zielstrebig arbeitete er an seiner Karriere.

Mit der Promotion stellt er 1963 unter Beweis, daß er es versteht, Schwierigkeiten der Bourgeoisie bei ihren Kapitalanlagen einer Lösung zuzuführen. ,Rechtsnatur und Haftungsverhältnisse der GründungsGmbH'' war das Thema der Inaugural-Dissertation. Ein Jahr später war er bereits Leiter des Kreisjugendamtes, Leiter des Amtes für Schulen und Kultur sowie kommissarischer Leiter des Kreisbauamtes Plön. Schnell wurde er zu Höherem berufen, zunächst ins Wirtschafts-und Kultusministerium, dann ins Innenministerium, das er jetzt im Rang eines Ministerialdirigenten verläßt. – Diese Beschäftigung ließ ihm noch Raum und Zeit, sich an der Verwaltungsfachschule in Kiel der ideologischen Ausrichtung des Verwaltungsnachwuchses zu widmen. Ein vielseitiger Mann also,

erfahren in der Organisierung der staatlichen Unterdrückung. – Als äußerst reizvoll, allerdings auch mit großer Verantwortung betrachtet er seine neue Aufgabe, berichtete er der örtlichen Presse. Die wesentlichen Aufgaben sieht er in ,,der Führung der laufenden Verwaltungsaufgaben bei der Kreisverwaltung'', soll heißen Rationalisierung, Verschärfung der Arbeitshetze, verstärkte Überwachung der Beschäftigten in den öffentlichen Betrieben, Säuberung des öffentlichen Dienstes von Revolutionären. ,,Außerdem sieht er seine Aufgabe darin, an einer weiteren Stärkung der Infrastruktur des Kreises, der Verbesserung der Finanzkraft sowie der Verbesserung des Fremdenverkehrs mitzuwirken'' (OHZ vom 8.12.). Kosten für Industrieansiedlung will er also den Kapitalisten abnehmen durch Verbesserung der Transportwege, der ,,Infrastruktur'', über Gebührenerhöhungen und verstärkte Ausplünderung der Massen soll die ,,Finanzkraft'' gestärkt werden.

Thema der Inaugural-Dissertation. Ein Jahr später war er bereits Leiter des Kreisjugendamtes, Leiter des Amtes für Schulen und Kultur sowie kommissarischer Leiter des Kreisbauamtes Plön. Schnell wurde er zu Höherem berufen, zunächst ins Wirtschafts-und Kultusministerium, dann ins Innenministerium, das er jetzt im Rang eines Ministerialdirigenten verläßt. – Diese Beschäftigung ließ ihm noch Raum und Zeit, sich an der Verwaltungsfachschule in Kiel der ideologischen Ausrichtung des Verwaltungsnachwuchses zu widmen. Ein vielseitiger Mann also,

erfahren in der Organisierung der staatlichen Unterdrückung. – Als äußerst reizvoll, allerdings auch mit großer Verantwortung betrachtet er seine neue Aufgabe, berichtete er der örtlichen Presse. Die wesentlichen Aufgaben sieht er in ,,der Führung der laufenden Verwaltungsaufgaben bei der Kreisverwaltung'', soll heißen Rationalisierung, Verschärfung der Arbeitshetze, verstärkte Überwachung der Beschäftigten in den öffentlichen Betrieben, Säuberung des öffentlichen Dienstes von Revolutionären. ,,Außerdem sieht er seine Aufgabe darin, an einer weiteren Stärkung der Infrastruktur des Kreises, der Verbesserung der Finanzkraft sowie der Verbesserung des Fremdenverkehrs mitzuwirken'' (OHZ vom 8.12.). Kosten für Industrieansiedlung will er also den Kapitalisten abnehmen durch Verbesserung der Transportwege, der ,,Infrastruktur'', über Gebührenerhöhungen und verstärkte Ausplünderung der Massen soll die ,,Finanzkraft'' gestärkt werden.

Seinem reaktionären Programm hat er selbst die Devise vorangestellt: ,, Soviel Verwaltung wie erforderlich und soviel Freiheit wie möglich''. – Die Bourgeosie hofft also, den richtigen Mann am richtigen Ort plaziert zu haben; ein glücklicher Zufall für die Klasse, daß die Amtszeit von Alfons Galette zu Ende geht und er aus ,,Altersgründen'' den Dienst quittiert. Der Kampf der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegen Rationalisierung, Stellenstreichungen, für einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag, für politische und gewerkschaftliche Freiheiten im öffentlichen Dienst wird die passende Reaktion auf die ehrgeizigen Pläne des Landrats von Bismarck sein.

Termine und Veranstaltungen

Montag, den 18.12. bis Freitag, den 22.12.78

Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeiten der Ministerien seit Beginn der großen Koalition

a) Straßen- und Schienennetzausbau für den Handelskrieg und den Krieg mit Waffen
b) Gesetze zur Energiesicherung und Energieeinsparung – lebenswichtig für die Expansionspläne und Maßnahmen der BRD-Imperialisten
c) Das Forschungsministerium bezahlt die Produktionsentwicklung und Forschung für die Kapitalisten
d) Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) – Gesetz zur Förderung allgemeiner Lohnsenkung und zur Verschärfung der politischen Unterdrückung der Lehrlinge und der Schüler- und Studentenmassen
e) Der Grundlagenvertrag – geschlossene Interessen der Erleichterung des Exports von Waren, Kapital und Ideologie in die ,,ehemaligen Ostgebiete''

Kiel, 20 Uhr, Humboltschule, Knooper Weg

Montag, den 18.12.78

Fortsetzung des Kaltefleiter-Prozesses. *Nachdem bei der Vernehmung der Kripo-Beamten, die die Ermittlungen führten, aufgedeckt wurde, daß die Zeugen gezielt beeinflußt, die Ermittlungen praktisch der Universitätsspitze überlassen wurden und die Anträge der Verteidigung auf Wahlgegenüberstellung, die die Identifizierung der Angeklagten aufklären soll, abgelehnt wurden, wird am Montag Kaltefleiter vernommen.*

Kiel, 9 Uhr, Amtsgericht, Zi. 212

Donnerstag, den 21.12.78

Fortsetzung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen C.U. Monica. *Die Staatsschutzkammer unter Richter Sauer ist bei der letzten Verhandlung mit der Taktik, das Beweisverfahren abzuschließen und zu verurteilen, nicht durchgekommen. Es gilt jetzt, den Kampf darum zu führen, die abgelehnten Beweisanträge der Verteidigung durch sachverständige Zeugen erneut stellen zu können.*

Flensburg, 16 Uhr, Landgericht, Zi 35

Dienstag, 26.12.1978

Abfahrtszeiten für die Musiktage der SRKs in Westberlin
3.30 Uhr, Kiel, Wilhelmsplatz

Sonntag, den 31.12.1978

Aufführung des Theaterstücks ,,Panzerzug 14-69''
20.00 Uhr, Kiel Gaststätte Waidmannsruh, Eckernförder Straße 309

Demonstration zur ,,Unterstützung des gerechten Krieges gegen das rhodesische Siedlerregime bis zum vollständigen Sieg!''

24.00 Uhr, Kiel-Gaarden, Vinetaplatz

Verkaufsstände der Kommunistischen Volkszeitung

Montag und Dienstag, 16 bis 18 Uhr
Kiel-Ost, Elisabethstraße
Kiel-West, Holstenstraße
Neumünster, Großflecken
Plön, am Marktplatz
Preetz, Langebrückstraße/Markt
Segeberg, Kaufhalle
Norderstedt, Herold Center
Itzehoe, Feldschmiede
Rendsburg, Altstätter Markt
Eckernförde, vor COOP

Montag und Dienstag 16.45 bis 18 Uhr
Lübeck, Breite Straße

Montag, 17 bis 18 Uhr
Ahrensburg, Am Rondeel

Montag und Dienstag, 16.30 bis 18 Uhr
Pinneberg, vor Kepa
Eutin, Fußgängerzone am alten Markt

Resolution an die streikenden Arbeiter der Stahlindustrie

b.Kiel. Wir, die Teilnehmer der Mitgliederversammlung des Komitee: Volksentscheid gegen den § 218 begrüßen Euren mutigen Streikkampf und wünschen Euch für den weiteren Verlauf viel Erfolg. – Gerade jetzt ist es richtig, daß Ihr mit Eurem Streik den Absichten der Kapitalisten, den Lohn weiter zu senken, entgegentretet. Die Forderung nach 5% Lohnerhöhung, am besten für alle gleich als 120 DM Festgeld, sowie der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden die Woche und das zu normaler Arbeitszeit am Tage, ist eine Forderung, die von uns voll unterstützt wird.

– Die Kapitalisten haben mit ihrem Lohnraub der letzten Jahre erreicht, daß immer weniger Familien sich Kinder leisten können und der Zwang, eine Abtreibung durchzuführen, da der Lohn für die Unterhaltung der Familie nicht ausreicht, tritt immer krasser hervor. Daß diese Abtreibungen jetzt durch den neuen § 218 unter Strafe gestellt werden und die Überwachung durch die Beratungsstellen immer mehr in die Familien eingreift, wird vom Komitee bekämpft und ein Volksentscheid gegen den § 218 gefordert. –

Richtig ist es, wenn wir die Kämpfe um einen ausreichenden Lohn zur Ernährung und Unterhaltung der Familie verbinden mit dem Kampf um die ersatzlose Streichung dieses Strafparagrafen und dazu die Forderung nach einem Volksentscheid in die Gewerkschaften tragen und mit Hilfe der Gewerkschaften als Kampforganisation der Arbeiter gegen den bürgerlichen Staat durchsetzen. – Der Ausgang Eures Streiks wird sich in seiner Bedeutung auf die nachkommenden Lohnkämpfe der anderen Gewerke niederschlagen, von daher ist die Teilnahme aller Stahlarbeiter am Streik eine wichtige Voraussetzung. Haben die Kapitalisten kein Gramm Stahl mehr, werden sie um so schneller weichgekocht und das ist nur gut so.

Komitee: Volksentscheid gegen den §218, Kiel, den 14.12.78.

Betriebsversammlung bei ILO

b. Pinneberg. Am 13.12. fand bei den ILO-Motorenwerken eine Betriebsversammlung statt. Von der Betriebsführung wurde die „immer bessere und faire Zusammenarbeit zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat" hervorgehoben. – Die Gewinnmargen würden immer schlechter und die jetzi-

Ignoranz und Frechheiten schützen die Staatsschutzkammer nicht

b.clm. Letzte Woche haben wir darauf hingewiesen, daß Justizministerium und Bundeswehrführung offensichtlich entschlossen sind, die Führung des Wehrkraftzersetzungsprozesses selbst straffer in die Hand zu nehmen, und daß zu diesem Zweck dem Gericht die Linie des Verfahrens jetzt in jedem einzelnen Punkt diktiert wird. Nun hat die ganze Sache einen Haken. Justizminister und Befehlshaber können sich noch nicht selbst auf den Richterstuhl setzen. Dazu ist noch immer die Mannschaft um Richter Sauer nötig. Die aber ist nicht in der Lage, die befohlene Richtung ohne grobe Fehler einzuhalten.

Am 13.12. war die vom Gericht zu erreichende Etappe wie folgt ausgegeben: Inhaltliche Beweisanträge auf jeden Fall ablehnen, die Vernehmung der Kampfsau nach Möglichkeit ganz verhindern, oder während der Vernehmung diese wenigstens so weit einschnüren, daß kein inhaltliches Wort fällt. Sodann sollte mit Ende dieses Tages auf jeden Fall die Beiweisaufnahme abgeschlossen sein, so daß das Ziel der Verurteilung in absehbare Nähe gerückt wäre. Das konnte nicht durchgesetzt werden. Die Verteidigung wies vielmehr nach, daß die Ablehnung der Verlesungsanträge unhaltbar und nur aus der Angst vor der Auseinandersetzung über die tatsächlichen Zustände in der Bundeswehr, über die tatsächlichen Ziele der westdeutschen Bourgeoisie erfolgt ist. Das Gericht hatte unter anderem abgelehnt, daß Auszüge aus den „Militärischen Schriften" von Mao Tsetung verlesen werden. Stattdessen könnten allenfalls geschichtswissenschaftliche Sachverständige gehört werden. Mit der gleichen Begründung wurde die Verlesung des Programms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands abgelehnt.

Die Verteidigung wies nach, daß das Gericht zwangsläufig behaupten muß, daß gesellschaftliche und historische Wahrheiten nicht bewiesen werden können, weil sie nicht unmittelbar erfahrbar seien. Dem liegt das Interesse der Bourgeoisie zugrunde, die Zustände, wie sie sind, als ewig und unabänderlich darzustellen, und daraus folgt dann die strikte Leugnung jeder wissenschaftlichen Erkenntnis, die die Unvermeidlichkeit der Revolution herausarbeitet. Das Gericht, welches inzwischen für jeden erkennbar an der Strippe des Finanzkapitals tanzt, muß sich diesen Standpunkt zu eigen machen und vertreten. Es muß behaupten, nur noch Zeugen seien Beweismittel, weil alles andere, insbesondere zusammengefaßte wissenschaftliche Erkenntnisse, prinzipiell unüberprüfbar seien.

Wegen dieses verkommenen Standpunktes angegriffen, konnten die bestellten Scharfrichter nur noch blindwütig reagieren. Weil alle anderen Argumente entkräftet waren, mußten die Beweisanträge der Verteidigung mit dem letzten verbliebenen Mittel abgewiesen werden: Die Beweisanträge dienten der Verteidigung nur zur Prozeßverschleppung. Diese an den Haaren herbeigezogene Unterstellung wurde wie immer, wenn sich der Vorsitzende Richter Sauer hart getroffen fühlt, mit Drohungen gegen die Öffentlichkeit und Androhung einer Ordnungsstrafe gegen den Angeklagten verbunden. Dieses Manöver ist so offensichtlich frech und juristisch unhaltbar, daß die Kammer sich einen Befangenheitsantrag gegen alle Richter einhandelte. Dieser wurde von der bereitgestellten Ersatzkammer zwar abgelehnt, aber auch diese wollte die Behauptung, die Verlesungsanträge dienten lediglich der Prozeßverzögerung, nicht stützen. Der Antrag wurde abgelehnt, „weil es das Beratungsgeheimnis nicht erkennen läßt, wie die einzelnen Richter abgestimmt haben." Das Gericht wird sich jetzt schwertun, weitere Beweisanträge, die am 21.12. gestellt werden, mit derselben Begründung abzulehnen.

Der plumpe Versuch des Vorsitzenden, dennoch am Ende dieses Verhandlungstages die Beweisaufnahme abzuschließen, war denn auch eher lächerlich als ernst zu nehmen. Die Kampfsau wird wohl das geplante Saufgelage mit ihren Unteroffizieren in Putlos am 21.12. ausfallen lassen müssen, um als Entlastungszeuge zur Verfügung zu stehen. Die Vernehmung der Kampfsau wird erfolgen, ob es der Bundeswehrführung und der Staatsschutzkammer paßt oder nicht. Vor allem aber wird nicht auf die inhaltliche Verhandlung der Beweisanträge verzichtet werden. Der letzte Verhandlungstag zeigt: Mit ausreichendem Druck läßt sich beides durchsetzen. Und wenn das Gericht trotzdem sich wieder über seine eigenen Gesetze hinwegsetzt und wieder Verlesungsanträge ablehnen sollte, so wird es seinem eigenen Fingerzeig folgen müssen und stattdessen „sachverständige" Zeugen vernehmen müssen.

Die „Rentnerroulade" der Arbeiter„wohlfahrt" à la „Bon Appetito" zu 4,50 DM

b.chc. „In der Überzeugung, daß soziale Probleme weitgehend lösbar sind, beteiligt sich die Arbeiterwohlfahrt an deren Bewältigung und an der Überwindung sozialer Ungerechtigkeiten!" Diesem Leitsatz aus dem Programm der Arbeiter„wohlfahrt" hat sich der 1. Vorsitzende des Landesverbandes Schleswig-Holstein, Sozialdezernent und Mitglied des Kieler Magistrats, Stadtrat Lütgens, besonders verschrieben. An diesem Posten hat der Sozialdemokrat Lütgens seine helle Freude. Gelingt es doch gerade der AWO, ihre Arbeit der KLassenversöhnung mit einem Mantel der Wohltaten zu bekleiden.

Die AWO unterhält in Schleswig-Holstein folgende Einrichtungen: 4 Altenwohn- und Pflegeheime mit 300 Plätzen, 100 Altentagesstätten, 3 Kindervollheime mit angegliederten Erziehungsberatungsstellen mit 156 Plätzen, 14 Kindertagesstätten mit 1028 Plätzen und 15 Jugendgruppen mit 1350 Mitgliedern.

Als treuer Diener seines Herren, erweist Lütgens seinen Dienst dem Parteibruder und Sterbehelfer, Minister Ehrenberg, zuständig für das Bundes-

unter dem Thema „Recht auf würdiges Sterben" dargelegt. Eine Kommission zur Kontrolle der Durchsetzung Ehrenberg'scher Gesetze wurde dabei gleich mit eingerichtet. Praktisch sieht dies dann so aus:

Der Kreisverband Kiel der AWO unterhält die Einrichtung „Essen auf Rädern". Gerade alte Menschen sind auf diese Einrichtung angewiesen, bleibt ihnen dadurch ein früher Aufenthalt in Rentnersterbeheimen erspart. Lütgens setzt die Plünderung der Renten hier fort. Als köstendeckender Betrag für eine Mahlzeit werden 4,50 DM berechnet bei Zugrundelegen des Nettorenteneinkommens abzüglich der Mietkosten. Ein alleinstehender Rentner bei 550 bis 600 DM Rente muß pro Mittagessen 3,60 DM zahlen, hat er 600 bis 650 DM Rente, so zahlt er bereits 3,90 DM, also 85,80 DM im Monat. Bei mehr als 650 DM Renteneinkommen werden die vollen 4,50 DM für ein Essen berechnet. Dazu kommt, daß dies Essen nur von montags bis freitags geliefert wird. Die Kosten für Verpflegung morgens und abends sowie an den Wochenenden müssen ebenfalls noch bezahlt werden. Bekannt ist, daß nicht wenige Rentner sich eine Mahlzeit auf

daß es sich um anderes Essen handelt als in den Kantinen ausgegeben wird. Da gibt es die sogenannte „Rentnerroulade", die sich in der Größe stark von den immerhin schon kleinen Fleischportionen unterscheidet.

Die AWO hat ihren Arbeitsschwerpunkt in Schleswig-Holstein in der Alten-und Jugendarbeit. Das gerade die „Fürsorge" der Jugend gilt, um dem Kapital jederzeit genügend ausbeutbare Arbeitskraft zu Billigstlöhnen zur Verfügung zu stellen, haben wir in der letzten Nr. der KVZ in dem Artikel auf Seite 18 nachgewiesen. Im Kreis Pinneberg sitzt der Landrat Haebisch im Kreisvorstand der AWO und ist mit allerhand Taten an der Unterdrückung der Jugendlichen in dem Pinneberger „AWOKnast" beteiligt.

Innerhalb von 3 Jahren hat die AWO in Schleswig-Holstein ihren Jahresetat beträchtlich steigern können:

– 1974 14,4 Mill. DM
– 1975 15,9 Mill. DM
– 1976 17,6 Mill. DM

Ein ganz nettes Sümmchen stellt der bürgerliche Staatsapparat einem Träger der freien Wohlfahrtspflege zur Verfügung, auf daß die Geschäfte der

beuterordnung ist von Jahr zu Jahr die Verkleisterung teurer. Letztlich sind es die Steuergelder der Arbeiter und Volksmassen, die in dieses Geschäft einfließen und direkt zur Unterdrückung der Kämpfe der Volksmassen gegen die bestehenden Verhältnisse verwandt werden.

Das sozialdemokratische Instrument Arbeiter„wohlfahrt" hat dann auch auf dem Gebiet der Bereitstellung von Arbeitskraft zum Null-Tarif einiges vorzuweisen. Beim Landesverband arbeiteten 1976 insgesamt 812 ‚ehrenamtliche' Mitarbeiter gegenüber 608 lohnabhängig Beschäftigten. Im Kreisverband Kiel waren es im gleichen Jahr: 144 unbezahlte Beschäftigte, 74 Teilzeitkräfte und 37 Vollzeitkräfte. Von diesen 37 Vollzeitkräften sind wiederum 22 Zivildienstleistende. Ganze 15 Arbeitskräfte bleiben in Kiel übrig, die nach dem Tarif des BAT einen vollen Lohn erhalten.

Erfolgsversprechend ist dies Konzept der Besetzung der Arbeitsstellen, gerade in Situationen, wo der einheitliche Kampf der Beschäftigten gegen die dauernden Lohnsenkungen die Grundlage zur Durchsetzung von Forderungen gegen den Dienstherrn ist. Als di-

einen ausreichenden Lohn zur Ernährung und Unterhaltung der Familie verbinden mit dem Kampf um die ersatzlose Streichung dieses Strafparagrafen und dazu die Forderung nach einem Volksentscheid in die Gewerkschaften tragen und mit Hilfe der Gewerkschaften als Kampforganisation der Arbeiter gegen den bürgerlichen Staat durchsetzen. – Der Ausgang Eures Streiks wird sich in seiner Bedeutung auf die nachkommenden Lohnkämpfe der anderen Gewerke niederschlagen, von daher ist die Teilnahme aller Stahlarbeiter am Streik eine wichtige Voraussetzung. Haben die Kapitalisten kein Gramm Stahl mehr, werden sie um so schneller weichgekocht und das ist nur gut so.

Komitee: Volksentscheid gegen den §218, Kiel, den 14.12.78.

Betriebsversammlung bei ILO

b. Pinneberg. Am 13.12. fand bei den ILO-Motorenwerken eine Betriebsversammlung statt. Von der Betriebsführung wurde die „immer bessere und faire Zusammenarbeit zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat" hervorgehoben. – Die Gewinnmargen würden immer schlechter und die jetzi-

gen Lohnforderungen seien unzumutbar hoch. Im Redebeitrag eines Arbeiters wurde die Spaltung durch Prozentforderungen und die Steuerpolitik der Regierung angegriffen und festgestellt, daß der Mindestbetrag im Nordverbund auf jeden Fall gehalten werden muß. Eine Solidaritätsresolution an die streikenden Merallarbeiter wurde vorgetragen, die von 12 Arbeitern unterschrieben worden war. Dort heißt es: „Die Forderung nach 35-Stunden-Woche an 5 Wochentagen tagsüber ist die richtige Antwort auf die Intensivierung der Arbeit und die Schichtenquälerei. Das ist die Forderung aller Metallarbeiter.

Auszahlung des Lohns soll verzögert werden

b.Pinneberg. Auf der Personalversammlung des Kreiskrankenhauses Pinneberg am 6.12.78 legte der Dienstherr folgende Pläne vor: Ab sofort soll die Lohnabrechnung jetzt von der Datenzentrale in Kiel durchgeführt werden. Die neuen Lohnzettel wurden an die Anwesenden gleich mit zwei Blättern Erklärung verteilt. Diese Umstellung soll zum 1.1.79 erfolgen. – Die Zulagen für Nacht-, Schicht- und Überstundenarbeit sollen jetzt nicht mit vierwöchiger Verspätung sondern sechs Wochen später abgerechnet werden. Es wird das ganze Jahr über eine Pauschale gezahlt, Überschüsse oder Defizite werden im Novembergehalt ausgeglichen. Das ist genau der Monat, in dem das Weihnachtsgeld ausgezahlt wird. Abgesehen davon, daß die Beschäftigten, den Staat ein ganze Jahr über kreditieren, werden sie auch den größten Teil der Rückzahlungen an den bürgerlichen Staat über die Steuern zahlen müssen.

Die „Rentnerroulade" der Arbeiter„wohlfahrt" à la „Bon Appetito" zu 4,50 DM

b.chc. „In der Überzeugung, daß soziale Probleme weitgehend lösbar sind, beteiligt sich die Arbeiterwohlfahrt an deren Bewältigung und an der Überwindung sozialer Ungerechtigkeiten!" Diesem Leitsatz aus dem Programm der Arbeiter„wohlfahrt" hat sich der 1. Vorsitzende des Landesverbandes Schleswig-Holstein, Sozialdezernent und Mitglied des Kieler Magistrats, Stadtrat Lütgens, besonders verschrieben. An diesem Posten hat der Sozialdemokrat Lütgens seine helle Freude. Gelingt es doch gerade der AWO, ihre Arbeit der KLassenversöhnung mit einem Mantel der Wohltaten zu bekleiden.

Die AWO unterhält in Schleswig-Holstein folgende Einrichtungen: 4 Altenwohn- und Pflegeheime mit 300 Plätzen, 100 Altentagesstätten, 3 Kindervollheime mit angegliederten Erziehungsberatungsstellen mit 156 Plätzen, 14 Kindertagesstätten mit 1028 Plätzen und 15 Jugendgruppen mit 1350 Mitgliedern.

Als treuer Diener seines Herren, erweist Lütgens seinen Dienst dem Parteibruder und Sterbehelfer, Minister Ehrenberg, zuständig für das Bundes-

ministerium für Arbeit und Soziales. Wie „soziale Probleme" bei der Beseitigung und Ruinierung alter, verrenteter Arbeitskraft gelöst werden, hat die AWO auf einer Klausurtagung 1978

unter dem Thema „Recht auf würdiges Sterben" dargelegt. Eine Kommission zur Kontrolle der Durchsetzung Ehrenberg'scher Gesetze wurde dabei gleich mit eingerichtet. Praktisch sieht dies dann so aus:

Der Kreisverband Kiel der AWO unterhält die Einrichtung „Essen auf Rädern". Gerade alte Menschen sind auf diese Einrichtung angewiesen, bleibt ihnen dadurch ein früher Aufenthalt in Rentnersterbeheimen erspart. Lütgens setzt die Plünderung der Renten hier fort. Als köstendeckender Betrag für eine Mahlzeit werden 4,50 DM berechnet bei Zugrundelegen des Nettorenteneinkommens abzüglich der Mietkosten. Ein alleinstehender Rentner bei 550 bis 600 DM Rente muß pro Mittagessen 3,60 DM zahlen, hat er 600 bis 650 DM Rente, so zahlt er bereits 3,90 DM, also 85,80 DM im Monat. Bei mehr als 650 DM Renteneinkommen werden die vollen 4,50 DM für ein Essen berechnet. Dazu kommt, daß dies Essen nur von montags bis freitags geliefert wird. Die Kosten für Verpflegung morgens und abends sowie an den Wochenenden müssen ebenfalls noch bezahlt werden. Bekannt ist, daß nicht wenige Rentner sich eine Mahlzeit auf

zwei Tage aufteilen, da sie die Kosten anders nicht tragen können. In Lübeck liefert die Firma „Bon Appetito" das Essen an die AWO. Bekannt ist hier,

daß es sich um anderes Essen handelt als in den Kantinen ausgegeben wird. Da gibt es die sogenannte „Rentnerroulade", die sich in der Größe stark von den immerhin schon kleinen Fleischportionen unterscheidet.

Die AWO hat ihren Arbeitsschwerpunkt in Schleswig-Holstein in der Alten-und Jugendarbeit. Das gerade die „Fürsorge" der Jugend gilt, um dem Kapital jederzeit genügend ausbeutbare Arbeitskraft zu Billigstlöhnen zur Verfügung zu stellen, haben wir in der letzten Nr. der KVZ in dem Artikel auf Seite 18 nachgewiesen. Im Kreis Pinneberg sitzt der Landrat Haebisch im Kreisvorstand der AWO und ist mit allerhand Taten an der Unterdrückung der Jugendlichen in dem Pinneberger „AWOKnast" beteiligt.

Innerhalb von 3 Jahren hat die AWO in Schleswig-Holstein ihren Jahresetat beträchtlich steigern können:

– 1974 14,4 Mill. DM
– 1975 15,9 Mill. DM
– 1976 17,6 Mill. DM

Ein ganz nettes Sümmchen stellt der bürgerliche Staatsapparat einem Träger der freien Wohlfahrtspflege zur Verfügung, auf daß die Geschäfte der

Unterdrückung und Bespitzelung der Volksmassen bis hin zum schnelleren Gang ins Grab gesichert werden. Mit dem Anwachsen der Klassenwidersprüche innerhalb der kapitalistischen Aus-

beuterordnung ist von Jahr zu Jahr die Verkleisterung teurer. Letztlich sind es die Steuergelder der Arbeiter und Volksmassen, die in dieses Geschäft einfließen und direkt zur Unterdrückung der Kämpfe der Volksmassen gegen die bestehenden Verhältnisse verwandt werden.

Das sozialdemokratische Instrument Arbeiter„wohlfahrt" hat dann auch auf dem Gebiet der Bereitstellung von Arbeitskraft zum Null-Tarif einiges vorzuweisen. Beim Landesverband arbeiteten 1976 insgesamt 812 ‚ehrenamtliche' Mitarbeiter gegenüber 608 lohnabhängig Beschäftigten. Im Kreisverband Kiel waren es im gleichen Jahr: 144 unbezahlte Beschäftigte, 74 Teilzeitkräfte und 37 Vollzeitkräfte. Von diesen 37 Vollzeitkräften sind wiederum 22 Zivildienstleistende. Ganze 15 Arbeitskräfte bleiben in Kiel übrig, die nach dem Tarif des BAT einen vollen Lohn erhalten.

Erfolgsversprechend ist dies Konzept der Besetzung der Arbeitsstellen, gerade in Situationen, wo der einheitliche Kampf der Beschäftigten gegen die dauernden Lohnsenkungen die Grundlage zur Durchsetzung von Forderungen gegen den Dienstherrn ist. Als di-

rekte Spaltinstrumente sollen die Beschäftigten der Wohlfahrtseinrichtungen dem bürgerlichen Staat dann auch dienen.

Vorstand der LSV beschließt nächste Aufgaben: Die Angriffe des Staates können zurückgeschlagen werden

b.thh. Der Staat führt seine Angriffe auf den Kampf der Schüler und Lehrlinge für ihre Rechte und Interessen und auf ihre Vertretungskörperschaften fort. Am 27. November schreibt das Landesschulamt: „Die Aufgaben der Schülervertretung sind in § 2 enumerativ aufgeführt und können daher nicht extensiv ausgelegt werden. Der Aufruf zu einer Demonstration und deren Durchführung gehören nicht zu den Aufgaben der Landesschülervertretung." Die Zahlung der Flugblätter und Broschüren für Streik und Demonstration lehnt das Landesschulamt also weiterhin ab.

Damit kann es den Kampf jedoch nicht brechen. Der neue LSV-Vorstand hat auf der Grundlage der Resolution, die der alte Landesschulsprecher vorgelegt hat, gegen die Angriffe des Staates die weiteren Schritte festgelegt. Im Mittelpunkt steht das SV-Musterstatut der Landesregierung, das der LSV bislang nur in einem Exemplar vorliegt. Die sofortige Aushändigung an alle SVen wird gefordert. Der LSV wird vorgeschlagen, das freie Selbstbestimmungsrecht der SVen und das politische Mandat dem Musterstatut entgegenzustellen. In dem Zusammenhang diskutierte der Vorstand den Kampf für das Inspektionsrecht der SV an der Kieler Berufsschule 2/3. Der LSV wird vorgeschlagen, daß Inspektions- und Einspruchsrecht der SV über den Unterricht, Prüfungen und Zensuren zu fordern und dazu landesweit tätig zu werden.

Der LSV-Vorstand befaßte sich außerdem mit dem Samstagsunterricht, der jetzt auch an den Kieler Berufsschulen eingeführt ist. An der BS 1 haben per Unterschriftensammlung der SV über 600 Schüler die sofortige Abschaffung gefordert. Der Vorstand hat eine Umfrageaktion an den Berufsschulen zum Berufsschulunterricht beschlossen, durch die die Verstöße der Kapitalisten gegen die Berufsschulpflicht ermittelt werden sollen. Als nächste landesweite Aufgabe wurde eine Protestversammlung mit Gewerkschaften und Berufsverbänden für 12 Stunden Berufsschulunterricht an 2 arbeitsfreien Wochentagen festgelegt.

Des weiteren sprach sich der Vorstand für die Unterstützung der Lehrlinge in Ahrensbök aus und fordert die Abschaffung der Stufenausbildung. Um hier voranzukommen, wird er eine Inspektion in Ahrensbök vornehmen und von der Heimleitung das Recht verlangen, im Heim eine Lehrlingsversammlung durchzuführen.

Diese Beschlüsse sind geeignet, den Kampf weiterzuführen und die Angriffe des Staates auf die LSV zurückzuweisen. Werden sie umgesetzt, so wird das Landesschulamt gegen die LSV nicht durchkommen und wird die Flugblätter zahlen müssen!



Die bürgerlichen Politiker sind Marionetten des Finanzkapitals. Alle ihre Taten dienen dem Höchstprofit und der Weltherrschaft ihrer Herren. Im Puppentheaterstück des KJB kommen sie an Hand eigener Aussagen zu Wort und werden dem Befreiungskampf gegenübergestellt.

Donnerstag, 21.12.78, 16 Uhr, in Kiel-Hasse, Rendsburger Landstr. vor der „Alten Post"

Öffentliches Puppentheater des KJB

Der Befreiungskampf im südlichen Afrika ist gerecht und durchkreuzt die Weltherrschaftspläne der Imperialisten.

Studienprogramm des KJB

Die Entstehung der BRD und das Grundgesetz – die imperialistische Bourgeoisie errichtet in Westdeutschland erneut ihre Herrschaft durch Unterdrückung der Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes

Kiel, 18 Uhr

Sozialstationen:

Mittel zur Kostendämpfung und Bespitzelung

b.mag.,,Im Zusammenwirken der betroffenen Familie mit ihrer Gemeindeschwester, ihrer Hauspflegerin und ggf. weiteren sozialen Diensten kann die Einweisung eines hilfebedürftigen Menschen in ein Krankenhaus oder ein Pflegeheim vermieden oder hinausgeschoben werden'', heißt es in der Broschüre der Landesregierung über ,,Soziale Einrichtungen''. Als Fürsprecher der Massen spielt sich die Landesregierung auf, um das Ehrenbergsche Programm der Kostendämpfung im Gesundheitswesen durchzusetzen. Dabei ist die Schließung von kleineren Krankenhäusern, die Reduzierung des Bettenangebots und Verkürzung der Verweildauer nur die eine Seite des Programms, wie es im Krankenhauszielplan festgelegt ist. Die andere Seite ist der ,,Ausbau der sozialen Dienste'', d.h. verstärkter Bau von Altenpflegeheimen, in die die alten Menschen frühzeitig aus den Krankenhäusern abgeschoben werden, bzw. dem Ausbau von Gemeindepflegestationen, denn sie ,,entlasten die stationären Einrichtungen wie Alters- und Heimpflege und erhöhen die Aufnahme für Akutkranke in den Krankenhäusern'' (Kreisentwicklungsplan Segeberg, S.11).

Etliche Anstrengungen hat die Landesregierung in den letzten Jahren unternommen, die ,,gesundheits- und sozialpflegerische Hilfe'' in die ,,häusliche und familiäre Umgebung'' zu verlagern und so die Verschlechterung der medizinischen Versorgung durchzusetzen. ,,Staatliche Anstrengungen allein genügen nicht. Die älteren Menschen müssen auch selbst bereit sein, ihre Probleme zu lösen und ebenso muß die Gemeinschaft dabei helfen '', heißt es in der Schriftenreihe der Landesregierung, Nr.15/78.

Von 1971 auf 1977 stieg die Zahl der Gemeindeschwestern von 488 auf 510, erhöhte sich der Zuschuß des Landes je Gemeindeschwester von 3700 DM auf 6500 DM und gab das Land für die Hauspflege fast 5 Millionen DM aus.

Auf 4000 Einwohner soll es eine Gemeindepflegestation geben (Rahmenplan 1974), wobei der Landesdurchschnitt zu der Zeit bei 5700 lag, im Kreis Pinneberg z.B. bei 9600.

Um diese ambulanten Dienste wie Gemeindepflegekrankenpflege, Haus- und Familienpflege, Altenpflege und u.a. ,,Essen auf Rädern'', die im wesentlichen von freien Wohlfahrtsverbänden getragen werden, effektiver zu gestalten, hat die Landesregierung seit 1974 die Einrichtung von sogenannten ,,Sozialstationen'' vorangetrieben. Von der bisherigen Form der ambulanten Pflege unterscheiden sie sich dadurch, daß die Gemeindeschwestern mit den Haus- und Altenpflegerinnen organisatorisch zusammengefaßt werden, weil sich bisher die Bezirke der einzelnen Pflegestationen überschnitten haben. Die Arbeit soll so effektiviert werden und der Arbeitstag der Pfleger voll ausgefüllt wird. Bisher gibt es in Schleswig-Holstein 14 solcher Stationen. Gleichzeitig dienen diese Sozialstationen der umfassenden Bespitzelung.

So wird im Rahmenplan festgelegt: ,,Die Sozialstation hat die Zusammenarbeit mit anderen Personen, Einrichtungen und Behörden des Gesundheits- und Sozialwesens sicherzustellen.'' Dazu zählen u.a. ,,Alten- und Pflegeheime, Gesundheitsamt, Sozialamt, Jugendamt, Außendienst für Familienfürsorge, Erziehungsberatungsstelle, Mütter- und Familienberatungsstellen.''

Seine Befürworter hat Stoltenberg für dieses Programm in den Kreisen. Landrat Krosigk, der es geschafft hat, im Kreis Segeberg die Bettenzahl auf 4,2 Betten bei 1000 Einwohnern zu drücken, womit er weit unter dem Bundes- und Landesdurchschnitt liegt, hat bereits eine Sozialstation eingerichtet in Henstedt-Ulzburg. In Bad Bramstedt soll das Krankenhaus stillgelegt werden (35 Betten), dafür ist dort jetzt auch eine Sozialstation geplant.

Interview mit einer Krankenpflegeschülerin

In Kiel gibt es bislang eine Sozialstation, und zwar in Dietrichsdorf. Du hast dort Dein Praktikum gemacht, welche Erfahrungen hast Du dabei gesammelt?

In der Sozialstation arbeiten unmittelbar zwei examinierte Krankenschwestern, eine Krankenpflegehelferin als Altenpflegerin; zusätzlich sind fast immer Krankenpflegeschüler da, die dort ihr Sozialpraktikum ableisten, das einen Monat dauert. Außerdem ist ständig ein Zivildienstleistender da. Die Schwestern beginnen jeden Morgen mit ihrem Dienst zwischen 6 und 7 Uhr, je nachdem wieviel Patienten zu versorgen sind. Der Zivildienstleistende ist ab 9 Uhr da. Jedes Wochenende ist man mit Wochenenddienst dran, aber nur vormittags. Eine geregelte Rufbereitschaft, z.B. für nachts gibt es nicht. Die Patienten kennen aber die Telefonnummern der Schwestern und wissen, daß sie auch nachts kommen. Aber bezahlt wird das nicht. Die Sozialstation wird nämlich von beiden Kirchen gemeinsam getragen. Wie sie sagen, machen die Schwestern die Überstunden aus Nächstenliebe und religiöser Überzeugung.

Wie groß ist der Bezirk, und wen betreut Ihr hauptsächlich?

Die Sozialstation ist für ganz Dietrichsdorf zuständig. Meistens sind es ja die alten Leute, die z.B. täglich Insulin gespritzt bekommen, die nicht alleine einen Verbandswechsel machen können, wie die Patienten mit ,,offenen Beinen'', und dann die, die einen ,,Anus praeter''(künstlicher Darmausgang) haben und damit nicht klar kommen, die versorgt werden müssen. Dann müssen wir bei denjenigen, die aus dem Krankenhaus entlassen worden sind, vorbeigehen. Die Adressen bekommen wir vom Hausarzt, und wir müssen hin, ,,Guten Tag'' sagen, schauen, ob sie sich selbst versorgen können, ob sie ,,Essen auf Rädern'' wollen, also nachsehen, wie es bei ihnen aussieht.

Im Grunde kann man auch gar nicht mehr machen, da die Zeit fehlt. Kein Wunder, daß dann die Angehörigen – falls es welche gibt bzw. sie dazu in der Lage sind – die weitere notwendige Pflege übernehmen müssen.

Wie sieht denn der Tagesablauf im einzelnen aus?

Nachdem morgens die Insulinspritzen gegeben sind, die Verbände gewechselt sind und die Bettlägrigen versorgt sind, treffen sich alle so gegen 10 Uhr in der Sozialstation. Der Zivildienstleistende fährt die Kranken zum Arzt, holt alte Möbel und Stühle für Basare ab und mittags fährt er das ,,Essen auf Rädern'' aus. Nachmittags werden dann Patientenbesuche gemacht oder Altenkaffees veranstaltet. Das Ende des Arbeitstages ist also nicht klar abzusehen.

Wir sind der Meinung, daß die Sozialstationen der Durchsetzung der Kostendämpfung im Gesundheitswesen dienen. Was ist Deine Meinung dazu?

Es scheint, als sei es eine gute Sache, denn die Schwestern geben sich viel Mühe, die Patienten gut zu versorgen. Aber eigentlich könnten die Patienten besser versorgt werden, z.B. wenn sie länger im Krankenhaus bleiben würden oder öfter und länger in ärztlicher Behandlung wären. Ich weiß von einer Rentnerin aus Dietrichsdorf, die durch die Explosion ihres Gasofens ziemlich schwere Verbrennungen erlitten hat. Nachdem sie aus der Klinik entlassen wurde, mußte sie jeden Tag in die Ambulanz kommen, wo sich immer ein Arzt den Heilungsprozeß angesehen hat. Dann wurde ihr nach einigen Wochen mitgeteilt, daß sie jetzt nicht mehr so oft kommen soll, da die Schwestern aus Dietrichsdorf auch die Verbände wechseln können.

Kanzler für Europa – Das Wahlfeld wird abgesteckt

Schmidt bei der dänischen Minderheit in Flensburg

b.chg. Der Besuch des Kanzlers Schmidt am vergangenen Freitag bei der Vertretung der dänischen Minderheit in Flensburg fand angeblich statt.

Etliche Anstrengungen hat die Landesregierung in den letzten Jahren unternommen, die ,,gesundheits- und sozialpflegerische Hilfe'' in die ,,häusliche und familiäre Umgebung'' zu verlagern und so die Verschlechterung der medizinischen Versorgung durchzusetzen. ,,Staatliche Anstrengungen allein genügen nicht. Die älteren Menschen müssen auch selbst bereit sein, ihre Probleme zu lösen und ebenso muß die Gemeinschaft dabei helfen '', heißt es in der Schriftenreihe der Landesregierung, Nr.15/78.

Von 1971 auf 1977 stieg die Zahl der Gemeindeschwestern von 488 auf 510, erhöhte sich der Zuschuß des Landes je Gemeindeschwester von 3700 DM auf 6500 DM und gab das Land für die Hauspflege fast 5 Millionen DM aus.

Es klingt schon an, worum es noch im Besonderen geht: um Europa, genauer gesagt um die Vorherrschaft des westdeutschen Imperialismus in dem ,,Die Sozialstation hat die Zusammenarbeit mit anderen Personen, Einrichtungen und Behörden des Gesundheits- und Sozialwesens sicherzustellen.'' Dazu zählen u.a. ,,Alten- und Pflegeheime, Gesundheitsamt, Sozialamt, Jugendamt, Außendienst für Familienfürsorge, Erziehungsberatungsstelle, Mütter- und Familienberatungsstellen.''

Seine Befürworter hat Stoltenberg für dieses Programm in den Kreisen. Landrat Krosigk, der es geschafft hat, im Kreis Segeberg die Bettenzahl auf 4,2 Betten bei 1000 Einwohnern zu drücken, womit er weit unter dem Bundes- und Landesdurchschnitt liegt, hat bereits eine Sozialstation eingerichtet in Henstedt-Ulzburg. In Bad Bramstedt soll das Krankenhaus stillgelegt werden (35 Betten), dafür ist dort jetzt auch eine Sozialstation geplant.

mig betont, daß sie dem dänischen Parlament zwar nichts vorschreiben könne, aber sie würde doch noch einmal die Wichtigkeit von dieser beto- sagen, machen die Schwestern die Überstunden aus Nächstenliebe und religiöser Überzeugung.

Wie groß ist der Bezirk, und wen betreut Ihr hauptsächlich?

Die Sozialstation ist für ganz Dietrichsdorf zuständig. Meistens sind es ja die alten Leute, die z.B. täglich Insulin gespritzt bekommen, die nicht alleine einen Verbandswechsel machen können, wie die Patienten mit ,,offenen Beinen'', und dann die, die einen ,,Anus praeter''(künstlicher Darmausgang) haben und damit nicht klar kommen, die versorgt werden müssen. Dann müssen wir bei denjenigen, die aus dem Krankenhaus entlassen worden sind, vorbeigehen. Die Adressen bekommen wir vom Hausarzt, und wir müssen hin, ,,Guten Tag'' sagen, schauen, ob sie sich selbst versorgen können, ob sie ,,Essen auf Rädern''

Die SPD hat diese Tradition fortgesetzt; trotz der artigen Begrüßung des Bundeskanzlers durch den SSW wird stendämpfung im Gesundheitswesen dienen. Was ist Deine Meinung dazu?

Es scheint, als sei es eine gute Sache, denn die Schwestern geben sich viel Mühe, die Patienten gut zu versorgen. Aber eigentlich könnten die Patienten besser versorgt werden, z.B. wenn sie länger im Krankenhaus bleiben würden oder öfter und länger in ärztlicher Behandlung wären. Ich weiß von einer Rentnerin aus Dietrichsdorf, die durch die Explosion ihres Gasofens ziemlich schwere Verbrennungen erlitten hat. Nachdem sie aus der Klinik entlassen wurde, mußte sie jeden Tag in die Ambulanz kommen, wo sich immer ein Arzt den Heilungsprozeß angesehen hat. Dann wurde ihr nach einigen Wochen mitgeteilt, daß sie jetzt nicht mehr so oft kommen soll, da die Schwestern aus Dietrichsdorf auch die Verbände wechseln können.

Lage versetzen, auch mit Hilfe dieses Amtes die Kämpfe der Schuljugend zu führen.

Resolution zum Stahlarbeiterstreik

b.Eckernförde. An die Metallredaktion
an die Tarifkommission der IGM
an die Gewerkschaftszeitung der IG Bau Steine Erden
Presse
,,Wir, Kollgen der Firma Reiß (Eckernförde) und Soldaten in der Marinefernmeldeschule Eckernförde, unterstützen Eure Forderungen: 35 Stundenwoche, 5% mehr Lohn. Wir Bauarbeiter müssen uns jetzt auf die Tarifrunde vorbereiten, wir Soldaten sind im Moment vom Tarifkampf ausgeschlossen. Am besten wäre es, wenn die 5% gleich 120 DM für alle ausgezahlt würden. Wir wünschen Euch viel Erfolg bei der Durchsetzung Eurer Forderungen.''
Eckernförde, den 14.12.1978
Unterstützt wird die Resolution bisher von 2 Soldaten in der Kaserne, unterschrieben von 4 Kollegen der Baufirma und 1 Kollege der Heizungsbaufirma.

,,Weihnachtshilfswerk'' Segeberg

b.Segeberg. Die Segeberger Bourgeoisie hat Schwierigkeiten, ihr diesjähriges ,,Weihnachtshilfswerk'' über die Bühne zu bringen. Jahr für Jahr zieht sie den Massen Gelder aus den Taschen, um mit weihnachtlicher Barmherzigkeit ihre Ausbeutungsmaschine-

Kanzler für Europa – Das Wahlfeld wird abgesteckt

Schmidt bei der dänischen Minderheit in Flensburg

b.chg. Der Besuch des Kanzlers Schmidt am vergangenen Freitag bei der Vertretung der dänischen Minderheit in Flensburg fand angeblich statt, laut Pressenachrichten, ,,um die Leistung der dänischen Minderheit im deutsch-dänischen Grenzland (zu) würdigen'' (,,Flensborg Avis'' vom 8.12.78). Der Besuch – der dänischen Minderheit mehr oder weniger auf Betreiben des SPD-Landesvorsitzenden Matthiesen aufgezwängt – ist kein Zufall, denn es ist nicht die Art des Kanzlers, sich besonders um Minderheitenprobleme zu kümmern. Matthiesen, Spitzenkandidat für den Ministerpräsidentensessel bei den Landtagswahlen im Frühjahr, nannte in einem Interview mit ,,Flensborg Avis'' denn auch, was eigentlich anliegt: Trotz mehrfacher Beteuerung, das wäre beileibe nicht das Ziel des Kanzlers, die anstehenden Landtagswahlen zu beeinflussen, belief sich das Interview in dem gleichen Artikel auf fünf Sechstel nur auf das eine: die anstehenden Landtagswahlen. Für die SPD sind die 50000 Angehörigen der dänischen Minderheit nicht einfach zu übergehen, wenn es um die Ministersessel der Sozialdemokraten geht. Plötzlich entdecken sie freundschaftliche Gefühle für die dänische Minderheit, die sie angeblich schon lange hegten: ,,Er (Schmidt) wird damit die Tradition der Minderheitenpolitik fortsetzen, die nach dem Krieg hier in Schleswig-Holstein von der ersten sozialdemokratischen Landesregierung auf den Weg gebracht worden ist, nämlich die Grundlagen für ein modellhaftes Zusammenleben südlich und nördlich der Grenze hier voranzubringen. Ein solches Modell ist heute beispielhaft in und für Europa'' (,,Flensborg Avis'' vom 8.12.78).

Es klingt schon an, worum es noch im Besonderen geht: um Europa, genauer gesagt um die Vorherrschaft des westdeutschen Imperialismus in dem europäischen Modell. In der bürgerlichen Presse wird darauf hingewiesen, daß Schmidt die Tradition weiterführen will, die er mit dem Besuch nach dem Weltwirtschaftsgipfel mit Trudeau bei Jörgensen begonnen hat. Der Segeltörn sollte damals die dänische Bourgeoisie auf Trab bringen und die Beschlüsse des Gipfels durchsetzen. Als Sprungbrett nach Skandinavien wird Dänemark benutzt, und die westdeutsche Bourgeoisie macht sich dabei das Handelsdefizit Dänemarks gegenüber der BRD zunutze. Was winken, sind die Bodenschätze in Norwegen, Schweden und Finnland und insgesamt die militärische Basis, sie sich die westdeutsche Bourgeoisie gegenüber und mit der westlichen Supermacht schaffen will.

Getroffen hat dabei die westdeutsche Bourgeoisie die Ablehnung Norwegens gegenüber der Währungsschlange. Weshalb ,,. . . der Schutz der dänischen Minderheiten auch im Hinblick auf die Direktwahl zum europäischen Parlament wichtiger Bestandteil der deutschen Politik ist.''

Die SPD-Politiker sind ,,für die schnelle Verwirklichung der Grossen-Belt-Brükke'', weil sie sich ,,davon eine sehr viel stärkere und auch wirtschaftliche Bedeutung versprechen, sowohl für Jütland als auch für Schleswig-Holstein. Unser Land hat ja auch im Zusammenhang mit der Europäischen Gemeinschaft eine Brückenfunktion zu Skandinavien.'' Die Industrie- und Handelskammer Flensburg hat kurz nach dem erstmaligen Beschluß des dänischen Parlamentes gegen den Bau der Beltbrücke einstimmig betont, daß sie dem dänischen Parlament zwar nichts vorschreiben könne, aber sie würde doch noch einmal die Wichtigkeit von dieser betonen. Die dänische Beltbrücke würde die Kosten für die Warenumschläge insgesamt verringern, das ist das Interesse, was die westdeutsche Bourgeoisie an diesem Projekt hat. ,,Brückenfunktion zu Skandinavien'' kann man ruhig militärisch nehmen: Für die Expansion nach Norden brauchen die BRD-Imperialisten schnelle Rollbahnen, die vor keinem Wasserstreifen halt machen und über die man auf dem schnellsten Wege bis zum Nordkap vorstoßen kann. Zur Einweihung einer Rollbahn, des Autobahnteilstückes Schleswig-Flensburg, wurde eigens die dänische Königin herzitiert, die aber unplanmäßig gegenüber Scheel betonte, ihr Land ließe sich von niemandem etwas vorschreiben.

Der Kanzler Schmidt besucht, laut Presse, ganz im Internen die dänischen Einrichtungen, die Zentralbibliothek, das dänische Jugendhaus, Einrichtungen, die die westdeutsche Bourgeoisie über ihre Gesetze und Finanzen im Griff hat und über die die dänische Minderheit sowieso nicht verfügt. Seit eh und je sind die Interessen der dänischen Minderheit unterdrückt worden, der Kampf um Sonderrechte und gegen die Unterdrückung ihrer eigenen Kultur, ihrer Sprache und ihrer Schulbildung. 1948 forderte der Südschleswiger Wählerbund in seinem Programm die Abtrennung Süd-Schleswigs von Holstein und die Errichtung eines eigenen Landes Süd-Schleswig innerhalb der britischen Besatzungszone. Daran hatte die britische Besatzungsmacht jedoch kein Interesse, und die dänische Minderheit wurde ,,eingegliedert''.

Die SPD hat diese Tradition fortgesetzt; trotz der artigen Begrüßung des Bundeskanzlers durch den SSW wird das klar: ,,Herr Bundeskanzler, wir wünschen Ihnen und uns, daß Ihr Besuch im dänischen Südschleswig zur allseitigen Zufriedenheit verlaufen wird'', waren die Mißtöne nicht zu überhören. Der SSW-Vorsitzende etwas sarkastisch: ,,Die SPD wird mit ihrem populären Bundeskanzler etwas prahlen wollen'', und: ,,Wir finden es nicht in Ordnung, daß Dänemark den Löwenanteil der Ausgaben für Nord- und Südschleswig trägt'' (NDR II, 15.12.78).

In der Tat ist es so, daß z.B. im Bildungswesen die dänischen Privatschulen nur 80 bzw. 85% der staatlichen Zuschüsse deutscher Schulen bekommen, obwohl die Angehörigen der dänischen Minderheit 100% Steuern an den deutschen Staat zahlen. Gleichzeitig hat sich die westdeutsche Bourgeoisie durch ihr ,,Minderheiten-Schulrecht'' den Zugriff und die genaueste Kontrolle über die dänischen Schulen gesichert: Schulaufsichtsbehörde ist das westdeutsche Kultusministerium, und somit ist das dänische Bildungssystem ebenfalls der imperialistischen Bildungsreform unterworfen. Genauso wie in den deutschen Schulen sollen die Jugendlichen auch in den dänischen Schulen auf die Profitproduktion getrimmt werden. Klappt es mit der Kontrolle über das dänische Volk in Westdeutschland, steckte Schmidt ,,still und unauffällig'' ab. Nicht umsonst gab er am Freitagabend ein Festtagsessen für die Schüler des dänischen Internates. Gleichzeitig streckt er die Fühler aus, wie es steht mit der Vorherrschaft der westdeutschen Bourgeoisie bei den kommenden Europawahlen in Richtung Norden.

Schulsprecherwahl an der Kreisberufschule Elmshorn

b.Elmshorn. Die Schülervertretung der Kreisberufschule (KBS) Elmshorn hatte ein Programm verabschiedet, das die Forderung gegen das Schulgesetz beinhaltet. Außerdem propagiert es den breiten Zusammenschluß der Schüler wegen ihrer objektiven gleichen Interessen, die in einer guten Berufsausbildung und freier politischer Betätigung an der Schule bestehen. In dem Programm wird den Schülern eine Listenwahl vorgeschlagen mit von der SV vorgeschlagenen Kandidaten, um eine Konkurrenzwahl zu verhindern. Die Schulleitung hat die Verteilung des Flugblattes verboten. Es ist trotzdem verteilt worden. Auf der späteren Schülersprecherwahl gelang es einem Lehrer und der Schulleitung, einen Gegenkandidaten durchzusetzen. Trotzdem ist es gelungen, die Schüler dafür zu gewinnen, die von der SV vorgeschlagenen Kandidaten zu wählen. Die jetzige Schülersprecherin ist eine Floristin. Sie wurde auch deshalb aufgestellt, weil sie Berufsschülerin ist. Damit werden ca. 2000 Schüler vertreten. In den vorhergegangenen Wahlen sind es fast immer Teilzeitschüler gewesen, die das Amt des Schülersprechers belegt hatten. Das war ungünstig, denn damit ist immer nur ein Teil von 500 Schülern vertreten worden, Fachgymnasiasten, Handelsschüler usw. – Das Ergebnis dieser Schülersprecherwahl ist wichtig, weil sich so die Arbeiterjugendlichen, die Berufsschüler, in die Lage versetzen, auch mit Hilfe dieses Amtes die Kämpfe der Schuljugend zu führen.

Resolution zum Stahlarbeiterstreik

b.Eckernförde. An die Metallredaktion
an die Tarifkommission der IGM
an die Gewerkschaftszeitung der IG Bau Steine Erden
Presse
,,Wir, Kollgen der Firma Reiß (Eckernförde) und Soldaten in der Marinefernmeldeschule Eckernförde, unterstützen Eure Forderungen: 35 Stundenwoche, 5% mehr Lohn. Wir Bauarbeiter müssen uns jetzt auf die Tarifrunde vorbereiten, wir Soldaten sind im Moment vom Tarifkampf ausgeschlossen. Am besten wäre es, wenn die 5% gleich 120 DM für alle ausgezahlt würden. Wir wünschen Euch viel Erfolg bei der Durchsetzung Eurer Forderungen.''
Eckernförde, den 14.12.1978
Unterstützt wird die Resolution bisher von 2 Soldaten in der Kaserne, unterschrieben von 4 Kollegen der Baufirma und 1 Kollege der Heizungsbaufirma.

,,Weihnachtshilfswerk'' Segeberg

b.Segeberg. Die Segeberger Bourgeoisie hat Schwierigkeiten, ihr diesjähriges ,,Weihnachtshilfswerk'' über die Bühne zu bringen. Jahr für Jahr zieht sie den Massen Gelder aus den Taschen, um mit weihnachtlicher Barmherzigkeit ihre Ausbeutungsmaschinerie zu ölen. Am letzten Samstag, den 10.12., sahen sich die Sammler des Weihnachtshilfswerks, allesamt Mitglieder des Gesundheitsausschusses des Kreises Segeberg, mit dem Agitationsstand der Zelle des KBW zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe konfrontiert. Die anfänglichen Versuchen, die Sammlung für eine Druckerei der ZANU und den Agitationsstand zu verhindern, fanden jedoch nicht die Unterstützung der Massen. Schließlich zogen die Sammler auf die andere Seite des Marktplatzes, um der Propaganda für den Befreiungskampf auszuweichen. Es wurden 3,10 DM für die Druckausrüstung der ZANU gesammelt.



Die Aggressoren werden sich am Demokratischen Kampuchea die Zähne ausbeißen

z.ges. Je heftiger die sowjetischen Sozialimperialisten die vietnamesische Aggression als Hintermänner vorantreiben, je tiefer sie sich direkt in diese Aggression verstricken, desto mehr müssen sie versuchen, diese Aggression zu verhüllen und ihre Verbrechen als Unterstützung eines angeblichen Befreiungskampfes zu verkaufen. Kaum hatte die vietnamesische Nachrichtenagentur vermeldet, daß sich angeblich eine Front gegen das Demokratische Kampuchea gebildet hätte, da brachte die „Prawda“ diese Nachricht auch schon in großer Aufmachung heraus. Bereits jetzt sind tausende sowjetische Berater an der vietnamesischen Aggression gegen das Demokratische Kampuchea direkt beteiligt und bedienen selber einen Teil der schweren und komplizierten Waffen, mit denen die Sowjetunion Vietnam Tag für Tag vollpfropft. Nachdem die Sowjetunion einen sogenannten Friedens- und Freundschaftspakt mit Vietnam geschlossen hat, der eindeutig militärischen Charakter trägt und militärische Bündnisverpflichtungen enthält, hat die Sowjetunion auf dem Konsultativtreffen des Warschauer Paktes den Druck verstärkt, um die übrigen Warschauer-Pakt-Staaten und ihre Ressourcen für den Krieg gegen das Demokratische Kampuchea zu mobilisieren. Das war einer der Gründe, weshalb es dort zu einem offenen Krach mit Rumänien kam. Als die Sowjetunion 1968 in der CSSR einmarschierte, um das Land zu besetzen, war sie schlau genug, sich erst ein paar Leute zu kaufen, die sie ins Land riefen. Gegenüber dem Demokratischen Kampuchea und zur Absicherung der vietnamesischen Aggression will die SU die gleichen schmutzigen Methoden anwenden. Aber sie konnte bei diesem Trick auf niemanden zurückgreifen als auf die vietnamesische Führungsclique selber, die seit Jahren Einmischung und Subversion gegen die Kommunistische Partei Kampucheas und gegen die kampucheanische Revolution betreibt.

Die gleichen Leute, die die vietnamesische Armee zur Aggression gegen das Demokratische Kampuchea führen, führen jetzt eine angebliche Front, als die sie die vietnamesische Armee in Zukunft auftreten lassen wollen. Damit hätten dann auch revisionistische Parteien wie die DKP die Möglichkeit, den Klingelbeutel direkt für die vietnamesische Aggression zu schütteln, statt sich auf Überschwemmungshilfe beschränken zu müssen. Das Demokratische Kampuchea steht sowohl dem Expansionsdrang des revisionistischen Vietnam im Weg als vor allem den Bemühungen der SU, zur asiatischen Macht zu werden. Der Haß der Revisionisten und Sozialimperialisten gegen das Demokratische Kampuchea ist so groß wie die Entschlossenheit des kampucheanischen Volkes, unter Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas seine Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität als Bedingung der Fortführung der Revolution und des Aufbaus des Sozialismus zu verteidigen. Schon die USA sind mit dem Versuch gescheitert, ihren Krieg gegen Kampuchea zu „khmerisieren“. Aber die sowjetischen Sozialimperialisten haben neben einem Thieu noch nicht einmal eine Marionette wie Lon Nol, die sie „unterstützen“ könnten. Wie bei der Aggression so können sie auch bei der Verhüllung ihrer Aggression nur auf die Le Duan-Pham-van-Dong-Clique-zurückgreifen. Die USA sind gescheitert und durch die kampucheanische Revolution niedergeschlagen worden. Den sowjetischen Sozialimperialisten wird es erst recht nicht besser gehen.



Auf Einladung der Kommunistischen Partei Chinas und auf Einladung der Kommunistischen Partei Kampucheas hat eine Delegation des ZK des KBW zwischen dem 16.11. und dem 13.12. die Volksrepublik China und das Demokratische Kampuchea besucht. Sie wurde vom Sekretär des ZK des KBW geleitet. In der VRCh führte die Delegation mit der Abteilung für internationale Verbindungen des ZK der KPCh ausführliche Gespräche und besuchte die Provinzen Heilungkiang und Liaoning im Nordosten Chinas. Am 12. Dezember traf die Delegation in Peking mit Gen. Geng Biao, Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, und mit Gen. Feng Hsüan, Mitglied des ZK der KPCh, zusammen. Der Besuch des Demokratischen Kampuchea fand zwischen dem 2. und 9. Dezember statt. Die Delegation traf mit Gen. Nuon Chea, Stellvertretender Sekretär des ZK der KPK und mit Gen. Ieng Sary, Mitglied des Ständigen Ausschusses des ZK der KPK zusammen. Am 9.12. führte Gen. Pol Pot, Sekretär des ZK der KPK, mit der Delegation ein freundschaftliches Gespräch. Die Delegation besuchte zehn der neunzehn Provinzen des Demokratischen Kampuchea. Das Bild zeigt den Besuch einer Arzneimittelfabrik in Kompong Cham durch die Delegation.

Über das neuerliche Manöver, eine nach einem Khmer-Namen benannte vietnamesische Organisation in die Welt zu setzen

Presseerklärung des Sprechers des Ministeriums für Propaganda und Information des Demokratischen Kampuchea, Phnom Penh, 9. Dezember 1978

Phnom Penh, 9. Dezember 1978

1.) Kürzlich hat die Le Duan-Pham Van Dong-Clique eine politische Organisation in die Welt gesetzt, die einen Khmer-Namen trägt. Die Organisation sitzt in Saigon. Die Verantwortlichen dieser Organisation sind alle Vietnamesen. Es sind Le Duc Tho, Pham Hung, Tram Nam Trung und viele andere Vietnamesen, die alle Arbeit ausführen. Die Gründung dieser Organisation ist eine Schmierenkomödie, die vollständig durch die Vietnamesen kreiert und inszeniert wird und in der sie alle Rollen übernommen haben. Der politische Inhalt, die Worte und der Stil riechen vorn und hinten nach den Vietnamesen.

2.) Daß Vietnam solch eine Organisation einrichtet, um seine Strategie der Aggression, Annektion, des Verschluckens des Territoriums und der Auslöschung der Nation Kampucheas zu verfolgen, ist nichts Neues. Es ist ei-

Auch seine Versuche, Druck auszuüben, entlang der Grenzen Gebiete zu rauben, Spione und Sabotagekommandos einzuschleusen, sind zerschlagen worden. Seine Versuche, durch einen Staatsstreich das Demokratische Kampuchea umzustürzen und die Füh-

re und ekelerregende Gesicht der Le Duan-Pham Van Dong-Clique wurde enthüllt.

3.) Die Gründe, weshalb sich Vietnam so überstürzt, um dieses Manöver in die Welt zu setzen, sind die folgenden:



Mit Reis und Gewehren ist das Demokratische Kampuchea unbesiegbar.

que herrschen Zwietracht und Korruption von der obersten bis zur untersten Ebene. Jeden Tag entziehen sich ihr tausende Vietnamesen und fliehen aus dem Land. Was das wirtschaftliche Gebiet angeht, so haben viele Millionen Vietnamesen nicht genug zu essen und viele Tausende von ihnen sterben an Hunger. Die Le Duan-Pham Van Dong-Clique geht herum, um jedermann anzubetteln und anzuflehen, aber sie kriegt keine Almosen mehr wünscht. Gerade in der internationalen Arena ist die Le Duan-Pham Van Dong-Clique stark isoliert. Die Völker der Welt und vor allem die Völker Süd-Ost-Asiens und Asiens haben sie als Aggressor gegen Kampuchea und als Expansionist in Süd-Ost-Asien angeprangert und verurteilt.

So hatte es die Le Duan-Pham Van Dong-Clique nötig, eine vietnamesische Organisation, die mit einem kampucheanischen Namen versehen ist, in die Welt zu setzen, mit dem Ziel, ihren

Nicht-Pakt-Gebundenheit.

4.) Unmittelbar nach ihrer Geburt wurde diese vietnamesische Organisation durch die öffentliche Weltmeinung nachdrücklich angeprangert und verurteilt, so daß dieses neue vietnamesische Manöver entlarvt wurde und rasch gescheitert ist. Dies hat mehr als deutlich gezeigt, daß jene hinterhältige Aktivität Vietnams die Weltmeinung weiter über den grausamen, wüsten, heuchlerischen und verlogenen, den wahren Charakter der Le Duan-Pham Van Dong-Clique aufgeklärt hat.

Das Volk und die Regierung des Demokratischen Kampuchea sind der festen Überzeugung, daß die den Frieden und die Gerechtigkeit liebenden Völker und Länder der Welt, die sich der finsteren Strategie und Manöver Vietnams und der sowjetischen internationalen Expansionisten bewußt sind, geeignete Maßnahmen ergreifen, um den Absichten dieses neuen Manövers Vietnams und der sowjetischen expansioni-

union 1968 in der CSSR einmarschierte, um das Land zu besetzen, war sie schlau genug, sich erst ein paar Leute zu kaufen, die sie ins Land riefen. Gegenüber dem Demokratischen Kampu-

tion und des Aufbaus des Sozialismus zu verteidigen. Schon die USA sind mit dem Versuch gescheitert, ihren Krieg gegen Kampuchea zu „khmerisieren“. Aber die sowjetischen Sozialimperiali-

Kampuchea fand zwischen dem 2. und 9. Dezember statt. Die Delegation traf mit Gen. Nuon Chea, Stellvertretender Sekretär des ZK der KPK und mit Gen. Ieng Sary, Mitglied des Ständigen Ausschusses des ZK der KPK zusammen. Am 9.12. führte Gen. Pol Pot, Sekretär des ZK der KPK, mit der Delegation ein freundschaftliches Gespräch. Die Delegation besuchte zehn der neunzehn Provinzen des Demokratischen Kampuchea. Das Bild zeigt den Besuch einer Arzneimittelfabrik in Kompong Cham durch die Delegation.

Über das neuerliche Manöver, eine nach einem Khmer-Namen benannte vietnamesische Organisation in die Welt zu setzen

Presseerklärung des Sprechers des Ministeriums für Propaganda und Information des Demokratischen Kampuchea, Phnom Penh, 9. Dezember 1978

Phnom Penh, 9. Dezember 1978

1.) Kürzlich hat die Le Duan-Pham Van Dong-Clique eine politische Organisation in die Welt gesetzt, die einen Khmer-Namen trägt. Die Organisation sitzt in Saigon. Die Verantwortlichen dieser Organisation sind alle Vietnamesen. Es sind Le Duc Tho, Pham Hung, Tram Nam Trung und viele andere Vietnamesen, die alle Arbeit ausführen. Die Gründung dieser Organisation ist eine Schmierenkomödie, die vollständig durch die Vietnamesen kreiert und inszeniert wird und in der sie alle Rollen übernommen haben. Der politische Inhalt, die Worte und der Stil riechen vorn und hinten nach den Vietnamesen.

2.) Daß Vietnam solch eine Organisation einrichtet, um seine Strategie der Aggression, Annektion, des Verschluckens des Territoriums und der Auslöschung der Nation Kampucheas zu verfolgen, ist nichts Neues. Es ist ei-ne abgedroschene Komödie, die Vietnam über viele Dutzende Jahre zur Aufführung gebracht hat. Dabei mußte es eine bittere Niederlage nach der anderen einstecken. Um sein strategisches Ziel, Kampuchea zu schlucken, zu erreichen, hat Vietnam fortlaufend während 50 Jahren alle Sorten von Manövern unternommen, geheime und offene, rohe und gesüßte.

Sein Plan von „eine Partei, ein Volk, ein Land“ innerhalb der „Indochinesischen Föderation“, eine Marionette Vietnams, wurde zerschlagen. Danach lockte Vietnam mit Zuckerstückchen und Täuschung durch seine „Freundschaft besonderer Art“ und „Solidarität besonderer Art“, aber auch dies Manöver wurde zerschlagen.

Auch seine Versuche, Druck auszuüben, entlang der Grenzen Gebiete zu rauben, Spione und Sabotagekommandos einzuschleusen, sind zerschlagen worden. Seine Versuche, durch einen Staatsstreich das Demokratische Kampuchea umzustürzen und die Füh-rung von Kampuchea zu beseitigen, wurden ebenfalls niedergeschlagen. Weiter hat Vietnam Niederlagen erlitten bei der Nutzung des geheimen Verbindungsnetzes, das es innerhalb der Reihen der Revolution Kampucheas über viele Dutzende Jahre hinweg spann und in das es viel Hoffnung setzte. Seine großangelegten und überraschenden Überfälle zur Aggression und Invasion sind von der Trockenzeit bis zum Ende der Regenzeit 1978 nacheinander zerschlagen und zum Zusammenbruch gebracht worden. Nunmehr wurde das neue Manöver, eine nach einem Khmer-Namen benannte vietnamesische Organisation in die Welt zu setzen und sie als Tarnkappe zu benutzen, sofort zerschlagen und das finste-

re und ekelerregende Gesicht der Le Duan-Pham Van Dong-Clique wurde enthüllt.

3.) Die Gründe, weshalb sich Vietnam so überstürzt, um dieses Manöver in die Welt zu setzen, sind die folgenden:



Mit Reis und Gewehren ist das Demokratische Kampuchea unbesiegbar.

Erstens hat Vietnam sehr schwere Niederlagen erlitten, und es ist in eine Situation der strategischen Niederlage in allen Gebieten geraten. Auf militärischem Gebiet hat es viele hunderttausend lebendige Kräfte verloren. Die Moral seiner Truppen ist auf dem Tiefststand. Die Le Duan-Pham Van Dong-Clique bringt keine Rekrutierung neuer Leute für ihre Armee zuwege. Viele ihrer Soldaten desertieren und haben es abgelehnt, gegen Kampuchea an die Front zu gehen und zu kämpfen. Auf politischem Gebiet ist die Le Duan-Pham Van Dong-Clique äußerst isoliert vom vietnamesischen Volk, das sich in immer kraftvolleren Kämpfen im ganzen Land gegen sie erhebt. Unter der Le Duan-Pham Van Dong-Cli-

que herrschen Zwietracht und Korruption von der obersten bis zur untersten Ebene. Jeden Tag entziehen sich ihr tausende Vietnamesen und fliehen aus dem Land. Was das wirtschaftliche Gebiet angeht, so haben viele Millionen Vietnamesen nicht genug zu essen und viele Tausende von ihnen sterben an Hunger. Die Le Duan-Pham Van Dong-Clique geht herum, um jedermann anzubetteln und anzuflehen, aber sie kriegt keine Almosen mehr wünscht. Gerade in der internationalen Arena ist die Le Duan-Pham Van Dong-Clique stark isoliert. Die Völker der Welt und vor allem die Völker Süd-Ost-Asiens und Asiens haben sie als Aggressor gegen Kampuchea und als Expansionist in Süd-Ost-Asien angeprangert und verurteilt.

So hatte es die Le Duan-Pham Van Dong-Clique nötig, eine vietnamesische Organisation, die mit einem kampucheanischen Namen versehen ist, in die Welt zu setzen, mit dem Ziel, ihren Aggressions- und Annektionskrieg gegen das Demokratische Kampuchea weiterhin zu verhüllen. Zwangsläufig mußte sie diese Organisation hintenrum in die Welt setzen.

Zweitens brauchen auch die sowjetischen internationalen Expansionisten, die gerade ihre Anhänger im Warschauer Militärpakt mobilisieren, um den Aggressionskrieg in Kampuchea, in Süd-Ost-Asien und Asien auszudehnen eine solche Organisation. Deshalb haben sie Vietnam – ihren Satelliten – gezwungen, die Organisation in die Welt zu setzen, um sie als Hülle zu benutzen. Dies ist eine äußerst freche und arrogante Verletzung des internationalen Rechts, der Charta der Vereinten Nationen und der Prinzipien der

Nicht-Pakt-Gebundenheit.

4.) Unmittelbar nach ihrer Geburt wurde diese vietnamesische Organisation durch die öffentliche Weltmeinung nachdrücklich angeprangert und verurteilt, so daß dieses neue vietnamesische Manöver entlarvt wurde und rasch gescheitert ist. Dies hat mehr als deutlich gezeigt, daß jene hinterhältige Aktivität Vietnams die Weltmeinung weiter über den grausamen, wüsten, heuchlerischen und verlogenen, den wahren Charakter der Le Duan-Pham Van Dong-Clique aufgeklärt hat.

Das Volk und die Regierung des Demokratischen Kampuchea sind der festen Überzeugung, daß die den Frieden und die Gerechtigkeit liebenden Völker und Länder der Welt, die sich der finsteren Strategie und Manöver Vietnams und der sowjetischen internationalen Expansionisten bewußt sind, geeignete Maßnahmen ergreifen, um den Absichten dieses neuen Manövers Vietnams und der sowjetischen expansioni-stischen Großmacht, die auf eine Fortsetzung und Ausdehnung ihrer Aggression gegen Kampuchea, Süd-Ost-Asien und ganz Asien zielen, entgegenzutreten und sie zurückzuweisen.

5.) Wenn in dieser Situation, in der Vietnam und seine Hintermänner auf allen Gebieten, zu Hause und im Ausland, auf militärischem, politischem, wirtschaftlichem, finanziellem und diplomatischem Gebiet schwere Niederlagen erleiden und äußerst isoliert sind, Vietnam und seine Herren weiter darauf bestehen, ihre Strategie der Aggression gegen Kampuchea, Süd-Ost-Asien und Asien fortzusetzen, so werden sie sicherlich das Schicksal eines jeden Aggressors erleiden, die Vernichtung.

Kommunistische Volkszeitung
Aus dem Inhalt Nr. 51/1978

● Die Rohstoffräuber USA und UdSSR in Bedrängnis

● Imperialisten lassen Rohstoff-Fonds-Verhandlungen in Genf platzen

● Über zwei Millionen demonstrieren in Teheran: „Unabhängigkeit, Freiheit, islamische Republik!“

● Manteltarifforderungen gegen die Pläne der Bayer-Kapitalisten bei Wolff Walsrode

● Die niederländische Arbeiterklasse vor entscheidenden Kämpfen / Regierung beschließt Lohnkürzungen / Reformistischer Kniefall

● Teilzeitarbeitsprogramm Ehrenbergs für Arbeitslose und Rentner / Keine Sozialversicherungspflicht – unter 5 DM Stundenlohn

● IG Metall – „Daten, Fakten, Informationen“: der Dreck klebt fest am Stecken, da hilft kein Putzen, Frisieren und Schminken!

● Asylrecht „weltoffen“ – Ein Viertel aller Anträge wird abgelehnt / Ministerpräsidenten wollen „alle Möglichkeiten ausschöpfen“

● Die kapitalistische Nahrungsmittelindustrie nimmt die Bauern in die Zange

● Baden-Württemberg: Erste Landesastenkonferenz seit 7 Monaten – Ergebnis der Fachschaftsratswahlen

● Musiktage der Soldaten- und Reservistenkomitees in Westberlin, Mainz und München / Unterstützung des gerechten Krieges gegen das rhodesische Kolonialregime bis zum vollständigen Sieg

● Ausbeutung in Detroit soll Weltstandart setzen / Automobilarbeiter der USA kämpfen gegen die kapitalistische Rationalisierung

● Sozialimperialistische Sibirien-Erschließung: Raubbau an der Natur und dem Arbeiter

● Streik in der Stahlindustrie: Ungeschlichtete Wahrheit 5% = 120 DM

● 60 Überstunden im Monat – der „Konkurrenzvorteil“ der österreichischen Stahlindustrie

● Flutschutz: Die Anlagen der Kapitalisten sind sicher – Wilhelmsburg soll absaufen

● **84,50 DM sind wenig, aber die Einheit ist möglich**

● **Ignoranz und Frechheit schützt die Staatsschutzkammer nicht vor Auseinandersetzung um die politischen Inhalte der Volksmiliz**

● **Kanzler für Europa – Das Wahlfeld wird abgesteckt**

● Die Aggressoren werden sich am Demokratischen Kampuchea die Zähne ausbeißen